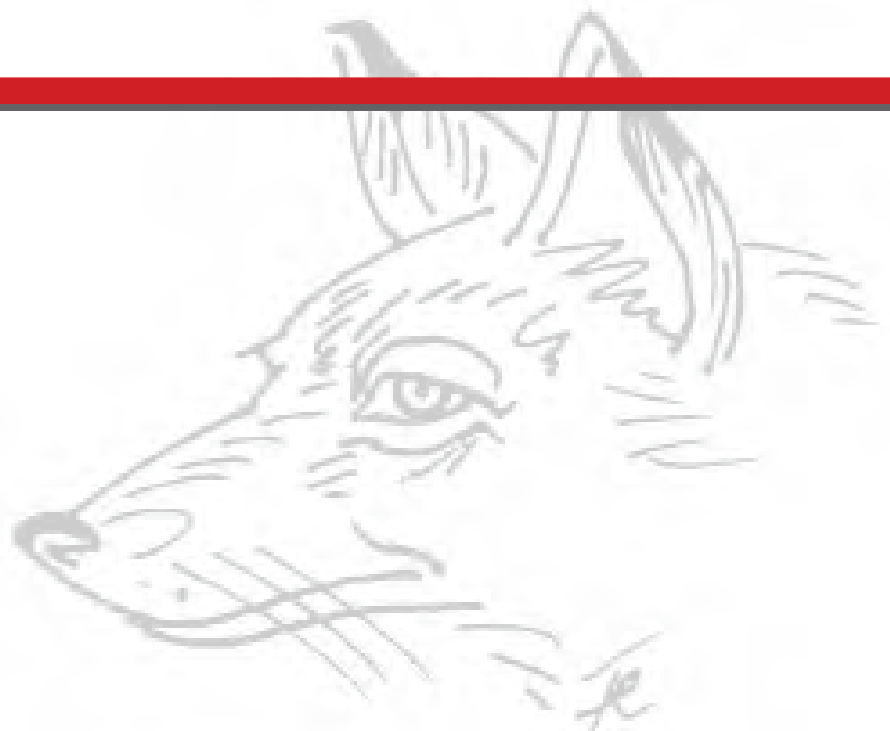


RotFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Leitartikel von Klaus Steiniger

2008–2012



Inhalt

<i>Ein Unbeugsamer</i>		Deutsch, deutscher, am deutschesten?	36
<i>Klaus Steiniger zum 80. Geburtstag</i>	2	Die EU – Europas Garotte	37
Mit spitzer Schnauze	3	Hundte, die bellen, beißen auch	38
Verheißung oder Flop?	3	Ein weißer Schimmel	39
Irrte Frau Flinz?	4	Eine quicklebendige Tote	40
Fracksausen	5	Als DDR-Korrespondent im Portugal	
„Vaterlandslose Gesellen“?	6	der „Nelkenrevolution“ (Fotos)	41
Mühlefeldts Garten	7	Gedanken zu einem Stoßseufzer	47
Die Achillesferse	8	Die Lüge vom Nationalsozialismus	47
Die „politische Klasse“	9	Deutsche Leidkultur	48
Irish Coffee	10	Barack Obama in der Klemme	49
Hoffnungsträger oder Wasserträger?	11	Deutschland braucht Kommunisten!	50
Wiedersehen mit Ewald	12	Europas brauner Sumpf	51
Krokodilstränen	12	Der Zwang zur Vereinigung	52
Es steht nicht schlecht um unsere Sache	13	Die Mörder sind unter uns	53
Bushs blutige Bilanz	16	Rot oder grün?	54
Roß und Reiter	17	Wadenbeißer	55
Essen mit Joe Biden	17	Ist Merkel an der Macht?	56
Fidelidad heißt Treue	18	Als sie an ihre Grenzen stießen	57
Babylonisches	19	Marx contra Rothschild	58
Obamas „Falken“-Kabinett	20	Zwei unter einem Dach	59
Speaker's Corner?	21	Über die „Gags“ der Gacks	60
Maskenball	22	Wer stranguliert die Griechen?	61
U n s e r e und i h r e Jubiläen	23	Von Condor zu Kundus	62
Mit Gott zum Teufel	23	Hans Heinz Holz lebt in uns weiter	63
In der BRD angekommen?	24	Ausgefuchst und eingefuchst	64
Auf Tote schießt man nicht	25	Plädoyer für 365 Frauentage	65
Die Ausnahme und die Regel	26	Wulff unter Wölfen	67
Moralisch-politischer Ausverkauf	27	Unsere Isolation gehört der Vergangenheit an	68
Vergebliche Tarnung	28	Über Wolkenkuckucksheime	71
Oktober-Gedanken	28	Alle ihre Kriege	71
Auf der richtigen Seite der Barrikade	29	Damals in Panmunjom	72
Eifer und Geifer	30	Dem deutschen Gockel schwillt der Kamm	74
Am Scheideweg	31	Den Rechten Paroli bieten!	75
Das Wespenkabinett	32	„Europa“ – Fanal, Falle oder Farce?	76
Schach den Schmähern!	33	Nägel mit Köpfen	77
Görings Rat	34	Rat eines erfahrenen Genossen	78
Der verlorene Krieg	34	Über Bekennermut	79
Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten!	35	<i>Bertolt Brecht: Das Lied vom Klassenfeind</i>	80

Ein Unbeugsamer – Klaus Steiniger zum 80.

Es ist ein Privileg, von Klaus Steiniger Genosse, und mehr noch – ein guter Freund genannt zu werden. 1972 schrieb der Hamburger „Spiegel“ – ein zweifelsohne unverdächtiger Zeuge – über ihn: Klaus Steiniger (39), der Sonderkorrespondent des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“, habe „beim Prozeß gegen die farbige US-Bürgerrechtskämpferin Angela Davis zu Beginn der Verhandlung mehr Aufmerksamkeit erregt als die Befragung der Geschworenen“. Das sei darin begründet, daß die US-Behörden erstmals einem DDR-Journalisten die Teilnahme an einem inneramerikanischen Politikum gestattet hätten. „Der ND-Ressortleiter für kapitalistische Länder wollte sehr vorsichtig sein, um nicht die Regeln zu verletzen, da sein Fall eine Präzedenz darstellt.“ Aber er halte sich nicht immer zurück: Zum Internationalen Frauentag überreichte er „unserer Genossin Angela 50 flammend rote Nelken“. Zudem habe er US-Kollegen bereitwillig Auskunft über seine Ansichten zum Prozeß erteilt. Auf Solidarität sei der Mann aus Ost-Berlin auch bei einem Interview mit dem Farmer Roger Mac Afee gestoßen, der durch Verpfändung eines Teils seines Hofes eine Kaution in Höhe von 102 500 Dollar zur Haftentlassung von Angela Davis bereitgestellt habe. „Als Steiniger ihn mit ‚Genosse‘ ansprach, freute sich Mac Afee: ‚Jetzt habe ich endlich das Gefühl, zur Mehrheit in dieser Welt zu gehören‘“. Soweit der „Spiegel“. Klaus wurde am 28. Dezember 1932 als Sohn des Kommunisten Peter Alfons Steiniger und einer antifaschistisch gesinnten Mutter in Berlin geboren. Als entschiedener Verteidiger der sozialistischen DDR, deren erste Verfassung zu wesentlichen Teilen die Handschrift seines Vaters trug, folgt er dem Grundsatz: Weltanschauliche Prinzipien dürfen nicht davon abhängig gemacht werden, ob man im politischen Geschehen gerade oben oder unten liegt. Dieser Maßstab leitet ihn sicher bei der Einschätzung seiner Mitmenschen. Und so hat er folgerichtig nach unserer schweren Niederlage mit dem „RotFuchs“ eine Fahne der Zuversicht gehißt. Diese „Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland“ gäbe es ohne ihn nicht. Kein Mitstreiter, der sich redlich für den „RotFuchs“ und in unserem Förderverein engagiert, wird dem widersprechen. Vor allem Aufrichtigkeit und klares Bekennen schätzt Klaus Steiniger in der Konfrontation mit der Welt des Kapitals. Diese Gesellschaft hat der englische Aufklärer Thomas Hobbes vor fast vier Jahrhunderten als „Krieg aller gegen alle“ enttarnt. Auf solche Weise erkennt Klaus zudem nicht nur Sozialisten und Kommunisten. Auch ehrliche Leute aus anderen Lagern beurteilt er ebenso. Rechtsopportunistische Wendigkeit ist ihm ein Greuel und auch Sektierertum nicht seine Sache. Klaus Steiniger hat mit seiner enormen internationalen Erfahrung verinnerlicht, daß sich politische Analysen niemals allein auf die eigene Bewegung beschränken dürfen, sondern stets die Gesamtheit der Wechselbeziehungen aller Klassen und Schichten – national wie weltweit – im Blick haben müssen. Und er läßt keinen Zweifel daran, daß sich fortschrittliche Menschen ebenso ihrer Verantwortung für die eigene Nation bewußt sein sollten, wie sie der großen Idee des proletarischen Internationalismus verpflichtet sind. Daß Klaus, der wie sein Vater Rechtswissenschaften studierte, schließlich Journalist wurde, hat sich als Glücksfall erwiesen. Wenn

Neigung, Sprachbegabung, Leidenschaft und die Kunst der Feder zueinander finden, kann Großes entstehen. Diese Chance hat er konsequent genutzt. Und so ist Klaus Steiniger zu einem der bedeutendsten Journalisten unseres Landes geworden. Mit seinen Artikeln aus den USA, dem Portugal der Nelkenrevolution, Lateinamerika, Japan und vielen anderen Ländern hat er die Sicht der DDR-Bürger, deren solidarische Haltung zu den Fortschrittsbewegungen in aller Welt wesentlich mitgeprägt. Dafür steht keineswegs nur sein Beitrag zur Massenaktion „Eine Million Rosen für Angela“, die er mit seiner in 500 000 Exemplaren verbreiteten Schrift „Freiheit für Angela Davis!“ wesentlich inspiriert hat und an die sich so viele Beteiligte auch heute noch voller Wärme erinnern.

Nun wird Klaus also 80. Er kämpft und arbeitet hart wie eh und je, und er muß zudem mit Krankheit, einem heimtückischen Feind, ringen.

Man sagt, Goethe habe, hoch an Jahren, gelegentlich über zunehmende Gebrechen geklagt. Ein Vertrauter wollte ihn damit trösten: Nun mangle es zwar an jugendlichem Feuer, das aber werde durch beständig wachsende Altersweisheit doch mehr als kompensiert. Der Dichterstürst reagierte entrüstet. Wahr sei vielmehr: Er könne bezeugen, daß er immer daran zu arbeiten gehabt habe, im Laufe des Lebens so weise zu bleiben, wie er es bereits in seiner Jugend gewesen sei. Wir wissen nicht, ob diese Episode sich tatsächlich so zugetragen hat. Wenn nicht, dann wäre sie zumindest gut erfunden. Ich denke, daß man unserem Klaus genau das bescheinigen sollte: Eine ausgereifte Urteilskraft gehörte schon vor Jahrzehnten unzweifelhaft zu seinen Schätzen. Denn war er 1972, als er Angela zum Frauentag die 50 roten Nelken überreichte, nicht schon der, den wir heute kennen und auf den wir stolz sind?

Angela Davis hat 2009 in ihrem Vorwort zu Klaus Steinigers Buch über den damaligen Prozeß betont, immer sei ihr bewußt, wie wichtig es ist, „uns auf die Errungenschaften der sozialistischen Gemeinschaft der Nationen zu besinnen, wenn wir versuchen, das Eindringen kapitalistischer Interessen in die intimsten Sphären unseres Lebens abzuwehren, und hier, in den USA, für grundlegende Rechte zu kämpfen“.

„Ich möchte“, schrieb Angela Davis, „Klaus Steiniger meine tiefe Dankbarkeit für sein Lebenswerk und seinen Einsatz für die Sache der Freiheit ausdrücken.“ Diesem Dank schließen wir uns aus vollem Herzen an. In Bertolt Brechts Svendborger Gedichten heißt es:

Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren
Kämpfen vielleicht eine Stunde lang.

Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber
Die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese
Sind unentbehrlich.

Unser Genosse und Freund Klaus Steiniger ist einer der Unentbehrlichen.

Lieber Klaus, wir wünschen Dir zu Deinem Geburtstag vor allem Kraft. Wir sind uns dessen gewiß: Alles andere wird sich dann schon richten.

Goetz Dieckmann

Mit spitzer Schnauze

Zum 120. Mal bieten wir Euch den „RotFuchs“ an. Er erscheint also seit zehn Jahren. – Da es zur Sache gehört, will ich ein Detail offenbaren: Im Dezember 1997 kam ich mit einer Fraktur in ein Berliner Klinikum. Der mich operierende portugiesische Oberarzt fragte – meine Sprachkenntnisse berücksichtigend –, ob ich mit einem Landsmann von ihm das Krankenzimmer teilen würde. Wie sich herausstellte, war der ein katholischer Priester. Doch wir hatten eine gute Zeit, übten uns in Toleranz und führten einen lebhaften Dialog. Einer trage des anderen Last ... Mein Gedankenaustausch mit dem recht konservativen Bettnachbarn erinnerte mich an diesen großartigen DDR-Film. Auch hier ging es ja um die Verständigung zwischen sehr verschieden denkenden Menschen.

Damals kam ich auf so manche Idee. Auch darauf, eine Zeitung ins Leben zu rufen, die dem gegnerischen Angriff die Stirn bieten, Positives aus der DDR bewahren und in die Zukunft weisen sollte. Als es soweit war, nannten wir sie „RotFuchs“.

Der RF wurde bei der DKP-Gruppe Berlin-Nordost angesiedelt. Er sorgte für einigen Wirbel. Mancherorts stieß er auf Widerspruch, andererseits auf positive Resonanz. Wir traten für eine Legierung aus ost- und westdeutschen Kampferfahrungen ein, bezeichneten die DDR ungeachtet ihrer Defizite als die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung, nannten die zur „Wende“ verklärte Konterrevolution beim wahren Namen und setzten uns für die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Basis ein. Die Zeit war dafür reif. Das uns anfangs stärkende Korsett einer Parteigruppe wurde bald zu eng. Wir beschlossen deshalb, unabhängig von Parteien weiterzumachen, und gründeten für die Herausgabe des Blattes einen Förderverein. Er ist heute eine der politischen Bildungszentralen in Deutschland – wohl die einzige marxistische.

Unsere 21 000köpfige Leserschaft ist bunt gemischt. Sie besteht vor allem aus der Sache treu gebliebenen Anhängern der Linkspartei, jetzt Parteilosen, Genossen der DKP und der KPD, in Gewerkschaften, Frauen und Jugendverbänden Aktiven, früheren Mitgliedern aller DDR-Blockparteien, linken Christen und Sozialdemokraten auf der Linie Oskar Lafontaines.

Seit der ersten Nummer des RF, die schon lange in der exzellenten Berliner Druckerei „Bunter Hund“ hergestellt wird, haben wir rund 4000 Beiträge zu aktuellen, historischen,

ökonomischen, philosophisch-ideologischen, außenpolitischen und kulturell-feuilletonistischen Themen veröffentlicht. Die Zahl unserer Artikel und Leserbriefschreiber geht in die Tausende. Nur wenige Namen stehen im Impressum. Als der RF geboren wurde, zählten zu seinen ersten Mitstreitern zwei herausragende Kommunisten: Karl-Eduard von Schnitzler – unser „Kled“ – und der DDR-Kundschafter im Brüsseler NATO-Hauptquartier Rainer Rupp. Seine Artikel kamen direkt aus dem Gefängnis.

Zu jenen, welche sich schon an die frühen Leser wandten, gehörten Eberhard Bock, Erich Buchholz, Wolfgang Clausner, Werner Döring, Gerhard Feldbauer, Walter Florath, Kurt Gossweiler, Hans-Dieter Hesse, Werner Hoppe, Ulrich Huar, Dieter Itzerott, Eike Kopf, Bernhard Majorow, Wolfgang Metzger, Frank Mühlefeldt, Norbert Pauligk, Hartwig Strohschein, Herbert Thomas, Rolf Vellay u. a. Eine Riesenarbeit bewältigten Lena und Kurt Andrä. Als Redaktionssekretär war Bruni Steiniger von Beginn an dabei. Die Träger klingvoller Namen wie Peter Hacks, Eberhard Esche, Dieter Noll, Gerhard Bengsch und Kurt Schwaen wußten die kleine Zeitung mit der großen Ausstrahlung stets zu schätzen. Natürlich sind wir allen heutigen Autoren dankbar und eng verbunden.

Was wäre der „RotFuchs“ ohne seine künstlerischen Mitarbeiter, ohne Arno Fleischers Titelkopf, ohne Klaus Parches Grafiken, ohne Beiträge von Karlheinz Effenberger, Heinz Herresbach, SHAHAR und weiteren Illustratoren. Wenn man vom RF spricht, denkt man auch an den Layouter Egon Schansker, den Korrektor und Kulturredakteur Wolfgang Metzger, die Internetbetreuerin Sylvia Feldbinder. Nicht zu vergessen: die Verwalter unserer Finanzen Roswitha und Jürgen Thiele. Viele tausend Exemplare werden Monat für Monat etikettiert, verpackt und auf den Weg gebracht. Etwa 30 Genossinnen und Genossen zwischen 23 und 83 leisten gemeinsam mit Armin Neumann, Sonja Brendel und Hans Ludwig diese Arbeit. Die Post geht in 27 Länder. Der Förderverein verfügt im Osten über intakte Strukturen. Sie reichen von der Küste bis ins Erzgebirge. Auch im Westen wächst unsere Anhängerschaft ständig.

Das Fazit: Der „Fuchs“ kommt langsam in die Jahre. Dabei behält er seine blanken Zähne, seine scharfen Krallen und seine spitze Schnauze. Mit ihr kann er bei Bedarf gehörig zubeißen. Was mit jeder neuen Ausgabe bewiesen wird.

Nr. 120, Januar 2008

Verheißung oder Flop?

Vor ein paar Monaten hatte ich bei einer Veranstaltung der Dresdner „RotFüchse“ in Heidenau einen inhaltlichen Disput mit einem sehr geachteten, auch von mir hochgeschätzten Genossen. In meinem Vortrag war es um die heutige Verfaßtheit der revolutionären Weltbewegung gegangen, um Licht und Schatten. Bei der Darstellung unterschiedlicher Positionen kommunistisch-sozialistischer

Kräfte unseres Kontinents hatte ich auch im Hinblick auf die Europäische Linkspartei (ELP) den Versuch einer Bewertung unternommen. Als Brüssel sich entschieden habe, gesamteuropäischen Parteien mit „Fördermitteln“ unter die Arme zu greifen, hätten nicht nur Christ- und Sozialdemokraten zugelangt, deutete ich an. Auch andere Formationen seien rasch zur Stelle gewesen. Auf Initiative

der damaligen PDS-Spitze und der politisch ähnlich gelagerten Pariser FKP-Führung habe man eine Europäische Linkspartei „aus dem Hut gezaubert“. Ihr hätten sich eine Reihe sozialistischer, kommunistischer und linkssozialdemokratischer Parteien als Mitglieder oder Beobachter angeschlossen. Während durch so einflußreiche marxistisch-leninistische Parteien wie die griechische KKE und Portugals PCP, aber auch seitens etlicher Nord- und Westeuropäer kritische Distanz gewahrt worden sei, habe sich Fausto Bertinotti von Italiens Rifundazione als ELP-Vorsitzender zur Verfügung gestellt. Inzwischen ist Lothar Bisky an die Stelle des glücklosen Italieners getreten.

Bei der knappen Schilderung dieses Sachverhalts hatte ich mit meiner persönlichen Meinung zu dem neuen Gebilde, in dem auch „Eurokommunisten“ eine maßgebliche Rolle spielen, nicht hinter dem Berg gehalten.

Die ELP strebt eine „linke Alternative“ innerhalb des Europas der Monopole und nach dessen Spielregeln an. Das ist gelegentlichen Verlautbarungen der sonst kaum in Erscheinung getretenen heterogenen Koalition, die sich als Partei firmiert hat, zu entnehmen. In der Frage, ob es sich bei der ELP um einen verheißungsvollen Aufbruch zu neuen Ufern oder eher um einen substanzarmen Flop handelt, entschied ich mich beim Dresdner Gespräch für das Zweite. Der erwähnte Genosse widersprach mir heftig. Immerhin seien doch schon 18 Mitgliedsparteien und etliche Anwärter unter dem Dach der ELP versammelt, was die Bündelung beachtlicher Potentiale signalisiere, meinte er. Da die ELP außer Absichtserklärungen und feierlichen Proklamationen bisher kaum Nennenswertes zutage gefördert hat, blieb ich skeptisch. Während PCP und KKE zu Generalstreiks und anderen Aktionen Millionenmassen in den Kampf führen, hat sich die ELP auf das kapitaldominierte Europa eingelassen, wobei sie die EU „etwas sozialer“ haben möchte. Man sollte sich auf Lenin besinnen, der zu dem einst durch einige Politiker propagierten Projekt der „Vereinigten Staaten von Europa“ festgestellt hatte, es sei unter kapitalistischen Verhältnissen „entweder unmöglich oder reaktionär“. Gutgläubige, die

„linker“ Verbalistik ihr Ohr leihen, lassen außer Betracht, daß die ELP keinen Wandel der Macht- und Eigentumsverhältnisse anstrebt.

In dieser Sache gibt es noch großen Klärungsbedarf, trifft man doch nicht selten die Meinung an, das in der politischen Retorte gezüchtete Kunstprodukt ELP sei „durchaus lebensfähig“. Hier bedarf es einer fundierten und soliden Erwiderung. Allerdings fehlt es auch nicht an Leuten, die wie Heinrich Manns Diederich Heßling, der beim Rombesuch seines Kaisers mit gezogenem Zylinder der hoheitlichen Karosse hinterherjagte, anderen ihre Untertänigkeit beweisen möchten. Sie wollen sogar gegen den Willen vieler Genossen ihre Parteien zu Vollmitgliedern der ELP machen, da ihnen der bisherige Beobachterstatus zu mager erscheint. Wenn ihr Kurs auf Widerstand stößt, richten sie rüde Angriffe auf Andersdenkende. Nur so lassen sich die jüngsten Ausfälle gegen den bedeutenden marxistischen Universalgelehrten Hans Heinz Holz in der UZ erklären. Ein Mops bellt den Mond an, wenn Lothar Geisler den international renommierten 80jährigen Philosophen und dessen Umfeld abzuqualifizieren versucht. Von diesem Mann stammt übrigens der Ausspruch, er sei „nicht wegen, sondern trotz der DDR in die DKP eingetreten“.

Doch lassen wir das. Wir mischen uns nicht in fremde Angelegenheiten ein. Wie sich die DKP in der Öffentlichkeit darzustellen wünscht, liegt allein in ihrem Ermessen. Wir haben die unerquicklichen Geschehnisse im Vorfeld des Mörfeldener Parteitags der DKP nur erwähnt, weil sie – zumindest indirekt – mit unserem Thema zu tun haben.

Was den „RotFuchs“ betrifft, so tritt er auch in Zukunft für den Zusammenschluß und das gemeinsame Handeln von Sozialisten und Kommunisten mit und ohne Parteibuch ein. Dafür kämpfen wir in Deutschland. Das gilt aber auch kontinental und weltweit. Wir achten natürlich alle Genossen, die in ELP-Parteien organisiert sind, dabei ihre Prinzipien aber nicht aufgegeben haben.

Nr. 121, Februar 2008

Irrte Frau Flinz?

Frau Flinz ist eine Figur des DDR-Dramatikers Helmut Baierl. Sein gleichnamiges Stück wurde im Berliner Ensemble uraufgeführt. Helene Weigel machte die Protagonistin zu einer unverwechselbaren Frauengestalt. Die Flinz war eine umsichtige Person und sorgte dafür, daß ihre Söhne auf die jeweils „richtigen Posten“ kamen. „Du bist langsam, Du gehst zur Gewerkschaft!“, befahl sie dem Jüngsten. Damals machte dieses Bonmot in der DDR die Runde. Denn eine sich auch hier etablierende Bürokratie ging vielen auf die Nerven. Dabei leisteten Tausende Mitglieder und Funktionäre des FDGB – der gewerkschaftlichen Dachorganisation – eine anerkannte, gesellschaftlich wirksame und nicht selten sogar aufopferungsvolle Arbeit. Denn niemals hatten Berufsverbände in Deutschland so viel zu sagen und mitzubestimmen wie im sozialistischen deutschen Staat. In ihrer Regie lagen die jährliche Plan Diskussion in den Betrieben, der den Urlaub von Millionen

Menschen absichernde Feriendienst des FDGB und nicht zuletzt die einheitliche, für alle Bürger gleichermaßen verbindliche Sozialversicherung.

Ein so gewaltiges Pensum ließ sich durch „Trödler“ nicht bewältigen. Und dennoch hatte Frau Flinz mit ihrem Ausspruch insofern den Nagel auf den Kopf getroffen, als sich im Windschatten der Rührigen auch manche Schläfrigen einnisteten. Das von gewerkschaftlichen Vereinnahmungsstrategen aus dem Westen forcierte Schlußkapitel des FDGB gestaltete sich nicht ruhmreicher als das Ende der DDR insgesamt. In Wirklichkeit handelte es sich um eine Facette der Konterrevolution. Mit der Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung der DDR und deren „Eingliederung“ in den Bestand des überwiegend auf Klassenzusammenarbeit setzenden DGB der BRD zerbrach ein Eckpfeiler des Sozialismus. Schon ein Jahrzehnt zuvor hatte in Polen eine Art Generalprobe stattgefunden, als vom

heimischen Klerus und von Rom gesteuerte „Erneuerer“ um Wałęsa an die Stelle der Einheitsgewerkschaft die antisozialistische „Solidarność“ setzten. Doch die Dinge sind keineswegs nur durch die düstere Brille zu betrachten. In mehreren Ländern Westeuropas haben revolutionäre Gewerkschaften Entwicklungsprozesse vorangetrieben, Errungenschaften verwirklicht und behauptet, die Waffe des in der BRD verbotenen Generalstreiks mit Erfolg eingesetzt. Jahrzehntlang jagten Frankreichs CGT und Italiens CGIL – mächtige Arbeiterzentralen unter kommunistischer Führung – der Bourgeoisie Angst ein. Auch Spaniens legendäre Comisiones Obreras unter dem durch Francos Höllen gegangenen Kommunisten Marcelino Camacho waren damals eine echte Klassengewerkschaft. Leider wurden alle drei Verbände durch den Eurokommunismus und den mit ihm verbundenen Niedergang der kommunistischen Parteien dieser Länder geschwächt. Sie beschritten andere Wege und trennten sich von jenen Kräften, welche sie auf die Höhe ihres Einflusses gehoben hatten. Dennoch zeigen CGT und CGIL dem Kapital auch heute noch bisweilen die Zähne.

In unseren Tagen wird das kämpferische Gewerkschaftsbanner in Europa vor allem von Portugals CGTP-Inter-sindical und Griechenlands P. A. M. E. hochgehalten. Die CGTP hat im Frühjahr 2007 einen Generalstreik mit 1,6 Millionen Teilnehmern angeführt. Auch als Angela Merkel in der portugiesischen Hauptstadt über den berühmten „Vertrag von Lissabon“ mit ihresgleichen verhandelte, zogen Hunderttausende von der CGTP mobilisierte Protestdemonstranten durch die Straßen der Tejo-Metropole.

In Griechenland sind es die P. A. M. E. und weitere Verbände, die alle Räder stillstehen lassen.

Daß so etwas auch in Deutschland geschehen kann, haben im November die Lokführer, deren Gewerkschaft aus einer ganz anderen Wurzel kommt, unter Beweis gestellt. Der GDL-Streik machte Mut und gab vielen ein Beispiel. Nach Jahrzehnten fauler und satter DGB-Lethargie und des Zusammenspiels der meisten Verbandsbosse mit dem Kapital und seinem Staat oder dessen Politikern zeigte die GDL Flagge. Auch bei ver.di kam manches in Bewegung. Die Warenhausstreiks und die Arbeitsniederlegungen bei der BVG sowie der massive Widerstand gegen die kriminelle Schließung des Bochumer NOKIA-Werkes signalisierten wachsende Kampfbereitschaft. Echte und vorgetäuschte Zugeständnisse der Regierenden deuteten auf Druckempfindlichkeit hin. Selbst Hansen von Transnet, zugleich stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bahn AG, suchte in letzter Minute auf den von der GDL in Fahrt gebrachten Zug aufzuspringen. Bleibt am Schluß noch die Frage: Irrte Frau Flinz, als sie ihrem Jüngsten seiner Behähigkeit wegen empfahl, zur Gewerkschaft zu gehen?

Die damalige Kritik von DDR-Bürgern am schwerfälligen Stil bestimmter „Apparate“ war berechtigt. Und was manche Gewerkschaftsbürokraten der BRD angeht, trifft Baierl direkt ins Schwarze. Allerdings ist damit zu rechnen, daß etliche derzeit noch „Langsame“ durch die weitere Zuspitzung der Klassenkämpfe von den Arbeitenden schon bald auf Trab gebracht werden dürften. GDL und ver.di haben dafür wichtige Signale gesetzt.

Nr. 122, März 2008

Fracksausen

Die BRD – die stärkste Macht des Imperialismus in Europa – ist nicht mehr das, was sie einmal war: In nunmehr zehn Bundesländern – Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Niedersachsen, Hessen und Hamburg – ist die Linkspartei in die Parlamente eingezogen. Vergeblich bemühen sich Politikaster vom dürftigen Kaliber der Pofallas, Heils und Niebels, sie als Allianz aus „Linksradikalen“ und „unverbesserlichen Altkommunisten“ zu diskreditieren. Zum vierten Mal in Folge gelang der „Linken“ im Westen auf Anhieb die Eroberung von Landtagsmandaten. Dabei handelte es sich nur um Vorgefachte dessen, was sich 2009 im Saarland zutragen wird. Dort dürfte es richtig klingeln, wenn Oskar Lafontaine sein mit Spannung erwartetes Heimspiel veranstaltet.

Die Partei mit dem etwas irreführenden, weil einen nicht gerechtfertigten Alleinvertretungsanspruch anmeldenden Namen „Die Linke“ ist unterdessen eine gesamtdeutsch etablierte Kraft. Man kann es nur begrüßen, daß die Sumpflüthen des Kapitals und der rechten Sozialdemokratie nicht länger allein die bundesdeutsche Polit-Flora bestimmen. Während das Gerede vom angeblichen Linksruck nur die tatsächliche Rechtsdrift verschleiern soll, geht der BRD-Bourgeoisie, wie der Berliner sagt, die „Muffe“. Seitdem

sich ihre Parteien mit Leuten herumschlagen müssen, die andere soziale Kräfte – darunter bedeutende Sektoren der Gewerkschaftsbewegung – vertreten, sind sie außer Rand und Band. In ihrer Wut über die angeblich ansteigende „rote Flut“ hat die Phalanx der Meinungsmanipulierer zu jenem Totschlagsinstrument gegriffen, das immer dann noch massiver als sonst eingesetzt wird, wenn der von ihren Bankenskandalen und Bestechungsaffären heimgesuchten herrschenden Klasse besonders unwohl ist: der Antikommunismus-Keule.

Seitdem Christel Wegner (DKP) in den niedersächsischen Landtag einzog, schreit der politische Abschaum der BRD Zeter und Mordio. Die Tatsache, daß zum ersten Mal seit dem KPD-Verbot vor über 50 Jahren wieder eine leibhaftige Kommunistin in einem westdeutschen Landtag sitzt, läßt der ganzen Meute das Blut in den Adern stocken. Während der Masse der Bundesbürger vor dem Losbrechen der Hetzkampagne die legale Existenz einer DKP wohl kaum noch bewußt gewesen sein dürfte, ist diese Partei auf einmal in aller Munde. Man schieße mit Kanonen auf Spatzen, erklären die einen; andere erinnern daran, daß eine erste Schwalbe am Himmel stets der Ankunft ganzer Schwärme vorausgehe; und wieder andere verweisen darauf, daß jenes „Gespenst des Kommunismus“, das

schon zu Zeiten von Marx und Engels gesichtet worden war, immer noch in Europa herumgeistere.

Natürlich wäre die Kampagne der Brunnenvergifter gegen Christel Wegner ohne die nötige Würze gewesen, hätten ihr ein kräftiger Schuß DDR-Verketterung und eine starke Prise „Stasi“-Hysterie gefehlt. Die Krankenschwester aus Buchholz in der Nordheide hat nämlich etwas sehr Richtiges gesagt, wovon sich auch politisch Einknickende unter „Linken“, die sie aus ihrer Fraktion ausschlossen, „selbstkritische Berichtigungen“ erzwangen oder gar zur Niederlegung des Landtagsmandats aufforderten, mit Anpassungseifer distanzierten. Das große Kapital gehöre enteignet, und eine andere Gesellschaftsform bedürfe eines Organs zu ihrem Schutz. Nicht mehr und nicht weniger hat Christel Wegner, mit der wir hundertprozentig einig sind, wissen lassen. Es handelt sich um Forderungen, die vom Grundgesetz der BRD abgedeckt werden. Da müßte sich doch unser als Verfassungsschutz ausgegebener Geheimdienst für die konstitutionellen Rechte der grundlos Gescholtenen einsetzen!

Der „Fall Wegner“ offenbart die innere Schwäche der scheinbar so mächtigen BRD. Drei aus dem Zusammenhang herausgerissene Sätze eines einstündigen Interviews, das die journalistischen Fallensteller auftragsgemäß

inszenierten, sind wie ein Stich ins Wespennest. Sie lassen die gelbschwarzen Giftträger in alle Richtungen ausschwärmen.

Die hohe Dosis Antikommunismus reichte aus, um die Gemüter zu verwirren. In Hamburg kostete sie „Die Linke“ vielleicht sogar Punkte. Hinzu kam Becks dümmliches Manöver in Hessen, das wiederum der Hamburger SPD Wasser abgrub.

Hetze und Hysterie können uns nicht bange machen. Sie gehören zum „Demokratieverständnis“ der Bourgeoisie. Daß auch andere – so die von Manfred Sohn angeführte niedersächsische Landtagsfraktion der „Linken“ – unter dem Druck der Gysis und Ramelows vom Fracksausen der Ausbeuterklasse angesteckt wurden und sogar einige „Linke unter den Linken“ ihr Gesicht verloren, bedauern wir zutiefst. Ulrich Sanders abgefemter ND-Artikel war ein besonders schändliches Bubenstück. Feigheit vor dem Feind hat sich noch nie ausgezahlt. Wer sich als Linker ins rechte Boot zerrren oder auf falsche Gleise schleppen läßt, riskiert politisch Kopf und Kragen.

Was uns betrifft, so sehen wir gute Gründe, die Reihen aller in Ost und West nur noch enger zu schließen, die sich als Sozialisten, Kommunisten, Gewerkschafter, linke Sozialdemokraten und fortschrittliche Christen für „eine andere Gesellschaftsform“ einsetzen.

Nr. 122, März 2008 (Beilage)

„Vaterlandslose Gesellen“?

Wenn alljährlich das dreitägige Volksfest der portugiesischen KP-Zeitung „Avante!“ mit einer gewaltigen Kundgebung ausklingt, dann werden zum Abschluß die Parteihymne, die Internationale und die Nationalhymne angestimmt. Die Genossen wollen mit dem Dreiklang Partei – Weltbewegung – Nation unterstreichen, daß sie in Sachen ihres Landes ein Wort mitzureden haben. In der finsternen Zeit der faschistischen Diktatur (1926–1974) legte allein die illegale PCP Álvaro Cunhals für die portugiesische Nation Ehre ein. So nahm es nicht wunder, daß der langjährige Generalsekretär, als er im Juni 2005 starb, ein Staatsbegräbnis erhielt. Nicht nur 250 000 Landesbürger, sondern auch der Präsident der Republik, die Minister und Abgeordneten folgten seinem Sarg. Bei einer Fernstudienfrage nach dem „bedeutendsten Portugiesen aller Zeiten“ setzten 19 Prozent der Millionen Teilnehmer Genossen Cunhal auf Platz 1.

In Frankreich erklingt die Marseillaise – die Hymne der „Grande Nation“ – bei den alljährlichen Festen der Humanité. Auch die PCF, die 1945 als „Partei der Füsilierten“ geehrt wurde, weil Zehntausende Kommunisten in der Résistance unter Nazikugeln gefallen waren, wurzelt in ihrer einst ruhmvollen Geschichte.

Unzählige Genossen der griechischen KKE haben ihr Blut in der antifaschistischen Befreiungsarmee ELAS und später in der Demokratischen Armee vergossen. Ihr heroischer Einsatz gegen die Feinde der Nation bleibt unvergessen. Revolutionärer Patriotismus und proletarischer Internationalismus bilden zwei Seiten einer Medaille.

Marxisten sind keine „vaterlandslosen Gesellen“, sondern stehen überall in der Welt zu ihren Völkern und Nationen. Sie hüten sich zugleich davor, auf den nationalen Taumel reaktionärer Machthaber oder gar der Faschisten hereinzufallen.

Marx und Engels haben den Befreiungsbewegungen unterdrückter Nationen immer ihre Solidarität bezeugt. Lenin nannte die von ihm ins Leben gerufene weltweite Allianz entschlossener Kämpfer mit Fug und Recht Kommunistische Internationale. Von fundamentaler Bedeutung ist die Erkenntnis der marxistischen Klassiker, daß in Ausbeutergesellschaften eigentlich immer zwei Nationen in einer existieren: die herrschende, welche ihre Kultur und Ideologie der Mehrheit aufzwingt, und die beherrschte, die im Schoß der alten Ordnung heranwächst und sich erst nach dem Sieg der Revolution zu konstituieren vermag. Nach der konterrevolutionären Zerschlagung der DDR ist der Prozeß der Herausbildung einer sozialistischen Nation im Osten jäh abgebrochen worden. In ganz Deutschland gibt die Großbourgeoisie wieder den Takt an. Doch bisweilen ist von einer „besonderen Wesensart der Ostdeutschen“ die Rede. Handelt es sich dabei etwa um Ansätze eines eigenständigen Nationalcharakters, der sich bereits zu entwickeln begann? Tatsächlich hatten die Menschen in der DDR mit denen in der Alt-BRD objektiv fast nur noch Sprache und kulturelles Erbe gemeinsam. Subjektiv verhielt es sich häufig anders. Bechers und Eislers Friedenshymne, der aufgrund kurzsichtiger Erwägungen später der Text abhanden kam, visierte ein einiges

antiimperialistisches Deutschland an. Lange Zeit wurde von der DDR die Tür dafür offengehalten. Der Westen war es, der sie zuschlug.

Heute will man auch den Ostdeutschen die einst von den Nazis mißbrauchte Hymne aufzwingen. Man verlangt, daß sie alle in der kapitalistischen Gesellschaft der BRD politisch „ankommen“. Vergebliche Liebesmüh! Das durch Hoffmann von Fallersleben geschriebene Deutschlandlied mit der schönen Melodie Joseph Haydns ist leider restlos diskreditiert. Nicht ohne Grund hat man die ersten beiden Strophen der ab 1933 geschändeten und nur noch zusammen mit dem faschistischen Horst-Wessel-Lied gesungenen Weimarer Hymne amputiert, kennen doch die Völker ganz Europas die Botschaft dieses großdeutschen Schlachtgesangs.

Entschieden widersetzen wir uns der Preisgabe nationaler Identität. Deshalb kämpfen wir gegen die Auflösung der

europäischen Nationen in einem vor allem vom deutschen Imperialismus angerührten Brüsseler Brei. Wir lehnen den nationalen Nihilismus der sogenannten Antideutschen ebenso ab wie das kosmopolitische Geschwätz von einer angeblich notwendigen Absage an Nationen. Dabei bleibt für uns die nationale Frage immer eine Klassenfrage.

Thomas Müntzer und die 48er Helden, die Matrosen von Marstall und Schloß, Goethe und Schiller, Lessing und Heine, die Koryphäen der klassischen deutschen Philosophie, vor allem aber Marx und Engels sind unsere Leitbilder. Indem wir chauvinistischer Überhebung und würdeloser Unterwerfung gleichermaßen den Kampf ansagen, bekennen wir uns zum Credo Bertolt Brechts: „Und nicht über und nicht unter andern Völkern wolln wir sein, von der See bis zu den Alpen, von der Oder bis zum Rhein.“

Nr. 123, April 2008

Mühlefeldts Garten

Die Rede ist von einem Garten in Berlin-Karow. Warum? Mit dem Grundstück von Frank und Annemarie Mühlefeldt, die bald ihren 80. Geburtstag begehen wird, hat es etwas Besonderes auf sich: Es ist gewissermaßen „historischer Boden“. Im Frühsommer 2001 versammelte sich dort eine Handvoll Wagemutiger, um einer „Geburt“ beizuwohnen: der Gründung des „RotFuchs“-Fördervereins, der später ordnungsgemäß und als gemeinnützig ins Register eingetragen wurde.

Mühlefeldts Garten hatten wir nicht nur seines besonderen Reizes wegen ausgewählt. Frank, der einstige Oberst und Militärökonom bei der Staatlichen Plankommission der DDR, und Annemarie, die promovierte Ökonomin, die zuletzt im Range eines Majors der Volkspolizei an deren Hochschule gelehrt hatte, zählten zu den Initiatoren des Unterfangens.

Damals war völlig ungewiß, was aus dem zunächst recht unscheinbaren „Baby“ würde. Doch nach Überstehen einiger „linker“ Kinderkrankheiten entwickelte es sich prächtig. Heute zählt der „RotFuchs“-Förderverein rund 1300 Mitglieder. Einige prominente Mitstreiter, die ihm in der Anfangszeit angehörten oder den Verein von außen unterstützten – wir wollen hier nur Gerhard Bengsch, Eberhard Esche, Peter Hacks und Dieter Noll erwähnen – hat der Tod aus unseren Reihen gerissen.

Ohne Zweifel gab es auch jene, welche dem Verein und dessen monatlich erscheinender Zeitschrift – sie kam erstmals im Februar 1998 heraus – Steine in den Weg rollen oder Fallstricke spannen wollten. Das hat sich bis heute nicht geändert. Aber wir sind aus einem Material geformt, das auch schwere Belastungen verträgt. Unsere Lagebeurteilungen haben mehr als einmal ins Schwarze getroffen. Wir blasen nicht nur bei schönem Wetter die Fanfare, sondern trotzen auch den Unbilden des konterrevolutionären Sturmes. Weil wir weder umgefallen noch bei der Bourgeoisie der BRD angekommen sind, sondern Marx, Engels und Lenin die Treue gehalten haben, genießen wir die Sympathie Zehntausender Gleichgesinnter. Trotz der schweren Niederlage

sind wir vom künftigen Sieg des Sozialismus überzeugt. Allen, die nicht zu Kreuze kriechen oder es ablehnen, sich zu verbeugen und zu verbiegen, bieten wir eine politische Heimat. In einer kalten und feindlichen Umwelt geben wir ihnen Halt und menschliche Wärme. An uns prallen die Verleumdungen des Klassegegners und seiner Medien wie Regentropfen von einer Pelerine ab. Wenn der „Spiegel“ Lust verspürt, uns in einem Atemzug mit Nazi-Ritterkreuzträgern zu erwähnen, dann mag er sich ruhig weiter austoben. Ein solches Niveau der Ignoranz ist nicht zu unterbieten. Wir laden alle „RotFuchs“-Leser herzlich ein, sich dem Förderverein anzuschließen. Das jährliche Scherflein beträgt 30 Euro, die Belieferung mit dem RF ist einbezogen. Der Klarheit halber: Die Zugehörigkeit zum Verein ist nicht Vorbedingung für den regelmäßigen Erhalt der Zeitschrift. Die meisten unserer 25 Regionalgruppen arbeiten erfolgreich. Von ihnen gehen viele Initiativen aus. Die Veranstaltungen sind öffentlich, jeder kann kommen, zuhören und mitdiskutieren. Neben Kommunisten und Sozialisten gibt es unter den Referenten und Gesprächspartnern hochangesehene Persönlichkeiten, die sich selbst vielleicht nicht als Marxisten betrachten. Die Bandbreite unserer politischen Toleranz ist allerdings auf das linke Spektrum ausgelegt. Unter Lesern und Mitgliedern befinden sich fortschrittliche Christen, aufrechte Sozialdemokraten, Gewerkschafter und viele andere.

Unlängst wurde die Selbstdarstellung des Vereins, der sich in einem RF-Leitartikel als „wohl einzige marxistische Bildungszentrale in Deutschland“ bezeichnete, von zwei Genossen in Leserbriefen als „Alleinvertretungsanmaßung“ kritisiert. Deshalb erklären wir ausdrücklich: Über den RF hinaus gibt es sehr viele Anhänger des wissenschaftlichen Sozialismus. Auch Einrichtungen wie die Wuppertaler Marx-Engels-Stiftung verbreiten die Ideen der Klassiker. Doch die diesbezügliche „Konkurrenz“ dürfte nicht allzu dicht gesät sein. Manche berufen sich namentlich auf Vorkämpfer der deutschen Arbeiterbewegung, ohne Entsprechendes zu offerieren. Wir führen jeden Monat etwa

30 Veranstaltungen durch, die in der Regel hohen theoretisch-ideologischen und praktisch-politischen Ansprüchen genügen. Unsere Rostocker Regionalgruppe hat einen Marxistischen Bildungskreis ins Leben gerufen, vor dem herausragende Wissenschaftler verschiedener Disziplinen bereits aufgetreten sind.

Doch kehren wir zum Ausgangspunkt zurück. Als sich das „Fähnlein der Aufrechten“ vor sieben Jahren in Mühlefeldts

Garten versammelte, glaubte wohl keiner der damals Beteiligten, daß daraus in so kurzer Zeit eine weithin sichtbare Fahne für die Sammlung linker Kräfte in Deutschland werden könnte. Auch heute verweigern wir uns borniertem Hochmut. Doch wir sind glücklich, in der ersten Reihe derer zu stehen, die das Banner kommunistischer und sozialistischer Ideen im europäischen Kernland des Antikommunismus hochhalten.

Nr. 124, Mai 2008

Die Achillesferse

Achilles war – der griechischen Mythologie zufolge – ein Urenkel des Zeus. Die Meerjungfrau Thetis machte ihn durch ein Bad im Wasser des Styx am ganzen Körper unverwundbar – mit Ausnahme der Ferse, an der sie ihn beim Eintauchen festhielt. Im Trojanischen Krieg wurde er dort tödlich getroffen. Heute spricht man – im übertragenen Sinne – von der Achillesferse, wenn man den besonderen Schwachpunkt einer Sache oder eines Menschen meint. Beziehen wir das der Antike entlehnte Bild auf die Gegenwart des scheinbar kraftstrotzend daherkommenden Imperialismus, der durch zur Schau gestellte Stärke von seinem unabwendbar nahenden Ende abzulenken sucht. Er tritt mit dem Anspruch ewigen Bestehens auf. Seine Ideologie spiegelt vor, das längst im Innersten verrottete System habe sich für alle Zeiten eingerichtet.

Nicht wenige gehen davon aus, daß der „Ethyl-Kapitalismus“ durch eine Lawine schon bald heraufziehender Hungerrevolten auf das heftigste attackiert werden dürfte. Mais, Sojabohnen, Zuckerrohr und andere Kulturen baut man unterdessen anstelle von Reis, Weizen und Roggen auf riesigen Flächen an, um eine schnelle und profitable Ablösung des knapper werdenden Erdöls durch „grünes Benzin“ herbeizuführen. In gigantischem Ausmaß vollzieht sich jetzt das, was einst in Nordamerika seinen Anfang nahm, als Millionen verhungerten, während man Lokomotiven mit Weizen befeuerte und Milch in den Rinnstein goß. Vor Gier blinde Kapitalisten verschärfen den Hunger in der Welt, ohne zu begreifen, daß sie damit an jenem Ast sägen, auf welchem sie selbst sitzen möchten. Sind die bewußt vorangetriebene Lebensmittelverknappung und die damit verbundene Preistreiberei vielleicht die Achillesferse?

Doch der Ausbeuterklasse droht noch eine andere Gefahr: das Leid mit der westlichen „Leitwährung“ und der dadurch ausgelöste Zusammenbruch des kapitalistischen Weltfinanzsystems.

Als ich in den 60er Jahren in der Nordamerika-Abteilung des DDR-Außenministeriums u. a. mit der Beobachtung von Wirtschaftsentwicklungen im imperialistischen Hauptland befaßt war, sah sich die zwar private, aber als Staatsbank fungierende Federal Reserve der USA noch dazu gezwungen, den Partnerbanken der Unterzeichnerländer des westlichen Bretton-Woods-Abkommens für jeweils 35 Dollar eine Unze Feingold auszuhändigen. Diese Golddeckung ist längst aufgehoben, der Weltmarktpreis für die gleiche Quantität des Edelmetalls beträgt jetzt 1070 Dollar. Zugleich müssen die Amerikaner für einen Euro rund 1,60 Dollar berappen.

Was an den Börsen vor sich geht, sind Geldgeschäfte ohne jede reale Deckung, erfolgt doch die Berechnung noch immer auf der Basis des Dollars, der nicht einmal mehr das Papier wert ist, auf dem er gedruckt wird. Würde China, was es im wohlverstandenen Eigeninteresse nicht tun kann, seine Valutareerven von 1 Billion Dollar schlagartig auf die Geldmärkte werfen, wären die Vereinigten Staaten über Nacht ruiniert. Auch die ressourcenreichen Ölstaaten – darunter Rußland – könnten den Dollar in gleicher Weise aus den Angeln heben. Sie machten dann den bereits nackten König zum Bettler.

Als sich 1929 der New Yorker Börsenkrach ereignete, genügte der Zusammenbruch einer Handvoll Geschäftsbanken, um die Weltwirtschaftskrise auszulösen. Heute sind vor allem von mächtigen USA-Immobilienpekulanten verursachte Bankenabstürze geradezu Legion. Der IWF bezifferte die aktuellen Verluste dieser Festungen des Kapitalismus mit 1 Billion Dollar. Die Schweizer Superbank UBS „versenkte“ allein 40 Milliarden.

Und was geschieht in der angeblich so stabilen und prosperierenden BRD, deren Kaufhaus- und Supermarktketten von weltweit zusammengerafften Waren überfließen und so die Vorstellung eines auf ewig gesicherten hohen Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten suggerieren? Eine Bank nach der anderen hat sich „verspekuliert“ und muß halbersoffen aus dem Strudel gezogen werden. Mal ist's die West LB, mal die Sachsen LB, mal die Bayern LB – von der bis ins Mark diskreditierten privaten IKB ganz zu schweigen, bei der die bundeseigene Kreditanstalt für den Wiederaufbau mit 40 Prozent größter Anteilseigner ist. Der „schwarze Freitag“ wäre längst mit tausendfacher Urgewalt wieder über uns hereingebrochen, hätten die Wirtschaftsstrategen des Kapitals nicht aus ihrem Desaster gelernt und im Gesamtinteresse des Systems eine globale Rettungsaktion für kaputte Banken eingeleitet. „Der Blinde trägt den Lahmen weg“: Auf Staatsgeheiß helfen sich die angeschlagenen Geldhäuser gegenseitig aus der Patsche. Dabei greifen sie dem Steuerzahler tief in die Tasche. Der kleine Mann muß das große Ungeheuer retten. Doch ein solcher Vorgang läßt sich nicht endlos wiederholen.

Unser knapper Exkurs in die Welt der Abzocker und Profiteure führt zu dem Ergebnis: Achilles war nicht der einzige Sterbliche, dessen scheinbare Unverwundbarkeit sich als Illusion erwies. Auch der Riese Kapitalismus wird, historisch betrachtet, auf der Strecke bleiben. Seine Ablösung ist nur eine Frage der Zeit und des bewußten Handelns jener Kräfte, die ihm den Garaus bereiten können.

Nr. 125, Juni 2008

Die „politische Klasse“

Eigentlich ist es eine Grotteske: Ausgerechnet jene, die nicht müde werden, anderen unablässig einzureden, die Klassen und der Klassenkampf – objektive Erscheinungen unserer gesellschaftlichen Realität – bestünden gar nicht und beruhten lediglich auf marxistischen Erfindungen, führen jetzt ununterbrochen die ihrer Phantasie entsprungene Wortverbindung „politische Klasse“ im Munde. Sie verstehen darunter offensichtlich die Gesamtheit jener Personen unterschiedlicher, ja konträrer Klassenzugehörigkeit, die sich – oftmals für satte Diäten, lukrative Pöstchen und gesicherte Altersversorgung bis zum Tod – professionell mit Politik befassen. Es handelt sich also um Berufspolitiker, die heutzutage wie Sand am Meer vorkommen. Nach dieser Lesart gehören die Europaparlamentsabgeordnete der PDL Sahra Wagenknecht und CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla ein und derselben „politischen Klasse“ an, obwohl doch Welten zwischen ihnen liegen. Die eine ist Marxistin, der andere ein knallharter Zögling des Kapitals, gewissermaßen ein politisches Sturmgeschütz derer, die die Ausbeutergesellschaft mit Klauen und Zähnen verteidigen.

Der Begriff „politische Klasse“ dient der Vertuschung offenkundiger Gegensätze, der Verschleierung des eigentlichen Wesens der imperialistischen Klassendiktatur. Es hat nämlich in Deutschland bis 1989/90 tatsächlich zwei Diktaturen gegeben: die politische Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in der DDR, die auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln beruhte, und die sich als Demokratie ausgebende Diktatur der Banken und Konzerne der BRD.

Doch kehren wir zu unserem Thema – der „politischen Klasse“ – zurück. Während nach offizieller Sprachregelung ausgerechnet Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen, sie also anderen geben müssen, als „Arbeitnehmer“ bezeichnet werden, und sich andererseits jene, welche sie des Profits wegen an sich reißen, hanebüchenerweise als „Arbeitgeber“ darstellen, steigert der Begriff „politische Klasse“ noch das Maß der Verwirrung. Es gebe „d i e Politik“, wird überdies behauptet und natürlich auch „d i e Wirtschaft“. Ganze Batterien ideologischer Nebelwerfer befinden sich im Dauereinsatz, um zu verhindern, daß die Wahrheit ans Tageslicht kommt: D i e Politik gibt es nämlich ebensowenig wie d i e Wirtschaft. In der kapitalistischen Klassengesellschaft stehen sich nach wie vor Ausbeuter und Ausgebeutete als unversöhnliche Kontrahenten gegenüber, auch wenn das den meisten Betroffenen angesichts verlockender Kulissen und relativ hoher Kaufkraft im weitaus kleineren Teil der Welt derzeit nicht bewußt ist. Eine winzige Minderheit der Gesellschaft bemächtigt sich aller Werte, die über das zur Reproduktion der Arbeitskraft Notwendige hinausgehen. Das von Marx entdeckte

Mehrwertgesetz wirkt nach wie vor, auch wenn sich der Anteil des variablen im Verhältnis zum konstanten Kapital in den hochentwickelten Ländern deutlich verringert hat. Anders ausgedrückt: Vom Kapitalisten muß heute weitaus weniger als früher in Lohnarbeiter investiert werden. Im Prinzip ist aber alles beim alten geblieben. Die Klassen und der Klassenkampf sind nicht aufgehoben. Mit Brecht gesprochen: „Der Regen fließt nicht von unten nach oben, weil er’s plötzlich gut mit uns meint.“ Alle Aktivitäten großbürgerlicher Politiker werden den eigentlichen Zielen der Kapitalherrschaft untergeordnet. Frau Merkel kann sich noch so sehr spreizen, Herr Köhler mag sein Amt bis zur Neige auskosten – nicht sie sind die wahre Regierung der BRD. Diese besteht aus den tonangebenden Bossen in BDI und BDA. Herr Hundt darf deshalb lauter kläffen als die kleinen handzahmen Köter aus der „politischen Klasse“, die er und seinesgleichen an der kurzen Leine führen. Wirklich linke Politiker, die sich solcher Zusammenhänge bewußt waren, haben deshalb stets die Interessen der Arbeitenden und Verelendeten zu ihrer Sache gemacht. Man denke nur an das Auftreten von August Bebel, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann im Deutschen Reichstag. Sie betrachteten sich niemals als Angehörige einer imaginären „politischen Klasse“, sondern waren im besten Sinne des Wortes proletarische Klassenkämpfer.



Ganz anders sehen da heutige Halb- und Viertellinke ihren Part im parlamentarischen Spiel. Faule Kompromisse, Anpassung an „Sachzwänge“, Nutzung von „Chancen“, Koalitionspoker um jeden Preis heißen die Koordinaten von Opportunisten und Kapitulanten. Sie kriechen gierig auf den Leim der Bourgeoisie und fühlen sich – wie die Wolfs, Lederers und Liebigs in

Berlin – beim Kokettieren mit dem politischen Gegner am wohlsten. Wer solchen Ufern zustrebt, besitzt keinen Klassenkompaß mehr und beteiligt sich deshalb eifrig an der Verbreitung des Märchens von der gemeinsamen „politischen Klasse“. Wenn diese Kaste wenigstens Klasse wäre!

Nr. 126, Juli 2008

Irish Coffee

Nie hat Irish Coffee so gut geschmeckt wie im Juni 2008. Allerdings nicht allen. Einigen ist er gehörig auf den Magen geschlagen.

Kommen wir zur Sache: 54 Prozent der irischen Wähler – der einzigen in der EU, die diesmal ihre Meinung frei sagen durften – haben mit ihrem Nein zum sogenannten Lissabonner Vertrag den Bossen des Europas der Monopole kräftig in die Suppe gespuckt. So schrillten die Alarmglocken. Irland mit weniger als einem Prozent der Bevölkerung Europas gefährde den „Zusammenhalt des Kontinents“, behauptete man. Ausgerechnet die kleine grüne Insel machte den Erfindern der im Vorjahr unter führender Mitwirkung der auch hier vorpreschenden Bundeskanzlerin in Portugals Hauptstadt ausgeheckten Neuauflage der gescheiterten EU-Verfassung einen Strich durch die Rechnung. Dieses Hochrüstung und Militärinterventionen absehnende Machwerk war 2005 am klaren Votum der damals noch zu Referenden aufgerufenen Franzosen und Niederländer gescheitert. Nur Staaten wie die BRD, in denen die direkte Willensbekundung des Volkes ausdrücklich verboten ist, hatten dem imperialistischen „Verfassungs“-Komplott im Wege parlamentarischen Abnickens zugestimmt. Das bundesdeutsche Kapital will den Zweiten Weltkrieg nachträglich gewinnen. Dabei ist es bereit, seine Herrschaft über Europa mit dem kernwaffenbestückten Frankreich Sarkozys, welcher nur dank der Stimmen der Faschisten Le Pens an die Präsidentschaft gelangte, vorerst zu teilen.

Übrigens hatten sich die Iren schon früher als Widerspenstige erwiesen, deren Zähmung trotz Ziehens aller Register – von süßen Versprechungen bis zu massiven Drohungen – bisher nicht gelungen ist. Bereits im Jahr 2000 war durch eine überwiegend links angesiedelte und deutlich proletarische Wählermehrheit der nicht minder üble Vertrag von Nizza – ein früheres Elaborat der EU-Einpeitscher – in Irland ausgehebelt worden. Die genervte Führung der Europäischen Union versprach den Iren daraufhin, man werde die Neutralität des Inselstaates strikt garantieren. Schall und Rauch: Bis heute unterhält der NATO-Kriegspakt z. B. eine große Luftwaffenbasis nahe der irischen Stadt Shannon.

Der Umgang mit der Souveränität Irlands offenbart das ganze Maß der Verachtung tonangebender EU-Politiker für demokratische Entscheidungen. Während man inzwischen taktisch etwas geschickter vorgeht und den Eindruck zu erwecken sucht, den Iren lediglich beim Lernen ihrer „demokratischen Lektion“,

d. h. der von Brüssel angestrebten Aufhebung ihrer Entscheidung durch eine oder mehrere Wiederholungen des Votums, Beistand leisten zu wollen, war die ursprüngliche Reaktion der EU-Macher ganz anders gewesen: „Europa“ werde sich nicht von gut der Hälfte der Wähler einer winzigen Nation irgendwelche Vorschriften machen lassen, hieß es. So wie der Lissabonner Vertrag zur faktischen Annullierung des französisch-niederländischen Vetos gegen Variante 1 der EU-Verfassung geführt habe, werde man auch ohne die Iren die Ratifizierung der zweiten Version zu Ende bringen, obwohl Einstimmigkeit aller 27 Mitgliedsstaaten der EU geboten ist.

„Wir machen weiter wie bisher!“ verkündete die bekannte Demokratiewächterin im bundesdeutschen Kanzleramt. Dabei vergaß sie natürlich, daß das Projekt selbst in der BRD, wo bei Wahlen bisher immer Mehrheiten zugunsten reaktionärer und pseudodemokratischer Parteien herausgekommen sind, scheitern könnte, wenn eine wirkliche Volksbefragung stattfände. Angela Merkel weiß genau, warum mehr als 99 Prozent der EU-Bürger gar nicht erst gehört werden sollen.

Die Absicht, den Iren im Komplott mit ihrer eigenen rechtsgerichteten, an den Urnen geschlagenen Regierung ein Bein zu stellen, offenbart das wahre Wesen der bürgerlichen Demokratie.

Sie wird nämlich nur dann und nur so lange praktiziert, wie sie die Pläne der Bourgeoisie nicht gefährdet. Sobald das Volk seine Rolle als Souverän wahrzunehmen beginnt, wird es nicht nur mit Hohn und Spott überschüttet, sondern auch alsbald mundtot gemacht oder durch Gehirnwäsche „umgestimmt“. Die Macht-auslieferung an die Hitlerfaschisten hat das 1933 eindeutig bewiesen.

Gemach: Unsere Musterdemokratin mit den vielen bunten Jacken, unter denen sich übrigens auch eine braune befindet, sowie deren Freunde Sarkozy und Berlusconi werden die unbotmäßigen Iren schon an die Kandare nehmen. Aus der Reihe getanzt wird nicht. Wie die Sache auch immer enden mag: Das Votum einer Mehrheit der Franzosen, Niederländer und Iren – der einzigen, denen der deutsche Maulkorb erspart blieb – ist ein schmerzhafter Stich in die Flanke des Europas der Monopole. Solche Blessuren stärken indes jene Kräfte, welche sich der imperialistischen „Integration“ in all ihren Facetten immer stärker widersetzen. Aus Dublin weht ein frischer Wind, der in den deutschen Mief hineinbläst. Darauf einen Irish Coffee!

Nr. 127, August 2008

Barack Obama: Der „Linkeste“ rückt nach rechts

Hoffnungsträger oder Wasserträger?

Am 4. November wird in den USA ein neuer Präsident gewählt. Christen mögen sagen: Gott sei Dank! Wir fügen hinzu: Endlich! Anfang nächsten Jahres findet dann die unsägliche Amtszeit des sicher dümmsten, wohl aber auch gefährlichsten Präsidenten in der Geschichte der Vereinigten Staaten ihren Abschluß. Die Bilanz des politischen und militärischen Amokläufers George W. Bush verdient – vor allem wegen Irak und Afghanistan – nur ein Urteil: das 1946 in Nürnberg auch durch amerikanische Richter gefällt. Gedient hat dieser Mann in erster Linie dem militärisch-industriellen Komplex und der Ölmafia. Ein pseudoreligiöser Eiferer, war er das offizielle Mundstück der konservativsten und aggressivsten Kreise der Republikanischen Partei (GOP), die im Wechselbad mit der zweiten großbürgerlichen Formation des Landes – den Demokraten – traditionell den rechtesten Part übernommen hat. Für die GOP wird diesmal John McCain ins Rennen geschickt, der sich von Bush lediglich durch einen höheren Intelligenzquotienten unterscheidet.

Die gemäßigte amerikanische „Linke“ – eine auch die Gewerkschaften dominierende Sozialdemokratie gibt es in den USA nicht, weshalb der liberale Flügel der Demokratischen Partei diese Funktion mit übernommen hat – tritt fast geschlossen für Barack Obama ein. Dem „Hoffnungsträger“ und Verkünder eines wie auch immer gearteten „Wandels“ dürfte vom Parteikonvent vermutlich Hillary Clinton als Gegengewicht zur Seite gestellt werden. Mehrheitlich rechnen politische Beobachter damit, daß Obama die vielfache Millionärin als „Running Mate“ (Vizepräsidentenskandidatin) verordnet bekommen wird.

Die Tatsache, daß erstmals ein Schwarzer und eine Frau das derzeit aussichtsreichste Tandem bilden könnten, wird von fortschrittlichen Persönlichkeiten der USA-Wahlszene a priori positiv gewertet. Auch Fidel Castro, der Obamas jüngste Ausfälle gegen Kuba nachdrücklich zurückwies, bezeichnete den Senator aus Illinois dessenungeachtet in einer „Granma“-Kolumne als den zweifellos „linkesten“ unter den diesjährigen Präsidentschaftsaspiranten. Das ist natürlich relativ zu betrachten. Die KP der USA, deren Einfluß unter den obwaltenden Umständen gewiß begrenzt ist, unterstützt nicht ohne Bedenken die Bewerbung des afroamerikanischen Politikers und richtet ihr gesamtes Feuer auf den faschistoiden Ex-Bomberpiloten und GOP-Kandidaten McCain.

Man darf jedoch nicht der verlockenden Illusion erliegen, Barack Obama könne ohne den Segen derer, die in den Vereinigten Staaten wirklich das Sagen haben, ins Weiße Haus einziehen. Sie führen auch bei dieser Wahl – wie einst bei John F. Kennedy – offen oder verdeckt Regie. Wachs in ihren Händen, driftet der nach seiner Biographie und bisherigen Haltung zweifellos Liberalste unter den drei ursprünglichen Präsidentschaftsanwärtern mit Gewicht immer eindeutiger in Richtung „Mainstream“. Mit anderen Worten: nach rechts.

Die den großbürgerlichen Flügel der Demokraten repräsentierende Ex-Präsidentengattin Hillary Clinton hat inzwischen ihren Anspruch auf den Job Nr. 1 aufgeben müssen und ist Obama wie ihr Mann Bill für den weiteren

Wahlkampf „an die Seite gestellt“ worden, um den plakativen Erneuerungseifer des „Heißsporns“ zu dämpfen. Hinzu kommen Geschehnisse, die man als Indizien betrachten kann. So die Tatsache, daß Obama schon seit Monaten absoluter Spitzenreiter bei den Kampagnezuwendungen großzügiger Spender aus den Reihen der Kapitalelite ist. Diese gibt aber kein Geld aus, wenn sie sich ihrer Sache nicht sicher ist. Die aufwendige Finanzierung des Wahlkampfes Obamas signalisiert, daß die tatsächlichen Machthaber in den USA sich inzwischen davon überzeugt haben, den „Hoffnungsträger“ einer breiten Volkskoalition wie alle Präsidenten der letzten Jahrzehnte zu ihrem Wasserträger machen zu können. Und nicht nur der rekordverdächtige Dollarsegen ergießt sich über Obama: Auch an plötzlich vom Himmel fallenden neuen „Beratern“ aus den Konzernzentralen, imperialistischen Denkfabriken und militärischen Planungsstäben fehlt es nicht. Besonders spektakulär: das Auftauchen des berühmten Ex-Chefsicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski, der jetzt sein Wissen für Obama ausbreitet. Eine Folge dieser Entwicklung ist u.a. das Abrücken des eingekreisten Favoriten von einstigen Freunden wie seinem eher linksgerichteten geistlichen Beistand.

Unsere prinzipielle Klarstellung von Herr und Hund in den USA sollte jedoch niemanden zu schematischen Vereinfachungen verleiten. Ganz gewiß sind die beiden Kontrahenten zu den anstehenden Präsidentschaftswahlen trotz aller Abstriche an Obamas ursprünglichem Glanz nicht gänzlich über einen Kamm zu scheren. McCain wäre eine lediglich etwas niveaullere Verlängerung der Ära des politischen Psychopathen Bush. Obama müßte sich nicht nur an der Leine der eigentlich Regierenden führen lassen, sondern hätte auch dem Umstand Rechnung zu tragen, von einem Querschnitt jener Bürger ins Weiße Haus gebracht worden zu sein, die auf Veränderungen hoffen. Immerhin haben 80 % der bei einer unlängst erfolgten Meinungsumfrage Angesprochenen den Standpunkt vertreten, ihr Land befände sich „auf einem schlechten Weg“. Wie alle USA-Amtsinhaber vor ihm würde Obama deshalb seiner Präsidentschaft in begrenztem Umfang eigene Züge verleihen können.

Es ergäbe sich also eine widersprüchliche Situation, zu der vor allem Schatten und vielleicht auch etwas Licht gehören. Castro ist zuzustimmen: Obama muß trotz aller Zugeständnisse an die Reaktion und deren mächtige Hintermänner immerhin einstweilen als liberaler Demokrat betrachtet werden. Das aber ist in einem Land, wo schon europäische Sozialdemokraten für tiefrot gehalten werden, in Rechnung zu stellen. Alles in allem: Von einem Team Obama/Clinton kann man nur eines erwarten: alten Wein in neuen Schläuchen.

Nr. 127, August 2008

Wiedersehen mit Ewald

Der Mann heißt Ewald Möller, ist mittlerweile 80, noch gut drauf und wohnt im mecklenburgischen Städtchen Warin. Damit, daß ich ihn den Lesern vorstellen möchte, hat es seine Bewandnis. Ich betrachte ihn noch heute als einen der Helden meiner Jugendzeit.

Nach vierjährigem Studium in Berlin begann ich im Herbst 1956 in Güstrow zu arbeiten. Die Reihen der Juristen mit Hochschulabschluß waren zu dieser Zeit noch dünn gesät. So ergab es sich, daß ich, gerade 23 und auf eine solche Tätigkeit vom Leben noch in keiner Weise vorbereitet, Staatsanwalt wurde. Man hatte mich als „Nordkader“ ausgesucht. So wurden jene Genossen genannt, welche die Partei in schwächer entwickelte Kreise Mecklenburgs entsandte.

Die jeweils zwei Schöffen, mit denen ich es zu tun hatte, waren – anders als im bürgerlichen Justizwesen – völlig gleichberechtigte Richter. Ihre Stimmen wogen bei der Entscheidung über Schuld und Strafe nicht weniger als die des Vorsitzenden.

Ein Schöffe fiel mir durch Klugheit, Sachkenntnis, Einsatz für die sozialistische Sache und urwüchsigen Humor besonders auf. Er war etwa 30, kam aus der Landwirtschaft und gehörte der Demokratischen Bauernpartei, der DBD, an.

Ewald Möller war ein Mann der Tat: Im Dorf Niegleve hatte er eine der ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften des Reviers ins Leben gerufen. Es handelte sich um eine LPG vom „niedereren“ Typ I, denn die Bauern waren anfangs überwiegend noch nicht bereit, ihr Vieh in die „Kolchose“ zu geben. Besonders die Pferde wurden bis zuletzt verteidigt. Daher ging es zunächst um die gemeinsame Arbeit auf Äckern, Wiesen und Weiden.

Schon lange vor der durchgängigen Umgestaltung der Landwirtschaft in der ganzen Republik war Ewald Vorsitzender einer LPG. Er empfand sich zu Recht als Pionier des Fortschritts.

In jener Zeit galt bei uns noch, die, wie es hieß, „chinesische Regel“, nach der jeder Leiter einen Monat im Jahr körperlich arbeiten sollte. Das betraf auch den Kreisstaatsanwalt. So ging ich in unsere Paten-LPG nach Niegleve, wo mich Ewald bei sich einquartierte.

Der stämmige Mann strotzte geradezu vor Tatendrang. Abends zog er von Versammlung zu Versammlung, um für den Gedanken der LPG zu werben. Überall stand er Rede und Antwort. Tausend Zweifel wurden an ihn herangetragen, offener Haß schlug ihm hier und dort entgegen, doch immer öfter keimten auch Hoffnung und die Bereitschaft auf, seine Botschaft zu verstehen.

Ewalds „eigene“ LPG und andere sich bereits festigende Betriebe – sie waren in jener Anfangsperiode in der Minderzahl – schlugen eine Schneise für die Zukunft. Im Frühjahr 1960 wurde der Übergang zum neuen Leben, der sich qualvoll in die Länge zu ziehen drohte, abgekürzt. Es entstanden die vollgenossenschaftlichen Dörfer. Dabei entschied sich die Mehrheit der Bauern freiwillig, andere folgten nur zögernd oder gar widerwillig, ausgesprochene Gegner mußten in die Schranken gewiesen werden. Ich selbst nahm im MTS-Bereich Vietgest, zu dem auch Ewalds Dorf gehörte, an der Umgestaltung teil. Wir gingen von Haus zu Haus, um noch schwankende Bauern zu überzeugen. Geduldig wurde um jeden einzelnen gerungen. Bei all dem war Ewald der Schrittmacher.

Als ich längst wieder in Berlin war, hörte ich gelegentlich vom weiteren Weg meines Freundes. Er war inzwischen Bezirkstagsabgeordneter der DBD. Ewald besuchte mich in der Redaktion des ND, der ich fast 25 Jahre angehörte, als dieses Blatt noch eine sozialistische Zeitung war. Ich erlebte den gestandenen Klassenkämpfer in seiner neuen Rolle als Vorsitzender einer LPG vom Typ III. Unterdessen hatte sich nahezu die gesamte Bauernschaft der DDR von den Vorzügen auch kollektiver Viehhaltung überzeugt. Später war Ewald Bürgermeister der Gemeinde Klein-Labenz. Auf deren Territorium befand sich eines der modernsten FDGB-Ferienheime. Er lud mich ein, mit Einwohnern und Urlaubern im Kulturraum zu debattieren.

Dann kam die konterrevolutionäre Rückwende. Eine Zeitlang verloren wir uns aus den Augen. Doch schon bald war der Kontakt wiederhergestellt. Ein paar Telefonate, Kartengrüße zu Anlässen ließen ahnen, daß wir uns nach wie vor auf derselben Wellenlänge befanden. Als ich im April 2008 einer Einladung unserer RF-Regionalgruppe nach Schwerin folgte, traf ich dort so manchen alten Bekannten. Bei einem Gesicht stutzte ich. Dann fiel der Groschen: „Mensch, Ewald, welche Freude!“ Seit Jahren „RotFuchs“-Leser, hatte der Alte den beschwerlichen Weg nicht gescheut. Wochen später klopfte ich auf der Rückfahrt von einer Vortragsreise nach Wismar in Warin an Ewalds Tür. Niegleve, die stürmischen und schönen Jahre des Neubeginns standen uns wieder vor Augen. Wir sprachen auch über das Maß der Niederlage und damit Verlorenes. Ewald nannte die Dinge beim Namen: In bäuerlicher Direktheit bezeichnete er heute in Deutschland machttragende Kräfte als Verbrecher. Der langjährige Schöffe muß es wissen, dachte ich.

Nr. 128, September 2008

Krokodilstränen

Die Geschichte ist ein hartnäckig Ding: Sie ist gewissermaßen das Gedächtnis des Geschehenen. Das, worüber hier berichtet werden soll, hat sich seinerzeit nicht nur Millionen DDR-Bürgern, sondern auch vielen Menschen in der alten BRD eingeprägt. Durch eine Mehrheit dort wurde es allerdings inzwischen verdrängt oder damals

gar nicht erst zur Kenntnis genommen. Unterdessen sind neue Generationen herangewachsen, die nicht mehr wissen, wovon die Rede ist. Um was geht es?

Als Konrad Adenauer – laut CDU-manipulierter Umfrage des ZDF der „größte Deutsche aller Zeiten“, in Wahrheit aber der Spalter Deutschlands Nr. 1 und Wegbereiter der

Remilitarisierung im Westen – einst in Bonn regierte, hatte er sich als rechte Hand einen gewissen Hans Globke auserkoren. Der Mann war vom Fach. Staatssekretär des Kanzlers, galt er als graue Eminenz des Kabinetts. Eigentlich war er tiefschwarz. Oder besser: tiefbraun.

Leute von Globkes Schlag wurden nach dem Krieg allgemein als Schreibtischmörder bezeichnet. Sie töteten mit der Feder. Eine Diffamierung? Als 1935 in Nürnberg die Hitlerschen Rassegesetze beschlossen wurden, deren Umsetzung am Ende in den Gaskammern von Auschwitz stattfand, schrieb der gutbestallte Jurist einen Kommentar. Mit anderen Worten: die Anleitung zu ihrer Handhabung. Zehn Jahre später entging er – wie so viele belastete Nazis – dem Nürnberger Tribunal der Alliierten. Er besaß einflußreiche Freunde. Frühzeitig holte ihn Adenauer zu sich. Die Bundesrepublik verbot schon im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens – wie zuvor Hitler – die KPD. Tausende Kommunisten und andere Nazigegner wurden durch Globkes Staat gejagt und in die Gefängnisse geworfen.

Später brachte Bonn enorme Mittel auf, um sie als „Wiedergutmachungsleistungen“ nach Israel zu transferieren und für die militärische Ausrüstung der Zionistenarmee zu sorgen. Die UNO hatte nämlich – mit besonderer Unterstützung sowohl der UdSSR als auch der Vereinigten Staaten – 1948 ein neues Völkerrechtssubjekt geschaffen: Auf dem Territorium des vorher britischen Mandatsgebiets Palästina sollten zwei gleichberechtigte Staaten – ein jüdischer und ein arabischer – entstehen. Die Zionisten durchkreuzten gewaltsam diesen Plan.

Seit Jahrzehnten überschlagen sich nun Politiker der von Globke mitbegründeten BRD in Treuebekundungen zu Israel. Sie wollen dabei den Eindruck erwecken, es gehe ihnen darum, Schuld am Leidensweg der europäischen Juden abzutragen. Mit dem vorgespiegelten Kampf gegen den Antisemitismus hat das allerdings nichts zu tun. Wäre 1948 – was die Sowjetunion und alle Fortschrittskräfte erhofften – in Israel die Linke an die Macht gekommen, stünden die Westmächte heute zweifelsfrei im Lager des Antisemitismus, so wie sie es seit eh und je gegenüber fortschrittlichen arabischen Regimes – auch hier handelt es sich ja um Semiten – praktizieren. Denken wir nur daran,

wie die Imperialisten vom Antisowjetismus direkt zur Verteufelung „der Russen“ übergegangen sind. Oder führen wir uns vor Augen, wie sie heute wieder die „gelbe Gefahr“ beschwören, die Deutschlands Chinapolitik seit dem 19. Jahrhundert bestimmt hat. Hätte die israelische Linke im Schicksalsjahr der Staatsgründung nicht die Wahlen in einer Atmosphäre des von den Zionisten angeheizten Chauvinismus verloren, gäbe es keine Allianz zwischen Tel Aviv und den imperialistischen Zentralen.

Die von Merkel & Co zur Schau gestellte Blutsbrüderschaft mit Israel hat nur einen Hintergrund: die Tatsache, daß sich der „Staat der Juden“, deren Mehrheit bekanntlich anderswo lebt, auf gleiche strategische Konzepte und Klasseninteressen gründet wie die BRD. Israel ist der von den USA aus gesteuerte Hort des jüdischen Monopolkapitals. Für die israelischen Kommunisten und andere Internationalisten dort, die sich der zionistisch-nationalistischen Unterdrückungspolitik gegenüber den Palästinensern widersetzen, hegen die Nachfolger Globkes kein Fünkchen Sympathie.

Anders verhielt es sich mit der DDR. Sie hat sich in der Frage ihres Verhältnisses zu jüdischen Menschen stets eindeutig positioniert. Das schloß jeden Anflug von Antisemitismus aus. Die zutiefst antifaschistische Grundhaltung des sozialistischen deutschen Staates war bei der Mehrheit der Bürger fest verankert. Kunst und Literatur – man denke nur an den Film „Nackt unter Wölfen“ – mobilisierten auch emotional gegen den antisemitischen Ungeist. Mit dem Staat Israel – der imperialistischen Speerspitze im Nahen Osten – hatte die DDR allerdings nichts gemein. Die Krokodilstränen überließ sie anderen.

Antisemitismus und Zionismus sind nur zwei Seiten einer Medaille. Wer heute hierzulande – bisweilen auch mit linkem Dekor – für Israel die Trommel schlägt, dient weder der Verständigung mit Israelis noch der antiimperialistischen Bewußtseinsbildung in Deutschland. Dem Staat Globkes darf nicht gestattet werden, sein Bündnis mit den zionistischen Friedensfeinden im Nahen Osten als Treuegelöbnis zu „den Juden“ auszugeben.

Nr. 129, Oktober 2008

Der Haß des Gegners auf Sozialisten und Kommunisten beweist: Es steht nicht schlecht um unsere Sache

Ansprache auf der Kundgebung zum 64. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns in Ziegenhals am 24.8.2008

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde! Heute lehnen wir den großen deutschen Arbeiterführer, den Kommunisten Ernst Thälmann, anlässlich des 64. Jahrestages seiner Ermordung. Er war ein charismatischer Volkstribun, mit dessen Wirken sich die Formierung und der Aufstieg einer massengestützten revolutionären Vorhutpartei verbanden, die auf dem Höhepunkt ihres Einflusses sechs Millionen Wähler um sich zu scharen wußte. Anders als manche Funktionäre hier und dort, die eher aus dem Gerangel innerhalb des Apparates hervorgingen, kam Ernst Thälmann – Sohn und Führer seiner Klasse – direkt

aus den Kampffreien des deutschen Proletariats. Wir tragen seinen Namen nicht wie eine Ikone vor uns her, sondern erinnern uns seiner mit Wärme und dem Blick nach vorn. Denn wir sind keine rückwärtsgewandten Nostalgiker, wenn wir auch tief und fest in der Geschichte unserer Bewegung, in unserer marxistischen Lehre und in den eigenen Erfahrungen eines jeden verwurzelt sind.

Im Unterschied zu Abgesprungenen, Abschwörenden oder Angekommenen gehören wir zu jenen, welche der Sache in der Stunde der Not treu geblieben sind. Denn eine Weltanschauung ist nicht von Sieg oder Niederlage abhängig.

Man hat sie oder man hat sie nicht. Sich zu kommunistisch-sozialistischen Idealen an schönen und wolkenlosen Tagen zu bekennen, wenn man sich auf die Macht der Arbeiterklasse stützen kann, ist keine Kunst. Ob man tatsächlich Kommunist oder Sozialist ist, zeigt sich bei Machtverlust, Gegenwind und Sturm. Dann gilt es, den Kragen hochzustellen und die Zähne zusammenzubeißen. Ernst Thälmann hat uns das in den langen Jahren seiner Haft vorgelebt. Er beeinflusst auch heute unser Tun und Lassen. Auf Thälmannsche Art sich der Gegenwart zu stellen und der vorerst noch ihren Sieg auskostenden großdeutschen Bourgeoisie mit Würde und Festigkeit zu begegnen – darauf kommt es an. Wir sind zwar ohne die Macht, aber deshalb noch lange nicht ohnmächtig.

Wir vom „RotFuchs“-Förderverein – einer vor zehneinhalb Jahren zunächst als Zeitschrift entstandenen Tribüne für die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Grundlage – empfinden uns als Teil der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Unsere Stimme wird inzwischen von nicht wenigen gehört: Jeden Monat lesen Zehntausende die Printausgabe, weitere Tausende laden den RF im Internet herunter. Das Blatt geht von Hand zu Hand.

Wie sehen wir die Dinge?

Mit der wütenden antikommunistischen Verleumdungskampagne des Gegners, mit den inquisitorischen Attacken solcher Haßprediger wie Birthler und Knabe auf die vor fast 18 Jahren untergegangene DDR, mit den schalen Absonderungen der Tiefensees und anderer Leuchten aus der personell aufgestockten politischen Tieffliegerstaffel des bundesdeutschen Imperialismus sind wir durchaus zufrieden: Würden sie nicht ununterbrochen auf uns einprügeln und aus vollem Halse Zeter und Mordio schreien, überschlugen sie sich nicht in immer neuen Erfindungen und Verdrehungen der Wahrheit, hetzten sie das Rudel ihrer erbärmlichen journalistischen Kläffer nicht Tag für Tag auf uns – Genossen, es stünde schlecht um unsere Sache! Dann wären die DDR und unsere sozialistisch-kommunistische Bewegung wirklich mausetot.

Der Umstand aber, daß die Antikommunisten aller Schattierungen – von ultrarechts bis pseudolinks – solchen Aufwand zu treiben gezwungen sind, daß sie ohne Unterlaß ihre ideologische und publizistische Giftgasartillerie gegen uns einsetzen müssen, ist der authentische Beweis dafür, daß es um ihre vermeintliche Stärke schwach bestellt ist. Es gibt noch Glut unter der Asche. Die DDR ist weder scheinot noch tot, sondern lebt im Alltag unserer Kämpfe fort. Ihr Vermächtnis wird – angesichts der von den Medien betriebenen Gleichschaltung und der in den Schulen stattfindenden Gehirnwäsche sicher nur unter großen Schwierigkeiten – auch an die nachfolgenden Generationen weitergegeben.

Kämen wir hierbei nicht allmählich voran, dann hätte sich Brandenburgs Polizeiminister Schönbohm – ein Rambo des rechtsextremistischen CDU-Flügels – wohl kaum in der „Märkischen Oderzeitung“ so weit aus dem Fenster gelehnt. Offenbar hatte er gute Gründe, sich darüber zu beschweren, daß nicht wenige der Älteren unter den einstigen DDR-Bürgern ihr Wissen und ihre Erfahrungen an Jüngere übermitteln.

Was heißt in diesen Tagen im Thälmannschen Sinne zu urteilen und zu handeln? Es bedeutet zweierlei: Verteidigung und Gegenangriff.

In erster Linie geht es darum, der immer drohender heraufziehenden faschistischen Gefahr frontal und in geeigneter Weise zu begegnen. Jeder, der in diesem großen imperialistischen Deutschland mit seiner ständig zunehmenden Aggressivität nach innen und außen der Faschisierung Widerstand leistet, jeder, der die neuen Nazis auf der Straße und in den Institutionen bekämpft, ist uns als Bundesgenosse willkommen. Dabei fragen wir weder nach dem Parteibuch noch nach der sozialen Herkunft. Denn Antifaschismus ist ein übergreifendes Gebot humanistischer Gesinnung und Gesittung. Er ist das Erfordernis des Tages.

Wer sich in diesen Kampf einreihen will, muß vor allem eines erkennen: Die Faschisierung in der Merkelschen Bundesrepublik Deutschland – von Berlusconi Italien und Sarkozys Frankreich als Umfeld ganz abgesehen – findet in neuen Formen und in veränderter Maskerade statt. Sie vollzieht sich diesmal nicht in Gestalt uniformierter SS- und SA-Sturmtruppen, auch wenn man die NPD-Horden und die amoklaufenden Kameradschaften der Neonazis keineswegs unterschätzen sollte. Diese Kräfte werden vom Kapital für alle Fälle in Bereitschaft gehalten. Rabiater Ausländerhaß ist ihr Panier, die Linke ihr Todfeind. Doch anders als 1933, als die grandiose Thälmannsche Partei – zu ihrer Zeit die zahlenmäßig stärkste kommunistische Avantgarde im kapitalistischen Teil der Welt – eine unerhörte Herausforderung für das herrschende System darstellte, verläuft der Faschisierungsprozeß diesmal bei Aufrechterhaltung des parlamentarischen Dekors sowie unter Ausnutzung bestehender Einrichtungen und Strukturen. Die Namen und hochrangigen Ämter der Wortführer und Einpeitscher sind bekannt. Sie müssen hier nicht noch einmal genannt werden. Hinzugefügt aber sei: Auch die Goebbels fast noch übertreffende zügellose Hetze gegen China und Rußland liegt auf der gleichen Linie.

In dieser bedrohlichen Situation reichen wir allen die Hand, die mit uns Dämme gegen die Faschisierer und deren Schirmherren errichten wollen.

Wir vom „RotFuchs“ vertreten den Standpunkt: Auch in stürmischen und schweren Tagen wollen und werden wir Kommunisten und Sozialisten bleiben – gleich, ob derzeit organisiert oder nicht. Dabei ist unsere Leser- und Mitgliedschaft breit gefächert. Zu ihr zählen nicht wenige Gewerkschafter, frühere Mitglieder sämtlicher Blockparteien der DDR, linke Christen und gegen das kapitalistische System aufbegehrende Sozialdemokraten. Ihnen allen sind wir inzwischen Partner und zum Teil auch politische Heimat geworden.

In einer Frage sollten sich authentische Linke unbedingt einig sein: Es geht darum, unser Pulver trocken zu halten, im gegnerischen Trommelfeuer und unter reformistischen Weichmachern aller Art nicht einzuknicken, unsere Identität und moralische Integrität zu bewahren. Die Einbürgerung der Ideologie des Klassenfeindes beginnt mit der Übernahme seines Vokabulars. Die neuen Machthaber, deren Gewährsleute sich als „politische Klasse“ der BRD aufspielen, ohne tatsächlich Klasse zu sein, haben es z. B. verstanden, einen von ihnen eingeschleusten Begriff auch nicht wenigen Genossen in den Mund zu legen. Ich meine das Wort von der sogenannten Wende, die 1989/90 stattgefunden haben soll. War das in der Tat eine Wende, gar zum Guten, wofür diese

fünf Buchstaben eigentlich stehen? Oder war es nicht eine Rückwende, bei der wir wieder unter die kapitalistischen Wölfe gefallen sind? Die Machthaber und deren Medien kultivieren bewußt den Begriff der Wende, wobei sie zugleich behaupten, die Gesellschaft bestehe aus „Arbeitgebern“ und „Arbeitnehmern“, Vokabeln wie Klassen und Klassenkampf seien überholt.

Wir „RotFüchse“, die wir im Geiste Ernst Thälmanns unseren Klassikern Marx, Engels und Lenin treu geblieben sind – und mit uns Tausende und aber Tausende Genossinnen und Genossen aus der Partei Die Linke, aus DKP, KPD und vielen anderen Organisationen und Verbänden – werden entschieden dagegen Front machen, daß man anstelle von Lenin solche Revisionisten wie Eduard Bernstein auf den Schild hebt und deren Pseudotheorien verbreitet. Seit dem Sonderparteitag im Dezember 1989 geschieht das ja ganz ungeniert.

Beim Sturz des Sozialismus in Europa handelte es sich nicht um eine „Wende“, sondern um eine Konterrevolution. Dabei haben sich vom Klassenfeind und seiner Demagogie, seinen Versprechungen und Verlockungen irreführte, zeitweilig politisch alleingelassene und dadurch orientierungslos gewordene Teile der DDR-Bevölkerung für eine Mitwirkung oder eine Statistenrolle einfangen lassen. Das trug sicher auch zur Wiederherstellung historisch bereits überwundener Macht- und Eigentumsverhältnisse bei. Übrigens haben die meisten der damals auf den D-Mark-Leim Gekrochenen und gegen ihre eigenen Interessen in den Kampf Gezogenen das inzwischen bitter bereut.

Natürlich hatte die Rückwärtswende vielschichtige objektive und subjektive, nationale und internationale Ursachen, auf die ich hier aus Zeitgründen nicht näher eingehen kann. Eines aber steht fest: Die Konterrevolution hat in sämtlichen früher sozialistischen Ländern Europas gesiegt, während der Sozialismus in anderen Teilen der Welt überlebte.

Wir sind hier, um Ernst Thälmanns zu gedenken. Das heißt für die Älteren und Alten aus dem Osten vor allem, die Erinnerung an die DDR bis zur letzten Stunde ihres Lebens zu bewahren. Für die Jüngeren und Jungen bedeutet es, das Werk der Großeltern und Eltern nicht geringzuschätzen und von diesen Geleistetes nicht aus ihrem Gedächtnis zu verlieren. Auch die hier anwesenden Kampfgefährten aus Westberlin und der Alt-BRD stimmen sicher mit uns in der Bewertung überein, wenn wir sagen: Die Deutsche Demokratische Republik war – ungeachtet ihrer Defizite und des Debakels am Ende – die größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, ja, das bedeutendste gesellschaftliche Gestaltungswerk in der tausendjährigen Chronik des deutschen Volkes. Das müssen wir immer vor Augen haben, wenn uns der imperialistische Totalitarismus-Nebel von den „zwei gleichzusetzenden deutschen Diktaturen“ – 1933 bis 1945 und 1949 bis 1989 – den Blick trüben soll.

Nach 1945 gab es auf deutschem Boden zwei diametral entgegengesetzte Staaten: die fortbestehende und als Demokratie zurechtgeschminkte Diktatur der Ausbeuterklassen in der BRD und die politische Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in der DDR. Marx und Engels bezeichneten diese Staatsform als Diktatur des Proletariats. So unvollkommen die sozialistische

Macht auf deutschem Boden auch noch gewesen sein mag – dem Regiment der Hundts und Henkels war sie um eine ganze historische Epoche voraus.

Der pathologische Haß des Gegners hat nur einen wirklichen Grund: Die Tatsache, daß die DDR dem Kapital auf revolutionäre Art vier Jahrzehnte lang in einem Drittel Deutschlands die politische Macht und das ausbeuterische Eigentum entzogen hatte. Das werden ihr die Profitjäger und Couponabschneider nie verzeihen. Doch gerade dafür ist die DDR – wie auch für ihre Friedenspolitik – auf alle Zeiten in das Buch der Geschichte eingetragen worden.

Wenn wir konsequent im Sinne Ernst Thälmanns handeln wollen, dann müssen wir aus seinen sich besonders in der Endphase der Weimarer Republik verstärkenden Bemühungen um die Herstellung der Aktionseinheit aller linken und antifaschistischen Kräfte die notwendigen Lehren ziehen. Auch die heutige Situation gebietet zwingend ein Zusammenrücken und das Zurückstellen zweitrangiger Differenzen.

Derzeit gibt es in Deutschland eine nicht geringe Zahl unterschiedlicher, meist leider getrennt marschierender linker Parteien und Organisationen. Wohin schädliches Auseinanderdriften führen kann, zeigte die infame Rufmordkampagne gegen die niedersächsische Landtagsabgeordnete Christel Wegner, die wegen ihrer Mitgliedschaft in der DKP und ihres Bekenntnisses zum Schutz neuer Gesellschaftsformen nicht nur von Namenlosen, sondern auch von sehr Prominenten rüde angegriffen und diskriminiert wurde.

Will man Schritt für Schritt über die Aktionseinheit zur Gemeinsamkeit im Denken gelangen, dann müssen derzeit noch zerstrittene oder uneinige Kräfte um ein Minimum ideologischer und praktisch-politischer Annäherung bemüht sein. Dabei sind Takt und Feingefühl auf allen Seiten erforderlich. Ungeduld und ein Anpeitschenwollen des Prozesses der Zusammenführung werden wohl kaum hilfreich sein. Anmaßende Auffassungen, man besitze das Monopol auf die Linke oder das Patent auf die Arbeiterbewegung, sind der Sache ebenso abträglich wie scheinradikale Phrasendrescherei. Während die einen schon morgen alle linken Strömungen unter einem Dach versammelt sehen möchten und fünf Schritte auf einmal nehmen wollen, fehlt es anderen an Entschlußkraft und an einer revolutionären Vision. Sie verfahren gewissermaßen nach Bernsteins Devise: „Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts.“ Wer aber so denkt und handelt, wird am Ende keine Ernte einbringen. Man muß einen langen Atem haben, darf aber das Ziel des Kampfes nie aus den Augen verlieren. Für uns heißt es unverändert und ohne Abstriche: Sozialismus. Es geht dabei nicht um irgendwelche wortreich verbrämten Konzepte, die lediglich einen „Kapitalismus mit menschlicherem Gesicht“ anbieten, wie mir das bei einigen nostalgischen Verehrern des „Prager Frühlings“ der Fall zu sein scheint, sondern – um mit dem linkssozialdemokratischen Politiker Oskar Lafontaine zu sprechen – um Systemüberwindung. Die hat er auf dem Cottbusser Parteitag der PDL klipp und klar gefordert.

Kein Zweifel: In Deutschland wird es dauern, bis die Bourgeoisie als machtausübende Klasse von der Herrschaft verdrängt und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überwunden ist. Das aber sind – wie

Marx und Engels vor 160 Jahren im Kommunistischen Manifest weit in die Zukunft blickend erfaßten – die entscheidenden Vorbedingungen für jene neue Gesellschaft, deren Idee wir uns mit Herz und Verstand verschrieben haben. Es ist ein gutes Gefühl, hier Genossinnen und

Genossen, Freundinnen und Freunden aus dem gesamten linken Spektrum zu begegnen. Das macht Mut und gibt Kraft, jenen Kampf konsequent fortzusetzen, in dem Ernst Thälmann vor 64 Jahren als proletarischer Held gefallen ist. *Nr. 129, Oktober 2008 (Beilage)*

Bushs blutige Bilanz

Ein Amokläufer ist am Ende seiner Strecke angekommen: Der dümmste und gefährlichste USA-Präsident seit 1945 – und da gibt es wahrlich einige Konkurrenz – schwimmt jetzt nur noch als „lame duck“ auf dem Washingtoner Politteich. Lahme Ente – so nennen die Amerikaner nämlich ihre abgewählten und damit kraftlos gewordenen Staats- und Regierungschefs, die ein letztes Gnadenvierteljahr im Weißen Haus zubringen dürfen. Mit diesem Domizil ist George W. Bush bestens bedient, gehörte er doch eher in eine Zelle des Haager Untersuchungsgefängnisses.

Dieser Mann ist ein professioneller Luntener. Als oberster Vollstreckungsbeamter der wirklichen Machthaber seines Landes hat er die Welt gleich an mehreren Ecken angezündet. Als „Antwort“ auf den vermutlich vom eigenen Geheimdienst „angeregten“ 11. September 2001 ließ er Iraker und Afghanen massenhaft abschlachten und hetzte erst jüngst seinen georgischen Lieblingskötter Saakaschwili auf Südossetien, um einen kurzen Stellvertreterkrieg der NATO gegen Rußland auszuprobieren. Die im Schatten dieses Konflikts vereinbarte Stationierung auf Moskau und Minsk zielender USA-Offensivraketen löste dort die Alarmstufe aus.

Bushs blutige Bilanz hat dazu geführt, daß Washingtons Stern weltweit so tief wie nie zuvor gesunken ist. Auch im eigenen Land bekam die Statue des Präsidenten erhebliche Risse. Die Hälfte der Nation wandte sich schon frühzeitig vom höchsten Repräsentanten ab, der nur dank eines massiven Wahlschwinds im durch Bruder Jeff verwalteten Bundesstaat Florida in sein Amt gelangt war.

Doch die Ära George W. Bushs, der nach den Kriterien des Nürnberger Prozesses als Kriegsverbrecher zu betrachten ist, gehört bereits der Geschichte an. So wenden wir uns dem nächsten Kapitel zu: dem erst im neuen Jahr erfolgenden Amtsantritt des am 4. November zu wählenden Präsidenten. Auch wenn kein spektakulärer Wechsel ins Haus steht, dürften die Karten neu gemischt und andere Akzente gesetzt werden. Da die Abstimmung erst geraume Zeit nach unserem Redaktionsschluß stattfindet, können wir das Ergebnis weder vorausahnen noch unterstellen. Im September sah es zunächst so aus, als ob Barack Obama mit seinem außenpolitisch erfahrenen „Running Mate“ Joe Biden den Titel für die Demokraten holen würde. Umfragen trauten ihm deutlich mehr Wahlmänner, von denen die Kür des Präsidenten vollzogen wird, zu als seinem republikanischen Gegenspieler John McCain. Dann lag dieser in der Meinungsgunst kurze Zeit vorn. Bis zuletzt blieb die Entscheidung offen. Obama ist als

Persönlichkeit keineswegs mit einer so trivialen Figur wie George W. Bush zu vergleichen. Auch die Demokraten als Partei sollten nicht – vor allem, was ihre Wählerbasis betrifft – mit den Republikanern in einen Topf geworfen werden. Bushs und McCains Partei steht – jedenfalls in der Innenpolitik – deutlich weiter rechts. Beide großbürgerlichen Formationen aber gehören zu einem politischen Wechselbad: Haben sich die einen den Unmut der Wähler zugezogen, machen sich die anderen warm. Das strategische Ziel variiert dabei kaum. Mit den Demokraten – im Süden der Vereinigten Staaten bilden sie traditionell das Rückgrat der rassistischen Reaktion – verbinden sich weiter nördlich vor allem mittlere und ärmere Bevölkerungsschichten, Angehörige der Minderheiten und jene, welche in Europa für Parteien wie die SPD votieren würden. Ihr machtpolitisches Hinterland ist die zweite Reihe des USA-Monopolkapitals, wobei dessen sonst die Republikaner unterstützende erste Reihe dann umschaltet, wenn sich ein Sieg der Gegenpartei abzeichnet. Die republikanische Grand Old Party (GOP) wird vor allem von der Öl- und Rüstungsindustrie sowie maßgeblichen Bank- und Börsenkreisen getragen. Zwei Drittel der Konzernanwälte stehen in ihrem Lager.

Diesmal ist Barack Obama als erster schwarzer Präsidentschaftskandidat mit echten Wahlchancen auch durch die amerikanische Linke unterstützt worden. Für sie stellte er trotz seines zwiespältigen Auftretens eine gewisse Alternative dar. Allerdings zählen Experten aus Spitzenkreisen des Kapitals längst zu seinen engsten Beratern. Ein Flügel der Imperialisten geht davon aus, daß sich Washingtons Politik mit einem sympathischen, jungen und dynamischen Präsidenten besser verkaufen ließe als durch Leute vom Schlage Bushs, dessen Prestige bei der Mehrheit der Staats- und Regierungschefs – von Freundin Angela abgesehen – fast auf Null gefallen war.

Eine Entscheidung für den ehemaligen Bomberpiloten und Vietnamesenmörder John McCain wäre eine direkte und fatale Fortsetzung des bisherigen Kurses. Ein einziger Unterschied zu George W.: Der 72jährige besitzt einen deutlich höheren Intelligenzquotienten. Doch das ist ja wohl keine Kunst. An McCains Seite steht mit Sarah Palin als Frauenstimmenfängerin ein weibliches Double des abgewrackten Amokläufers. Man bedenke: Bei Ausfall des Präsidenten hätte sie die Hand am atomaren Drücker.

Doch zurück zu Bush: Als Atheist sage ich zu seinem Abgang: Na Gott sei Dank!

Nr. 130, November 2008

Roß und Reiter

Gestern noch auf stolzen Rossen, heute durch die Brust geschossen ... Der Vers paßt auf den zeitgenössischen Kapitalismus wie die Faust aufs Auge. Vor wenigen Monaten noch sonnte sich die bekannte Dame mit den vielen farbigen und dreiköpfigen Jacken im Glanz einer vermeintlich langanhaltenden Konjunktur. Von Regierungsseite ließ man wissen, deren Unverwüstlichkeit sei das Ergebnis härtester „Kabinettsarbeit“.

Damals zeigte sich unsere als Ausgleich für Trinwilershagen auf die Ranch des erfolglosesten USA-Präsidenten aller Zeiten eingeladene Kanzlerin strahlend an der Seite ihres Freundes Bush. Inzwischen ist der dümmliche Texaner längst im politischen Orkus verschwunden. Sein Name wird mit dem größten Fiasko verbunden bleiben, das die „freie Marktwirtschaft“ je ereilt hat. Verglichen mit dem Bankenabsturz dieses Herbstes, bei dem todsieche Finanzmagnaten nur durch künstliche Ernährung aus der vom Steuerzahler gefüllten Staatskasse am Leben erhalten werden konnten, war der „schwarze Freitag“ von 1929 geradezu ein Pappentier. Der aber löste bekanntlich die seinerzeitige Weltwirtschaftskrise aus. Wie damals hatte auch der neue New Yorker Bankenkrach einen weltweiten Dominoeffekt. Die Geldjongleure der kreditunwürdigsten Kreditinstitute des Systems, die Billionen virtueller Dollar ohne jegliche Deckung durch die „Realwirtschaft“ hin- und herschieben, gerieten plötzlich aus dem Gleichgewicht. Die Medien bezeichneten das verharmlosend als „Platzen einer Blase“. Sie meinten damit nichts Urologisches, sondern das massenhafte Auffliegen ungedeckter Schecks.

Wenn sich ein kleiner Gauner dieses Tricks bedient, wandert er als Krimineller sofort in den Knast. Doch wenn die größten Betrüger der Geschichte durch verbrecherische Spekulation die Zahlungsfähigkeit ganzer Staaten – man denke nur an Island – aufs Spiel setzen, kommen sie ins Guinness-Buch kapitalistischer Rekorde. Bereitwillig stellen ihnen die eigenen Strohmänner an den Kabinettsischen zur „Überbrückung“ finanzielle Äquivalente im Wert von bis zu anderthalb Jahresbudgets zur Verfügung. Selbst das sonst so verpönte Mittel der Staatsintervention gilt plötzlich als legitim, natürlich nur bis zur Wiederherstellung der finanziellen Manövrierfähigkeit. Man erinnere sich in diesem Zusammenhang der seinerzeitigen Verstaatlichung des bankrotten britischen Steinkohlebergbaus,

die sofort rückgängig gemacht wurde, als die Profite wieder sprudelten.

Die Krise dieses Jahres ist die schwerste, die den Kapitalismus bisher getroffen hat. Ihr Hauptgrund muß darin gesucht werden, daß der noch immer im Welthandel als Spitzenwährung dienende Dollar nicht einmal mehr den Wert des Papiers besitzt, auf dem er gedruckt wird. Der Dollar-Flop ist zur Inflationsquelle Nr. 1 geworden. Hundts Modell des Kapitalismus ist auf den Hund gekommen. Mit der Kettenreaktion der Insolvenzen von Banken, Konzernen und Kommerz mußte diese Gesellschaftsordnung den Offenbarungseid leisten.

Und dennoch sind ihre Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft. Warum ist das so? Weshalb bricht der politisch, ökonomisch und sozial marode Kapitalismus nicht einfach zusammen? Sieht man davon ab, daß im überwiegenden Teil der Welt – nach der Niederlage des europäischen Sozialismus – derzeit kein ausreichendes revolutionäres Potential vorhanden ist, um den Angezählten knockout schlagen, seine Nachfolge antreten und eine tragfähige Alternative anbieten zu können, muß man konstatieren: Auch die Monopolbourgeoisie hat aus 1929 Lehren gezogen. Die Ausbeuterklasse übt auf ihre Weise „Solidarität“, indem sie unter Einsatz des Volksvermögens ertrinkende Kapitalisten aus dem Wasser und „Versager“ aus dem Verkehr zieht. So wird eine eigentlich längst abgeoffene Währung – im Interesse des eigenen Überlebens – vor dem Untergang bewahrt. Ist der Ruf erst ruiniert, lebt's sich völlig ungeniert: Der Kapitalismus kämpft ohne Skrupel um seine nackte Existenz, und er besitzt dazu vorerst noch die notwendigen Instrumentarien. Aber er ist bereits gezeichnet. Vergeblich versuchen Politiker, latente Schwäche hinter Kraftmeierei zu verbergen.

Blüms Versprechen von einst, die Renten seien sicher, hat sich, wie inzwischen jeder weiß, als Bluff erwiesen. Und was Merkels flottes „Ehrenwort“ zur angeblichen Garantie der Spareinlagen betrifft, so dürfte auch das ein Muster ohne Wert sein. Denn ihre Regierung ist wohl mancherlei, aber eines mit Gewißheit nicht: glaubwürdig.

Wie doch die Szene wechselt. Noch vor wenigen Monaten schien im Reich der deutschen Monopole und Banken alles wohlgeordnet. Kraftvoller Aufstieg war angesagt. Jetzt handelt es sich um eine rasante Talfahrt. Gestern noch auf stolzen Rossen ... *Nr. 131, Dezember 2008*

Essen mit Joe Biden

Im Frühjahr 1974 bereitete ich eine ausgedehnte Reportage in die Vereinigten Staaten vor. Aus Washington hatte ich freundliche Gesprächseinladungen der als seriös geltenden USA-Senatoren J. William Fulbright, George McGovern, Mike Mansfield, Charles H. Percy, Frank Church und Birch Bayh erhalten. Sie zeigten sich an einem Gedankenaustausch mit dem Leiter der Sektion Kapitalistische Länder des damals in Millionenauflage erscheinenden ND

– des führenden Blattes der DDR – interessiert. Meinen bereits ins Auge gefaßten Abflug durchkreuzte jedoch ein anderes Ereignis: der Sturz des portugiesischen Faschismus am 25. April 1974. So mußte ich mein Reiseziel ändern. Statt nach Washington ging es nach Lissabon, von wo ich fünf Jahre lang über Revolution und Konterrevolution für meine Zeitung berichten sollte. – Nach der Rückkehr im Juli 1979 wandte ich mich wieder etwas mehr auch

„amerikanischen Angelegenheiten“ zu. Schließlich war ich einige Jahre in der USA-Abteilung des DDR-Außenministeriums tätig gewesen und hatte 1966 am Babelsberger Institut für Internationale Beziehungen über die Lateinamerika-Politik der Administrationen von John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson promoviert.

Abermals in meiner alten redaktionellen Funktion, ließ man mir freie Hand im Umgang mit der USA-Botschaft, von der ich regelmäßig zu Empfängen, Cocktails und Gesprächen mit interessanten Besuchern aus den Staaten eingeladen wurde. Ed Harper und Günther Rosinus, die als Botschaftsräte für Presse und Kultur posierten, wobei sie natürlich für die CIA tätig waren, gaben mir wiederholt die Ehre. Rosinus konnte ich bei einer solchen Gelegenheit mit der Bemerkung überraschen, er besitze ja wohl einschlägige Erfahrungen aus seiner Tätigkeit als Geheimdienstoffizier beim Pazifischen Oberkommando der USA-Streitkräfte (CINCPAC) in Tokio.

Eines Tages im Juli 1985 erhielt ich – gewissermaßen routinemäßig – eine Einladung zum Lunch in das Berliner Hotel Metropol. Dort hatte ich zuvor bereits mit Cynthia Miller, einer ebenfalls von der CIA in die DDR delegierten Botschaftsrätin für Presse und Kultur, der ich Jahre darauf im Washingtoner National Press Club wiederbegegnen sollte, und einem von ihr präsentierten „reisenden Professor“ des Pentagon-nahen National War College gespeist. Diesmal gab die scheidende USA-Botschafterin Rozanne Ridgeway ein Abschiedsessen, bei dem zugleich der gerade die DDR besuchende Senator Joseph R. Biden aus dem USA-Bundesstaat Delaware einem „illustren Kreis“ vorgestellt werden sollte. Am ovalen Tisch im *Chambre séparée* des Hotel-Restaurants waren außer dem hochrangigen Gast aus Übersee, der Botschafterin, CIA-Botschaftsrat Rosinus, drei weiteren Mitarbeitern seiner Abteilung und dem Autor dieses Artikels auch zwei mir gut bekannte Herren plaziert worden: der sich damals in der Rolle eines „Dreiviertel-Dissidenten“ spreizende bekannte DDR-Schriftsteller Stefan Heym und sein gleichfalls bei keiner Veranstaltung der USA-Botschaft ausgelassener Kollege Rolf Schneider, der immer so tat, als trage er auf beiden Schultern, während sich die Last längst auf die rechte Seite verlagert hatte. Doch nicht davon will ich berichten. Denn der Stargast war an diesem Tag Joe Biden. Der spätere Vorsitzende des Außenpolitischen Senatsausschusses – ein prominenter Politiker der Demokratischen Partei – hatte zuvor mit DDR-Außenminister Oskar Fischer gesprochen, wodurch er

offensichtlich in gehobene Stimmung versetzt worden war. Bidens Tischrede ließ seinen Nerv für Augenmaß erkennen. In meiner Erwiderung konnte ich daran anknüpfen. Rolf Schneider paßte es sichtlich nicht, daß der Senator auf den von mir gewählten Ton einging. Stefan Heym hielt sich ausnahmsweise bedeckt, während die Botschafterin ihre Eleganz als Gastgeberin ausspielte.

Als ich einige Wochen darauf aus dem Sommerurlaub zurückkam, fand ich in der Redaktion einen Brief Joe Bidens vor. Das Schreiben ließ keinen Zweifel daran aufkommen, daß sein Verfasser in jener Zeit ein engagierter Verfechter der friedlichen Koexistenz beider damals bestehender Weltsysteme war. Biden schrieb mir: „Lieber Dr. Steiniger, nur eine kurze Dankesnotiz dafür, daß Sie sich die Zeit genommen haben, sich mir beim Mittagessen während meines kurzen Aufenthalts in Berlin anzuschließen. Ich fand die Gesellschaft und das Gespräch höchst erfreulich und informativ. Ich hoffe, daß wir irgendwann in naher Zukunft Gelegenheit haben werden, unsere Diskussionen weiterzuführen.“

Ich denke, wir stimmen darin überein, daß eine Fortsetzung des Dialogs ein äußerst bedeutsamer Schritt zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen, des Herangehens und der Verständigung ist. Deshalb schätze ich es sehr, daß Sie sich trotz Ihres vollen Programms die Zeit genommen haben, einige Stunden mit mir zu verbringen.

Nochmals Dank für alle Gastfreundschaft. Aufrichtig Joseph R. Biden jr., U.S.-Senator.“

In meiner Erwiderung schrieb ich nach Washington unter anderem: „Ich schätze zutiefst den konstruktiven Geist Ihrer Botschaft und stimme völlig mit der Idee überein, daß ein weitergehender Dialog eine grundlegende Bedingung dafür ist, die Spannungen zu vermindern, die Ost-West-Beziehungen zu verbessern und den Frieden zu stärken.“ Im Ergebnis der Wahlen vom 4. November ist mein Gesprächspartner von einst an der Seite Barack Obamas zum Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt worden. Stellen wir bei aller Illusionslosigkeit und angesichts zugleich bestehender Erwartungen hinsichtlich des vom künftigen USA-Präsidenten im Wahlkampf angekündigten Wandels an dieser Stelle keine Prognosen. Die Praxis wird allein der Maßstab zur Beurteilung der von Washington fortan ausgehenden Politik sein. Persönlich wünsche ich meinem „alten Bekannten“ Joe Biden Gesundheit, Wohlergehen und eine gute Rückbesinnung auf seine Gedanken aus dem Juli 1985. Nr. 131, Dezember 2008

Fidelidad heißt Treue

Am 1. Januar 1959 – vor genau 50 Jahren – sind einige hundert Rebellen siegreich und unter dem Jubel der Bevölkerung in Havanna eingezogen. Sie kamen als Befreier von der Diktatur der USA-Marionette Batista. Kubas Hauptstadt war bis dahin das Bordell und die Spielhölle der Nordamerikaner gewesen. An der Spitze der bärtigen Sieger stand mit Fidel Castro ein bereits durchs Feuer gegangener Mann. Am 26. Juli 1953 hatte er mit 150 Verschworenen die zweitgrößte Kaserne des Landes – die *Moncada* – zu

nehmen versucht. Der Sturm endete im Kugelhagel. Fast alle Angreifer wurden an Ort und Stelle getötet, Fidel und einige seiner Getreuen stellte man vor Gericht. Dort hielt er eine Rede, die mit dem Satz schloß: „Die Geschichte wird uns freisprechen.“

Etwa zwei Jahre verbrachte Castro im Gefängnis, bevor er nach Mexiko ins Exil gehen konnte. Als Emigrant sammelte er – damals noch kein Marxist, aber ein lauterer Revolutionär – wiederum Gleichgesinnte um sich. Im Dezember

1956 landeten sie mit der frühzeitig entdeckten und unter Beschuß genommenen Barkasse „Granma“ an Kubas Ostküste. Nur etwa 20 überlebten – nahezu ohne Waffen, Munition und Nahrung. Sie gaben nicht auf und begannen trotz aller Widrigkeiten den Kampf in der Sierra Maestra. Vier Jahre später triumphierten sie über eine vieltausendköpfige Armee.

Bei Fidels Einheiten handelte es sich nicht um einen ideologisch homogenen Kader mit ausgereiften politischen Vorstellungen. Den Männern und Frauen stand noch ein langer und oft qualvoller Klärungsprozeß bevor. Begünstigt wurde ihr Vorhaben durch die Annahme der CIA, das Geschehen sei ein „ganz normaler lateinamerikanischer Staatsstreich“. Als Washington des Irrtums gewahr wurde, zog man sofort alle Register. Die USA verhängten einen totalen Wirtschaftsboycott über Kuba. Mörder und Terroristen wurden losgelassen. Ihr Wüten kostete 3400 Menschenleben. Mehr als 600 Attentatspläne richteten sich allein gegen Fidel Castro. Im April 1961 blies man zur großen Attacke. Die Landung von Söldnern in der Schweinebucht endete mit einem Fiasko. Damals verkündete Fidel, Kuba werde fortan den sozialistischen Weg gehen. Die Sowjetunion und deren Bruderländer leisteten zeit ihres Bestehens eine umfassende Hilfe. Kommunisten aus der Sozialistischen Volkspartei und andere Linkskräfte schlossen sich zur KP Kubas zusammen. Castro übernahm die Führung. Er entwickelte sich immer mehr zu einem theoretisch gebildeten und praktisch erfahrenen Verfechter der Lehren von Marx, Engels und Lenin. Zugleich stellte er sich in die Tradition der Großen Lateinamerikas – von Simón Bolívar bis José Martí.

Machteroberung ist eine Sache – ein halbes Jahrhundert Machtbehauptung vor den Küsten der USA eine völlig andere. Wenn Kuba Zeiten der Isolierung und des materiellen Mangels intakt überstand, dann heißt die Erklärung: Vertrauen des Volkes. Um dieses gegen zunächst starke anti-kommunistische Vorbehalte der Massen zu erringen und

zu bewahren, bedurfte es rückhaltloser Aufrichtigkeit der Führung. Castro hat negative Vorgänge nie vertuscht und zu erwartende Belastungen immer klar benannt.

Die kubanische Revolution erfaßte alle Bereiche des Lebens. 1975 gab das Land – im Vergleich zu 1958 – das Zwanzigfache an Mitteln für das Gesundheitswesen und das Zwölfwache für Volksbildung aus. Der kleine Inselstaat hat mehr Ärzte in andere Länder entsandt als die WHO. In den vergangenen fünf Jahren haben zwei Millionen Blinde Lateinamerikas im Rahmen der „Operation Wunder“ durch kubanische Mediziner ihr Sehvermögen zurückerhalten. Kubas Kindersterblichkeitsrate ist die niedrigste des Subkontinents. Es wäre unaufrichtig, die sozialistische Insel als Paradies darzustellen. Davon kann trotz der großen Errungenschaften keine Rede sein. Noch immer gibt es erhebliche Defizite, auch Ungleichheit. Häufige Naturkatastrophen erschweren die ohnehin karge Versorgung.

Doch Kuba steht nicht allein. Seine langjährige Solidarität wird erwidert. Länder wie Bolivien, Venezuela, Ecuador, Nicaragua, Paraguay und auch Lulas Brasilien suchen heute aus unterschiedlichen Gründen ein enges Verhältnis zu Havanna. Verlässlicher Partner ist die Volksrepublik China. Rußland knüpft wieder Bande der Freundschaft zu Havanna.

Wenn man die Tage des Einzugs der Rebellen mit dem heutigen Kuba vergleicht, muß man den Hut vor seinem Volk und dem Format seiner Führung ziehen. Castro ist ein Revolutionär von besonderem Kaliber, so daß man ihn in seiner politischen Dimension einen Lenin Lateinamerikas nennen könnte. Woche für Woche schreibt er marxistische Reflexionen für die „Granma“. Nicht zufällig trägt die Zeitung der KP den Namen jener Barkasse, welche einst die Zukunft nach Kuba brachte.

Glückwunsch an Havanna! Gruß an Fidel! Wir werden Euch nie im Stich lassen!

Nr. 132, Januar 2009

Babylonisches

Eine verwirrende Überschrift? Gemach. Nehmen wir zur Entwirrung der Begriffe eine Anleihe bei einem Werk der Weltliteratur auf: der Bibel. Der Babylonische Turm war nach 1. Moses 11 ein gigantisches Bauvorhaben, das bis in den Himmel ragen sollte. Es blieb indes unvollendet, da der über solchen Frevel erzürnte Gott Jahwe die Sprache seiner Erbauer derart durcheinanderbrachte, daß eine Verständigung unter ihnen nicht länger möglich war. Seitdem gilt der Turmbau von Babel als Synonym für mangelnden Realitätssinn und menschliche Vermessenheit. Zugleich ist davon die Rede, Wahrsagekunst und Beschwörungen hätten im Leben Babylons einen hervorragenden Platz eingenommen. Soweit die Legende.

Doch warum in die Ferne schweifen, wenn manches so nahe liegt? Vor geraumer Zeit fand im Berliner Lichtspieltheater „Babylon“ die Wahlkonferenz der Europäischen Linkspartei (EL) statt, mit der auf die anstehende Neubesetzung der heiß begehrten, da hochdotierten Mandate des Europaparlaments programmatisch eingestimmt werden

sollte. Dort war man gewissermaßen „unter sich“, da die EL trotz einer stolzen Zahl ausgewiesener Mitgliedsparteien und etlicher Beobachter mit beratender Stimme in den Leitungsgremien über keine wirkliche Repräsentanz verfügt. Die russischen Kommunisten sind dort ebensowenig vertreten wie die einflußreichsten kommunistischen Parteien des Kontinents – die portugiesische PCP und die griechische KKE. Während auch andere dem Marxismus-Leninismus treu gebliebene Parteien wie die belgische PTB, die es ebenfalls nicht lauwarm mag, in diesem Kreis fehlen, geben in der EL neben der jetzt auch den Vorsitzenden stellenden Partei Die Linke (PDL) vor allem Reformisten und übriggebliebene Eurokommunisten den Ton an. Auch einige Parteien, auf die eine solche Charakterisierung nicht zutrifft, sind – aus welchen Gründen auch immer – mit an Bord.

Wohin aber steuert das Schiff? Der Mann auf der Brücke – der PDL-Vorsitzende und Europaparlamentsanwärter Lothar Bisky – gab im „Babylon“ bereitwillig Auskunft. Die

EL sei „eine pro-europäische Kraft“, tat er kund. Das hörte sich etwa so an, als würde ein USA-Politiker sagen: „Die Vereinigten Staaten von Amerika sind pro-amerikanisch.“ Doch Bisky setzte noch eins drauf: „Wir sagen ja zur europäischen Integration.“ War das ein Wort der Unterstützung jener, welche gegen das Diktat von Brüssel kämpfen, ein Appell zum Widerstand gegen das Europa der Monopole? Übrigens stehen beide Formulierungen auch im EL-Wahlprogramm. Es handelt sich um ein Ja zu jenem imperialistischen Konstrukt, das die Dominanz vor allem des deutsch-französischen Kapitals auf diesem Kontinent festschreiben will, auch wenn die EL behauptet, sie verfechte ein „Alternativkonzept“.

Die sogenannte europäische Integration hat Hammelragout auf die Speisekarte gesetzt: Man preist die Einheit der Schafe im Magen des Wolfes.

Und wir? Sind wir als Europäer etwa gegen Europa? Eine unsinnige Frage! Wir sind gegen die Europäische Union, deren Ministerrat und Kommission als Vollzugsorgane der tonangebenden Banken und Konzerne Europas fungieren. Unsere Europakonzeption geht von der Verteidigung der Souveränität jeder Nation, von der brüderlichen Verbundenheit der europäischen Werktätigen auf der Basis des proletarischen Internationalismus aus. Als Marxisten stellen wir die Realitäten in Rechnung: Die EU existiert als Koordinationszentrum des Klassenwillens der europäischen

Monopolbourgeoisie zur Abwehr der Konkurrenz aus Übersee, vor allem aber jener Staaten, die in anderthalb Jahrzehnten den Lauf der Dinge in der Welt bestimmen werden: China, Indien, Rußland, Brasilien. Lothar Bisky hat sich ja erst unlängst als EL-Abgesandter in Peking davon überzeugen können, daß die chinesischen Kommunisten Nägel mit Köpfen machen.

Die Losung der Vereinigten Staaten von Europa ist ein alter Hut. Schon Lenin hat sie gründlich analysiert. Die europäische Integration komme entweder nicht zustande oder sie sei reaktionär, meinte er. Der zweite Fall ist eingetreten: Die EU, deren Politik einige mutige linke Abgeordnete des Europaparlaments unablässig bloßstellen, ist der Hort der Reaktion auf dem Kontinent. Wer sich unter ihrem Vorzeichen auf „Integration“ einläßt, wird zum Gefangenen der bürgerlichen Ideologie und Terminologie.

Warum fand der „Wahlaufтакт“ der EL ausgerechnet im „Babylon“ statt? Weil es dem Hauptquartier der PDL, das den Namen des unbeugsamen Kämpfers gegen die deutsche und europäische Bourgeoisie Karl Liebknecht trägt, unmittelbar benachbart ist? Oder weil – wie einst in Babel – von Lebensfremden ein „Turm in den Himmel“ gebaut werden soll, der eher an ein Wolkenkuckucksheim erinnert? Kommt zurück auf den Teppich, Genossen!

Nr. 133, Februar 2009

Obamas „Falken“-Kabinett

Barack Obama, der den „Wandel“ ankündigte, hat sich bereits sehr weitgehend wandeln müssen. Er steht unter der Kontrolle jener, welche seine Wahl finanziert und auf ihn gesetzt haben, um die Schwarzen, die Latinos, einen großen Teil der Jugend und der Frauen an die Hand zu bekommen. Auch wenn ihm das Wahlsystem der Vereinigten Staaten (Winner takes all – sämtliche Wahlmänner eines USA-Bundesstaates gehen an jenen Präsidentschaftskandidaten, der auch nur eine einzige Stimme mehr bekommt) einen überwältigenden Sieg beschert hat: Das reale Verhältnis zwischen Obama und McCain war 53 : 47. Die Entscheidung für einen afroamerikanischen Staats- und Regierungschef muß in gewisser Weise als eine Niederlage des Rassismus betrachtet werden, obwohl die Mehrheit der Weißen gegen Obama gestimmt hat. Eines steht fest: Er wurde zum Hoffnungsträger sowohl der Ärmsten als auch der Superreichen. Die führende Investitionsbank Goldman Sachs überwies beispielsweise 743 371 Dollar auf das Wahlkampfkonto Obamas, an seinen republikanischen Gegenspieler diesmal aber nur 220 045 Dollar, obwohl das Finanzkapital traditionell immer McCains Partei unterstützt hat. Bei Citigroup Inc. war die Relation 499 598 zu 290 101. Insgesamt gingen 49 Millionen Dollar Konzerngelder bei Obama und nur 35 Millionen bei McCain ein.

Nachdem man den Clintons nahegelegt hatte, angesichts des schwächeren Abschneidens von Hillary bei den Vorwahlen ins Obama-Lager überzuwechseln, wurde der erst 47jährige Präsidentschaftsanwärter massiv von den rechtsten und politisch übelsten Gestalten aus Bills Administration

eingekreist. Und selbst Scharfmacher aus George W. Bushs Kriegstreiber-Lager beteiligten sich an der Umzingelung des Senators aus Illinois. Das Ergebnis dieser Treibjagd ist Obamas überwiegend aus bekannten Rechten rekrutiertes Kabinett, das ihm seine „Berater“ – unter ihnen der unrühmlich bekannte Zbigniew Brzezinski – offensichtlich aufgedrängt haben. Am eklatantesten ist die Einbeziehung zweier Republikaner: des früheren CIA-Direktors und „Verteidigungs“ministers der Bush-Regierung Robert Gates, der auch unter Obama das Pentagon behält, und des ehemaligen NATO-Oberbefehlshabers Viersternegeneral Jim Jones als Nationaler Sicherheitsberater. Stabschef des Weißen Hauses ist fortan der Zionist und israelisch-amerikanische Doppelstaatsbürger Rahm Emanuel, der von den Clintons geliefert wurde. Sein Vater gehörte der berüchtigten Terrororganisation Irgun an, die in den 40er Jahren die palästinensischen Bauern aus dem Lande jagte. Zu den Genannten gesellt sich die Gouverneurin des als besonders reaktionär geltenden USA-Bundesstaates Arizona, der einst durch den faschistoiden Barry Goldwater im Senat vertreten wurde: Janet Napolitano übernahm das harmlos anmutende Ressort Heimatschutz, das in Wirklichkeit eine Art Supergeheimdienst ist, neben dem selbst CIA und FBI verblassen.

Was den Finanzsektor betrifft, so liegt er wie bisher fest in Händen der Wall Street. Deren Sprachrohr „The Wall Street Journal“ veröffentlichte übrigens einen aufsehenerregenden Artikel unter der Schlagzeile „Warum die Reichen für Obama stimmten“: Der neue Präsident sei bei den Wahlen besonders von zwei Bevölkerungskategorien unterstützt

worden – den Ärmsten und den Superreichen. Er habe 60 % des Votums jener erhalten, welche weniger als 50 000 Dollar im Jahr verdienen, aber auch 52 % derer, die ein Jahreseinkommen von über 200 000 Dollar erzielen. Am spektakulärsten ist zweifellos die Ernennung der Multimillionärin Hillary Clinton zur USA-Außenministerin. Sie vertritt den prononciert rechten Flügel der Demokratischen Partei und galt während der Präsidentschaft ihres Mannes als dessen ihn zu Aggressionen und Abenteuern anstachelnde „Ratgeberin“.

Obama werde aus dem politischen Zentrum, gestützt auf das Votum auch der progressiven Kräfte des Landes und im „Dialog“ mit den Konservativen, regieren, hoffte „People’s Weekly World“, das Blatt der KP der USA, vor der Kabinettsbildung. „Die Ultrarechte und die Konzerninteressen werden alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um den am 4. November vom Volk errungenen Sieg über Bushs McCain zu begrenzen oder sogar zu stehlen.“

„Obama verkündet, alles wandeln zu wollen, ohne irgendeinen präzisen Anhaltspunkt dafür zu liefern, worin der

Wandel denn eigentlich bestehen soll“, schrieb der amerikanische Publizist Noam Chomsky.

Schon vor seinem Einzug in das Weiße Haus hatte der gewählte Präsident angekündigt, er wolle die USA-Streitkräfte „zur Erfüllung ihrer Mission im 21. Jahrhundert“ dadurch befähigen, daß er die Armee um 65 000 Mann und 27 000 zusätzliche Marineinfanteristen aufstocke. Diese Drohung läßt darauf schließen, daß auch Obama unter der massiven Last des militärisch-industriellen Komplexes, der Allmacht von Rüstungsindustrie und Kriegstreibern der Streitkräfte, stehen dürfte.

Die liberale Zeitschrift „The Nation“ faßte ihr Urteil in dem Satz zusammen: „Das ist nicht der fundamentale Wandel. Aber niemand, der aufmerksam den Wahlkampf Obamas verfolgte, dachte, daß es um einen solchen Wandel gehen könnte.“

Das heißt auf gut Deutsch: Es bleibt alles ganz anders.

Nr. 133, Februar 2009

Speaker’s Corner?

Wer jemals im Londoner Hydepark gewesen ist, hat vermutlich auch Speaker’s Corner besucht, die berühmteste Rednerecke der Welt. Dort kann jeder, dem danach zumute ist, seinen rhetorischen Fähigkeiten freien Lauf lassen. Mit oder ohne Publikum, pro oder contra, unter Einsatz schwerer Wort-Artillerie oder durch flinkes Verspritzen von Platzpatronen ohne Kaliber.

Zumindest auf diesem Fleckchen des britischen Empires gilt uneingeschränkte Redefreiheit. Von ihr dürfen Anhänger der konservativen Tories und sozialdemokratische Labouristen, dogmentreue Sektenprediger und schwärmerische Freigeister ebenso Gebrauch machen wie in der Wolle gefärbte Marxisten. Natürlich unterliegen auch Faschisten keinerlei Beschränkungen. Mit anderen Worten: bürgerliche Demokratie pur.

Szenenwechsel: Von der RF-Tribüne wird ebenfalls über einen breiten Themenfächer freimütig gestritten. Die Nuancen des Bildes, das dabei entsteht, sind nicht immer aufeinander abgestimmt, so daß es bisweilen auch zu Disharmonien kommen kann. Doch zu Speaker’s Corner gibt es einen gravierenden Unterschied: Bei der Wahl des Hintergrundes, vor dem sich hier die Farben mischen, dominiert unverkennbar ein kräftiges Rot. Schwarz und Braun sind ausgeschlossen. So ist ein scharfer Zusammenprall unüberbrückbarer Positionen eher selten. Wir kämpfen mit Florett und Säbel, kreuzen aber die Klängen unter Freunden. Unser Pulver halten wir für den gemeinsamen Gegner trocken. Diese Art von Polemik setzt ein hohes Maß an gegenseitiger Achtung und Übereinstimmung im Grundsätzlichen voraus – bei schroffer Ablehnung der geistig-moralischen Finsternis des Antikommunismus.

Heute soll gewissermaßen eine Zwischenbilanz jener Debatte gezogen werden, welche wir seit Jahren mit Besonnenheit und Leidenschaft, mit schmerzhafter Selbstkritik ohne Selbstzerfleischung geführt haben. Sie setzte auf Bewährtes und Bewahrenswertes. Ballast wurde abgeworfen. Im

Mittelpunkt standen Überlegungen zur Konterrevolution in Deutschland und Europa. Ganz überwiegend stimmten die Diskutanten darin überein, daß eine Weltanschauung nicht an Sieg oder Niederlage festgemacht werden kann. Nur Anpasser und Renegaten wollen um jeden Preis zu den jeweiligen Siegern gehören, da die Situation der Unterlegenen bekanntlich weniger komfortabel ist.

Patentantworten auf die Frage nach den Ursachen jener Ereignisse, welche die Rückkehr der bereits geschlagenen Ausbeuterklassen und die Wiederherstellung ihrer verruchten Ordnung bewirkt haben, stehen weder heute noch morgen zur Verfügung. Sicher ist indes, daß sie objektiver und subjektiver, innerer und äußerer, politischer, ideologischer und ökonomischer Natur gewesen sind. Verwerfungen in den führenden Parteien der sozialistischen Länder Europas, vor allem der KPdSU, spielten dabei eine maßgebliche Rolle. Leider gibt es auch unter Marxisten noch solche Genossen, die der Meinung sind, man solle den exakten Begriff Konterrevolution lieber vermeiden und statt dessen weiter von einer nebulösen Wende sprechen.

Zur RF-Debatte fehlte es nicht an Wortmeldungen. Nur ein Teil konnte berücksichtigt werden. Wir wollen Gert Thiede aus Suhl zitieren, der Wichtiges auf den Punkt bringt. Zum Untergang von DDR und SED habe nicht zuletzt ein „Führungsstil“ beigetragen, „der Kritik und Selbstkritik einen statutenwidrigen Riegel vorschob, zugleich aber Lobbudelei, Personenkult und Schönfärberei begünstigte“. Der Südthüringer verweist auf „die kleinen und großen Schabowskis, die sich diesem Führungsstil anpaßten“. Auch der „Drang zur Massenpartei“ – koste es, was es wolle – und eine dadurch „aufgeweichte Kaderpolitik“ hätten der Sache schweren Schaden zugefügt. Oftmals habe man Charakterschwächen unterschätzt und fachliche Qualitäten überbewertet. Genosse Thiede erinnert an Lenins Urteil: „Alle revolutionären Parteien, die bisher zugrunde gegangen sind, gingen daran zugrunde, daß sie überheblich wurden und nicht zu

sehen vermochten, worin ihre Kraft bestand, daß sie fürchteten, von ihren Schwächen zu sprechen.“

„Im RF kann man produktiv debattieren“, stellte unser Nestor, der 93jährige Walter Ruge, fest. Das ist kein Plädoyer für Beliebigkeit. Der lebhaftige Meinungsstreit zu den Oktober-„Grübeleien“ Dr. Franz Köhlers, dem vielleicht zu früh mit einem redaktionellen „Einspruch“ begegnet wurde, hat das einmal mehr unterstrichen. In einer Polemik schrieb Achim W. Leißner, er sehe nicht ein, warum

eine richtige marxistische These nicht auf den Prüfstand solle, ergebe doch ihre Bestätigung Gewißheit und Zuversicht. Es handle sich dabei um „einen schöpferischen Vorgang, gar um eine Gelegenheit zum Abgleich mit veränderten Bedingungen“. Dem soll nicht widersprochen werden. Zugleich aber ist zu betonen, daß das vom Kommunistischen Manifest begründete Einmaleins des Marxismus ebensowenig auf seine Stimmigkeit kontrolliert werden muß wie der Satz des Pythagoras. Nr. 134, März 2009

Maskenball

Diesmal dauert der Karneval volle zwölf Monate. Im „Superwahljahr“ gibt der Rattenfänger den Wohltäter. Man verkleidet sich und trägt Masken. Profil schadet nur. Das weiß Angela Merkel ja am besten. Die Führerin der Schwarzen verhöhnt wahre Christen, indem sie mit frommem Augenaufschlag das scheinheilig in „Rettungspakete“ geschaufelte Geld des Steuerzahlers an „Bad Bank“-Bankrotteure verschleudert. CDU und CSU sind das Synonym für politisches Versagen.

Mit im Boot sitzen – in Zartrosa gehüllt – rechte Sozialdemokraten vom Schlage des BND-Außenministers Frank-Walter Steinmeier und seines schon abgewrackten, dann aber wieder aus der Versenkung geholten Compagnons Franz Müntefering. Sie täuschen „soziale Wärme“ vor, raspeln Süßholz und fressen Kreide, um den Eindruck zu erwecken, sie gehörten ja eigentlich gar nicht dazu und seien – trotz des Gemauschels in der großen Koalition – geradezu eine „Gegenkraft“.

Besonders reizvoll ist die von der FDP inszenierte Operette „Maske in Gelb“. Die „Partei der Besserverdienenden“ hat vorübergehend den Part der Hof-Opposition übernommen. Wie der Frosch in der Milch, der auf die Butter klettern möchte, strampeln ihre Spitzenkarrieristen eifrig in den Westerwellen.

Unter den Grünspechten gibt es nicht wenige Schwarzspechte. Manche tragen, wie Bütikofer, vorerst noch grüne Krawatten. Oder sie heißen einfach Roth. Bekenner vom Kaliber eines Hans-Christian Ströbele sind eher die Ausnahme. Alle Parteien, von denen die BRD – so oder so – in den kapitalistischen Krisensog hineingerissen wurde, muß man aus unserer Sicht als nicht wählbar betrachten.

Am Maskenball nehmen auch jene aus der Wirtschaft, der Politik und den Institutionen teil, welche zwar Braun lieben, das aber noch in Abrede stellen. Im Unterschied zu gewalttätigen Straßen-Nazis, die gegen Links gebraucht werden, geben sie sich streng „demokratisch“.

Den Faschisten – ob verdeckt oder offen – muß von den Wählern Einhalt geboten werden! NPD, DVU und ähnliche Formationen des „rechten Randes“ dürfen nicht in die Parlamente gelangen!

In dieser Hochsaison der Roßtäuscher muß man den Akteuren nicht auf den Mund, sondern auf die Finger schauen, um sich nicht über den Löffel balbieren zu lassen. Kühles Blut und klarer Kopf sind gefragt. Denn an allerlei Lockspeisen, hohlen Phrasen und leeren Versprechungen nach dem Ackermann-Motto „Leistung aus Leidenschaft“ wird es nicht fehlen. Was aber sind Kriterien, nach denen wir

uns richten sollten? Als nicht parteigebundenes Blatt erteilt der „RotFuchs“ keinerlei Listen-Empfehlungen. Doch wir weichen einer Stellungnahme nicht aus. Wahlenthaltung würde nur die Rechten begünstigen. Welche Kandidaten halten wir für glaubwürdig?

Vorbedingung ist persönliche und politische Lauterkeit. Bewerber, bei denen Wort und Tat auseinanderklaffen, fallen bei uns durch den Rost: Duckmäuser, Drängler, Drückheberger und Postenjäger. Akzeptabel sind jene, welche – neben profundem Antifaschismus – das kapitalistische System und damit das Europa der Monopole samt seiner EU prinzipiell ablehnen.

Unsere Favoriten müssen jede Verleugnung des Sozialismus und der DDR zurückweisen, sich zu internationalistischen Positionen bekennen. Im Zentrum steht heute die Solidarität mit den durch Israel drangsalierten Palästinensern. Kuba und allen Befreiungskräften in Lateinamerika gehören besondere Sympathien. Haßgesängen gegen China und Rußland ist entschieden zu begegnen.

Unser Bild eines wählbaren Kandidaten wird durch Politiker wie Tobias Pflüger und Sahra Wagenknecht bestimmt, die im Europaparlament Figur machten und Farbe bekantten. Aber ebenso durch jene Bundestagsabgeordneten der Linkspartei, welche dem USA-Kriegsverbrecher George W. Bush im Plenarsaal ihren Protest entgegenschleuderten. Auch eine Reihe von Bewerbern der DKP entspricht diesem Maß. Das trifft für Scheinsozialisten wie Brie, Kaufmann, Zimmer, Pau, Lederer, Holter, Claus und andere keineswegs zu. Übrigens fehlt es nicht an Stimmen, die gerade jetzt ultrarevolutionäre oder nationalistisch eingefärbte Patentlösungen bereithalten. Dabei treten als Avantgardisten daherkommende Sektierer, die elitäres Schmoren im eigenen Saft vor schlagen, ebenso auf den Plan wie als Patrioten verkleidete Nationalisten. Von ihnen wurde jüngst die Bildung einer „Volksfront“ unter Einschluß des CSU-Politikers Gauweiler und deutscher Kapitalkreise angeregt. Solche Sandburgen dürften bald wieder einstürzen.

Der Imperialismus ist eigentlich am Ende seines Lateins. Für ihn läuft die Uhr – historisch betrachtet – ab. Hinter bisweilen noch schöner, aber bereits bröckelnder Fassade verbirgt sich krasse Häßlichkeit. Das Merkel-Steinmeier-Kabinett wird als Vollzugsorgan des Willens der deutschen Monopolbourgeoisie in die Geschichte eingehen. Den politischen Prokuristen der ökonomisch Herrschenden, deren wahre Gesichter hinter den Larven es zu erkennen gilt, muß an den Wahlurnen eine Abfuhr erteilt werden!

Nr. 135, April 2009

U n s e r e u n d i h r e J u b i l ä e n

Die Behauptung, 2009 sei schlechthin das Jahr der Jubiläen, weil jetzt grundverschiedene historische Ereignisse um 20, 50, 60, 70 oder gar 90 Jahre zurückliegen, führt in die Irre. Hierbei handelt es sich um die Geschichtsbeurteilung von Schmetterlingssammlern, deren seriöse Kompetenz für Falter wir damit nicht in Abrede stellen. Wir folgen lieber dem alten Grimmschen Ratschlag: die schlechten ins Kröpfchen, die guten ins Töpfchen. Soll heißen: Nur das Bewahrenswerte lassen wir in unsere Gefühlswelt eindringen.

Was die Jahrestage betrifft, so gibt es die einen und die anderen. Wir sind politisch nicht farbenblind. Rot bleibt rot, und schwarz bleibt schwarz, von braun ganz zu schweigen. Und noch etwas: Wir lassen uns nicht vor den Karren derer spannen, die derzeit durch Deutschlands Regierende mit Steuermilliarden überhäuft werden. Wir orientieren uns weder auf Leute vom Schlage des Freiherrn von und zu Guttenberg noch auf die Ackermanns sämtlicher Bonusstufen. Wir stehen für jene ein, von welchen alle Werte der Erde geschaffen werden, um die man sie aber im Wege der durch Marx entdeckten Mehrwertaneignung betrügt. Anders ausgedrückt: Wir vertreten das riesige Lager der tatsächlichen Arbeit-Geber, die hierzulande groteskerweise als Arbeitnehmer bezeichnet werden, nicht aber das kleine Häuflein großkapitalistischer Arbeit-Nehmer, die in der Maske von Arbeitgebern auftreten. Verdrehte Welt. Man sollte eine Milchkuh nicht mit einem Vampir verwechseln. Klassengegner bleibt Klassengegner.

Zur Jubiläumsfrage. Was haben wir eigentlich mit i h r e n Jubelfeiern am Hut? Sie haben nicht der deutschen Novemberrevolution gedacht, wohl aber der 1919 entstandenen Weimarer Republik gehuldigt, von der – bei durchaus positiven verfassungsrechtlichen Ansätzen – es hieß: Der Kaiser ging, die Generäle blieben. Und mehr: Das deutsche Kapital, das dann Hitler ans Ruder brachte, feierte vor dem großen 29er Absturz seinen bis dahin steilsten Aufstieg. Man nannte die Ära nicht ohne Grund die „goldenen zwanziger Jahre“.

Die hierzulande Herrschenden haben auf 60 Jahre Grundgesetz angestoßen, das nicht einmal eine Verfassung ist – und schon gar keine vom Volk legitimierte. Sie erhoben ihre Pokale auf den 60. Jahrestag der BRD, des Spalterstaates der deutschen Monopole, in den wir mit dem Anschluß geraten sind. Eine Republik, über deren genaues Geburtsdatum gerätselt wird. Sie haben die Gläser gefüllt, um sich auf die 60. Wiederkehr des Gründungstages der NATO zuzuprosten – jener auf Angriffskriege getrimmten

Militärkoalition imperialistischer Mächte, die in Jugoslawien, Irak und Afghanistan eine breite Bluts spur gezogen hat, auch wenn nicht alle Mitgliedsstaaten daran beteiligt waren. Sie werden am 1. September, an dem Hitler-Deutschland vor 70 Jahren Polen überfiel, Krokodilstränen vergießen und dabei ebensowenig in die Tiefe gehen, wie sie es bei der Wertung der „Männer des 20. Juli“ tun, die sie als Verkörperung des „deutschen Widerstandes“ ausgeben, während ganz andere die Hauptlast getragen haben. Höhepunkt solcher „Gedenkkultur“ dürfte der 9. November werden, wenn die Sieger auf Zeit in Erinnerungen an den „Mauerfall“ schwelgen. Die Preisgabe der DDR-Staatsgrenze bildete den Auftakt zur konterrevolutionären Liquidierung der ostdeutschen Friedensrepublik.

Übrigens haben sich auch Politiker der Linkspartei – wir denken dabei nicht nur an den ideologischen Sachsensumpf, auf den ein 20-Thesen-Papier hinwies –, weit aus dem Fenster gelehnt. Die im Weimarer Nationaltheater abgespulte Pauschalhuldigung der ersten deutschen Republik als Nonplusultra der Demokratie offenbarte den Trend. Ihn bestätigte auch die Leipziger Konferenz zur Lobpreisung des Grundgesetzes, das heute gegen die Erben seiner „Väter“ verteidigt werden muß, sowie zur Schmäherung der durch Plebiszit beschlossenen Verfassung der DDR. Diese Selbstentwaffnung einer linken Partei, die im Kampf gegen die faschistoide Drohung dringend gebraucht wird, schwächt das Lager der Demokraten.

Was sind Jubiläen, die wir als unsere betrachten? Dazu rechnen wir die revolutionären Siege von China über Vietnam bis Kuba. Seit nahezu 60 Jahren besteht die mächtige fernöstliche Volksrepublik. Seit einem halben Jahrhundert ist die sozialistische Karibikinsel der Leuchtturm Lateinamerikas. Die DDR wurde – wir datieren sie nur bis zum 18. März 1990 – nicht älter als 40. Aber sie hat ungeachtet ihres ruhmlosen Abgangs nicht an historischer Strahlkraft verloren. Vier Jahrzehnte entzog sie dem Kapital in einem Drittel Deutschlands die politische Macht und das ausbeuterische Eigentum. Das haftet in der Erinnerung von Millionen. Auch nicht wenige, die 1989 schwankten oder dem Feind Beifall zollten, beklagen angesichts des Verlorenen und des über sie Gekommenen heute den Verlust ihrer Heimat. Zu spät. Doch nicht für immer. Die Deutsche Demokratische Republik wirkt weiter. Neue Generationen werden sich am Fanal des 7. Oktober 1949 aufrichten und orientieren, wenn das Trauma der Niederlage längst überwunden ist.

Nr. 136, Mai 2009

Mit Gott zum Teufel

Zum Reaktionärsten und Abgefemtsten im Ressort von ZBRD-Kriegsminister Franz Josef Jung gehört ohne Zweifel die als Militärseelsorge getarnte pseudoreligiöse Indoktrination. „Kompaß. Soldat in Welt und Kirche“ nennt sich die reich bebilderte Postille des Katholischen Militärbischofs für die deutsche Bundeswehr. Für zu „Friedensmissionen“ an Brennpunkten des internationalen Geschehens

ausersene Höllenkandidaten gedacht, vermittelt das Blatt tiefe Einblicke in die unmittelbare Verzahnung der militärischen mit der klerikalen Hierarchie im „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat“. Man erfährt Wissenswertes über die enorme Personaldichte der uniformierten Kündler göttlicher Offenbarung. Da wird z. B. vom „Tag der Besinnung“ mit katholischen Generalen und Admiralen der Armee des

deutschen Imperialismus berichtet. Das 160. Kirchweihfest von St. Marien, bei dem Militärbischof Dr. Walter Mixa den Festgottesdienst abhielt, rückt ins Auge des Betrachters. Man erfährt, daß dieses hehre Gotteshaus „von 1937 bis zum Ende des 2. Weltkriegs Garnisonskirche“ gewesen und dann „von den Alliierten gepachtet“ worden sei.

Bischof Mixa habe die „gnadenlosen Diktaturen des 20. Jahrhunderts“ gezeißelt. Im Jahre 1989 sei es nur „einem Eingriff und einem Wunder Gottes“ zu verdanken gewesen, daß es „bei der Wiedervereinigung nicht des Einsatzes von Kugeln und Panzern bedurft“ habe. Generalleutnant Jan Oerding – bis zu seiner unlängst erfolgten Versetzung in den Ruhestand Befehlshaber des Kommandos Operative Führung Einsatzkräfte – sprach sich für den „Dialog von Kirchenleuten und Soldaten in einer Zeit hoher Anforderungen an die Bundeswehr“ aus. Generalleutnant Tanderecki dankte dem Militärbischof und dem Vertreter der päpstlichen Nuntiatur. „Sie haben uns auf eine andere Stufe des Bewußtseins geführt“, träufelte der Militär Balsam in die Seelen der hochbestallten Kirchenbeamten.

Unterdessen zeichnete Papst Benedikt XVI. den Militär-Generalvikar Walter Wakenhut mit dem fünfthöchsten Orden des Vatikans aus. Träger des Silvesterordens – auch General Oerding kann dessen Glanz genießen – steigen in den Rang eines Ritters auf. Mit der Dekoration sind besondere Privilegien verbunden. So darf der Geehrte die Treppe zum Petersdom hinaufreiten. Ist das etwa nichts? – Bald darauf wurden Offiziere der Führungsunterstützungsschule (FüUstgSBw) zu Seminartagen in die Erzabtei des Benediktinerklosters St. Ottilien einberufen. „In ruhiger Atmosphäre“ sei das Thema „Umgang mit Konflikten“ behandelt worden, berichtete „Kompaß“. Die teilnehmenden Militärs habe Brigadegeneral Helmut Schoepe angeführt, der ein Gefühl der Rührung nicht verbergen konnte.

Auch in der Offiziers-Arbeitsgemeinschaft, die im Kloster Worms tagte, konnten 13 Offiziere des deutschen Anteils des Heidelberger NATO-Hauptquartiers Höchstaktuelles

erfahren. Das Thema lautete hier: „Umgang mit Verwundung und Tod“. Die ins Kloster eingerückten katholischen Bw-Militärs „berichteten Neuestes aus ihrem langjährigen Erfahrungsschatz“. Die „Erlebnisse aus dem vorjährigen Einsatz im Hauptquartier der ISAF“ (Afghanistan) hätten im Zentrum der Beratung gestanden, wurde mitgeteilt. Militärseelsorger Stephan habe „verschiedene Strategien und Lösungsmöglichkeiten zu der Thematik angeboten“. Ein „Allheilmittel oder Rezept für alle möglichen Situationen“ gebe es nicht. Aus der Sicht der Macher des scheinbar friedfertig daherkommenden Kampfblattes, das man getrost unter das Motto „Mit Gott zum Teufel!“ stellen könnte, ist der „starke Zustrom neuer Militärseelsorger“ besonders erfreulich. „In einer Zeit schwindenden Christentums“ müßten mehr Geistliche und pastorale Referenten zur Verfügung stehen. Übrigens ist man – abgesehen von der Betreuung der „Friedens-“ und „Aufbau“-Einsätze in Afghanistan und delikaten Missionen vor Libanons Küsten oder am Horn von Afrika – auch militärkirchlicherseits im Ausland recht rührig. So besuchte Bischof Mixa erst kürzlich wieder seine Schäfchen in den USA. Oberst Peter Klement, der Kommandeur des „Fliegerischen Ausbildungszentrums auf der U.S. Air Force Base Holloman (New Mexico), wo derzeit 600 Bundeswehrangehörige abgerichtet werden, dankte Militärbischof Mixa ebenso wie Oberst Michael Kuhn, Standortältester in Fort Bliss. Dieser befehligt 300 BRD-Soldaten, die beim deutschen Luftwaffenkommando USA/Kanada sowie im Taktischen Aus- und Weiterbildungszentrum der FlaRak ihren friedenssichernden Dienst tun.

Wir haben an der Hand von „Kompaß“ eine Kurzreise durch die Militärseelsorge der Bundeswehr unternommen. Obwohl einem das von diesem Blatt vorgesezte Menu den Appetit gründlich verderben kann, ist unsere Kolportage so gelassen wie möglich ausgefallen. Dennoch sollte man dessen gewiß sein: Hier handelt es sich um einen kirchlichen Kompaß, der direkt in die Hölle führt. Nr. 136, Mai 2009

In der BRD angekommen?

Wenn die selbsternannten Eliten der BRD von früheren DDR-Bürgern verlangen, sie müßten endlich im Staat der Hundts und Ackermanns „ankommen“, dann ist das blanker Hohn. In Wirklichkeit meinen sie ja etwas ganz anderes: Die „Ostler“ sollten sich – ideologisch nackt und entwaffnet – zum als „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ mit „sozialer Marktwirtschaft“ verklärten kapitalistischen System bekennen. Das fordert man übrigens seit Jahr und Tag auch von all jenen im Westen, welche ebenfalls niemals in dieser Gesellschaft brutalster Ausbeutung der meisten und schamlosester Bereicherung Weniger angekommen sind. Es wäre grotesk gewesen, Max Reimann oder Herbert Mies so etwas anzutragen!

Worum geht es? Ohne Zweifel handelt es sich um den Kern der Dinge: die Klassenfrage. Sie eindeutig beantworten zu können, erfordert mehr als gesunden Menschenverstand. Der Kompaß, der aus dem Labyrinth herausführt, heißt Klassenbewußtsein.

Natürlich stellen wir uns der Realität, wider Willen Bürger der BRD geworden zu sein. Deren Staatsmacht aber haben wir aus gutem Grund stets als die politische Herrschaft unserer Klassenfeinde betrachtet. Wir halten uns indes an das geltende Recht, wobei wir wissen, daß auch dieses nur der zum Gesetz erhobene Wille der herrschenden Klasse der BRD ist. Da wir nicht zu den Träumern gehören, ziehen wir das Geflecht seiner oftmals gegen uns gerichteten Normen nüchtern ins Kalkül. Denn Staat und Recht der DDR, die objektiv auch den Interessen der Arbeitenden im Westen entsprachen, sind mit der Konterrevolution von 1989/90 untergegangen. Die nicht zuletzt durch eigene Schuld erlittene schwere Niederlage der sozialistisch-kommunistischen Kräfte Europas, vor allem aber die dabei verspielte historische Chance, werden uns noch lange zu schaffen machen.

Wir wenden uns gegen alle Versuche, das niemals zu einer wirklichen Verfassung gewordene Provisorium Grundgesetz noch weiter auszuhöhlen. Das Paradoxe

der Situation besteht darin, daß jene, welche im bundesdeutschen Kapitalismus gar nicht politisch „ankommen“ wollen, angesichts der wachsenden Bedrohung der bürgerlichen Demokratie zu deren entschiedensten Verteidigern geworden sind.

Wir wären unredlich, würden wir behaupten, die Mehrheit der früheren DDR-Bürger und der überwältigende Teil der Alt-BRDler identifiziere sich nicht mit dem bestehenden System. Wir sehen uns vielmehr mit der Tatsache konfrontiert, daß eine Überzahl Ausgebeuteter in diesem Land derzeit kein Klassenbewußtsein besitzt. Ein dadurch blinder und tauber Proletarier aber wird zum Spielball sozialer und politischer Korruptibilität.

Auch ein anderer Faktor trägt zur Nichtentwicklung oder Verkümmern von Bewußtheit bei: Trotz aller Verelendungs- und Krisenzeichen lebt die Mehrheit der deutschen Lohnabhängigen noch immer auf dem Niveau der internationalen Arbeiteraristokratie. So werden zwar ökonomische Konflikte ausgetragen, ein politischer Generalangriff auf die Feste des Kapitals aber erscheint vorerst wenig wahrscheinlich. Es fehlt eine massengestützte revolutionäre Partei.

Wie verhält es sich nun mit dem „Ankommen“ der Ostdeutschen in der BRD? Auch in dieser Hinsicht darf man keine Illusionen haben: Es mangelt nicht an Angepaßten und Mantelwendern. In der aufgeschwemmten, inhaltlich immer mehr verwässerten Massenpartei der 2,3 Millionen SED-Mitglieder gab es dafür zunehmend einen Nährboden. Die glitzernde BRD-Scheinwelt mit ihrem Überangebot

an Waren trug dazu bei, breite Bevölkerungsschichten der bürgerlichen Sichtweise zuzuführen. Die Wahlergebnisse seit dem März 1990 widerspiegeln das. Menschen ohne tiefere Wurzeln im Sozialismus, vor allem Jüngere, haben sich als manipulierbar erwiesen.

Dennoch blieben bei vielen wichtige Erkenntnisse bewahrt. So schrieb Jens Müller aus Nordhausen in „Neuland“: „Hätte ich die DDR nicht bewußt erlebt, dann hätte ich mich besser mit dem Kapitalismus arrangieren können. Aber meine sozialen und politischen Sinne waren geschärft. Was wir in der DDR in Staatsbürgerkunde und ML über dieses wunderschöne kapitalistische System gelesen und gelernt haben, war völlig richtig.“

Besonders Ältere haben inzwischen etliche Anfangsillusionen über Bord geworfen. Und viele von jenen, welche ideologisch fast schon in der BRD gestrandet waren, durchschauen unterdessen die hohlen Versprechungen. Sie zweifeln an früheren Überlegungen und manchen voreiligen Schlüssen.

Für uns Kommunisten, Sozialisten und andere Linksgesinnte aber gilt: Wir werden den Machthabern der BRD nicht ins Netz gehen, bleiben wir doch nach gewissenhafter Bilanzierung von Plus und Minus der Erfahrungen mit Sozialismus und Kapitalismus unverrückbar bei den fundamentalen Erkenntnissen von Marx, Engels und Lenin. Wie könnten wir da ausgerechnet bei Merkel, Westerwelle, Steinmeier oder Seehofer unser Heil suchen? In der BRD angekommen? Die Frage beantwortet sich für uns wohl von selbst. *Nr. 137, Juni 2009*

Auf Tote schießt man nicht

Am Zaun jeder bundesdeutschen Kaserne erfährt man auf Warnschildern vom Schießbefehl des jeweiligen Kommandeurs. Manchen sitzt der Colt locker. Doch in einem Falle würde selbst der rabiateste Militarist das Feuer nicht eröffnen. Dann nämlich, wenn der echte oder angenommene Feind nicht mehr lebt. Diese Erkenntnis hat nichts mit Soldatenethik zu tun, sondern entspringt menschlicher Vernunft. Nur dort, wo eine gegnerische Kraft zu vermuten ist, greift man zur Waffe.

Diese einfache Regel läßt sich auch auf den „zivilen Sektor“, wie manche Militärs den „Rest“ der Gesellschaft bisweilen etwas geringschätzig zu bezeichnen pflegen, übertragen. Besonders aber gilt sie für die Politik. Niemand wird gegen einen längst dahingeschiedenen Kontrahenten ins Gefecht ziehen. Man setzt nur dort Verstand und Muskeln ein, wo eine reale Potenz vorausgesetzt werden kann.

Auf den Punkt gebracht: Die BRD-Medienmacher und Parteibosse aller Ränge und nahezu aller Richtungen sind seit Jahresbeginn in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden, um Jagd auf eine vermeintliche Leiche zu machen. Aus allen Rohren ergießt sich eine ununterbrochene Kanonade auf den „kommunistischen Unrechtsstaat“ DDR. Manche, die links blinken und rechts fahren, bezeichnen 40 Jahre Volksmacht in durchsichtiger Absicht als „Stalinismus“. Die DDR wird als Inkarnation aller Übel dargestellt. Von Giftspritzen über Totschläger und Dolche bis

zu Maschinengewehren und schwerer Artillerie gelangen sämtliche Kaliber gegen sie zum Einsatz.

Aber wird hier nicht mit Kanonen auf Spatzen geschossen? Was sollen Eifer und Geifer, die sich auf einen angeblich längst Verblichenen richten? Ist das nicht Leichenschändung oder Störung der Totenruhe? Vielleicht ist ja der Verstorbene, dem bereits unzählige Messen gesungen wurden, nur scheinot gewesen? Oder hat man seiner Seele nicht habhaft werden können?

Die antikommunistischen Sargtischler der BRD haben offenbar danebengehauen. Jeder Nagel, den sie in das für den Toten bestimmte Gehäuse getrieben haben, galt einem Begräbnis, das in Wirklichkeit so gar nicht stattgefunden hat. Hätten sie die 1990 durch die Konterrevolution erdrosselte, von tausend Blessuren übersäte, am Boden liegende DDR nicht nur im materiellen Sinne, sondern auch moralisch unter die Erde gebracht, stünde es schlecht um deren Platz in der Geschichte. Hätten sie die Gefahr des Weiterwirkens oder Wiedererwachens erprobter Wertvorstellungen tatsächlich gebannt, dann würden sie sich entspannt zurücklehnen und könnten auf das ins Maßlose gesteigerte Trommelfeuer verzichten. Statt dessen haben sie sämtliche Hunde von der Kette gelassen und eine heilige Hetzjagd auf das schon von Marx und Engels gesichtete Gespenst des Kommunismus eröffnet, den es ja in der DDR noch gar nicht gegeben hat.

Der BRD, ihrer begnadeten Führung und ihrer in der Wolle gefärbten reaktionären Politiker aus den meisten Parteien sind wir zu großem Dank verpflichtet, führen sie uns doch täglich vor Augen, wie sehr die DDR im Bewußtsein von Millionen Menschen – einschließlich fortschrittlicher oder nüchtern denkender Bürger der Alt-BRD – weiterlebt.

Fast fünf Jahrhunderte nach der Niedermetzelung der Aufständischen um Thomas Münzer bleibt deren Vermächtnis bewahrt, umweht uns der Atem des großen deutschen Bauernkrieges. Jahr für Jahr gedenkt man der 1848 Gefallenen wie der Toten von Marstall und Schloß. Für alle Zeiten ist die Erinnerung an die Helden von Börgermoor und Lichtenburg, Sachsenhausen, Dachau und Buchenwald, an die Märtyrer von Auschwitz und Bergen-Belsen in das Gedächtnis der Völker eingeebrannt. Mit ihrer Haß- und Lügenkampagne haben die Schmäher der DDR dem 1990 niedergemachten und der BRD einverleibten zweiten deutschen Staat ein immaterielles

Überleben bescheinigt. Sind ihre Tiraden nicht wie Sektflaschen, die an einem Schiffsbug zerschellen?

Kein Zweifel: Die staatliche Existenz der DDR endete am 3. Oktober 1990. Ihr Untergang war das schmerzlichste und schmachlichste Kapitel in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Der Verlust wiegt schwer und ist auf lange Sicht unkompensierbar, der mit der Befreiung durch die Rote Armee gebahnte Weg in die Zukunft vorerst verschlossen. Wir haben eine wichtige Schlacht verloren, doch nicht den Krieg der Klassen. Und es bleibt dabei: Eine begriffene Niederlage trägt im Engelsschen Sinne schon den Keim neuer Siege in sich. Auf anderen Kontinenten werden sie bereits errungen. Das Zeter- und Mordio-Geschrei unserer Gegner klingt trotz aller Dissonanzen wie eine ermutigende Melodie, ist es doch der Beweis dafür, daß sie die DDR weder moralisch noch historisch zu erschlagen vermocht haben. Denn: Auf Tote schießt man nicht.

Nr. 138, Juli 2009

Die Ausnahme und die Regel

Unlängst haben wir einen außergewöhnlichen Menschen auf seinem letzten Weg begleitet: den langjährigen RF-Gestalter Egon Schanser. In der Rede, die auf ihn gehalten wurde, hieß es, der aus Niedersachsen stammende und in Westberlin politisch aktiv gewordene frühere Schriftsetzer sei ein autodidaktisch gebildeter Marxist und ein durch nichts zu beirrrender klassenbewußter Arbeiter gewesen. Menschen dieser Art sind nicht die Regel, sondern eher die Ausnahme. Das gilt für beide Teile Deutschlands.

Angesichts eines konterrevolutionären Prozesses, der im Anschluß der DDR an die BRD gipfelte, stellten Treugebliebene erschrocken fest, wie sehr sich ihre Reihen gelichtet hatten. Viele, die sich noch kurz zuvor auf stolzen Rossen zeigten und der Partei grenzenlose Ergebenheit beteuerten, waren über Nacht verschwunden. Die gesellschaftliche Umwälzung hatte sie, um mit Lenin zu sprechen, als „schmutzigen Schaum“ an die Oberfläche gespült. Natürlich gab es nicht wenige Enttäuschte, Verzweifelte und Zornige, die einer Führung vertraut hatten, welche sich in der Stunde der Not als leitungsunfähig und orientierungslos erwies. Mancher Hasenfuß war einfach aus Angst davon gelaufen. Karrieristen standen wie eh und je Gewehr bei Fuß, um sich den neuen Herren anzudienen.

Doch neben viel Schatten war da auch Licht: Der Kern standhafter Marxisten harrte aus, sammelte sich nach dem ersten Schock aufs neue, wenn auch vorerst in verschiedenen Parteien oder ohne solche Bindung. Wahre Genossen verteidigten in stürmischen und schweren Tagen unwandelbar ihre Weltanschauung, wobei sie sich neuen Einsichten nicht verschlossen.

In der DDR waren die Ideen von Marx, Engels und Lenin die herrschende Ideologie, das theoretische Fundament der sozialistischen Gesellschaft. Der Marxismus wurde überall gelehrt, ob an Schulen und Hochschulen, in Betrieben und Einrichtungen, Parteien und Massenorganisationen oder

bei den bewaffneten Organen. Zehntausende absolvierten höhere Bildungseinrichtungen der SED und der befreundeten Parteien, der Gewerkschaften und des Jugendverbandes. Hinzu kamen das Parteilehrjahr und ähnliche Zirkel. Wurden deren Hörer und Teilnehmer dadurch automatisch zu Marxisten? Eines steht fest: So manche Erkenntnis haftet bis heute. Doch nicht jeder, der sich solches Wissen aneignete, bezog damit zugleich auch einen festen Klassenstandpunkt. Oft geschah die Vermittlung formal und ging nicht unter die Haut.

Anstelle einer massengestützten Vorhutpartei, wie sie Lenin im Auge hatte, entwickelte sich die SED zu einer diffusen Mitgliederpartei der 2,3 Millionen. Dabei verlor sie jene politische Leuchtkraft, welche sie in den Aufbruchsjahren ausgezeichnet hatte. Zu ihren gravierendsten strategischen Fehlern gehörte die frühzeitige Aufgabe des Kurses der ideologischen Verschmelzung von Kommunisten und Sozialisten. Die Sozialistische Einheitspartei, deren positive Traditionen es aufzugreifen und zu bewahren gilt, hatte sich im April 1946 auf dem grandiosen Vereinigungsparteitag ausdrücklich zum Marxismus bekannt. Die dort beschlossene Linie hätte man – auch mit Blick auf viele ehrliche Sozialdemokraten im Westen – langfristiger fortsetzen und vertiefen sollen. Statt dessen wurde schon Anfang der 70er Jahre die Parole ausgegeben, alle SED-Mitglieder seien fortan als Kommunisten zu betrachten. Das war linksradikaler Voluntarismus! Ich erinnere mich an propagandistische Großveranstaltungen der Partei, auf denen ich im Namen der 7321 oder 5479 „Kommunisten“ des Kreises Soundso willkommen geheißen wurde.

In der alten BRD knüpfte man direkt an Hitlers mörderische Kommunistenhatz an. Dort wurden bereits 1956 die KPD verboten und Zehntausende Genossen auf rechtsbrecherische Weise juristisch verfolgt, bevor man Mitglieder der 1968 zugelassenen DKP mit Berufsverboten überzog. Die politische Führung der BRD machte von Beginn an

kein Hehl daraus, daß der Antikommunismus ihre Leitideologie ist. Das gilt von Adenauer bis Merkel, aber auch für die Brandts, Schmidts, Schröders, Münteferings und Steinmeiers.

Es ist zu befürchten, daß Spitzen der Linkspartei – allen voran die in ihr verbliebenen Kaufmanns und Weckessers – perspektivisch eine Vereinigung mit der SPD auf der Basis des Sozialdemokratismus anstreben.

Gebildete und standhafte Marxisten gibt es in Ost und West nach wie vor, auch wenn viele der Besten bereits

gestorben sind. Inzwischen haben wir uns von der Illusion befreit, der Schein sei das Wesen der Dinge. Und wir wissen: Nicht Masse, sondern Klasse zählt. Menschen wie Egon Schanski, die sich für andere aufopfern, bleiben vorerst die Ausnahme. Dafür, daß sie eines Tages zur Regel werden – und auf dem Weg dorthin war man in der DDR zweifellos ein Stück vorangekommen – treten wir an.

Nr. 139, August 2009

Moralisch-politischer Ausverkauf

Wie auf Anbiederung Bedachte den 13. August 1961 kommentierten

Wer in zugespitzten Klassenkampfsituationen keine klaren Optionen trifft, gerät dadurch nicht nur ins Torkeln, sondern auch zwangsläufig zwischen die Fronten. Wer den Marxismus pluralistischer Sterndeuterei opfert, verläßt den Boden historisch exakter Bewertung von Tatsachen, Tendenzen und Abläufen.

So ist es dem PDS-Parteivorstand am 13. August 2001 mit seiner Erklärung zum 40. Jahrestag des „Mauerbaus“ ergangen. Das „inhumane Grenzregime“ sei „zum Kainsmal der DDR und des Ostblocks“ geworden, heißt es dort biblisch-nebulös. Demgegenüber habe der 9. November 1989, mit dem die Konterrevolution zur Liquidierung der DDR als Staat eingeleitet wurde, „das Tor zur deutschen Einigung und zur Überwindung der bipolaren Nachkriegsordnung aufgestoßen“. Man beachte: Hier wird imperialistischer Unipolarität das Wort geredet!

Besonders stolz war man auf den „Bruch mit der SED“, der auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 vollzogen wurde. Was rechtfertigt eigentlich diesen „Stolz“ auf die historisch unsinnige Trennung vom Erbe einer Partei, die bei all ihren Fehlern und Schwächen sowie selbst angesichts des kläglichen Debakels am Ende immerhin für 40 Jahre Sozialismus in der DDR – die größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung – einstand? Die PDS habe sich „vom Stalinismus der SED unwiderruflich befreit“, heißt es in der zitierten Erklärung. Hat sie sich nicht statt dessen – und zwar entgegen dem Willen vieler ihrer Mitglieder – von Marx, Engels und Lenin getrennt?

Auch das Zufeldeziehen gegen einen nicht näher definierten „Stalinismus“ wirkt in Wahrheit wie ein antikommunistischer Schlachtruf. Wo bestimmte Leute nach ihrer Abkehr vom wissenschaftlichen und praktizierten Sozialismus inzwischen gelandet sind, wurde schon damals angedeutet: Man habe sich von der „SED-Vergangenheit gelöst“ und zu einer „kritisch mit ihrer eigenen Geschichte umgehenden demokratischen und rechtsstaatlich verlässlichen Partei entwickelt“, liest man in dem Dokument. Wer aber kontrolliert die „Verlässlichkeit“ im Sinne des offenbar völlig klassenindifferenten „Rechtsstaates“ der bundesdeutschen Bourgeoisie?

Das Bekenntnis zum Kapitalismus wurde in der hier zitierten ideologischen Kapitulationsurkunde noch deutlicher: „Der Mauerbau war der in Beton gegossene Nachweis der Unterlegenheit des stalinistisch geprägten Sozialismustyps in der DDR gegenüber dem realen Kapitalismustyp in der Bundesrepublik.“ Das steht dort schwarz auf weiß. Können sich Leute, die Sozialisten sein wollen, noch tiefer vor der inzwischen Bankrott anmeldenden deutschen Ausbeuterklasse verbeugen?

Und weiter wird die haarsträubende These aufgestellt: „Die Errichtung der Berliner Mauer war keine Lösung, um die Existenz der DDR zu retten.“ Der „Machterhalt der SED“ sei lediglich „auf Kosten der eingemauerten Bevölkerung der DDR erfolgt“.

Kein Zweifel: Die Verfasser dieses jetzt acht Jahre alten Papiers hätten den sozialistischen deutschen Staat, wären sie am Drücker gewesen, schon viel früher an das „rechtsstaatliche“ Kapital der BRD abgeliefert. Besonders unappetitlich fiel auch eine zum selben Zeitpunkt veröffentlichte Erklärung aus, die Petra Pau, Carola Freundl und Harald Wolf, der heutige Stellvertreter Wowereits, im Namen der seinerzeitigen PDS-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses abgaben: „Die Mauer hat das Volk der DDR elementarer Menschenrechte beraubt“, ließen die drei Genannten vom Stapel. Eine Einschätzung, die übrigens von der UNO-Menschenrechtskommission nicht geteilt wurde.

Und: Fragen wir doch heute einmal jene, welche die DDR als deren Bürger bewußt erlebt haben, danach, was sie zu dieser These „linker“ Antikommunisten zu sagen haben.

Nr. 139, August 2009

Vergebliche Tarnung

Nur wenige Wochen vor jenem Tag, an dem Hindenburg den Hitler-Banden die politische Macht auslieferte – als „letztes Aufgebot“ der Weimarer Republik – wurde ich in Berlin geboren. So habe ich faschistischen und rassistischen Terror, angstvolle Nächte in Luftschutzkellern und von Bomben getroffenen Häusern, auch gefährliche Tieffliegerangriffe als Kind miterlebt.

Vor 70 Jahren, am 1. September 1939, begann das große Menschenabschlachten, das man Krieg nennt, wie bereits 1914 mit einer Lüge: dem durch die SS ausgerichteten „Überfall auf den Reichssender Gleiwitz“. Ein Himmelfahrtskommando in polnische Uniformen gesteckter KZ-Häftlinge, das noch an Ort und Stelle von Himmlers Schergen niedergemäht wurde, bildete die grausige Komparserie für das in die Geschichte eingegangene Bubenstück.

Der „Affäre Gleiwitz“, die Hitler als Anlaß zum unverzüglichen Losschlagen gegen Polen hatte in Szene setzen lassen, waren bereits die Niederwerfung der Spanischen Republik durch deutsche und italienische Legionäre, der Nazi-Einmarsch in Österreich und die Annexion der Tschechoslowakei vorausgegangen. Alle drei Aggressionen wurden von der bürgerlichen Geschichtsschreibung nicht zum Zweiten Weltkrieg gerechnet, obwohl sie dessen Bestandteile bildeten. Stets dienten obskure Vorwände als Auslöser der Amokläufe Nazi-Deutschlands.

„Gleiwitz“, mit dem die Hitlerfaschisten den größten Völkermord der Neuzeit einleiteten, wurde 1946 vom Nürnberger Hauptkriegsverbrechertribunal als Anschlag auf das Völkerrecht gebrandmarkt.

Dennoch ist dieses „Design“ bis auf den heutigen Tag in Mode. An Nachahmern fehlt es nicht.

Erinnert sei nur an den „Zwischenfall im Golf von Tonking“, der 1964 durch das Pentagon in Auftrag gegeben und von der U.S. Navy ausgeführt wurde. Es handelte sich um die angebliche Torpedoattacke von Küstenschutzbooten der DRV auf zwei in der Region operierende US-Zerstörer. Der frei erfundene Zusammenprall war das Signal für erste massive Bombenschläge gegen Küstenorte Nordvietnams. Nicht anders verhielt es sich, als Washington Irak zu überfallen beschloß. US-Außenminister Colin Powell präsentierte dem UN-Sicherheitsrat Satellitenfotos vermeintlicher Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins. Der Schwindel flog unmittelbar nach Erteilung des Angriffsbefehls auf, und selbst Bush sah sich angesichts der erdrückenden Fälschungsbeweise schließlich zu einem halbherzigen Dementi gezwungen.

Und wie steht es mit der den Afghanen durch NATO-Staaten zuteil werdenden „Aufbauhilfe“? Den Heuchlern geht es allein um strategische Interessen des nordatlantischen Kriegspaktes. Nur deshalb ist die auf dem Petersberg bei Bonn zusammengestellte „afghanische Regierung“ unter „Präsident“ Karsai installiert worden.

Zum Reich weitgehend der Phantasie entstiegener Anlässe fürs Kriegführen unter NATO-Flagge zählt sicher auch die wackere Piratenjagd bundesdeutscher Fregatten in den durch westliche Fangflotten leergefischten Gewässern am Horn von Afrika.

Auf besonders faustdicken Lügen fußte die 1999 vom Schröder-Fischer-Kabinett an der Seite der USA und unter dem Dach der NATO begonnene Aggression gegen Jugoslawien. Die Blutspur imperialistischer Untaten reicht hier von den Massenerschießungen gefangener Kämpfer und ziviler Helfer der Partisanenarmee Titos durch die deutschen Faschisten über die Bombardierung der Brücke von Varvarin durch die NATO unter Einschluß der BRD-Luftwaffe bis zum ungeklärten Ende Slobodan Milosevics in einer Haager Gefängniszelle.

All das dürfte den salbungsvollen Jubiläumsreden jener kaum zu entnehmen sein, welche nicht nur Korea, Vietnam, Jugoslawien, Irak und Afghanistan auf dem Gewissen haben. Sie „gedenken“ jetzt mit Kreide in der Kehle, mehlbestäubten Pranken und Krokodilstränen geheuchelter Pietät des „Kriegsausbruchs“ vor 70 Jahren. Gedämpfter Trommelschlag ist angesagt, wie bei der feierlichen Bestattung der drei zuletzt in Afghanistan gefallenen Bundeswehrsoldaten aus dem ostdeutschen Rekrutierungsraum. Er wolle das Wort „Krieg“ nicht in den Mund nehmen, sagte Merkels Kriegsminister Jung. Am Hindukusch lasse er nur „gezwungenermaßen“ mit Mörsern und aus Panzern auf Afghanen feuern. Vergebliche Tarnung!

Friedensheuchelei ist die Verhaltensnorm des Kriegskabinetts der vielfarbig bejackten Kanzlerin. Auch fromme Sprüche und heilige Eide, das Gegenteil dessen zu wollen, was man gerade tut, gehören dazu. So knüpft man fast lückenlos an andere „große Kapitel deutscher Geschichte“ an. „Wir sind wieder wer!“ verkünden die Großmäuler der alten und neuen Großmacht. „Wir sind Papst“, multiplizierte das Massenverdummungsorgan „Bild“ sogar den Heiligen Vater. Um die Wette lügen ist unter Imperialisten inzwischen ein Volkssport. „Gleiwitz“ hat Schule gemacht.

Nr. 140, September 2009

Oktober-Gedanken

Den 11. Oktober 1949 werde ich mein Leben lang nicht vergessen. Als Wilhelm Pieck von den 400 Mitgliedern der Provisorischen Volkskammer, die aus dem Deutschen Volksrat hervorgegangen war, zum ersten Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik gewählt wurde, saß ich – noch keine 17 – als junger Kommunist unter den Zuschauern im Saal des künftigen Hauses der Ministerien. Daß ich eingelassen wurde, geschah nicht nur deshalb,

weil es das strenge Protokoll späterer Jahre noch nicht gab. Es hatte auch eine andere Bewandnis: Zu den Gründern des bisher einzigen Friedensstaates in der deutschen Geschichte zählte mein Vater Peter Alfons Steiniger. Wie Victor Klemperer, dessen Tagebücher aus finsterner Zeit vor einigen Jahren einer eindrucksvollen Filmchronik zugrunde lagen, gehörte er der Kulturbund-Fraktion der Provisorischen Volkskammer an.

Doch ich will weiter über Selbsterlebtes berichten. Am Abend des 11. Oktober feierten wir – Hunderttausende mehrheitlich junge Leute – auf der noch in Trümmern liegenden, nur durch sowjetische Armeescheinwerfer und blakende Fackeln schwach erhellten einstigen Prachtstraße Unter den Linden mit unbeschreiblichem Enthusiasmus das erst am 7. Oktober eingetretene Ereignis. Dessen historische Dimension war uns zu dieser Stunde noch nicht voll bewußt. Nur ein Dutzend Meter hinter der dem Zug vorangetragenen riesigen Losung „Es lebe die Deutsche Demokratische Republik!“ hatte man unseren Marschblock eingereiht. Stürmisch begrüßten wir die Vorsitzenden der SED Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl. Auch Walter Ulbricht, der bald zum wohl herausragendsten Staatsmann der DDR werden sollte, und Politikern wie dem liberal-demokratischen Volkskammerpräsidenten Johannes Dieckmann und Otto Nuschke, einem fortschrittlichen Christen von großer Lauterkeit, winkten wir zu. Auf der flachen Tribüne vor der zerbombten Humboldt-Universität stand der Bergmann Adolf Hennecke, der bei der Durchbrechung des Teufelskreises aus Hunger und Mangel ein Beispiel gegeben hatte, unmittelbar neben dem Präsidenten des jungen Staates. Ein Ausdruck der Harmonie von Klasse und Macht.

Schon am nächsten Morgen erwartete mich eine komplizierte Aufgabe. Auf dem Hof des zwar traditionsreichen, aber auch für seinen ungebrochen konservativen Geist bekannten Berlinischen Gymnasiums zum Grauen Kloster hielt ich vor einem überwiegend feindseligen Publikum aus Lehrern und Schülern als mit dem Aufbau einer FDJ-Gruppe Beauftragter die „Festrede“ zur DDR-Gründung. Kaum eine Hand regte sich, obwohl ich mir alle Mühe gab, die ganze Klaviatur seinerzeitiger Agitation zu bedienen.

Das ist jetzt 60 Jahre her. Der Wind hat sich inzwischen gedreht, und die Zeiten sind rauher geworden. Antikommunisten wie jene, welche mir einst auf dem Schulhof ihren Haß entgegenschleuderten, regieren heute die durch den Anschluß der DDR noch stärker gewordene Republik des

deutschen Imperialismus. Unser Staat hat es nicht geschafft. Aufgrund äußerer und innerer Umstände, nicht zuletzt aber unter dem enormen ökonomischen Druck eines überlegenen Gegners, dessen wirksam zur Schau gestellter Wohlstand auf der gnadenlosen Ausplünderung von vier Fünfteln der Erdbevölkerung beruht, blieb er nach 40 Jahren erfolgreichen Wirkens auf der Strecke.

Dort, wo am 11. Oktober 1949 der Mitkämpfer Liebknechts und Luxemburgs – der gänzlich uneitle Arbeiterführer Wilhelm Pieck – das Vertrauen des Parlaments der DDR erhielt, befindet sich nun das Finanzministerium der BRD. Hier residierte bisher Peer Steinbrück, der als SPD-Rechtsaußen oberster Defizit- und Bankrottverwalter eines in Schulden erstickenden Landes war. Und im einstigen Staatsratsgebäude mit dem restaurierten Balkon des Kaiserschlosses, von dem Karl Liebknecht im November 1918 etwas früh die sozialistische Republik ausgerufen hatte, räkelte sich unterdessen die satte Brut einer elitären Managerakademie. Doch nicht alles vermochte die Konterrevolution zu „entsorgen“. Überdauert hat zum Beispiel die denkmalgeschützte Glasmalerei des großen sozialistischen Künstlers Prof. Walter Womacka. Den handverlesenen Zöglingen des deutschen und internationalen Kapitals springt sie sofort ins Auge, sobald sie die Treppe des Haupteingangs emporsteigen. Dort sehen sie sich wider Willen mit der tragisch-verlustreichen, aber auch sieghaft-optimistischen Geschichte der arbeitenden Klassen unseres Volkes konfrontiert. Teil des Werkes ist die auf der Titelseite gezeigte junge Familie. Hammer, Zirkel und Ährenkranz symbolisieren im Hintergrund das gute Deutschland. Es ist – trotz Gift und Galle speiender temporärer Sieger – in der Erinnerung von Millionen Menschen weder verblaßt noch erloschen. Und der Tag wird kommen, an dem sein Banner wieder den Kolonnen selbstbewußter Kämpfer gegen das schuld- und fluchbeladene schlechte Deutschland voranwehen wird.

Nr. 141, Oktober 2009

Auf der richtigen Seite der Barrikade

Wie das MfS den Befreiungsbewegungen und jungen Nationalstaaten zu Hilfe kam

Das Buch von Oberst a. D. Bernd Fischer, durch diplomatischen Status abgesicherter Resident der DDR-Aufklärung im Nahen Osten, in vielen Sätteln gerittener und auf so manchen Schauplätzen aktiv gewesener Spitzenmann der HVA, der 1990 als letzter Leiter mit der Auflösung des eigenen Apparats beauftragt war, erscheint zur rechten Zeit. Es ist ein wichtiger Beitrag zum 60. Jahrestag der Gründung der DDR, deren vielgeschmähter und so überaus erfolgreicher Geheimdienst in den Jahren seiner Existenz unter Beweis zu stellen vermochte, daß er immer auf der richtigen Seite der Barrikade gestanden hat. Mit anderen Worten: auf der Gegenseite derer, die für den deutschen Imperialismus die Karten gemischt und die Fäden gezogen hatten. Der Autor, der etliche Jahre in Ländern der Dritten Welt tätig gewesen ist und vielen Führern von

Befreiungsbewegungen und jungen Nationalstaaten – vor allem aber den Verantwortlichen ihrer im Entstehen begriffenen oder bereits formierten Schutz- und Sicherheitsorgane – persönlich begegnete, ermöglicht dem Leser tiefe Einblicke in die facettenreiche Unterstützung, die diesen durch die DDR erwiesen wurde. Sie spielte überall bei der Erringung, Befestigung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit eine wichtige Rolle. Verschiedene Diensteinheiten des MfS, vor allem aber die hier federführende HVA, haben nicht weniger als 14 Staaten und acht Bewegungen Hilfe zur Selbsthilfe zuteil werden lassen, darunter Sansibar, Ägypten, der Volksdemokratischen Republik Jemen, dem Chile der Unidad Popular, Angola, Moçambique, Äthiopien, Ghana, Nikaragua und Grenada sowie der PLO und anderen palästinensischen Befreiungsbewegungen,

dem ANC Südafrikas, der FRELIMO, der MPLA, der SWAPO Namibias, der ZANU und der ZAPU Simbabwe, der FSLN und Grenadas New-Jewel-Bewegung.

In uneigennützig Weise haben die DDR und besonders das von ihr damit beauftragte MfS alles Notwendige getan, ohne sich dabei irgendwie in die Arbeit befreundeter oder sie um Unterstützung ersuchender Organe einzumischen. Jegliche Mitwirkung an laufenden Untersuchungsvorgängen wurde ebenso strikt vermieden wie die Beteiligung an Operationen terroristischen Charakters. Vertreter der DDR führten weder Verhöre, noch waren sie an Anschlägen oder Attentaten beteiligt, wie ihr das von den imperialistischen Medien stets unterstellt wurde.

In Fischers Buch heißt es über Lehrgänge in der DDR und Schulungen vor Ort: „Abhängig von der Intensität und dem Umfang der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Partnern in den Sicherheitsorganen ergaben sich dabei auch Einschränkungen bei Themen, aber die Diskussionen waren ausnahmslos zielgerichtet und offen. Die Achtung der Souveränität der Partner und die Akzeptanz ihrer Haltungen selbst bei Differenzen, Widersprüchen oder auch nur bei Abweichungen in Einzelfragen und bei Schlußfolgerungen legten die Standpunkte klar, aber sie kennzeichneten auch das gegenseitige Verstehen und Verhältnis. Werbungen wurden nicht durchgeführt und auch nicht angestrebt, weder von Kontakten, von Personen innerhalb der Sicherheitsorgane noch außerhalb.“

Natürlich waren die ökonomischen Potenzen der DDR auch in bezug auf Hilfe dieser Art begrenzt. Deshalb konnten manche Wünsche nicht erfüllt werden. Dabei wurde der erwiesene Beistand durch einen tiefen gesellschaftlichen Inhalt und eine klare politische Option geprägt, ging es doch in der Regel um Länder und Bewegungen, die sich gerade erst von den imperialistischen und kolonialistischen Fesseln befreit hatten oder diese Befreiung anstrebten.

Noch einmal sei dem Autor das Wort erteilt: „Auch wenn über den Sozialismus unterschiedliche und verschwommene Auffassungen bestanden, zu den Verhältnissen in den sozialistischen Staaten teilweise kritische Bewertungen vorhanden waren, dominierte in den Absichtsbekundungen

das Streben nach einer sozialistischen Ordnung. Angesichts der Bedingungen besaßen solche Postulate keine realistische Grundlage. Es ging im Wesen in allen betreffenden Ländern zunächst um die Existenzsicherung der Menschen, um die Überwindung der Folgen des Kolonialismus und die Schaffung eines funktionierenden Gemeinwesens. Dazu brauchten diese Staaten materielle und ideelle Hilfe und Unterstützung.“

Bernd Fischer, der die Karten des eigenen Spiels im Interesse der historischen Wahrheit weitgehend aufdeckt, läßt keinen Zweifel daran entstehen, daß es sich bei der geschilderten Materie um ein Kapitel härtesten und heißesten Kampfes gehandelt hat, bei dem einem materiell erheblich überlegenen Klassenfeind, der alle Hebel in Bewegung zu setzen vermochte, Paroli geboten werden mußte. Gerade auf diesem sensiblen Gebiet der Hilfe für die Kampfgefährten in der Dritten Welt haben sich Angehörige der HVA und anderer Dienstseinheiten des MfS, des Ministeriums des Innern und der Nationalen Volksarmee als wahre Internationalisten erwiesen. Das manifestierte sich übrigens auch schon sehr früh in der Hilfe für das revolutionäre Kuba, mit dessen Sicherheitsorganen später erfolgreich kooperiert wurde. Fischers Buch hat die Aufgabe einer sachlichen, detailgetreuen und nüchternen Darstellung des konfliktreichen und oft widerspruchsvollen Geschehens hervorragend gelöst. Man hätte sich lediglich an einigen Stellen im Interesse der Sache eine gewisse Straffung und die Vermeidung unnötiger Wiederholungen gewünscht. In seltenen Fällen sind Begriffe unexakt angewendet worden. So wird z. B. Portugals faschistisches Caetano-Regime als „präfaschistisch“ bezeichnet. Eine gewissenhaftere Lektorierung und die sorgfältige Korrektur des leider fehlerreichen Druckmanuskripts hätte dem Anliegen sicher gutgetan.

Alles in allem ist Bernd Fischers kenntnisreich und engagiert geschriebenes Buch ein echter Gewinn.

Bernd Fischer: Als Diplomat mit zwei Berufen. Die DDR-Aufklärung in der Dritten Welt. edition ost, Berlin 2009, 224 S., 14,90 €, ISBN 978-3-360-01802-1

Nr. 141, Oktober 2009

Eifer und Geifer

Dort, wo im „Wendeherbst“ 1989 irgendein als Bürgerrechtler firmierender und angeblich einen „besseren Sozialismus“ einfordernder DDR-Hasser hingespuckt hat, steht heute ein Gedenkstein zur Erinnerung an einen unbeugsamen Freiheitskämpfer. Fast jeder stinknormale Knast beherbergt inzwischen ein sogenanntes Opferkabinett. Und selbst in den einstigen Konzentrationslagern der Hitlerfaschisten ist man bemüht gewesen, die heldenhafte Geschichte des Widerstandes in das Prokrustesbett des Antikommunismus zu zwängen.

Der Sommerschlußverkauf für Lügenstories aller Art strebt seinem diesjährigen Höhepunkt zu. Im November begeht die Kamarilla der Hetzer und Heuchler das, was sie als „Mauerfall“ bezeichnet. Sämtliche Schleusen werden geöffnet, um wahre Sturzbäche einer schwarz-gelben, bisweilen auch rosafarbenen oder grünlichen Brühe über Land und Volk

hereinbrechen zu lassen. Der antikommunistische Dauerbeschuß hat ohne Zweifel eine gewisse Wirkung erzielt, die allerdings mehr und mehr verpuffen dürfte. Denn jede Überdosis ist kontraproduktiv. Millionen früheren DDR-Bürgern und Klarsichtigen im Westen hängt die ewige Unrechtsstaats- und Stasi-Leier längst zum Halse heraus. Sie wollen, daß man ihnen endlich wieder reinen Wein einschenkt. Ein Wort zu jenen, die sich mit Eifer und Geifer an gewissen Novemberdaten berauschen und trunken vom Taumel der Sieger auf Zeit jedermann die Ewigkeit ihrer gerade vom Krisenfieber geschüttelten Ordnung einreden wollen. Vor 20 Jahren ist in Deutschland und Europa – bei der UdSSR etwas zeitversetzt – die neue Welt des lange erfolgreich aufstrebenden, dann aber in arge Turbulenzen geratenen Sozialismus zusammengebrochen. Er fiel im Trommelfeuer eines materiell überlegenen Gegners, der ihn schon in der

Wiege hatte erdrosseln wollen, aber auch durch Inkompetenz in der Stunde der Bewährung gelähmter Steuerleute auf der Brücke. Sie gaben die Zukunft kampfflos auf. Der Verrat Gorbatschows und seiner Umgebung spielte dabei die ausschlaggebende Rolle.

Der karrieristische Mantelwender aus dem ZK der SED und heutige Birthler-Schoßhund Schabowski, der wie einst jener antike Brandstifter des Diana-Tempels auf der Akropolis mit einer nach seinem Namen als Herostratentat bezeichneten Untat in die Geschichte einging, spielte seinen heutigen Auftraggebern bewußt in die Hände. Die Ankündigung zu diesem Zeitpunkt weder geplanter noch hinreichend vorbereiteter Maßnahmen an der Grenze zu Westberlin bildete den Auftakt zum Übergang von der schleichenden zur offenen Konterrevolution. Sie gipfelte nach dem 3. Oktober 1990 in der durchgängigen Wiederherstellung einer im Osten Deutschlands bereits historisch überwundenen Gesellschaftsformation.

Zweifellos hat es bei diesem kriminellen Spiel, das die DDR-Bürger aus dem Reich der Freiheit in das Reich der Unfreiheit zurückwarf, auch Hunderttausende Statisten gegeben. Sie lieferten den eigentlichen Akteuren die Massenkulisse. Die Behauptung hingegen, die Herbstereignisse 1989 seien das Werk der DDR-Bevölkerung gewesen, ist ebenso unsinnig wie die Propagandathese, am 17. Juni 1953 habe es sich um einen „Volksaufstand“ gehandelt. In beiden Fällen gab es eine schweigende Mehrheit und eine Minderheit standhafter Verteidiger der sozialistischen Sache. Aber es waren zu viele, die den detaillierten Regieanweisungen der imperialistischen Sender und den demagogischen Versprechungen

der Politiker des Klassenfeindes Gehör schenkten. Irreführte oder bereits im Gleichtakt mit den Verführern Denkende überfuhren mit ihren Trabbis jubelnd die Grenzen zum großen Freiheitspark für Raubtiere. Sie hüpfen auf dem Hamburger Fischmarkt nach Bananen und schwenkten in Dresden frenetisch die Fahnen des Deutschlands der alten Verderber.

Natürlich gibt es wie in jedem Krieg auch im Klassenkampf Gewinner. Doch für Menschen mit Durchblick ist der gleißende Lack inzwischen abgeblättert. Die Illusionen von vorgestern sind zerronnen. Der rauhe und rüde Alltag des Kapitalismus blickt hinter seiner schillernden Fassade und seinem Überangebot oft nicht bezahlbarer oder nur auf Kredit zu erwerbender Güter hervor. Er bestimmt den Lebensrhythmus der meisten.

Übrigens: Wir machen niemandem, der den Verführern auf den Leim ging und ihren Sirenenklängen erlag oder sich aus Enttäuschung über eine schwächelnde und defizitäre DDR-Endzeitpolitik zunächst in sein Schneckenhaus zurückzog, einen Vorwurf. Viele haben ihren Standpunkt inzwischen selbst korrigiert und erkennen mit uns: Aus einem deutschen Friedensstaat sind die DDR-Bürger in einen kriegführenden Aggressorstaat des Kundus-Massakers zurückgestoßen worden; aus einem Land, das den Schaffenden gehörte, in ein Dorado der Parasiten; aus einer Welt, in der Arbeit und gleicher Lohn für gleiche Leistung absolute Normalität waren, in das Reich der Bettler um einen wie auch immer gearteten „Job“. Da kann man doch nur sagen: BRD – nein danke! Es lebe die Deutsche Demokratische Republik!

Nr. 142, November 2009

Am Scheideweg

Über fünf Millionen Stimmen für die Linkspartei waren ein echter Paukenschlag. Zum ersten Mal in der Geschichte der BRD ist eine linke, antifaschistisch-demokratische Partei mit einem solchen Wählerrückhalt in den Bundestag eingezogen. Das ist ein Grund zu Freude und Genugtuung, nicht aber zu Selbstzufriedenheit oder gar zum Abdriften in das seichte Gewässer politischer Beliebigkeit. Man erinnert sich noch an die tristen Zeiten unter Schröder, als lediglich zwei „fraktionslose“ PDS-Abgeordnete – darunter die beherzte Gesine Löttsch – auf einer „Strafbank“ im Bundestag saßen. Oder – um auch ein negatives Beispiel zu nennen – an jene schmachvolle Szene, als sich Roland Claus ausgerechnet bei einem Kriegsverbrecher aus Texas für das von mutigen Abgeordneten seiner eigenen Fraktion im Plenarsaal emporgehaltene Transparent „No more wars, Mr. Bush!“ entschuldigte.

Vor genau 20 Jahren trat in der Berliner Dynamohalle der sogenannte SED-Sonderparteitag zusammen, wo dramatische Weichenstellungen erfolgten. Dort wurde die SED-PDS ausgerufen. Das Ergebnis der Beratungen war indes nicht das Gelbe vom Ei. Es warf Licht und Schatten. Ich selbst habe als einer der ND-Berichterstatter an dem zwiespältigen Ereignis teilgenommen. Während Altes und Verkrustetes mit einem großen Besen hinweggefegt werden sollte, erfaßte das grobe Gerät außer Ballast leider auch ganz wesentliche Teile der Substanz einer revolutionären

Klassenpartei. Kurzerhand entsorgte man Lenin, den man wenig später als „Erfinder Stalins“ etikettierte. Aus alter Gewohnheit hielt man vorerst noch an den beiden anderen Klassikern fest. Indes wurde der Erzrevisionist Eduard Bernstein bereits unter die Vorväter der neuen Partei eingereiht, die – auf Vorschlag Gregor Gysis – den Bernstein und dem Godesberger Programm der SPD entlehnten Namen Partei des demokratischen Sozialismus tragen sollte. Während Wolkenkuckucksheime bauende junge Trotzlisten an den Türen der Halle ihre Zeitung „Spartakist“ mit der atemberaubenden Schlagzeile „Für ein rotes Sowjetdeutschland in einem roten Sowjeteuropa!“ verkauften, hielten drinnen Bald-Aussteiger wie Berghofer salbungsvolle Reden über „Erneuerung“. Gysi machte vor, wie man Konsequenz durch Eloquenz ersetzt.

20 Jahre danach kann man es als gesicherte Erkenntnis betrachten, daß im Zeichen des proklamierten „Bruchs mit dem Stalinismus“ in Wirklichkeit mit dem Marxismus-Leninismus gebrochen wurde. Den Regisseuren des Sonderparteitags ging es darum, die weltanschaulichen Grundlagen von DDR und SED, welche nun verteufelt wurden, zu zerschlagen. Deshalb sprachen nicht wenige Genossen von einem Parteiputsch. Unter dem Vorwand des „Aufbrechens überlebter Strukturen“ und bei Einführung eines brandneuen Pluralismus wollte man dem bewahrenswerten Erbe der im April 1946 formierten und

jahrzehntelang erfolgreichen SED den Garaus machen. „Die DDR ist verdienstermaßen zugrunde gegangen, es ist nicht schade um sie“, erklärte später ein PDS-Spitzenpolitiker. Oft wird gesagt, durch die Akteure in der Dynamohalle sei die bereits im freien Fall befindliche Partei aufgefangen und gerettet worden. Jene, welche das ZK der SED gestürzt und selbst das Ruder übernommen hatten, seien so zu Bewahrern der sozialistischen Bewegung in Deutschland geworden. Das trifft nur in formeller Hinsicht zu. Inhaltlich erfolgte ein Wertetausch. Obwohl viele Genossen der Linkspartei dem Marxismus bis heute die Treue bewahren oder zumindest an Grundpositionen festhalten, ist an die Stelle der marxistisch-leninistischen SED inzwischen eine Partei getreten, deren Führung mehrheitlich auf Vorstellungen der Godesberger SPD-Linie Kurs nimmt. Diese Tendenz wird sich durch die gemeinsame Oppositionsrolle beider Parteien sicher noch stärker ausprägen. Nicht zufällig deutete Gysi bereits am Abend des Wahltages an, er wünsche sich eine SPD, „die wenigstens wieder

sozialdemokratisch“ ist. Nach den Bundestags- und Landtagswahlen ist in der BRD eine neue Kräftekonstellation entstanden. Der schwarz-gelbe Block aus rechtskonservativen Politikern im Dienste des Kapitals dürfte für längere Zeit das Zepter schwingen. Die SPD und mit ihr die Gewerkschaften sind von den Koalitionsfesseln, die sie sich selbst angelegt hatten, befreit worden. Das könnte sich positiv auswirken.

Und was die Linkspartei betrifft, so steht sie an einem Scheideweg: Entweder rechtfertigt sie das Vertrauen ihrer über fünf Millionen Wähler und stellt den Kragen für eine geharnischte Systemopposition hoch – oder sie knickt ein und mauschelt mit der geprügelten und sich daher wieder „sozialdemokratischer“ gebenden SPD. Das würde die Linke strategisch entwaffnen und ihre gewachsenen Möglichkeiten rasch wieder schrumpfen lassen. Wir drücken den PDL-Wählern beide Daumen, daß ihre großen Hoffnungen nicht enttäuscht werden. *Nr. 143, Dezember 2009*

Das Wespenkabinett

Wespen fallen vor allem durch zwei Eigenschaften auf: ihre grelle schwarz-gelbe Färbung und ihre stachelbewehrte Aggressivität. Sie attackieren nicht nur, wenn sie selbst angegriffen werden, sondern stechen häufig auch jene, welche ihnen gar nichts getan haben. Daher nehmen Wespen in der Beliebtheitsskala unter Insekten keinen Spitzenrang ein.

Anders bei den Menschen. Zum Beispiel in der BRD. Dort ist jetzt eine schwarz-gelbe Wespen-Koalition am Ruder: die rechteste Regierung seit Adenauers, Kiesingers und Kohls Tagen. Glaubt man allerdings dem ZDF-Politbarometer, dann besteht das neue Kabinett in Berlin fast nur aus „Publikumsliebungen“. Die gezielte Abrichtung der Bürger durch Sender und Blätter des Kapitals, die diesem selbst gehören oder dessen Geschäfte besorgen, ist das Werk raffinierter Mediendompteure.

Die Mainzer CDU-Fernsehzentrale bescheinigt der Bundeskanzlerin unablässig höchste Popularitätsraten, obwohl ihre Partei bei den letzten Bundestagswahlen eher mäßig abgeschnitten hat. Allerdings nicht so mäßig wie die SPD Steinmeiers, der sich nach seiner eklatanten Niederlage stehenden Fußes in die Funktion des Fraktionsvorsitzenden flüchtete, bevor das Personalkarussell der Verlierer auch ihn hinauszuschleudern vermochte.

Das einzig Bunte an der Merkel-Administration sind die entzückenden Jacken der Kanzlerin. Was die Wespen-Koalition sonst offeriert, ist eher ausgeblieben. Das neue Kabinett mit der durch einige FDP-„Besserverdiener“ aufgemischten Truppe von gestern wird den Bundesbürgern spätestens nach den NRW-Landtagswahlen das Fell gründlich über die Ohren ziehen. Strauchdiebmanieren sind angesagt. Das Tandem Merkel/Westerwelle ist in Wahrheit ein Überfallkommando der Superreichen. Noch sind die Sturmriemen nicht festgezurr, doch schon bald dürften die Hunde von der Kette gelassen werden. Sehen wir uns jene, welche jetzt als Vertreter des triumphierenden „bürgerlichen Lagers“

posieren, etwas genauer an. Als „Publikumsliebung“ präsentiert man mit Vorliebe den Freiherrn zu Guttenberg, einen naßforschenden Gutsbesitzersprößling aus Bayern, der mit der CSU die rechteste Bundestagspartei kurzfristig als deren Generalsekretär führte, bevor er seine „reichen Erfahrungen“ dem Wirtschaftsressort der großen Koalition zugute kommen ließ. Dieser aristokratische Finsterling befiehlt jetzt die in Aggressionen verstrickten bundesdeutschen Streitkräfte. Neue Abenteuer und Kriege sind zu befürchten. Zu seinem Amtsvorgänger Jung (CDU) gibt es einen auffälligen Unterschied: Der Intelligenzquotient Guttenbergs liegt höher.

Der in Kriegsverbrechen verstrickte Jung mußte nach nur einem Monat als Arbeitsminister aus dem Verkehr gezogen werden. Außenminister ist nunmehr der gespreizte Gernegroß Westerwelle (FDP), der sich wie ein Rummelboxer zum Kraftprotz aufgeblasen hat. Sein Kurs: Weiter so und noch viel schlimmer!

Offenbar vollziehen die herrschenden Kreise des bundesdeutschen Kapitals derzeit eine Umgruppierung ihrer politischen Kräfte. Dabei wird die seit etlichen Jahren dahindümpelnde FDP anstelle der bei manchen im Unternehmerlager als zu bißschwach empfundenen CDU neuerdings favorisiert. Die Tatsache, daß sich die Hundts als die eigentlichen Drahtzieher der BRD für den schwachen und willigen FDP-Mann Brüderle als Wirtschaftsminister entschieden haben, läßt darauf schließen.

Zu seiner Zeit als Innenminister tat Schäuble (CDU) alles, die BRD gezielt auf den Kurs der schleichenden und offenen Faschisierung zu führen. Nachfolger Steinbrücks, wird er bald alle Puppen tanzen und die BRD-Bürger den Riemen gehörig enger schnallen lassen. Natürlich steht auch dieser Raubzug im Zeichen einer angeblichen Gesundung der in Milliardenhöhe an die Banken verschleuderten Staatsfinanzen. Innenminister wurde mit dem bisherigen Geheimdienstkoordinator de Maizière ein weiterer Frontmann der

prononcierten Rechten. Seinen Nachfolger als Bundeskanzleramtsminister hat er indes wirklich nicht verdient: Frau Merkel hat Pofalla offenbar nur ausgesucht, um sich durch den geistigen Abstand selbst besser profilieren zu können. Übrigens gibt man sich jetzt im überwiegend deutsch-chauvinistischen Wespenkabinett ganz „multikulti“. Der in Vietnam gebürtige Bauchredner Rösler (FDP), der schon im Alter von neun Monaten ins Ausland verbracht worden war, konnte der neuen Arbeitsministerin von der Leyen (CDU)

im Gesundheitsressort den Rang ablaufen. Das ND feierte die Entscheidung für einen „ethnisch anders Aussehenden“ fast wie einen Sieg der internationalen Solidarität. Dabei wissen wir doch: Nicht Hautfarbe oder Abstammung, sondern allein die Klassenzugehörigkeit zählt. Alles in allem: Die schwarz-gelben Wespen werden jeden, der nicht zur „Oberschicht“ gehört, gnadenlos stechen. Doch auch gegen sie gibt es bekanntlich Mittel. Entschlossener Widerstand ist da am wirksamsten. *Nr. 144, Januar 2010*

Schach den Schmähern!

Das beschämende Spektakel auf der Bühne und hinter den Kulissen des Potsdamer Landtags offenbarte ein hohes Maß politisch-moralischer Verworfenheit: Aufstiegsbesessene und nach billiger Publizität gierende Brandenburger Landesfürsten der Linkspartei ließen ihre Genossen schmählich im Stich und gaben sie zur öffentlichen Hinrichtung durch die bürgerliche Medienmeute frei. Dieser jämmerlichen Provinzposse, die zur Hexenjagd in den eigenen Reihen führte, lag ein absurder Sachverhalt zugrunde. Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann und Renate Adolph hatten in einer aufgeheizten Atmosphäre hochgepeitschter „Stasi“-Hysterie ihre Verbindungen mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR – einer ehrenhaften Institution des Arbeiter- und Bauern-Staates – nicht ganz aufgedeckt. Die Landtagsabgeordnete Adolph legte unter massivem psychischem Druck ihr Mandat nieder, Hoffmann, der inzwischen die Fraktion verließ, erklärte, er wolle erst nach dem Rücktritt der einstigen IMs Kerstin Kaiser und Thomas Nord ein eigenes Ausscheiden als Abgeordneter in Erwägung ziehen. Auch die Vizepräsidentin des Landtags, Gerlinde Stobrawa, wurde zum Verzicht auf ihr Amt genötigt.

Das klägliche Gebaren jener, welche sich noch im Wahlkampf als „tiefrot“ ausgegeben und ihre Anhängerschaft – wie die spätere Koalitionsvereinbarung mit der SPD bewies – arglistig getäuscht hatten, stellt nur ein aufschlußreiches Detail dar. Das seit Jahrzehnten die Atmosphäre vergiftende „Stasi“-Syndrom ist eine Erfindung jener, die unter dem Ruf „Haltet den Dieb!“ die ganze Welt mit ihren in Morde und Folterpraktiken verstrickten Geheimdiensten überziehen. CIA, MI6, Mossad und BND sind alles andere als unbefleckte Jungfrauen.

Nebenbei bemerkt: Außer San Marino und Andorra, wo solche Dinge vielleicht auf wenigen Schultern ruhen, besitzt jeder Staat seine eigenen Schutz- und Sicherheitsorgane. Das MfS der DDR wurde am 8. Februar 1950 – vor 60 Jahren – gegründet. Zu ihrem Ehrentag grüßen wir alle der Sache treu gebliebenen Mitstreiter aus seinen Reihen. Das MfS war Schild und Schwert der Werktätigen, nicht aber, wie es fälschlicherweise hieß, der Partei. Das bedeutete eine unzulässige Einengung der breitgefächerten Massenbasis des Ministeriums.

Von der ersten Stunde seiner Existenz an lenkte das MfS den gebündelten Klassenhaß jener im Westen auf sich, die ihre Pfründe, Privilegien und Profite im Osten verloren hatten. Denn es stand in der vordersten Reihe derer, welche

dem konterrevolutionären Prozeß Paroli boten. Jede Revolution bringt unvermeidlicherweise auch die Gegenrevolution als latente Gefahr hervor. Seit dem 7. Oktober 1949, ja schon früher, lag sie wie ein Schatten auf dem Neuen. Der Klassenfeind nutzte jeden Spalt, jede Chance zum Eindringen. Sein oberstes Ziel war klar definiert: totale Auslöschung der DDR, politisch-moralische Vernichtung aller ihrer Träger. Den Beweis dafür lieferte der 17. Juni 1953. Gemeinsam mit den damals solidarisch handelnden sowjetischen Waffengefährten verlegten auch die Genossen des MfS der weißen Attacke den Weg.

Weil unsere Tschekisten in aller Regel aus den standhaftesten und bewußtesten Vertretern der Arbeiterklasse rekrutiert wurden, konzentrierten jene, welche bei sich von der Ausbeutung des Proletariats leben, ihr Feuer auf das MfS. Das wütende Gekläff der Köter negierend stehen wir rückhaltlos zu unseren an Bord gebliebenen Genossen aus den Reihen des MfS, der NVA, des Zolls und der Deutschen Volkspolizei.

Für die rüde Hetze der Imperialisten gegen die „Stasi“ haben wir aus den oben genannten Gründen durchaus Verständnis. Sich den ganz besonderen Haß der Bourgeois und Gutsbesitzer sowie ihres Staates verdient zu haben, ist ein Ruhmesblatt des MfS. Wir zeigen kein Mitgefühl für nach den Gesetzen der DDR rechtmäßig verurteilte Agenten, Diversanten, Saboteure, Spione und Angehörige von Schleuserbanden, die zu „Opfern“ hochstilisiert werden. Doch wir haben einen Nerv für die politische Irritiertheit jener Menschen, welche am Rande des Geschehens vom Strudel erfaßt und wegen oftmals geringfügiger Delikte oder gar zu Unrecht bestraft worden sind.

Wenn die Gauck, Knabe und Birthler wütend um sich schlagen, dann ist das nur normal. Auch über die weichgeklopften oder angepaßten Karriereritter, die seit dem November 1989 „Schaden vom eigenen Haus abwenden“ wollten, indem sie die Genossen des MfS im Regen stehen ließen und als Blitzableiter benutzten, wundern wir uns nicht. Sie haben die Treuesten der Treuen dem Gegner auf einem silbernen Tablett präsentiert. Waren da nicht auch die biblischen 30 Silberlinge im Spiel?

Das Einstimmen gewisser Führer der PDL in den schrillen Chor der „Stasi“-Verleumder kann nur sie selbst diskreditieren. Was uns betrifft, so trotzen wir der trüben Flut aus den Kanälen des Klassenfeindes. Der Gegenangriff muß beginnen. Deshalb: Schach den Schmähern!

Nr. 145, Februar 2010

Görings Rat

Nein, nicht von Hitlers in Nürnberg zum Tode verurteiltem Reichsmarschall gleichen Namens, der Meier heißen wollte, wenn auch nur ein einziges gegnerisches Flugzeug in den Berliner Luftraum vordringen sollte, ist im folgenden die Rede. Dabei hatte auch er seine Amoklaufenden Gefolgsleute auf die Kommunisten gehetzt und sich bei Georgi Dimitroff im Leipziger Reichstagsbrandprozeß eine blutige Nase geholt.

Hier geht es vielmehr um äußerst brisante Empfehlungen einer vergleichsweise harmlosen und ganz durchschnittlichen Person, die man ungeachtet ihrer hohen Ämter durchaus als politisches Leichtgewicht einstufen könnte: Karin Göring-Eckardt, Pastoren-Frau aus dem Thüringischen, ist nicht nur die von den Grünen benannte Vizepräsidentin des Bundestages, sondern auch Vorsitzende der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland. Zwei Posten, von denen man eigentlich auf Seriosität schließen müßte. Doch weit gefehlt. Als „Bürgerrechtlerin“ einst eine Frontfrau der Konterrevolution zur staatlichen Liquidierung der DDR, ist es Frau Göring-E. leid, Tag für Tag erleben zu müssen, wie sehr sich die seit 20 Jahren anhaltende Kampagne zur Kriminalisierung der Sicherheitsorgane des sozialistischen deutschen Staates festgefahren hat. Das „Stasi“-Gerede hängt den meisten BRD-Bürgern buchstäblich zum Halse heraus. Der giftige Sud aus der antikommunistischen Lügenküche gleicht einem überdosierten und dadurch konträre Wirkungen auslösenden Medikament. Er ist den „Patienten“ in einem solchen Maße eingeflößt worden, daß das Resultat inzwischen gegen Null tendiert. Doch die von einer „Täter“- und Profilneurose befallene Karin Göring-E. weiß Rat. Auf Abhilfe bedacht, empfiehlt sie statt der einseitigen Hatz auf kleine und große, formelle und informelle Mitarbeiter des MfS fortan weit umfassendere Kreise früherer DDR-Bürger zum Abschluß durch die Hexenjäger freizugeben: die Funktionäre der einst 2,3 Millionen Mitglieder umfassenden SED. Schließlich hätten diese das Trägergerüst des „Unrechtsstaates“ gebildet und seien daher am ärgsten „belastet“.

Görings Rat entspricht der Norm des von ihr und anderen „modernen“ Antikommunisten offenbar als Vorbild betrachteten USA-Senators McCarthy, der wie die deutschen Faschisten nicht einmal vor Sippenhaft zurückschreckte. Was die SED betrifft, so war sie die bedeutendste deutsche Partei der Nachkriegszeit, die führende politische Kraft der DDR, ohne die der sozialistische Weg nicht beschritten und die neue Gesellschaftsordnung nicht 40 Jahre

lang behauptet worden wäre. Die SED stand für Sozialismus, Volksmacht und Frieden. Deshalb hat Frau Göring-E. gar nicht so unrecht, wenn sie die SED-Kader als „Täter“ bei der Zerschlagung des Kapitalismus in einem Drittel Deutschlands und der lange Zeit erfolgreichen Durchkreuzung seiner restaurativen Pläne betrachtet.

Der vorgepreschten Politikerin aus dem grün-schwarzen Lager geht es allerdings nicht um die Würdigung historischer Leistungen oder die Betonung des besonderen Beitrags der SED zu den Geschicken der DDR. Sie zielt allein auf kollektiven Rufmord an allen, die den Kampf für eine menschenwürdige Alternative zum deutschen Imperialismus aufzunehmen gewagt haben.

In diesem Sinne stellt sich Frau Göring-E. in eine Reihe mit solchen professionellen Brunnenvergiftern wie Gauck, Knabe und Birthler.

Leider büßte die SED im Laufe der Jahre viel vom Enthusiasmus der Aufbruchphase und vom Glanz jener Ära ein, in der so selbstlose Kämpfer wie Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Otto Buchwitz, Walter Ulbricht, Heinrich Rau, Hermann Matern und Bruno Leuschner an ihrer Spitze gestanden hatten. Das Streben nach quantitativen Höhenflügen verdrängte immer mehr das Ringen um Solidität und Qualität. Karrieristen aller Art wurden durch den Magnetismus der machtausübenden und postenverteilenden Massenpartei angezogen. Die revolutionäre Vorhut geriet dabei Schritt für Schritt unter die Räder. Es ist durchaus kein Zufall, daß aus dem Ballast der SED auch Heimtücke, Verrat und Fahnenflucht hervorgingen. Wenn ehemalige „Genossen“ in nicht geringer Zahl über Nacht die Farbe wechselten und sich beim Gegner verdingten, dann zeugt das ebenso davon wie das Bemühen gewisser „Linkspolitiker“, die marxistische Ideologie eiligst abzustreifen, sich vom Erbe der SED zu distanzieren und zu Verfechtern eines bereits durch Bernstein propagierten „dritten Weges“ zu werden.

Doch Anpasser dieses Schlages werden von Frau Göring-E. und anderen Inquisitoren nicht ins Visier genommen. Die intolerante Kirchenfrau richtet ihren Bannstrahl ausschließlich gegen der Sache treu Gebliebene, die heute in der Partei Die Linke, in kommunistischen Formationen, als Parteilose oder unter dem Dach des RF wirken.

Mögen politische Vernunft, Besonnenheit und Augenmaß die in der BRD mit derlei Dingen Betrauten davon abhalten, den schrillen Appellen pathologischer Scharfmacher zu folgen.

Nr. 146, März 2010

Der verlorene Krieg

Theodor Fontane war nicht nur ein märkischer Dichter, dessen Werke Weltliteratur wurden. Er galt auch als Kenner internationalen Geschehens seiner Zeit. In der Ballade „Das Trauerspiel von Afghanistan“ schildert er den Untergang eines Expeditionskorps der britischen Kolonialarmee, das zur Niederwerfung Aufbegehrender in das bis 1919 von London aus verwaltete Land entsandt

worden war. Fontane läßt einen einzelnen Reiter, der sich ins Hauptquartier der Briten durchgeschlagen hat, von der Vernichtung eines ganzen Heeres berichten. „Mit 13 000 der Zug begann, einer kam heim aus Afghanistan“, heißt es in der Authentisches wiedergebenden Ballade.

Wird man nicht unwillkürlich an diesen Vers erinnert, wenn man von der auf „Ausrottung der Taliban mit Stumpf

und Stiel“ zielenden jüngsten Offensive der US-Okkupanten und ihrer afghanischen Quislinge in der Provinz Helmand erfährt? Friedensnobelpreisträger Barack Obama hat den Mantel eines „Hoffnungsträgers“ abgeworfen und sich als Kriegsförderer zu erkennen gegeben. Er wird sich wie sein Vorgänger George W. Bush, den er zum Sonderbeauftragten für die als „Hilfsaktion“ verkaufte neue Kolonialisierung Haitis durch die USA ernannt hat, in Afghanistan die Finger verbrennen.

Mit dem durch einen Bundeswehroberst veranlaßten „Luftschlag von Kundus“, der am 4. September 2009 afghanische Dorfbewohner massakrierte, die zum Abpumpen von Öl aus zwei steckengebliebenen Tanklastern herbeigeeilt waren, hat die BRD schwere Schuld auf sich geladen. 1946 wäre eine solche Bluttat nicht in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß hinter verschlossenen Türen, sondern vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal zur Sprache gekommen.

Ein Ruhmesblatt: Die Mehrheit der Abgeordneten der Linkspartei, die sich hier an Karl Liebknechts Antikriegshaltung orientierte, hat die NATO-Intervention in Afghanistan kompromißlos verurteilt. Ihre eindeutige Position kontrastiert scharf mit der Verstrickung aller anderen Bundestagsparteien in die dort begangenen Verbrechen. Man bedenke, welchen verhängnisvollen Weg die BRD, die unter Kohl noch keine direkte Teilnahme an Aggressionen gewagt hatte, seit dem von ihr mitexekutierten Angriff auf Jugoslawien im Jahre 1999 gegangen ist: Heute gilt es bereits als „Normalität“, daß Berlin fast überall mitmischte, wo es nach Blut und Pulver riecht. Der kriegführende deutsche Imperialismus ist – im wörtlichen Sinne – wieder mordsgefährlich. Im Verbund der NATO, an der Seite der USA, aber auch auf eigene Faust bedroht er Frieden und Freiheit der Völker. In Afghanistan handelt es sich um ein Faß ohne Boden. Wer dort Krieg führt, steht auf verlorenem Posten. Das hat die Geschichte bewiesen. Die Völker am Hindukusch sind nicht niederzuwerfen. Perser, Briten und Russen haben das am eigenen Leibe gespürt. Dennoch geht der aussichtslose NATO-Krieg weiter. Warum?

Afghanistan – zwischen Iran, Turkmenistan, Usbekistan, Kirgistan und Pakistan gelegen, wobei ein Zipfel an China grenzt – ist ein 655 000 Quadratkilometer großes Land von höchster strategischer Bedeutung. Auch das US-Projekt einer Öl-Pipeline vom Norden des Landes bis zur Küste steht dabei zur Debatte.

Übrigens kam Moskau, das 1978 einen Freundschafts- und Beistandspakt mit Kabul abschloß und Ende 1979 einem Hilfersonnen der damals von Kommunisten geführten afghanischen Regierung entsprach, mit der Entsendung seiner Truppen nur dem Einmarsch der USA zuvor. Die CIA hatte bereits mit dem Aufbau von Mujaheddin-Verbänden unter ihrem Kommando begonnen. Diese wurden nun in aller Eile mit Stinger-Raketen und anderer moderner Kriegstechnik ausgerüstet, um sie landesweit gegen die Sowjetarmee und die afghanischen Streitkräfte einzusetzen. Die Entscheidung Breschnews, der Bitte Kabuls zu folgen, war nicht ohne Zwiespältigkeiten und Risiken. Nach zehn Jahren sieglosen Kampfes erfolgte der Abzug sowjetischer Truppen. Bald danach wütete der weiße Terror. 1992 wurde der linksgerichtete Präsident Najibulla gestürzt und später bestialisch umgebracht. Afghanistan fiel unter die imperialistischen Räuber. Im September 2001, nach dem dubiosen Anschlag auf das New Yorker Welthandelszentrum, griffen die USA das durch Krieg und Bürgerkrieg zerrüttete Land an.

Wie ihre Vorgänger stießen sie auf geharnischten Widerstand, an dessen Spitze sich die aus den Mujaheddin hervorgegangenen Taliban-Milizen stellten. Ideologisch im Mittelalter angesiedelt, erweisen sich ihre Kämpfer heute objektiv als afghanische Patrioten, die den Eindringlingen schwere Schläge versetzen. Obwohl diese ihren verlorenen Krieg noch verschärfen, werden sie wie bisher auf Granit beißen.

Wir deutschen Kommunisten und Sozialisten stehen unerschütterlich an der Seite aller Afghanen, die den Aggressoren und ihren einheimischen Vasallen Paroli bieten. Hände weg von Afghanistan!

Nr. 147, April 2010

Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten!

Das Thema könnte zum Pathos und zum Heroisieren verführen. Denn es handelt sich um das wohl heroischste Kapitel in der Geschichte der Menschheit: den Sieg über den Faschismus, über die „Achse Berlin-Rom-Tokio“ im Zweiten Weltkrieg. Aufgrund spezifischer Bedingungen wurde er von einer Koalition konträrer politischer und sozialer Kräfte errungen, wie es sie so noch nie gegeben hatte. Während die einen die faschistische Tyrannei samt ihrer kapitalistischen Wurzeln zerstören wollten, hatten die anderen lediglich die zeitweilige Ausschaltung und möglichst dauerhafte Eingrenzung eines gefährlichen Konkurrenten im Auge, ohne jenes System selbst treffen zu wollen, welches Hitler und seinen Verbrecherstaat hervorgebracht hatte. Im Gegenteil: Sie waren ja selbst Imperialisten.

Doch ohne Frage: Die Männer und Frauen in den sowjetischen, britischen, amerikanischen und französischen Uniformen, die an den Fronten der Antihitlerkoalition kämpften und ihr Blut vergossen, taten das, um der deutschen Nazibestie,

den Faschisten Mussolinis und den kaiserlich-japanischen Würgern der Völker Asiens das Genick zu brechen. Von den Soldaten der polnischen Armia Ludowa, den jugoslawischen Partisanen Titos und den Kämpfern der griechischen Befreiungsarmee ELAS, um nur einige zu erwähnen, ganz zu schweigen. Kein Beitrag soll hier ausgegrenzt, geschmälert oder gar geschmäht werden.

Doch die historische Wahrheit darf nicht in Vergessenheit geraten: Die Hauptlast dieses antifaschistischen Befreiungskrieges trug das sowjetische Volk, das die entscheidenden Schläge zur Zerschmetterung des Aggressors führte. Die Rote Armee erzwang mit ihrem Sieg in der Stalingrader Schlacht die Wende des Kriegsverlaufs, bevor die Invasionstruppen der Anglo-Amerikaner in Süditalien und der Normandie an Land gehen konnten. So sehr sich auch die Knopps und andere professionelle Geschichtsfälscher ins Zeug legen, um ihre den klaren Blick trübenden Nebelschwaden aus Halbwahrheiten und Lügen über das

wirkliche Geschehen auszubreiten – die Tatsachen können sie damit nicht aus der Welt schaffen. Millionen durch Partisanen unterstützte Sowjetsoldaten haben sich – von der Verteidigung Moskaus über Stalingrad bis zur gigantischen Materialschlacht im Kursker Bogen – nicht nur für die Vertreibung der faschistischen Okkupanten vom Boden des Vaterlandes aufgeopfert, sondern auch vielen anderen Völkern die Freiheit gebracht. Es waren Rotarmisten, die das Siegesbanner auf den Berliner Reichstag trugen. Und auch das soll nicht vergessen werden: In den Reihen der sowjetischen Armee und an ihrer Seite standen deutsche Kommunisten und Antifaschisten, darunter so furchtlose Fallschirmspringer wie Katja Niederkirchner und Rudolf Gypfner oder Frontbeauftragte des Nationalkomitee Freies Deutschland wie der spätere DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler. Was für ein Kontrast zu den Nazigeneralen Speidel und Heusinger, von denen die Bundeswehr aufgebaut wurde, und zu Hitlers Geheimdienstgeneral Gehlen, der die Fundamente für den BND legte!

Den ersten Rotarmisten in Uniform und unter Waffen bin ich selbst Anfang Mai 1945 im Riesengebirgsort Krummhübel (heute Karpacz) begegnet. An jenem Frühlingstag stand unsere Familie mit Eimern voller Trinkwasser am Straßenrand, um Angehörigen der durchziehenden sowjetischen Gardedivision eine Erfrischung zu reichen. Die berittenen, in Panjewagen fahrenden oder marschierenden Soldaten reagierten überwiegend freundlich.

Hier soll indes weder ein Idealbild von den „Russen“, wie damals die Angehörigen aller Völkerschaften der UdSSR verkürzend und aus Unkenntnis genannt wurden, gemalt noch Bitteres, was sich mit dem Einmarsch der Sieger verband, wegetuschelt werden. Natürlich war die jahrelange Konfrontation mit Tod, Gewalt und all den Schrecken eines die Menschen verrohenden Krieges auch an den Kämpfern unter der roten Fahne nicht spurlos vorübergegangen. So kam es trotz strenger Befehle der Armeeführung und des Einschreitens der meisten Offiziere zu bedauerlichen Übergriffen. Doch jene, welche Szenen dieser Art, die jeder kriegführenden Armee zugeordnet werden können, einmal mehr in den Vordergrund rücken, verfolgen damit durchaus kein hehres Ziel: Sie wollen den Eindruck erwecken, nicht die Sowjetunion, sondern allein deren damalige westliche Alliierte seien die moralisch Überlegenen gewesen. Da fragt man sich doch unwillkürlich: Warum heißt eigentlich in Paris – der Hauptstadt eines NATO-Landes – eine viel frequentierte Metrostation noch immer „Stalingrad“? Selbst wenn sich inzwischen in Rußland die Machtverhältnisse durch die auch dort zum Zuge gekommene Konterrevolution von Grund auf verändert haben, würdigt man in Moskau am 9. Mai 2010 – dem 65. Jahrestag des Sieges der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg – uneingeschränkt die Heldentaten der Rotarmisten. Auch wir deutschen Kommunisten, Sozialisten und linken Demokraten bleiben dabei: Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten! *Nr. 148, Mai 2010*

Deutsch, deutscher, am deutschesten?

Vor einiger Zeit erreichte die Redaktion ein bewegender Brief aus Piton-Saint-Leu auf der im Indischen Ozean gelegenen, 10 000 Kilometer von Paris entfernten und dennoch zu Frankreich gehörenden Insel La Réunion. Aus dieser traditionell roten Hochburg schrieb uns Dr. Hans-Dieter Hoffmann. Der Arzt, Major a.D. der Nationalen Volksarmee der DDR und ehemalige Hochschullehrer in Greifswald hat dort sein Altersquartier aufgeschlagen. Schon vor längerem hatte seine ebenfalls sehr engagierte Frau Marianne um regelmäßige Zusendung des RF gebeten. Jetzt äußerte sich Dr. Hoffmann, der seiner Weltanschauung treu geblieben ist, kritisch-solidarisch zu unserer Zeitschrift. Was ihm u. a. Kopfzerbrechen bereite, sei die Unterzeile des Titels. „Warum bezeichnet sich der ‚RotFuchs‘ als Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland?“, wollte er wissen. „Ist er nicht auch für uns Kommunisten in Frankreich oder Genossen in Kuba, Venezuela, China und Rußland bestimmt?“ Übrigens hätten hier insgesamt 37 Staaten aufgezählt werden müssen, in denen der RF inzwischen Bezieher hat, folgt er doch der alten Losung von Marx und Engels: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Sie steht selbstbewußt im Kopf des kleinen Blattes – als Kampfansage an Nationalismus und Chauvinismus.

Als wir vor knapp zwölf Jahren die erste Ausgabe des RF vorbereiteten, entbrannte eine heftige Diskussion über dessen potentielle Adressaten. Der von einem Genossen eingebrachte Vorschlag, die Zeitschrift „Tribüne deutscher Kommunisten“ zu nennen, wurde als zu einengend verworfen. Nicht so vermessen, gleich für den „ganzen Erdball“ schreiben zu wollen, einigten wir uns auf „Tribüne

für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland“. Damit sind alle in der BRD lebenden Kampfgefährten, unabhängig von ethnischer Herkunft oder nationaler Zugehörigkeit, gemeint. Wir konnten damals indes nicht ahnen, daß uns schon bald ermutigende Signale aus vielen Ländern der Welt erreichen würden.

Als proletarische Internationalisten überlassen wir anderen die dümmlich-bornierte Deutschtümelei oder das Bespeien der eigenen Nation durch die sogenannten Antideutschen. Die „RotFuchs“-Macher – sieht man von jungen Autoren einmal ab – waren entweder als DDR-Bürger Patrioten ihres sozialistischen Vaterlandes oder als Klassenkämpfer im Westen entschiedene Gegner der Macht des deutschen Kapitals. Etliche ihrer Vorbilder gingen dafür wie Jupp Angenfort und Robert Steigerwald in die Zuchthäuser und Gefängnisse des Adenauer-Regimes.

Im Herbst 1993 wechselte ich Briefe mit einer in Zweibrücken einsitzenden antiimperialistischen Kämpferin. Wir debattierten dabei freundschaftlich und bei ähnlicher Ausgangsposition über die Wechselwirkung von Nationalem und Internationalem. Es handelte sich um Inge Vielt, von der ich annahm, daß sie hinsichtlich von mir vertretener Auffassungen zu dieser Thematik Sorgen wie Dr. Hoffmann hegte. So war es mir jedenfalls übermittelt worden. Inges Einverständnis voraussetzend, möchte ich mich ausnahmsweise einmal selbst zitieren. Am 19. Oktober 1993 schrieb ich an die bis zu ihrer Festnahme unter anderer Identität in der DDR ein neues Leben führende einstige Frau des bewaffneten Widerstandes u. a.: „Selbstverständlich bin ich der Meinung, daß es ein schrecklicher Irrtum wäre, wenn

ausgerechnet wir uns vor den Karren der falschen ‚Patrioten‘ eines imperialistischen Großdeutschlands und seiner nationalistischen Expansionspropaganda spannen ließen. Die Geschäfte der Bourgeoisie werden wir nicht besorgen. Aber im marxistischen Sinne gibt es ja immer ‚zwei Nationen‘ im Schoße der einen: die herrschende und die unterdrückte, wobei die eine, die bourgeoise, den Ausverkauf aller echten Werte ihres Volkes betreibt – bis hin zur Preisgabe der nationalen Identität –, während die andere, historisch betrachtet, all das in sich aufnehmen und bewahren muß, was progressiv, revolutionär, tatsächlich demokratisch und humanistisch ist ...

Hier und heute sind wir natürlich keine Hurratrioten der kapitalistischen Bundesrepublik, eher deren Staatsbürger wider Willen. Aber verglichen mit der herrschenden Klasse – die besseren Deutschen, Italiener, Franzosen, Russen, Chilenen usw. sind wir allemal. Wären wir indes nur Internationalisten ohne tiefe Wurzeln im eigenen Volk,

unterschieden wir uns wohl kaum von liberalen Weltbürgern oder buntschillernden Kosmopoliten ...“

Inge Viett schrieb in einem Antwortbrief voll kluger Argumente einleitend: „Du kannst mir schon glauben, daß ich weit davon entfernt bin, Dich für einen Hurratrioten zu halten. Und ich weiß ja auch, aus welchen Wurzeln Dein nationales Verständnis gewachsen ist.“

Fast 17 Jahre später gilt es, dem Ansturm jener, welche andere Nationalstaaten Europas als Hindernisse auf dem Weg zur Errichtung ihrer kontinentalen Vorherrschaft zerschlagen wollen, sich im gleichen Atemzug aber deutsch, deutscher, am deutschesten gebärden, wie bisher beherzt entgegenzutreten. Für uns bleibt es bei den eindringlichen Worten der Brechtschen Kinderhymne: „Und nicht über und nicht unter andern Völkern wolln wir sein, von der See bis zu den Alpen, von der Oder bis zum Rhein.“

Nr. 149, Juni 2010

Die EU – Europas Garotte

Eine Garotte ist ein mittelalterliches Würgeeißen. Das todbringende Gerät wurde weltweit bekannt, als nach dem im Dezember 1973 verübten ETA-Anschlag auf Francos Stellvertreter Admiral Carrero Blanco vier junge Basken aus Rache damit hingerichtet werden sollten. Antifaschistische Widerstandskämpfer hatten die gepanzerte Limousine des Vizediktators auf der von ihnen untertunnelten Madrider Obrigkeitroute am hellen Tag in die Luft gesprengt und diesen getötet.

Heute steckt unser Kontinent im Schraubstock einer anderen Garotte. Sie nennt sich Europäische Union (EU) und verfügt in Brüssel über einen Wasserkopf aus Zehntausenden beamteten Schranzen und Wanzen. Es handelt sich um eine ausgefeilte und perfektionierte Würgemaschinerie, die den Völkern und Nationalstaaten unseres Erdteils auf mehr oder weniger elegante Art den Atem nehmen soll. Die Europäische Kommission „unter“ dem portugiesischen Tiefflieger José Manuel Barroso – er hatte im Frühsommer 1974 als einer der Anführer der ultralinken, CIA-durchtränkten sowie mit Hammer und Sichel getarnten MRPP begonnen, um schließlich Ministerpräsident einer Lissabonner Rechtsregierung zu werden – ist nichts anderes als ein Vollzugsorgan der durchsetzungsfähigsten Monopole und Banken Europas. Hinter dem EU-Projekt, das unter blumigen Integrationsparolen die gnadenlose Disziplinierung der schwächsten „Partner“ betreibt, stehen mit der BRD und Frankreich die beiden stärksten imperialistischen Mächte des Kontinents. Sie haben schon in der Europäischen Gemeinschaft (EG) – der Vorläuferin des heutigen Konstrukts – die Karten gemischt und die Strippen gezogen. Adenauer und de Gaulle, Kohl und Mitterrand waren die Paten des organisierten Verbrechens, das von Beginn an darauf abzielte, den Völkern Europas die nationale Souveränität und die staatliche Unabhängigkeit zu rauben.

Ein Hauptbestandteil dieses infamen Komplotts war die Aufhebung historisch gewachsener eigener Währungen. Nur wenige Regierungen, darunter die britische, durchschauten die Absicht, die mit der Einführung einer die traditionellen Zahlungsmittel ersetzenden „Superwährung“

verbunden war. Es ging dabei um die Vereinigung der Schafe im Magen des Wolfes.

Für die Bürger der BRD brachte der Umstieg von der D-Mark auf den Euro zweifellos auch gewisse Erleichterungen. Zugleich wurden sie kollektiv erleichtert, führte doch der Umtausch zur faktischen Halbierung ihrer Einkünfte und Spareinlagen. Ein Euro besitzt heute bestenfalls noch die seinerzeitige Kaufkraft einer D-Mark.

Mehr oder weniger stabile Zahlungsmittel wurden durch den zwangsläufig labileren Euro abgelöst, der schon bald in den Strudel der „Finanzmärkte“ geriet und von „Heuschrecken“-Schwärmen angegriffen wurde. Nach einem kurzen Steilflug, der den inflationierten Dollar in arge Bedrängnis brachte, setzte der Euro dann zum Sturzflug an. Das war eine Sternstunde für Washington, wo man der ungeliebten und inzwischen angeschlagenen Konkurrenz im Börsenmilieu das Wasser abzugraben sucht.

Auf prahlerische Völlerei folgte Katzenjammer. Würger wie die BRD und Gewürgte wie Griechenland steckten „plötzlich“ gemeinsam in der Schuldenfalle. Alarm für den Euro hieß es nun auf einmal. Als „Rettungspakete“ deklarierte Rettungsringe wurden eiligst jenen zugeworfen, die bereits am Ertrinken waren. Der sicherste Weg, sie noch tiefer sinken zu lassen. Allein die Banker haben Grund zum Triumphieren. Das pathetische Gebaren, es gehe um „Europa“, ist ebenso irreführend wie die Behauptung, „die Völker“ bräuchten eine globalisierte Wirtschaft. In beiden Fällen handelt es sich allein um imperialistische Macht- und Profitinteressen. Natürlich sind wir Realisten und führen keinen Kampf gegen Windmühlenflügel. Die derzeitige Entwicklungsstufe der Produktivkräfte, die in den letzten Jahrzehnten ein zuvor ungeahntes wissenschaftlich-technisches Niveau erreicht haben, drängt zu Integration und Vernetzung. Das Kapital nutzt diesen objektiven Trend gnadenlos aus. Unter sozialistischen Vorzeichen könnte aus der neuen Lage eine fruchtbare Kooperation gleichberechtigter Staaten entstehen. Im Kapitalismus aber verschärft sich trotz Ergreifung zwingend gebotener gemeinsamer Maßnahmen zum Systemerhalt der erbitterte Konkurrenzkampf noch mehr.

Die EU, deren Projekt auch unter Berücksichtigung der Lehren aus der 1974/75 weit vorgestoßenen portugiesischen Revolution beschleunigt umgesetzt wurde, ist kein Zusammenschluß auf gleicher Augenhöhe, sondern die Diktatur der tonangebenden imperialistischen Mächte Europas. Die BRD will den von Hitler um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Einflußsphären geführten Zweiten Weltkrieg nachträglich gewinnen. In der Regel tut sie das unter Einsatz „friedlicher Mittel“, erforderlichenfalls aber auch mit blanken Waffen. Afghanistan ist der Beweis.

Alles in allem: Die EU ist nicht „unser Europa“, sondern das Europa unserer Klassenfeinde! Das Gerede, man wolle den Kontinent „sozialer“ und „menschenfreundlicher“ gestalten, erweist sich als Schall und Rauch. Man muß die Axt an die Wurzel des Übels legen.

Auch die Schaffung einer Europäischen Linkspartei, die wie andere Zusammenschlüsse dieses Typs aus dem Brüsseler Topf erhebliche Fördermittel erhält, hat bisher keine

meßbaren Ergebnisse gebracht. Die bestialischen Züge des Kapitalismus lassen sich nicht dadurch kaschieren, daß man ihnen ein „menschliches Antlitz“ zu geben versucht. Vorstellungen, die Ausbeuterordnung „humanisieren“ und deren „schlimmste Auswüchse beschneiden“ zu können, sind reine Augenwischerei.

Wir halten es mit den großen marxistisch-leninistischen Parteien Europas – der griechischen KKE und der portugiesischen PCP –, aber auch mit zielklaren kleineren Parteien wie der belgischen PTB, die sich auf das inhaltsleere Europageschwätz der Bourgeoisie und ihrer Nachbeter nicht einlassen. „Völker Europas, steht auf!“ appellierten Griechenlands erfahrene und gestählte Kommunisten mit ihrem Transparent vom Athener Akropolis-Hügel.

Der EU und ihren Lissabonner Verträgen, die als Garotte erkannt sind, gilt es kompromißlos den Kampf anzusagen.

Nr. 150, Juli 2010

Hundte, die bellen, beißen auch

Und was immer ich auch noch lerne, das bleibt das Einmaleins: Nichts habe ich jemals gemeinsam mit der Sache des Klassenfeinds.“ Brechts Zeilen bergen, wie die Amerikaner sagen, „the whole truth in a nutshell – die ganze Wahrheit in einer Nußschale. Konzentrierter könnte man den unüberbrückbaren Graben zwischen den Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft wohl kaum beschreiben. Nun meinen manche – darunter auch solche, die links blinken und rechts abbiegen –, heutzutage stünden eher Klassenharmonie und Anpassung als Klassenkampf auf dem Programm. Konfrontation sei ein Rezept vergangener Tage. Ziel müsse es vielmehr sein, die von den Kommunisten ausgehobenen Gräben zwischen Besitzenden und Besitzlosen zuzuschütten und das „allgemein Menschliche“ in den Vordergrund zu stellen. Begriffe des im 19. Jahrhundert entstandenen Marxismus wie Bourgeoisie und Proletariat seien angesichts der „sozialen Marktwirtschaft“ und des „Sozialstaates“ ideologische Muster ohne Wert.

Reformistischen Trommelwirbel dieser Art vernimmt man nicht nur aus der Ecke der SPD, sondern leider auch aus weiter links angesiedelten politischen Quartieren. Betrachten wir die Sache bei Licht: Wie verhält es sich seit 1945 mit den Klassen und dem Klassenkampf auf deutschem Boden? Die 1990 von der BRD annektierte DDR stützte sich Zeit ihrer Existenz auf die politische und ökonomische Macht von Arbeitern und Bauern. Deren Staat verleugnete niemals seinen Klassencharakter und ergriff offen Partei für jene, welche von ihrer Hände oder ihres Kopfes Arbeit leben. Im Osten Deutschlands wurden die vom Kapital hinterlassenen sozialen Gräben eingeebnet, nachdem Fabrikherren, Bankiers und Gutsbesitzern der Boden entzogen worden war. Im Westen blieb die auf Ausbeutung der einen durch die anderen beruhende unüberwindbare Kluft bestehen. Der dort die Macht ausübende Klassenfeind attackierte seinen östlichen Widerpart und dessen ausbeutungsfreie Gesellschaft von Beginn an mit Feuer und Schwert. Dabei

orientierte er sich auf ihm zugängliche Bevölkerungsteile der sozialistischen Staaten. – Diese Runde der Geschichte ging aus inneren und äußeren, politisch-ideologischen und finanziell-ökonomischen Gründen an die Gegner des Neuen. Die DDR fiel unter die Räuber. Das Kapital ließ seine Hundte von der Kette.

Für jüngere Menschen sozialistischer Staaten war der Klassenfeind etwas Imaginäres. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit jungen sowjetischen Frauen, denen ich 1957 auf einer Touristenbasis des Komsomol im kaukasischen Pizunda begegnete. Die stupsnasige Moskauerin Natascha fragte mich unvermittelt, ob ich schon einmal einem „richtigen Kapitalisten“ begegnet sei. Als ich bejahte, wollte sie wissen, wie dieser denn ausgesehen habe. Sollte sie noch am Leben sein, dürfte sich Nataschas Frage angesichts der „neuen Russen“ des wilden Raubtierkapitalismus wohl inzwischen erledigt haben. Damals war der Klassenfeind für die junge Ingenieurin nur noch eine Gestalt aus dem Geschichtsbuch.

In der DDR wurde die soziale Neueingliederung der Produktionsmittelbesitzer im allgemeinen human gehandhabt. Sicher gab es auch Überspitzungen und Fehleinschätzungen. Nach der bedingungslosen Enteignung der Kriegs- und Nazi-verbrecher sowie der Großgrundbesitzer bestanden noch kapitalistische „Reste“. Zu ihnen gehörten die Großbauern. Viele von diesen besaßen indes nur 20 oder 30 Hektar Land und beuteten kaum noch fremde Arbeitskräfte aus. Etliche von ihnen erwiesen sich als echte Gegner. Dennoch war es falsch, sie anfangs generell als Klassenfeinde zu behandeln, zumal sie später in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften überwiegend eine verlässliche Arbeit leisteten. Ein weiterer Fehler war die überstürzte Umwandlung halbstaatlicher Betriebe in Volkseigentum. Den oft als Komplementäre beteiligten Alteigentümern wurde indes eine angemessene Entschädigung gezahlt. Das Gestern hat uns eingeholt. Heute müssen wir in einer Gesellschaft leben,

deren Haupttriebkraft die Jagd nach Maximalprofit ist. Der Staat und seine Gesetze schützen das Heer der Parasiten. Gegen sie richtet sich unser Klassenhaß.

Während sich Kanzlerin Merkel und ihr „Team“ nach Kräften abrackern, den Bossen der Banken und Konzerne jeden Wunsch zu erfüllen, Rettungspakete ohne Ende zu schnüren und dem kleinen Mann in die Tasche zu greifen, können sich die im Hintergrund agierenden Impuls- und Befehlsgeber

getrost zurücklehnen. Die Manager der Magnaten – von Ackermann bis Hundt – bilden die eigentliche Exekutive der BRD. Bei Kriegsminister zu Guttenberg wissen die Gutsbesitzer ihre Sache in guten Händen. An den unsichtbaren Fäden der wirklichen Spieler tanzen die Marionetten in ihren bunten Jacken. Und wenn sie einmal aus der Reihe tanzen sollten, müssen sie sich dessen gewiß sein: Hundte, die bellen, beißen auch!
Nr. 151, August 2010

Ein weißer Schimmel

Im Dezember 1989 war ich zugegen, als ein weißer Schimmel in die Berliner Dynamohalle, wo der Sonderparteitag der SED-PDS stattfand, Einzug hielt. Am Zügel führte ihn Gregor Gysi, damals ein neuer Stern am politischen Firmament. Das schon betagte, aber auf jung herausgeputzte Roß wurde auf den Namen demokratischer Sozialismus getauft. Die Leser dürften verblüfft sein, daß eine bereits über einhundert Jahre alte Begrifflichkeit, die nicht auf Bebel, sondern eher auf Bernstein zurückgeht, hier in Pferdegestalt daherkommt: Aber es handelte sich in der Tat um einen weißen Schimmel. In derlei Dingen Bewanderte bezeichnen so etwas als Tautologie. Denn demokratischer Sozialismus ist doppelt gemoppelt. Sozialismus, der dieses Wort verdient, ist zugleich demokratisch. Verhält es sich nicht so, dann steht auch kein Sozialismus zur Debatte, sondern irgendein pseudosozialistischer Schaum, mit dem man die Leute über den Löffel balbieren will.

Sozialismus im Sinne der marxistischen Klassiker zeichnet sich durch zweierlei aus:

Erstens muß die auf revolutionärem Wege überwundene Macht der Ausbeuterklassen durch die politische Herrschaft der Arbeiter und ihrer natürlichen Verbündeten ersetzt worden sein.

Zweitens ist die Enteignung der strukturbestimmenden kapitalistischen Unternehmen in Industrie, Handel, Dienstleistungen und Finanzwesen sowie des Großgrundbesitzes unerlässlich. Ohne eine solche Brechung der Diktatur des Kapitals, zu der es einer die Massen in den Kampf führenden Kraft bedarf, gleicht alles Gerede von Sozialismus der Architektur eines Luftschlosses.

Wer diesen von Marx und Engels konzipierten, durch Lenin und dessen Genossen zuerst in die Praxis umgesetzten und seitdem von Denkern und Akteuren vieler Länder weiterentwickelten wissenschaftlichen Sozialismus als undemokratisch verwirft, hat weder mit Demokratie noch mit Sozialismus etwas am Hut. Leuten dieses Schlages schwebt eher die Fata Morgana eines „Kapitalismus mit menschlichem Gesicht“ vor. Schmuckelemente an der Fassade sollen verdecken, daß innen alles beim alten bleibt.

Wenn man die sozialistische Entwicklung in der DDR, die dem Kapital in einem Drittel Deutschlands für vier Jahrzehnte die politische Macht und das ausbeuterische Eigentum entzog, unter dem Aspekt der Demokratie betrachtet, dann gab es da Licht und Schatten, Bewegung und Erstarrung. Die Befreiung der Ostdeutschen durch die Rote Armee, die Freisetzung ihrer antifaschistisch-demokratischen Kräfte und die von diesen in härtestem Klassenkampf selbst

vollzogenen revolutionären Umgestaltungen führten in den ersten Jahrzehnten der DDR zu einer Massenbeteiligung ungeahnten Ausmaßes. Mit der Demokratie im Betrieb, wo volle Mitbestimmung gewährleistet war, und im genossenschaftlichen Dorf, wo die LPG-Bildung der egoistischen Konfrontation unter den Menschen Schritt für Schritt den Boden entzog, kann die parlamentarische Spiegelfechtereier westlichen Stils in keiner Weise mithalten.

Leider stellten sich in späteren Jahren Deformationen ein, die der sozialistischen Sache Abbruch taten. Dabei handelte es sich um Abweichungen vom lange Zeit tatkräftig umgesetzten Ideal. Der ins Getriebe gestreute Sand führte dazu, daß u. a. die „Volkswahlen“ mehr und mehr zu formellen Treuebekundungen für die Partei- und Staatsführung entarteten. Mit fast 100 Prozent Jastimmen logen wir uns selbst die Taschen voll. Die 1968 bei geheimem Votum erlangte Zustimmung von etwa 90 Prozent der DDR-Bürger zur sozialistischen Verfassung wurde so unterlaufen. Trotz mancher Verzerrungen, Hemmnisse und Defizite war die sozialistische Demokratie der DDR – gestützt auf die Macht der Werktätigen und bei uneingeschränkter Wahrung des gesellschaftlichen Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln – der bürgerlichen Demokratie selbst in dieser Phase haushoch überlegen. Indes: Angesichts zunehmender Faschisierung im kriegführenden Staat des deutschen Kapitals schätzen und verteidigen wir heute die vom Grundgesetz umrissenen Rechte und Freiheiten. Der von der Linkspartei vorgelegte Programmentwurf birgt ungeachtet der häufigen Verwendung des Begriffs „demokratischer Sozialismus“ und anderer Schwächen wichtige antikapitalistische Aussagen. Da ist es kein Wunder, wenn Wortführer des rechten Flügels der PDL – von Petra Pau, die sich über „Schwarzweißmalerei“ beschwert, bis zu Klaus Lederer, dem „plakativer Antikapitalismus und demonstrativer Protestgestus“ mißfallen –, ihre Pferde gegen den Entwurf satteln.

Unverkennbar ist „demokratischer Sozialismus“ ein der SPD entwendetes Patent für Reformismus. Der Bernsteinsche Begriff ist auch im Godesberger Programm der SPD verankert. Damals mußte man die prosozialistische Stimmung einer erheblichen Arbeiterklientel in Rechnung stellen. Heute bedienen sich dieser Wortverbindung vor allem jene, welche glauben, sie könnten ein „links von der SPD“ durch deren Rechtsdrift entstandenes „Vakuum“ auffüllen. Doch der weiße Schimmel von einst hat Schimmel angesetzt. Wir bevorzugen deshalb auch unter den Rossen den roten Fuchs.
Nr. 152, September 2010

Eine quicklebendige Tote

Als der Pariser Metallarbeiter Jean-Pierre Timbaud – ein Funktionär der Gewerkschaftszentrale CGT – am 22. Oktober 1941 im Steinbruch von Châteaubriant vor dem Erschießungskommando der hitlerfaschistischen Okkupanten stand, rief er mit lauter Stimme: „Vive le Parti Communiste Allemand!“ – Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands! Selbst im Angesicht des Todes wußte er als proletarischer Internationalist zwischen dem guten und dem schlechten Deutschland zu unterscheiden. Die Straße im Berliner Arbeiterbezirk Friedrichshain, die das gute Deutschland nach diesem kommunistischen Helden der französischen Résistance benannt hatte, wurde vom schlechten Deutschland nach dessen temporärem Sieg vor zwei Jahrzehnten übrigens bald wieder mit einem anderen Namen bedacht.

So sind wir direkt beim Thema: Vor 20 Jahren wurde die Deutsche Demokratische Republik – das gute Deutschland – von der Konterrevolution zu Fall gebracht und der imperialistischen BRD – dem schlechten Deutschland – einverleibt. Ihrem abrupten, nicht vorhersehbaren Untergang lag nicht in erster Linie mangelnde Führungskraft der eigenen Spitze zugrunde. Das Debakel hatte tiefergehende politisch-ideologische und ökonomisch-strukturelle Gründe, wobei neben inneren vor allem auch äußere Faktoren den Ausschlag gaben. Ohne die sich seit langem abzeichnende und von der antisowjetischen KPdSU-Führung um Gorbatschow bis zum äußersten vorangetriebene Erosion der UdSSR, von deren Weiterbestehen die Existenz der anderen sozialistischen Staaten Europas in entscheidendem Maße abhing, wäre auch die DDR nicht sang- und klanglos von der Bühne abgetreten.

Trotz ihrer keineswegs in Abrede gestellten Schwachstellen und Fehlleistungen sowie ungeachtet des beschämenden Ausgangs der Ereignisse bleibt die DDR das höchste Gut und die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes. Ihre historische Leistung besteht nicht nur darin, dem Kapital in einem Drittel Deutschlands für vier Jahrzehnte die politische Macht und das ausbeuterische Eigentum an Produktionsmitteln entzogen zu haben, sondern auch im Aufbau einer ausbeutungsfreien sozialistischen Gesellschaft und der Schaffung eines Staates, den die arbeitenden Menschen zu Recht als ihr Vaterland betrachten konnten. Er gehörte – im übertragenen Sinne – nicht nur den DDR-Bürgern, sondern stand auch den Klassengenossen und Weggefährten in aller Welt offen, darunter jenen auf der anderen Seite der Elbe.

Marxisten sind durchaus keine Tagträumer, die einer unwiederbringlich verflissenen Zeit in tatenloser Nostalgie nachtrauern. Für uns ist die DDR – der deutsche Friedensstaat, der seine „Freiheit“ nicht am Hindukusch zu „verteidigen“ vorgab, sondern in Europa als verlässlicher Partner des Warschauer Vertrages zur Zügelung potentieller Aggressoren beitrug – natürlich ein Stück Geschichte. Aber sie ragt, wie jeder täglich erfahren kann und spürt, weit in die Gegenwart hinein und entwirft Umriss für die Zukunft. In diesem Sinne bleibt die DDR auf immer und ewig unser Vaterland. Wir waren trotz mancher Irr- und Umwege im Prinzip auf der richtigen Spur.

„Vaterlandslose Gesellen“ hat eine ihnen dann das Sozialistengesetz auf den Hals schickende imperiale Obrigkeit einst die revolutionären deutschen Proletarier und deren unter der Fahne von Marx und Engels versammelte sozialdemokratische Vorkämpfer um August Bebel und Wilhelm Liebknecht genannt. „Die Arbeiter haben kein Vaterland“, scholl es ihr aus der linken Ecke entgegen. Das gilt – bei allem Wandel der Verhältnisse und angesichts mehrfach ausgetauschten Personals – bis in unsere Tage. Verkörpert etwa die BRD mit ihrer massakerfahrenden Afghanistan-Truppe und ihrer als Demokratie daher kommenden Diktatur der Monopole, mit dem klaffenden Abgrund zwischen prassenden Millionären und Millionen an der Elendsschwelle Vegetierenden, mit Elite-Universitäten und grassierendem Bildungsnotstand, mit Massenarbeitslosigkeit und als Gesundheitsfürsorge bezeichneter Profitmacherei der Pharmakonzerne ein Vaterland, zu dem man sich bekennen sollte? Nein, die kapitalistische BRD, deren Staatsbürger wir wider Willen sind, kann nicht als die geistig-moralische Heimat aller Deutschen betrachtet werden. Wir sind – wie jedes andere Volk der Welt – stolz auf das große positive Erbe unserer Geschichte, unserer Kultur, Kunst und Wissenschaft. Dazu bekennen wir uns ohne jede Einschränkung, wobei wir nicht in chauvinistischen Taumel verfallen und allenthalben schwarz-rot-goldene Fahnen schwenken.

Noch ein Wort des Dankes an den deutschen Imperialismus, dessen Regierung, dessen Parteien und dessen stets einsatzbereite Medien! Niemand trägt so dazu bei, die Deutsche Demokratische Republik im Bewußtsein der Massen am Leben zu erhalten, wie jene, welche 20 Jahre nach deren staatlichem Ende Tag für Tag, Stunde für Stunde alle Register der Lüge, des Hasses und der Verleumdung ziehen. Jede Schlammlut, die sich über die DDR ergießt, wirkt wie ein Bad in Sekt. Warum? Über Tote sagt man nichts Schlechtes, weiß der Volksmund. Auf Tote zielt man nicht, gehört zum militärischen Einmaleins. Und: Totgesagte leben länger, heißt es. Wäre die DDR politisch-ideologisch, mental und historisch so mausetot, wie das die Schreier und Schmäher unablässig verkünden, dann hätte es keiner von ihnen nötig, der Verblichenen auch nur einen einzigen Fluch hinterherzuschleudern. Sie könnten mit einem schlichten „Ruhe sanft!“ von der Gewesenen scheiden.

Doch die Gruft bleibt geöffnet. Aus ihr steigt jenes „Gespenst“, welches Marx und Engels schon vor mehr als 160 Jahren beim Nachdenken über ein Kommunistisches Manifest entdeckt haben. Die Verfolger konnten seiner trotz aller Schläue und Schliche nicht habhaft werden! Es begegnet den hochmütigen Rittern des Kapitals wie deren buntem Troß unablässig in ihren Wach- und Alpträumen. So hört sich die Kakophonie des antikommunistischen Schauorchesters der DDR-Hasser am Ende wie eine wunderschöne Melodie an. Eine mit Schaum vor dem Mund gesungene Ode auf jene längst Gestorbene, die ihren Tod überdauert hat.

Es lebe die Deutsche Demokratische Republik!

Nr. 153, Oktober 2010

Als DDR-Korrespondent im Portugal der „Nelkenrevolution“ (1974)

Fotos: Klaus Steiniger



Das erste legale antifaschistische Plakat: „So wird der Faschismus nicht zurückkehren!“



„Die Kraft der PCP“
Losung in Belém



Minister Álvaro Cunhal mit Militärs in Beja (Mai 1974)





Anfangs traten Sozialisten und Kommunisten noch gemeinsam auf.



Bodenreform-Meeting



Arbeiterin der landwirtschaftlichen Kooperative
„Rote Nelke“ in Montemor-o-Novo (Alentejo)



Erstes Meeting der PCP in Grandola, vila morena

Die Bauern im Norden begegneten der Revolution mit äußerster Skepsis. Meeting in Talhadas do Vouga



Erste Demonstration der Gewerkschaftszentrale Intersindical in Lissabon (Juni 1974)

Arbeiter der Lisnave-Werft marschieren in Verteidigung der Revolution nach Belém.





Über 50 portugiesische Künstler gestalteten einen Fries am Gebäude der PCP in Lissabon.



Solidaritätsmeeting der PCP für die Völker Lateinamerikas

Gedanken zu einem Stoßseufzer

Für alle hörbar brach Gregor Gysi zu Sommerbeginn in den Stoßseufzer aus: „Wenn die SPD doch wenigstens wieder sozialdemokratisch wäre!“ Er hatte wohl die Tatsache im Auge, daß die einstmals unter August Bebel – einem marxistischen Arbeiterführer von außergewöhnlichem Kaliber – in die Klassenschlacht gezogene SPD über Etappen zu einer gewöhnlichen bürgerlichen Partei mit glanz- und profillosem Spitzenpersonal entartet ist. Daran war Gerhard Schröder – längst ein Mann der Monopole – ganz maßgeblich beteiligt. Oder hatte der durch unzählige Talkshows und Parlamentsreden als Meister geschliffener Rhetorik ohne ideologischen Schliff hervorgetretene PDL-Fraktionsvorsitzende mit seinem Ruf nach mehr Sozialdemokratie etwas ganz anderes gemeint? Wollte er vielleicht den Eindruck erwecken, wieder „sozialdemokratisch“ zu sein, wäre etwas Rühmliches? Gysi ging zwar nicht so weit wie Lothar Bisky, der in einer Aufwallung von Offenbarungsbereitschaft davon gesprochen hatte, er halte „eines Tages“ sogar den Zusammenschluß von PDL und SPD für denkbar. Das wäre dann gewissermaßen – als Kontrastprogramm zur SED-Gründung im April 1946, die auf marxistischer Basis erfolgte – ein „Vereinigungsparteitag“ entgegengesetzter Art. So löst der Wunsch nach mehr Sozialdemokratie oder – besser gesagt – mehr Sozialdemokratismus der SPD beim Leser vermutlich gemischte Gefühle aus.

Zunächst soll hier betont sein, daß wir Hochachtung vor jenen Sozialdemokraten empfinden, die sich für die Verteidigung der grundgesetzgemäßen Ordnung engagieren und dem Ansturm des rechtskonservativ-faschistoiden Lagers Widerstand entgegensetzen. Mit ihnen und den SPD-nahen Gewerkschaftern haben wir viele Gemeinsamkeiten, streben wir die Aktionseinheit an.

Die Linkspartei ist derzeit – parlamentarisch wie außerparlamentarisch – eine unverzichtbare antifaschistisch-demokratische Kraft im Kampf gegen das antisoziale Kriegskabinett von Schwarz-Gelb. Offensichtlich warten ihre Gegner – zumindest im Osten – auf eine „biologische Lösung“: Sie gehen davon aus, daß die der Sache treu gebliebenen alten Genossen über kurz oder lang das Feld räumen müssen, was es prinzipienlosen und karrierebeflissenen Postenjägern des bereits sozialdemokratischen rechten Parteiflügels gestatten würde, der SPD mit ausgebreiteten Armen entgegenzugehen.

Wenn indes unter „mehr Sozialdemokratie“ eine Rückkehr zu August Bebel und Wilhelm Liebknecht, Clara Zetkin und Franz Mehring gemeint wäre, könnten auch wir einer solchen Sozialdemokratisierung freudigen Herzens

zustimmen. Wir verneigen uns vor dem Heldenmut jener SPD-Genossen, die wie Rudolf Breitscheid gemeinsam mit Kommunisten, lauterer Christen und anderen Antifaschisten durch die Hölle der Konzentrationslager gegangen oder auf dem Schafott gestorben sind. Zugleich gedenken wir voller Wärme solcher Erbauer der DDR mit zuvor sozialdemokratischer Biographie wie der Genossen Otto Grotewohl und Otto Buchwitz.

Die Geschichte hält der SPD den Spiegel vor. Ihr Image ist seit dem Kriegskreditevotum von 1914 alles andere als strahlend. Weder der mit den Namen Ebert, Scheidemann und Noske verbundene Verrat von 1918, der im Mord der Soldateska an Karl und Rosa gipfelte, noch der Einheitsfrontboykott von 1933 sind in Vergessenheit geraten.

Nach dem Sturz des Faschismus setzten Schumacher und Ollenhauer, aber auch Brandt und Bahr zunächst auf die Untergrabung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone und dann auf die Verhinderung des sozialistischen Aufbaus in der DDR. Vom kriminellen Agieren des SPD-Ostbüros über die heimtückische Strategie eines „Wandels durch Annäherung“ und die aktive Teilhabe an der Konterrevolution 1989/90 bis zur Aufstellung des Hexenjähgers Joachim Gauck – eines deutschen McCarthy – für die Präsidentschaft der BRD reicht die Skala antikommunistischer Exzesse der SPD.

Heute zeichnen sich deren Führer vor allem durch Kraftmeierei und vordergründiges Oppositionsgehabe aus. Wenn sich Leute wie Gabriel auf August Bebel berufen, dann ist das blanker Hohn. Denn der legendäre Mitbegründer der SPD war ein furchtloser Kämpfer gegen Bismarcks Sozialistengesetz, während seine angeblichen Erben keinen Finger gerührt haben, um das 1956 erlassene Sozialistengesetz der BRD – das KPD-Verbot – aus der Welt zu schaffen. Unter ihrer aktiven Mitwirkung exekutierte man den Gesinnungsterror der Berufsverbote, der „rote“ Lehrer, aber auch Briefträger und Lokführer gnadenlos ausgrenzte. Die Teilnahme der Bundeswehr an der verbrecherischen Afghanistan-Intervention des Pentagons und der NATO wäre ohne die Komplizenschaft der SPD-Führung nicht vorstellbar. Da ist schon Hellhörigkeit angebracht, wenn jemand Gabriels Partei so nachdrücklich empfiehlt, „wenigstens wieder sozialdemokratisch“ zu werden. Gemeint ist wohl die Rückkehr zu Bad Godesberg. Dort aber verabschiedete sich die SPD endgültig von ihrer Tradition als Arbeiterpartei und bekannte sich zu Bernsteins „demokratischem Sozialismus“, der die Lehren von Marx, Engels und Lenin in den Wind schlägt. *Nr. 154, November 2010*

Die Lüge vom Nationalsozialismus

Als Deutschlands Bankiers, Industrielle und Junker den senilen Reichspräsidenten von Hindenburg im Januar 1933 dazu veranlaßten, Hitlers Faschisten die Staatsgewalt auszuliefern, zogen sie damit die Notbremse. Das Großkapital wollte in einer äußerst zugespitzten Klassenkampfsituation der unausweichlichen Machtprobe mit den

Kommunisten und den durch sie geführten proletarischen Massen zuvorkommen. Dabei störte der von Hitler gewählte Tarnname Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) die eingefleischten Arbeiterfeinde und Sozialistenhasser nicht im geringsten. Denn das Schafsfell, in dem sich der faschistische Wolf präsentierte, zielte allein

auf Irreführung. Der KPD Ernst Thälmanns – mit 6 Millionen Wählerstimmen und 300 000 Mitgliedern sowie einem straff organisierten paramilitärischen Rotfrontkämpferbund die damals schlagkräftigste kommunistische Partei außerhalb der Sowjetunion – sollte durch massives Eindringen in deren soziale Basis das Wasser abgegraben werden. Deshalb hüllten sich Hitlers Horden in die Toga von „Anwälten für Arbeiterinteressen“. Der Trick blieb nicht ohne Wirkung. Mit demagogischen Versprechungen lockten die Faschisten unzählige deutsche Proletarier – darunter auch viele Erwerbslose – in die „Sturmabteilungen“ ihrer SA. Da die den Ausgepowerten vorgegaukelte „zweite Revolution“ nach der „Machtergreifung“ aber ausblieb, kam unter den Genasführten bald Unzufriedenheit auf. Deshalb wurde die SA nach dem sogenannten Röhm-Putsch vom 30. Juni 1934 in die zweite Reihe verbannt und durch die elitären Totenkopfverbände der SS ersetzt, deren Angehörige überwiegend aus „gehobeneren Schichten“ stammten. Stellte Hitlers NSDAP das direkte Gegenteil einer Arbeiterpartei dar, dann hatte sie mit dem Sozialismus noch weniger am Hut. Allein die seit der Oktoberrevolution ständig wachsende Anziehungskraft der sozialistischen Ideen zwang die Faschisten zur Anpassung an das Vokabular ihrer ideologischen Todfeinde. Während die Herrschaft der Krupps unangetastet blieb, balbierte man die Krauses fortan mit Schlagworten wie „Volksgemeinschaft“, „Volksempfänger“, „Volkswagen“, „Volkseintopf“ und „Volksempfinden“ über den Löffel, um sie anschließend dem großen Volkssterben an den Fronten des von Hitler entfesselten Krieges auszuliefern.

Übrigens diente auch das N im Kürzel des faschistischen Parteienamens dazu, die Masse der Deutschen hinter das Licht zu führen und bei ihnen niedrigste Instinkte auszulösen. Der rassistisch-chauvinistische Herrenmenschen-Taumel, der die Hölle von Auschwitz hervorbrachte, richtete sich frontal gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes. Hitlers NSDAP, die nach Mussolinis italienischen und Salazars portugiesischen Faschisten vom Kapital ans Ruder gebracht worden war, hatte den Auftrag, von ihren wahren Absichten durch griffige und gängige Parolen abzulenken. Nur so konnte das Trojanische Pferd in die gegnerische Burg gezogen werden.

Nach der Niederwerfung des deutschen Faschismus durch die Rote Armee und deren Alliierte im Jahre 1945 verfuhr man mit Drahtziehern und Exekuteuren der Hitlerschen Schreckensherrschaft in Ost und West auf völlig entgegengesetzte Weise. Während in der späteren DDR nicht nur die Stallburschen der braunen Diktatur zur Rechenschaft gezogen, sondern auch die Herrenreiter politisch wie ökonomisch ausgeschaltet wurden, machte das Bonner Adenauer-Regime tragende Säulen des faschistischen Repressionsapparates zu Stützpfählern seiner „Demokratie“. Nazi-Generäle, Nazi-Richter, Nazi-Lehrer und Nazi-Beamte gaben weitgehend den Takt und den Ton an. Globke, der Kommentator der Nürnberger Rassegesetze, stieg sogar zum Guru des Kanzlers auf.

Dieser inhaltlichen Konstellation entsprach dann auch die Wortwahl beider Seiten: Nannte man in der DDR den Faschismus an der Macht – die offene, unverhüllte Diktatur der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des Finanzkapitals – beim wahren Namen, so hielt die politische Führung der BRD, welche den angeblich „verordneten Antifaschismus“ im Osten heftig attackierte, an der Hitlerschen Wortschöpfung Nationalsozialismus fest. Dabei kommt den antikommunistischen Ideologen die phonetische Nähe von Nationalsozialismus und Sozialismus sehr zupaß, um ihre Lüge von den „zwei deutschen Diktaturen“ – eine Variante der berüchtigten Totalitarismuskonzeption – weltweit zu verbreiten.

Dort, wo man Hitlers Mörderbande sowohl umgangssprachlich als auch in offiziellen Verlautbarungen weiterhin als Nationalsozialisten verharmlost, leitet man Wasser auf die Mühlen neuer Faschisten. Sie sammeln sich inner- wie außerhalb der Institutionen, auch wenn es angesichts des heutigen Kräfteverhältnisses in Deutschland vorerst wohl keiner SA und SS bedarf.

Vor diesem Hintergrund ist es beunruhigend, daß selbst als Antifaschisten ausgewiesene Politiker der BRD, darunter auch solche aus den Reihen der Linkspartei, das Wort Faschismus nicht mehr in den Mund zu nehmen wagen. Der Bereitschaft zur Anpassung an den terminologischen „Mainstream“ muß ein Ende gesetzt, der angebliche Nationalsozialismus als Faschismus klar benannt werden.

Nr. 155, Dezember 2010

Deutsche Leidkultur

Der renommierte, vom antisemitischen Terror Hitlerdeutschlands betroffene Romanist Victor Klemperer – als Kulturbund-Abgeordneter der ersten Volkskammer zählte er zu den Gründern der DDR – würde sich angesichts des politischen Jargons gewisser BRD-Politiker im Grabe umdrehen. In seiner berühmten Schrift „LTI“ (Lingua Tertii Imperii) geißelte Prof. Klemperer das verabscheuenswürdige Vokabular, mit dem die Nazis der Sprache Goethes und Schillers Gewalt angetan hatten. Dieses Gestammel der „Deutschstämmigen“, das unterdessen teilweise in den „Sprachschatz“ der BRD-Medien eingeflossen ist, entsprang dem Denken solcher Naziideologen wie Alfred Rosenberg und Joseph Goebbels. Heute feiert es im sich herauskristallisierenden neuen großdeutschen

Reich fröhliche Urständ. Unsere Kultur leidet unter politischer Unkultur: Vor Jahren führte der damalige CDU-Fraktionschef und Frontmann der Unternehmerverbände Friedrich Merz im Bundestag die Phrase von der „deutschen Leitkultur“ ein. Unterdessen geht sie auch dem smarten, inzwischen scharf rechts fahrenden CSU-Politiker Horst Seehofer flott von der Zunge. Sein Fraktionskollege – der die Gutsbesitzerriege im Kabinett vertretende ehemalige CSU-Generalsekretär und heutige BRD-Kriegsminister Freiherr zu Guttenberg – demonstriert Tag für Tag in der „deutschen Besatzungszone“ Nordafghanistans, was unter dem Wort zu verstehen ist. Solche bundesdeutschen Leidkulturbringer wie Oberst Klein haben es in Kundus bewiesen. Auch Guttenbergs Kanzlerin macht um die durch Sarrazin

angeheizten „nationalen Themen“ keinen Bogen. „Schluß mit Multi-Kulti!“, verkündete sie unter dem frenetischen Beifall ihrer CDU-Gefolgschaft.

Was ist damit gemeint? Merkels Kampfansage an jegliche Solidarität humanistisch gesinnter Deutscher mit anderssprachigen, andersaussehenden, andersdenkenden und andersgläubigen Menschen in der BRD, die sich gefälligst im „Gastland“ zu assimilieren haben, ist eine aufgepflanzte Fahne des großdeutschen Chauvinismus und der Verachtung des Brauchtums anderer Völker!

Wie hat denn die „Zuwanderung“ in den kapitalistischen Teil Deutschlands überhaupt begonnen? Von wem eigentlich wurden die der Täuschung halber als Gast-Arbeiter ausgegebenen Billiglöhner in das florierende Land des Erhardschen „Wirtschaftswunders“ der 50er Jahre geholt? Die Konzerne des wiedererstandenen deutschen Imperialismus konnten damals und später gar nicht genug extrabillige, doppelt ausgebeutete Arbeitssklaven aus vieler Herren Länder heranschleppen lassen.

Jetzt, da der Mohr seine Schuldigkeit getan hat, soll er plötzlich weiß werden oder gehen – sieht man hier von der gezielten Werbung hochqualifizierter Spezialisten aus Entwicklungsländern ab. Die nachgezogenen Angehörigen der einstigen „Gastarbeiter“ und Millionen andere in die reiche BRD geströmte Arme und Unqualifizierte aber haben gefälligst zu verschwinden.

„Schluß mit Multi-Kulti! – Es lebe die deutsche Leitkultur!“ – rufen die Chauvinisten aus dem Regierungslager unisono mit der radikalen politischen Rechten. Dabei ist die BRD de facto längst ein Einwanderungsland wie die USA geworden, ohne dabei allerdings die Wirkungen des überseeischen „Schmelztiegels“ zu beachten. Ein solcher bringt nämlich, wenn diverse Erze hineingeworfen werden, neue Legierungen hervor. Trifft das nicht auch auf

die Zusammenführung von Menschen unterschiedlicher Abkunft zu? Müssen die anderen auf einmal alle Deutsche werden, wo sie doch ganz und gar nicht „deutschstämmig“ sind? In den Vereinigten Staaten, die seit 200 Jahren Zuwanderer aufnehmen, gibt es bis heute sehr voneinander abweichende, ihre nationale Abkunft und Identität keineswegs verleugnende USA-Bürger: Unter ihnen befinden sich Anglo-Amerikaner, Afro-Amerikaner, Italo-Amerikaner, Deutsch-Amerikaner, Amerikaner irischen Ursprungs, spanischsprachige Latinos, indianische und Sinuit-Ureinwohner sowie Menschen mit vielfältigen asiatischen Wurzeln. San Franciscos China-Town wird zum Beispiel als größte chinesische Siedlung in der Neuen Welt betrachtet. Nicht minder bekannt ist New Yorks Little Italy. Dort spricht man ebensowenig englisch wie in den Mexikaner-Revieren Kaliforniens. Ist das der sonst so proamerikanischen Dame an der Berliner Regierungsspitze, die noch heute in Erinnerungen an das gemeinsame Steak-Essen mit dem längst abgehalfterten Freund George W. Bush in Trinwillershagen schwelgt, bei ihren fremdenfeindlichen Exkursen ganz und gar verborgen geblieben? Gilt denn für Angela Merkel nicht mehr ihre nach 1990 taktisch abgewandelte frühere Lieblingsparole „Von den USA lernen, heißt siegen lernen!“?

Das Geschwätz über deutsche Leitkultur ist nichts anderes als ein dreister Rückgriff auf faschistoides „Gedankengut“. Es bringt den Ruf einer großen Kulturnation, zu der wir uns mit bescheidenem Stolz bekennen, in Verruf. Als deutsche Kommunisten, Sozialisten und Demokraten bleiben wir Internationalisten. Einmal mehr bekräftigen wir unser Bekenntnis zum Geist der Kinderhymne Bertolt Brechts: „Und nicht über und nicht unter andern Völkern wolln wir sein, von der See bis zu den Alpen, von der Oder bis zum Rhein!“

Nr. 156, Januar 2011

Barack Obama in der Klemme

Rechtskonservative Tea Party kontrolliert das US-Repräsentantenhaus

Die Ergebnisse der USA-Zwischenwahlen vom 2. November 2010 – sie lagen am Ende der ersten Hälfte der Amtszeit des auf vier Jahre gewählten Präsidenten Barack Obama – waren Ausdruck einer fundamentalen Verschiebung des innenpolitischen Kräfteverhältnisses. Die Demokratische Partei des Amtsinhabers, in der es auf Grund des Fehlens einer eigenständigen amerikanischen Sozialdemokratie auch einen linksliberalen Flügel mit Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung gibt, konnte ihr Übergewicht im 100 Mitglieder zählenden Senat zwar knapp behaupten, büßte aber im Repräsentantenhaus – der zweiten Kammer des Kongresses – ihre bisherige absolute Mehrheit ein. Diese ging an die Republikaner, welche die Interessen der ersten Reihe des Monopolkapitals und besonders des militärisch-industriellen Komplexes der USA vertreten. Sie übernahmen hier die Kontrolle, was Obamas gesetzgeberische Absichten blockieren und sogar eine Revision

seiner im parlamentarischen Prozeß ohnehin bereits stark verwässerten Gesundheitsreform bedeuten dürfte. Deren Annahme war das bisher einzige innenpolitische Erfolgserlebnis des Präsidenten.

Als Obama 2008 in den Wahlkampf zog, glich seine auch von der gesamten Linken einschließlich der KP der USA unterstützte Kampagne einem Triumphzug. Als der schwarze Mann dann in das Weiße Haus einrückte, nährte das bei fortschrittlichen Menschen in den USA und in aller Welt irrationale Erwartungen. Nicht wenige Weiße, darunter auch viele junge Leute, und Teile der Arbeiterklasse, fast alle Schwarzen und die meisten Latinos hatten damals für Obama votiert. Übrigens waren ihm die Banken mit enormen Geldspenden in der Erwartung zu Hilfe gekommen, er werde sich als gewählter Präsident durch die sofortige Bereitstellung von „Rettungspaketen“ für den in Bedrängnis geratenen Finanzsektor erkenntlich zeigen. In dieser

Hinsicht entsprach Obama, der durch Politiker des rechten Flügels wie Außenministerin Hillary Clinton und den von Bush übernommenen republikanischen Kriegsminister John Gates umzingelt wurde, durchaus solchen Wünschen. Im Taumel des vermeintlichen Volkssieges vom November 2008 blieb die Tatsache eher ausgeblendet, daß nur eine Minderheit der weißen USA-Bürger für den siegreichen Kandidaten gestimmt hatte, während die Mehrheit auf Seiten seines Kontrahenten McCain gewesen war. Fast unmittelbar nach den Wahlen verschwand die mächtigste Volksbewegung der jüngeren amerikanischen Geschichte buchstäblich von der Bildfläche. Sie machte nicht für Obama – einen in mancher Hinsicht durchaus positiveren Präsidenten als dessen Vorgänger seit 1945 – mobil, sondern gab statt dessen die Parole aus, der Frischgewählte solle zunächst einmal „Gelegenheit zur Arbeit“ erhalten.

Schon bald schwand bei vielen Anhängern Obamas der überschäumende Enthusiasmus aus Kampagne- und Wahltagzeiten. Zwar war der von Bush ins Rennen geschickte McCain, ein über Vietnam abgeschossener ehemaliger Bomberpilot, bei einem Stimmenverhältnis von 46 : 54 Prozent durchgefallen, doch erfüllte der Sieger nicht die von der Masse seiner Wähler in ihn gesetzten Erwartungen. Mehr noch: Obama brach fast alle Versprechen.

Unter seiner Präsidentschaft stieg die überdies frisierte offizielle Arbeitslosenzahl auf 14 Millionen (9,8 %), während die Hypothekenkrise Millionen Amerikaner, die ihre Häuser und Grundstücke verloren oder den beim Immobilienkauf in Anspruch genommenen Kredit samt Zinsen nicht mehr abzahlen konnten, ins Elend stürzte. Auch in anderer Hinsicht lichtete sich der Nebel. Die US-Folterhöhle Guantánamo auf Kuba, deren Schließung durch Obama zugesagt worden war, besteht weiterhin. Der angekündigte Abzug aus Irak erfolgte nur zum Teil, den Aggressionskrieg gegen Afghanistan dehnte Washington auf Pakistan aus. Die Scharfmacher aus der eigenen Administration setzten

den Friedensnobelpreisträger an der Spitze der imperialistischen Hauptmacht unter massiven Druck. Auch sollte man beachten, daß der jetzige Präsident von noch weiter rechts stehenden Kräften in den USA frontal attackiert wird. Sie wollen die Wiederwahl Obamas – eines eloquenten Politikers mit Charisma – im Jahr 2012 verhindern und einen Strohmann der Monopole ganz anderer Art ans Ruder bringen. Bei all dem spielt die sogenannte Tea Party eine maßgebliche Rolle. Der irreführende Name dieser neuen rechtspopulistischen, auf die besonders konservative Bevölkerung der Kleinstädte, Siedlungen und des flachen Landes abhebende Strömung bezieht sich auf die Bostoner Tea Party von 1773. Damals hatten nordamerikanische Siedler, welche über ihnen durch die Briten aufgebürdete Steuern empört waren, Tonnen von Tee ins Meer geschüttet.

Die Tea Party besteht aus fanatischen Antikommunisten, bezichtigt Obama einer „sozialistischen Durchdringung der amerikanischen Gesellschaft“ und setzt auf rabiaten Anti-Islamismus. Obwohl es sich formell nicht um eine Strömung innerhalb der Republikanischen Partei (GOP) handelt, ist die vor allem von Öl- und Medienbossen finanzierte und lancierte Gruppierung binnen weniger Monate zum Machtfaktor in dieser geworden. Einer unter drei GOP-Bewerbern für das Repräsentantenhaus (129 von 435) wurde durch die Tea Party gestellt. Beim Senat, wo nur ein Drittel der Sitze neu vergeben worden ist, war das Verhältnis 9:37.

Barack Obama geht angezählt in die zweite Hälfte seiner ersten Amtszeit als Präsident. Es ist zu befürchten, daß er sich angesichts des neuen Kräfteverhältnisses in die rechte Ecke flüchten und auf eine noch aggressivere USA-Außenpolitik, z. B. gegenüber Iran, setzen könnte. Dann aber würde er endgültig den Rückhalt bei jenen linken und demokratischen Kräften in seinem Land verlieren, die ihm 2008 zu einem grandiosen Sieg verhalfen. Eine Wiederwahl erschiene so noch ungewisser.

Nr. 156, Januar 2011

Deutschland braucht Kommunisten!

Bekanntlich sind unter jenen, welche die Macht- und Eigentumsverhältnisse des in höchster Potenz monopolisierten deutschen Kapitalismus überwinden wollen, auch Leute, denen „das Ganze“ nicht schnell genug geht. Sie schwärmen von einem sofortigen Umsturz, erfinden Revolutionen, wo es überhaupt keine gibt, wittern den Sieg „hinter der nächsten Straßenecke“ und wollen die Geschichte „antreiben“. Doch wir Marxisten gehören zu den letzten, die daran glauben, der gesellschaftliche Wandel vollziehe sich im Selbstlauf. Ebenso wenig teilen wir die Vorstellung Eduard Bernsteins, die Bewegung sei alles, das Ziel aber nichts. Wir stimmen mit Oskar Lafontaine überein, wenn er in seinem Exklusivbeitrag für den Dezember-„RotFuchs“ die Feststellung trifft: „Wir brauchen eine andere, eine neue Eigentumsordnung.“

Ohne Zweifel kann diese nur in ausdauernden Klassenkämpfen gegen einen hochgerüsteten, politisch erfahrenen, auf sich wandelnde Situationen taktisch eingestellten und über eine Armada modernster Medien verfügenden Gegner errungen werden. Niemand von uns zieht dabei

rasche qualitative Sprünge ohne einen längeren quantitativen Anhäufungsprozeß in Erwägung.

Pseudorevolutionäre Hast und Überstürzung können ebenso schädlich sein wie feiges Kapitulantentum. Beide führen in die Sackgasse, aber nicht zur Überwindung des Kapitalismus. Wer zu früh vorprellt, riskiert Kopf und Kragen, wer die Fahne schon vor der Schlacht einrollt, sollte lieber zu Hause bleiben.

Die Klassiker – vor allem Lenin, der die Theorie von Marx und Engels nicht nur weiterentwickelte, sondern erstmals auch praktisch erprobte –, hatten einen Horror vor ultralinken Phrasendrescherei. Sie verspotteten jene, welche das Wort Revolution mit drei R schrieben und unablässig zur Attacke bliesen, ohne zuvor die objektiven und subjektiven Bedingungen der jeweiligen Situation nüchtern, sachlich und leidenschaftslos analysiert zu haben. Natürlich wandten sie sich nicht gegen Angriffslust, wenn der Apfel tatsächlich reif war, gibt es doch für einen gestandenen Revolutionär keine größere Schmach als das „Verpassen“ einer revolutionären Situation. Diese im Oktober

1917 erkannt zu haben, war Lenins welthistorisches Verdienst. Entschieden wenden wir uns gegen „linke“ Revolutzer, deren Sektierertum keine geringere Abweichung vom Marxismus darstellt als die rechtsopportunistische Preisgabe von Prinzipien.

Angesichts einer vorerst besiegten Revolution und des zeitweiligen Triumphs der Konterrevolution kam es nach 1989/90 darauf an, die anfangs versprengten und oft genug entmutigten Kommunisten, Sozialisten und linken Demokraten wieder aufzurichten und zu sammeln. Ihnen mußte eine neue politische Heimat geschaffen werden. Zu jenen, die sich dieser Aufgabe widmen, zählt seit nunmehr 13 Jahren der „RotFuchs“. Wir sind nicht nur Weggefährten und Dialogpartner aller, die für eine definitive Überwindung des Kapitalismus kämpfen, sondern beteiligen uns auch aktiv an der Entwicklung von Zukunftsstrategien. Dabei gehen wir davon aus, daß Sozialismus nur mit einer den Weg bahrenden und erhellenden Vorhut denkbar ist. Es gibt immer mehr Weitblickende, die sich zielklar und ohne revolutionaristische Ungeduld für das Wiederentstehen einer einflußreichen marxistisch-leninistischen Partei in Deutschland engagieren. Sie gehen von der Erkenntnis aus, daß es derzeit in der BRD keine in der Arbeiterklasse und den Massen hinreichend verankerte kommunistische Kraft gibt, wobei sie das verdienstvolle Wirken bestehender Formationen wie der DKP, der KPD und der Kommunistischen

Plattform der PDL voll in Rechnung stellen. Die erst vor kurzer Zeit entstandene Kommunistische Initiative (KI) hat Anfang Dezember 2010 in Gera über ein Grundsatzdokument beraten. Im Kommuniqué ihrer 2. Perspektivkonferenz distanzierte sie sich vom „politischen Sektierertum“ unter dem gleichen Label auftretender Personen, das „dem Grundanliegen der KI schweren Schaden zugefügt“ habe. Die Hauptverantwortung dafür trügen Führungskräfte der KPD (B) und der in Hannover erscheinenden Zeitschrift „offen-siv“, die „auf eine schnelle Schaffung parteiähnlicher Strukturen“ drängten und „der KI als Bewegung bereits eine Absage erteilt“ hätten. Dieser gehe es um einen Beitrag zur Zusammenführung von organisierten und nicht-organisierten Kommunisten an der Basis.

Wir nehmen solche Willensbekundungen aufmerksam zur Kenntnis, wobei unsere eigenen Einheitsbemühungen nicht nur die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Basis zum Ziel haben, sondern auch auf die Einbeziehung und Gewinnung weiterer Linker und Antifaschisten gerichtet sind. Es geht um den gemeinsamen Kampf aller, die mit ihrem Widerstand gegen die immer bedrohlichere Rechtentwicklung in der BRD die Überzeugung verbinden, daß nur eine andere Eigentumsordnung und die Brechung der politischen Macht der Monopole echten Wandel herbeiführen können.

Nr. 157, Februar 2011

Europas brauner Sumpf

Um es gleich vorwegzunehmen: Heutige Faschisten tragen meist nicht mehr Braun, sondern bevorzugen oftmals Nadelstreifen. Dennoch spricht man in grausiger Erinnerung an jene SA-Horden, welche 1933 in Uniformen dieser Farbe die Weimarer Republik erschlugen, von den Braunen, wenn man die einstigen Henker und deren Nachzucht im Auge hat.

Da Rot vorerst leider nicht so kräftig leuchtet, wie es notwendig wäre, um Schwarz-Gelb in Bedrängnis zu bringen, kann sich die herrschende Klasse hierzulande darauf beschränken, es derzeit beim Drohpotential der Straßennazis und einer in Reserve gehaltenen NPD zu belassen. Indes besteht kein Zweifel daran, daß sich die Staat wie Gesellschaft durchdringende Faschisierung in der BRD seit dem Amtsantritt der Schäubles, de Maizières, zu Guttenbergs und Merkels verschärft und beschleunigt hat. Dabei kommt ihren Protagonisten zugute, daß besonders Ältere den Faschismus generell mit SA, SS, Judenverfolgung, Konzentrationslagern und Massenmord gleichsetzen, seine neuen Erscheinungsformen aber nicht durchschauen. So nehmen sie das Maß der heraufziehenden Gefahr nicht wahr und wiegen sich in der Vorstellung, „die paar Nazis“ könnten „unserer Demokratie“ wohl kaum etwas anhaben. Doch die braune Brühe, die versierte Köche zum Sieden zu bringen bemüht sind, ist unterdessen bereits ein Giftgebräu von erheblicher Stärke geworden. Außer wenigen Ländern Südeuropas wie Spanien, Portugal und Griechenland, wo noch Sozialdemokraten am Ruder sind, geben in anderen konservative oder sogar zum rechten Rand tendierende Kräfte auf Kabinettschicht den Ton an oder üben

– wie die Britische Nationalpartei – von außen Druck aus. Besonders alarmierend ist die Tatsache, daß die nach einer ultrachauvinistischen Wahlkampagne in Ungarn zum Zuge gekommene und von den SA-ähnlichen Jobbik-Milizen gestützte Fidesz-Regierung Viktor Orbáns, der sich sofort durch ein Maulkorbgesetz für die Medien hervortat, derzeit sogar die Präsidentschaft in der Europäischen Union übernommen hat. In Brüssel kann sich das Rechtsaußen-Idol aus Budapest auf geistesverwandte Partner stützen. Frankreich besitzt mit Sarkozy einen Staatschef, dessen Einzug in den Elysee-Palast nur dadurch zustande kam, daß der Faschist Le Pen Millionen Stimmen seines Front National im zweiten Wahlgang auf ihn übertrug. Italiens Berlusconi, der die Mussolini-Anbeter um Fini zunächst in sein Kabinett holte, ist nicht nur der reichste Mann des Landes, sondern auch dessen Faschisierer Nr. 1. Zum „Team“ gehörte von Beginn an die äußerst rechtslastige Lega Nord, die in ihrer Hochburg Venetien einen Wähleranteil von über 35% erzielte. Während in den Niederlanden die Freipartei des „antiislamistischen“ Haßpredigers Geert Wilders die Regierungsgeschicke mitbestimmt, wurde im belgischen Flandern der faschistische Vlaams Belang 2004 von einem Viertel der Wähler unterstützt, obwohl er sich voll und ganz in die Traditionslinie von NS-Kollaborateuren der Kriegsjahre stellte.

Wohin man auch blickt – ob in die baltischen NATO-Staaten, nach Norwegen, wo die Faschisten als Fortschrittspartei firmieren, oder in das Heimatland des NATO-Generalsekretärs Rasmussen, in dem die rechtsradikale Dänische Volkspartei nun schon seit Jahren drittstärkste Kraft

ist –, überall breitet sich der braune Sumpf aus. Das gilt auch für Staaten, die vormals ihren Neutralitätsstatus besonders betonten. Die einst durch Jörg Haider geführte und der Traditionslinie der österreichischen Befürworter eines Anschlusses an Hitlerdeutschland folgende FPÖ kam im letzten Oktober bei den Wiener Gemeinderatswahlen auf 26,2%. Die Schweizerische Volkspartei – sie verhalf 2007 der „Eidgenössischen Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten“ zum Abstimmungssieg – ist ebenso wie die ultrarechten Schwedendemokraten, welche im September 2010 mit 5,7% in den Stockholmer Reichstag einzogen, von gleicher Farbe.

Im rechtsregierten NATO-Staat Polen wird katholischer Antisemitismus Tag für Tag durch den Massensender Radio Marya propagiert, während im lettischen Riga die „Veteranen der Waffen-SS“ offiziell genehmigte Gedenkmärsche abhalten. Eine besonders üble Rolle spielt nicht

zuletzt der Antiziganismus der bis vor kurzem regierungsbeteiligten Slowakischen Nationalpartei.

Das Kommando „Rechts um!“, für das in der BRD Thilo Sarrazin den Rassisten und Chauvinisten das Stichwort gab, erschallt unterdessen in etlichen Ländern Europas. Ein politischer Rechtsruck ist unverkennbar. Die herrschende Klasse forciert über Ländergrenzen hinweg ihr Regime innerer Repression und Überwachung, ohne dabei bereits das demokratische Mäntelchen abwerfen zu müssen. Da der einzige Ausweg – die Tür zum Sozialismus – in unseren Breiten vorerst wohl verschlossen sein dürfte, gilt es, durch die Aktionseinheit aller Antifaschisten zu verhindern, daß die Tore der bürgerlichen Demokratie gänzlich zufallen. Hieß es gestern noch „Wehret den Anfängen!“, so gilt heute die Devise: „Den Faschisten und ihren Steigbügelhaltern den Weg verlegen! No pasaran!“

Nr. 158, März 2011

Der Zwang zur Vereinigung

Vor 65 Jahren – am 22. April 1946 – trafen 548 Sozialdemokraten und 507 Kommunisten, die 680 000 SPD-Mitglieder und 620 000 KPD-Mitglieder der sowjetischen Besatzungszone sowie Parteigliederungen aus dem Westen vertraten, eine Entscheidung, die trotz des späteren Verlaufs der Ereignisse für immer als Kulminationspunkt in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eingegangen ist: Weniger als ein Jahr nach der Niederwerfung des Hitlerfaschismus durch die Rote Armee und die Streitkräfte der damaligen Alliierten der UdSSR wurde im noch trümmerübersäten Berlin die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien vollzogen. Mit der Gründung der SED, deren Politik und Gestaltungskraft mehr als vier darauf folgenden Jahrzehnten deutschen Geschehens ihren Stempel aufdrückten, zog die Linke zwischen Oder und Elbe die Hauptlehre aus der faschistischen Schreckensherrschaft.

Nachdem der 15. Parteitag der KPD am 19. April im Deutschen Theater und der 40. Parteitag der SPD tags darauf im Theater am Schiffbauerdamm beraten hatten, traten deren Delegierte am 21. und 22. April dann zu ihrem Vereinigungsparteitag im Admiralspalast zusammen. Schon in den Monaten zuvor waren sich Tausende und aber Tausende Genossen aus SPD und KPD bei oftmals gemeinsamen Beratungen in dem Wunsch und Willen nahegekommen, der verhängnisvollen Spaltung, die Hitlers Machtantritt ermöglicht hatte, ein Ende zu setzen. So wurde der Händedruck zwischen dem Sozialdemokraten Otto Grotewohl und dem Kommunisten Wilhelm Pieck zu einem der schönsten Augenblicke in der wechselvollen, von Beginn an durch Siege und Niederlagen geprägten Chronik der Klassenkämpfe des deutschen Proletariats. Die Tatsache, daß nicht nur die Konstituierung der SED durch die Delegierten aus beiden Parteien einstimmig vollzogen wurde, sondern auch die Annahme der vom Geist des Marxismus durchdrungenen Grundsätze und Ziele in gleicher Weise erfolgen konnte, kennzeichnete das bereits erreichte Maß an prinzipieller Übereinstimmung. Diesem Dokument lagen die Aufrufe der KPD vom 11. und der SPD vom 15. Juni 1945 zugrunde.

Lediglich gegen das Leninschen Organisationsprinzipien nahekommende Statut wurden 21 Stimmen abgegeben. Vier Delegierte enthielten sich.

Während der Parteitag Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl bereits als gleichberechtigte Vorsitzende der SED bestätigt hatte, wählte die anschließende 1. Tagung des Parteivorstandes Walter Ulbricht (zuvor KPD) und Max Fechner (zuvor SPD) als deren Stellvertreter. Sämtliche Funktionen – vom Sekretariat des PV bis zu den Leitungen der Grundorganisationen – wurden paritätisch mit früheren Mitgliedern beider Parteien besetzt. Man änderte diesen Modus erst, nachdem Hunderttausende, die zuvor weder der KPD noch der SPD angehört hatten, der SED beigetreten waren.

Der Einheitsdrang erwies sich als so stark, daß der durch die britische Besatzungsmacht mit Spaltungsaktivitäten beauftragte Kurt Schumacher – er hielt am 9. Mai 1946 eiligst eine Separatveranstaltung in Hannover ab – nicht nur die Teilnahme von 103 SPD-Delegierten aus dem Westen am Berliner Gründungsparteitag der SED hinnehmen mußte, sondern auch mit seinem Kurs überall in den Westzonen bei ehrlichen Sozialdemokraten auf Ablehnung stieß. Waren bereits am 1. Mai 1946 Zehntausende Arbeiter und Angestellte im Ruhrgebiet dem Appell von Organisationskomitees einheitswilliger Genossen zu Großkundgebungen gefolgt, so wurden Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck nur zwei Monate später von 40 000 Braunschweigern, 50 000 Essenern sowie Zehntausenden Teilnehmern weiterer Massenmeetings zwischen Köln und Wuppertal stürmisch gefeiert.

Die SED wäre sicher auch im Westen zu einem einflußreichen politischen Faktor geworden, hätten die dortigen Besatzungsmächte ihrer weiteren Ausdehnung nicht einen Riegel vorgeschoben.

Das üble Schumacher-Wort von der „Zwangvereinigung auf sowjetischen Befehl“, das den historisch bedingten Zwang zur Vereinigung diskreditieren sollte, wurde durch rechte SPD-Führer gezielt in die Mitgliedschaft hineingetragen, um den eigenen Genossen Sand in die Augen zu streuen.

Der anfangs klare Blick vieler von ihnen konnte auf solche Weise getrübt werden. Besonders aber der schon lange vor und noch massiver nach dem Mitte August 1956 verhängten KPD-Verbot entfesselte Gesinnungsterror des Adenauer-Regimes und seiner Nazi-Juristen gipfelte in einer antikommunistischen Hysterie übelster Art.

Leider üben sich außer den Medien der Bourgeoisie, in denen notorische DDR-Hasser und professionelle Spalter der Arbeiterbewegung ihre Greuelmärchen verbreiten, auch „libertäre Sozialisten“, die bei oftmals verdrängter eigener Biographie sogar dazu fähig sind, für die Wahl des Gauck und Birthler nachfolgenden deutschen McCarthy Nr. 3 namens Jahn zu werben, im Gebrauch des Unwortes „Zwangsvereinigung“.

Doch wir, die wir als Kommunisten und Sozialisten ungewandelt in der Tradition von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, Otto Buchwitz und Hermann Matern stehen, bekennen uns auch 65 Jahre nach dem grandiosen Berliner Vereinigungsparteitag zu den guten Traditionen der SED. Deren im Bunde mit Gleichgesinnten aus allen anderen Blockparteien und Massenorganisationen vollbrachtes größtes Werk war zweifellos die Gründung und der 40jährige Erhalt der DDR – des besten Staates, der jemals auf deutschem Boden bestanden hat. Das gilt auch angesichts der Tatsache, daß unser kühnes Werk – nicht zuletzt infolge eigener Defizite und des Versagens in der

Stunde höchster Bewährung – auf halbem Wege abgebrochen werden mußte.

Doch eine verlorene Schlacht ist noch keine endgültige Niederlage. Mögen unsere Gegner und deren beflissene Schleppenträger sich auch noch so sehr empören – wir schleichen und schlängeln uns nicht aus der eigenen Geschichte davon. So ist unser Bekenntnis zum Sozialismus und zur kommunistischen Zukunftsgestaltung, die natürlich noch in weiter Ferne liegt, viel mehr als ein bloß hinter der vorgehaltenen Hand geflüstertes „K-Wort“. Wir wenden uns an Junge und Alte, an gestandene und potentielle Weggefährten für ein Stück oder die ganze Strecke, nicht zuletzt aber an die Mitglieder und Wähler der Partei Die Linke als der derzeit parlamentarisch wie außerparlamentarisch stärksten Kraft der Demokratie und des Antifaschismus in Deutschland mit dem eindringlichen Appell: Tun wir gemeinsam alles, daß dem historischen Kongreß der ineinandergelegten Hände nicht irgendwann ein „Vereinigungsparteitag“ der erhobenen Hände unter antimarxistischen Vorzeichen folgt, auf den die Schumachers unserer Tage – die Gabriels, Strucks und Steinmeiers samt ihrem fds-Gefolge – Kurs nehmen. Noch ist es Zeit, einer solchen Gefahr zu begegnen. Deshalb heißt unsere Devise im Kampf um nahe und ferne Ziele wie vor 65 Jahren: Einheit – Einheit – Einheit!

Nr. 159, April 2011

Die Mörder sind unter uns

Zum völkerrechtswidrigen Anschlag auf Libyens territoriale Integrität

Die NATO – der durch Merkel, de Maizière und Westerwelle unablässig als Friedensbastion angepriesene imperialistische Kriegspakt – läuft jetzt auch in Nordafrika Amok. Nach dem strategisch motivierten Überfall auf das Balkan-Kernland Jugoslawien, der mit dreisten Lügen des eigentlich nach „Nürnberg“ zu überstellenden Kriegsverbrechers und US-Präsidenten George W. Bush „begründeten“ Aggression gegen das arabische Ölland Irak und dem bis heute anhaltenden Wüten der multinationalen „Schutztruppe“ im zentralasiatischen Schlüsselnd Afghanistan machen Brüssels bombenwerfende Terroristen jetzt Jagd auf Männer, Frauen und Kinder Libyens. Während der nur durch die Bereitstellung von zwei Millionen Faschistenstimmen Le Pens im zweiten Wahlgang Frankreichs Präsident gewordene Monsieur Sarkozy als Erster zur Attacke auf Tripolis blies, merkte man Merkel an, wie gerne sie statt der taktischen Zurückhaltung am Vorabend dreier Landtagswahlen auch die Bomberstaffeln ihrer Bundesluftwaffe am libyschen Himmel gesehen hätte. Schweren Herzens mußte die wegen ihrer Thatcher-Imitation inzwischen als Eiserne Lady Nr. 2 karikierte Bundeskanzlerin den BRD-Vertreter im UN-Sicherheitsrat anweisen, sich bei einem Aggressionsverbrechen ausnahmsweise einmal der Stimme zu enthalten.

Seit dem Wegbrechen des bis dahin entscheidenden Stützpfiebers erfolgreicher Friedenssicherung – der Sowjetunion

und der Staaten des Warschauer Vertrages – folgt ein imperialistischer Krieg dem anderen. Dazu werden auch die Strukturen der Vereinten Nationen mißbraucht – wie bereits 1950, als die in Nordkorea einfallenden Truppen des Pentagons und etlicher weiterer NATO-Staaten die kurzzeitige Abwesenheit des sowjetischen Vertreters im Sicherheitsrat, dessen Veto sonst garantiert gewesen wäre, dazu nutzten, ihre Jahre andauernde und nur durch das Eingreifen chinesischer Volksfreiwilliger zurückgeschlagene Aggression mit der UNO-Flagge zu tarnen. Übrigens bedienen sie sich auch weiterhin dieses Symbols bei den Verhandlungen in der neutralisierten Zone von Panmumjom, wie ich als Beobachter dort selbst feststellen konnte. Der NATO-Angriff auf Libyen ist ein durch den UN-Sicherheitsrat angeblich legitimiertes Verbrechen gegen den Frieden im Sinne des gültigen Völkerrechts. Ein souveräner Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen wurde unter Verletzung der territorialen Integrität massiv angegriffen, nachdem im Lande eine bürgerkriegsähnliche innenpolitische Konfliktsituation entstanden war.

Doch in Libyen geht es der NATO keineswegs um Menschenrechte, die bekanntlich stets vorgeschoben werden, wenn imperialistische Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten zur Debatte steht. In Libyen handelt es sich vielmehr um Mord im Sinne des Strafbuchgesetzes. Udo van Kampen, der Brüsseler Frontmann

des ZDF und ein journalistisches Sturmgeschütz im Dienste des deutschen und europäischen Monopolkapitals, rief in der „Heute“-Spezialsendung vom 20. März unverblümt zur Ermordung des libyschen Staatschefs auf. In der Klarheit der Aussage übertraf ihn nur noch der einstige Bundeswehr-Chefinspekteur und stellvertretende NATO-Befehlshaber Generalleutnant Harald Kujat, der es als legitim empfand, Gaddhafi in seinem Palast, Zelt oder anderswo „zu liquidieren“.

Was ist eigentlich der Hintergrund für solche Mordlust? Ist es tatsächlich der humanitäre Wille, die einst auf König Idris – eine US-Marionette – eingeschworenen ostlibyschen Stämme vor der Vernichtung durch Gaddhafis vorrückende Truppen zu retten? Immerhin hatte dieser als junger Oberst nicht nur Idris vom Thron vertrieben, sondern auch noch zwei weit schlimmere „Todsünden“ auf sich geladen: die Schließung der größten US-Luftwaffenbasis in Afrika und die Verstaatlichung der enormen Ölreserven unter libyschem Wüstensand.

Offenbar hatte man in westlichen Metropolen die seit geraumer Zeit bemerkte Kompromißbereitschaft und gewisse

Öffnungsmanöver Gaddhafis gegenüber dem „Westen“ als Indiz dafür betrachtet, daß der libysche Staatschef unter gewissen Konditionen einzuschwenken bereit sei. Dann aber traten in Nordafrika nicht vorhergesehene Ereignisse ein. NATO und EU reagierten prompt. Sie suchten die im Kern bürgerlich-demokratischen nationalen Revolten und Aufstände in einigen arabischen Ländern auszunutzen, um den Funken des Widerstandes auch dorthin zu tragen, wo ihnen das Eindringen bisher verwehrt worden war. Nach gescheiterten Einmischungsbemühungen in Syrien warfen sie sich auf Libyen. Die dortigen Rebellen tanzten zum Teil von Beginn an nach fremden Pfeifen, vor allem denen der CIA, andere Aufständische aber verlangten eine innerlibysche Lösung ohne fremde Einmischung.

Die von den NATO-Bomben geschaffenen tödlichen Tatsachen haben den Weg hierzu vorerst versperrt. Die Terroristen des westlichen Kriegspaktes verbreiten in einem weiteren Land Angst und Schrecken. Das ruft unwillkürlich die Erinnerung an den Titel des ersten Nachkriegsfilms der DEFA wach: Die Mörder sind unter uns.

Nr. 159, April 2011

Rot oder grün?

Als mich Ende Juni 1946 – wenige Wochen nach dem Tod des Dichters der „Weber“ – dessen Witwe Margarete in Gerhart Hauptmanns „Wiesenstein“ nach Agnetendorf (heute: Jagniątków) einlud, sprach man dort von einer echten oder zumindest gut erfundenen Begebenheit. Danach hatte sich ein Fremder, der den Riesengebirgsort besuchte, bei einem Einheimischen nach dem Haus des Dramatikers erkundigt. „Hauptmann? Wir haben hier zwei, der eine heißt nur so“, lautete die Antwort.

Als ich Claudia Roths triumphalistischen Fernsehauftritt nach dem Wahlsieg der Grünen in Baden-Württemberg verfolgte, kam mir die kleine Geschichte unwillkürlich in den Sinn. Nomen ist nicht immer omen – manch einer heißt nur so ...

Die Niederlage der CDU im „Ländle“, das seit den 50er Jahren als deren uneinnehmbare Trutzburg galt und mit so belasteten Namen wie dem des Nazi-Blutrichters Filbinger verbunden ist, sowie der in dieser Höhe frappierende Sieg der Grünen waren bemerkenswerte Vorgänge. Den Stuttgarter Regierungswechsel indes als „historisches Ereignis“ zu betrachten, wie es die zum Überschwang neigende Claudia Roth tat, wäre nur dann gerechtfertigt, wenn statt der Wachablösung ein Machtwechsel stattgefunden hätte. Davon kann allerdings keine Rede sein. Der grüne Paukenschlag, der etwas gedämpfter auch in Mainz zu vernehmen war, wo die FDP des blassen Brüderle mit einem Fußtritt der Wähler aus dem Landtag flog und auch der als Dauerabonnent auf das Amt des rheinland-pfälzischen Regierungschefs gehandelte SPD-„Landesvater“ Beck tüchtig Federn lassen mußte, war der Widerhall des Geschehens auf der „anderen Seite der Welt“: Für Deutschlands Grüne schlug der Amoklauf der Natur und die durch menschliche Kapitalistengier heraufbeschworene Reaktorkatastrophe im fernöstlichen Japan an den Wahlurnen mächtig zu Buche. Der von Fukushima drohende und an Hiroshima

erinnernde Strahlentod stellt schon jetzt Tschernobyl in den Schatten. Angela Merkel, die gerade erst den Befehlen der durch ihren Umweltminister Norbert Röttgen im Kabinett vertretenen Stromlobby gefolgt war und die Laufzeiten mordsgefährlicher Meiler ohne Skrupel verlängert hatte, trat eiligst auf die Notbremse. Das wahltaktische Drei-Monats-Moratorium wurde von den Bossen der Nuklear-„Branche“ unverzüglich mit gerichtlichen Klagen unterlaufen.

Doch zurück zu den Grünen. Da ist bei aller Genugtuung über das herzerfrischende Wahldebakel der CDU Vorsicht geboten. Das Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken Winfried Kretschmann dürfte als Baden-Württembergs neuer Ministerpräsident kaum weniger schwarz sein als der geschafte Stefan Mappus, dem er die Show stahl.

Die Geschichte jener Partei, die heute vor allem den mit der Öko-Industrie und dem Bio-Schwindel verbundenen Flügel der deutschen Bourgeoisie repräsentiert, bedarf ausgewogener Bewertung. Der kometenhafte Aufstieg einer basisdemokratischen Bewegung und ihr Erscheinen auf der Bonner Parteienbühne nährten die Illusion eines politischen Klimawandels. In ihren Reihen war anfangs auch echtes Alternativpotential versammelt. Menschen wie Jutta Ditfurth, Petra Kelly und Gerd Bastian drückten ihr damals den Stempel auf. Heute erinnern an den Geist der grünen Gründergeneration wohl nur noch so redliche Politiker wie Hans-Christian Ströbele. Bisweilen vermitteln bestimmte Äußerungen Jürgen Trittins einen Hauch jener verflissenen Periode.

Die in nach links tendierende „Fundis“ und stramm in Reih und Glied hinter der Fahne des deutschen Imperialismus marschierende „Realos“ zerfallende Partei gehört längst zum offiziellen Farbenfächer der BRD. Das zeigt die prinzipienlose Koalitionskungelei heute im Saarland

und gestern in Hamburg. Die Truppe von Frau Roth und Herrn Özdemir, deren Vertreter man sich durchaus auch in einer schwarz-grünen Bundesregierung vorstellen könnte, will im Herbst den rosa-rötlichen Berliner Senat durch eine Kandidatin mit ausgeprägt sprödem Charme zu Fall bringen. Renate Künast erinnert in gewisser Weise an Joschka Fischer, der es vom Turnschuh-Revolutionär bis zu Schröders Außenminister brachte und als einer der fanatischsten Befürworter des Überfalls auf Jugoslawien galt.

Die heutigen Grünen, unter denen sich engagierte und Respekt verdienende Öko- und Friedensaktivisten befinden, sollte man nicht über einen Kamm scheren. Bei der Verteidigung der grundgesetzgemäßen Ordnung der BRD gegen den immer bedrohlicheren faschistoiden Ansturm

sind viele von ihnen als potentielle oder tatsächliche Verbündete zu betrachten. Zugleich aber ist offensichtlich, daß die grüne Partei keine über den Kapitalismus hinausweisende systemverändernde Kraft darstellt.

Da wir nicht farbenblind sind, können wir grün und rot gut auseinanderhalten. Als Kommunisten und Sozialisten vertreten wir die Interessen der durch den Kapitalismus Ausgebeuteten, Unterdrückten und Entrechteten, wobei wir auch die grüne Maskerade gewisser Politiker durchschauen. Wie eh und je halten wir uns an kräftiges Rot, nicht aber – um im Bild der Agnetendorfer Hauptmann-Episode zu bleiben – an jene, die nur so heißen. Doch zur unverfälschten Farbe der Ökologie wollen wir uns dennoch bekennen, sollte doch ein in der Wolle gefärbter Roter stets auch ein bißchen grün sein. *Nr. 160, Mai 2011*

Wadenbeißer

Nach dem Sieg der Konterrevolution, mit der sie in Europa die Geschichte zeitweilig zurückgedreht haben, sind sich die Ausbeuter ihrer Sache keineswegs sicher. Deshalb richten die am Kapital klebenden Klassenfeinde der Ausgebeuteten ihr Feuer auf eine Gesellschaftsformation der Zukunft: den Kommunismus, den es bisher in keinem Land der Welt gegeben hat und dessen Konturen sich noch unscharf am Horizont der Geschichte abzeichnen. Die größten Diebe aller Zeiten wollen den Anschein erwecken, dieses sie in ihren Wach- und Alpträumen unablässig verfolgende „Gespenst“ drohe gerade um die Ecke zu biegen. Von pathologischem Haß auf ihre historischen Totengräber – die Arbeiter und deren kämpferische Parteien – getrieben, nehmen sie, eskortiert von ihren Politikern und Ideologen, seit dem Kölner Kommunistenprozeß von 1852 über Bismarcks Sozialistengesetz, Noskes Bluthund-Ära, Hindenburgs Auslieferung der Weimarer Republik an die Nazis und Hitlers Schreckensregiment bis zu Adenauers faschistoidem KPD-Verbot und den Schandtaten späterer BRD-Gesinnungsterroristen die Künder der Zukunft ins Visier.

Dabei zeigt sich die Fronde der antikommunistischen Giftmischer derzeit in einem schillernden Farbenkleid, das von Braun über Tiefschwarz und Gelb bis zu Rosa reicht, von einigen Rotdrapierten ganz abgesehen. Diese Phalanx verzeiht den durch Marx, Engels und Lenin geistig gewappneten, mit scharfen ideologischen Waffen ausgerüsteten und selbst durch die erlittene schwere Niederlage nicht demoralisierten Kommunisten und Sozialisten vor allem eines nicht: daß sie die Brechung der politischen und ökonomischen Macht des Kapitals auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Noch immer ist das 1848 zuerst in Europa gesichtete „Gespenst“ für Rückwärtsgewandte aller Schattierungen Anlaß zu einer „heiligen Hetzjagd“. Die Tatsache, daß es nicht zu greifen ist, sowie der Umstand, daß der Sozialismus auf anderen Kontinenten weiterhin als staatlich formierte Kraft Bestand hat, löst bei der Meute seiner Gegner rabiate Beißreflexe aus.

Wenn Gesine Löttsch und andere in ihrer Partei über den Kapitalismus hinausdenken und Wege zu einem

Fernziel gesellschaftlicher Transformation erörtern, fällt nicht nur das reaktionäre Rudel über sie her, sondern auch die fds-Connection in den eigenen Reihen. Dabei gehören doch die Theorien von Marx, Engels und Lenin, welche die PDL-Vorsitzende übrigens gar nicht erwähnte, mit ihren drei Hauptsäulen – dialektischer und historischer Materialismus, politische Ökonomie und Lehre vom Klassenkampf – nicht nur zum theoretischen Gepäck von Revolutionären, sondern sind auch Teil der Allgemeinbildung.

Trotz des Wieder-Entstehens von Zirkeln zum Studium des Marxschen „Kapitals“ und anderer Schriften geht das Wissen um die Fundamente unserer Weltanschauung in der BRD leider dramatisch zurück. Dafür gibt es objektive und subjektive Gründe.

Bis zum Zeitpunkt der konterrevolutionären Zerstörung der DDR sahen sich die meisten ihrer Bürger – manche auch ungewollt – mit Grundaussagen des Marxismus-Leninismus konfrontiert. Nicht wenige hatten sich diese Wissenschaft erschlossen, Karrieristen von Merks Maß betrachteten sie hingegen als „aufstiegsförderndes Elixier“.

Im Westen sorgten die herrschende Klasse und deren politisch-mediales Umfeld durch die seit Hitlers Sturz niemals unterbrochene Injektion hoher Dosen antikommunistischer Betäubungsmittel für eine fast totale Abschottung der Massen vom Marxismus.

Inzwischen sind im Osten Hunderttausende mit der Theorie ausgerüstete Mitstreiter der Sache durch Tod verlorengegangen. Hinzu kommt: Seit dem Untergang der SED und der Ächtung des Leninismus durch die Regisseure des Sonderparteitags im Dezember 1989 haben weder PDS noch PDL irgendwelche Anstalten unternommen, ihren Mitgliedern die Lehren der Klassiker authentisch zu vermitteln. So sind marxistisch gebildete Kommunisten und Sozialisten hierzulande selbst in linken Parteien und Bewegungen fast zur Rarität geworden.

Jüngste Überlegungen von Finsterlingen, allein den Begriff „Kommunismus“ in der BRD offiziell zu verbieten, stießen zwar bei Umfragen mehrheitlich auf Ablehnung, erinnerten in ihrer Ungeheuerlichkeit aber an den

Adenauer-Terror der 50er und 60er Jahre. Angesichts der gerade von Kommunisten im Kampf gegen die Nazi-Barbarei gebrachten Opfer einen solchen Schritt auch nur in Erwägung zu ziehen, läßt erkennen, daß die Zeiger der Uhr auf fünf vor zwölf vorrücken. Dabei wird offenbar, daß die BRD-Machthaber weder willens noch

fähig sind, wenigstens einen „verordneten Antifaschismus“ zu gewährleisten. Für sie gilt nach wie vor der „Fall Rot“. Wir aber dürfen nicht schwarzsehen, besitzen wir doch – allen dräuenden Stürmen zum Trotz – einen den Weg in die Zukunft weisenden Kompaß.

Nr. 161, Juni 2011

Ist Merkel an der Macht?

Angela Merkel, die Pfarrerstochter aus dem beschaulichen Templin, hat einen schweren Weg hinter sich. In der atheistischen DDR wurde sie nach dem ihr aufgelegten Abitur und erzwungener Promotion – ihre Marxismus-Belegarbeit kam leider abhanden – auch noch zu einem nur politisch äußerst Unzuverlässigen angebotenen Zusatzstudium in der Sowjetunion gedrängt. Erst nach der Befreiung vom roten Joch konnte sie aufatmen. Wenn man der Kanzlerin heute „über die Schulter schaut“, glaubt man, sie sei tatsächlich an der Macht. Als Regierungschefin des stärksten europäischen Staates gilt sie – wie einst Großbritanniens Margaret Thatcher – manchen als „Eiserne Lady“. Andere halten sie sogar für die „mächtigste Frau der EU“.

Zugegeben: In der BRD gibt es derzeit wohl niemanden auf der politischen Bühne, der es mit der Kanzlerin in puncto Machtinstinkt aufnehmen könnte. Merkels Machthunger ist durch nichts zu stillen. Ihr Machtgehabe wirkt durchaus glaubwürdig. Es beeindruckt selbst ähnlich Gepolte im In- und Ausland. Nehmen wir nur den französischen Präsidenten Sarkozy. Er geizt nicht mit Sympathiebekundungen, wenn er der Kanzlerin begegnet. Und die Buntbejackte gilt, obwohl beliebig austauschbar, da ohne eigenständiges ideologisches Profil, nicht grundlos als mächtige Person. Immerhin steht sie am Ruder eines einflußreichen Machtgefüges. Aber ist sie deshalb auch an der Macht? Sind Ambition und Wirklichkeit hier deckungsgleich?

Wer in der BRD tatsächlich zu den Machthabern gehört, wurde am 60. Geburtstag Josef Ackermanns transparent. Eine Party im Bundeskanzleramt verdeutlichte schlaglichtartig, an wessen Leine Angela Merkel marschiert. Nach Ackermanns Deutsche-Bank-Motto „Leistung aus Leidenschaft“ lud sie die Gäste des Magnaten in das Allerheiligste ihrer schwarz-gelben Koalition ein. Übrigens zählt auch BDI-Boß Dieter Hundt zu jenen, die dem Merkel-Kabinetton und Takt vorgeben. Zumindest mittelbar. Direkt hat er das seinem früheren Geschäftsführer Norbert Röttgen übertragen. Der in die Regierungsmannschaft vorgeschobene Hundt-Vertraute läßt dort die Katze aus dem Sack. Nach dem Ausfall von Friedrich Merz, der früher in der CDU-Fraktionsspitze die Konzerninteressen koordinierte, ist mit Röttgen ein Mann der Stromlobby als Minister für Umweltschutz installiert worden. Er schirmt die Atomkraftgiganten gegen Zudringlichkeiten echter Umweltschützer ab. Daß zu diesem Spiel mit gezinkten Karten nach Fukushima die Maskerade eines „Atomausstiegs mit Augenmaß“ gehört, versteht sich von selbst. Röttgen wird's schon

richten. An den Schalthebeln steht auch ein Mann, der jetzt für die „Landesverteidigung am Hindukusch“ zuständig ist. Thomas de Maizière, Sohn des einstmaligen ranghöchsten Generals der Bundeswehr, bedient die Interessen der deutschen Rüstungsindustrie, die sich inzwischen auf den dritten Platz unter den Waffenexporteuren der Welt vorgeschoben hat.

Seit dem Wegfall des Warschauer Vertrages – der Verteidigungscoalition sozialistischer Staaten – jagt ein imperialistischer Krieg den anderen. Ohne Unterlaß bauen die Medien des Kapitals, die selbst zum Klub gehören, neue lohnende Aggressionsziele auf – erst Serbien, dann Irak, danach Afghanistan, schließlich Libyen. Auch Syrien paßt in das Raster zu attackierender „Diktaturen“.

Kapitalismus und Krieg sind zwei Seiten einer Medaille. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Aber auch der Zusammenhang zwischen Frieden und Sozialismus steht außer Frage. Diese Lektion haben inzwischen selbst etliche von jenen gelernt, welche einst gierig nach den Bananen des Westens griffen und ihren Sozialismus im Osten leichtfertig über Bord warfen.

Ist Merkel an der Macht?, haben wir eingangs gefragt. Bedeutet die ambitiöse Machtbesessenheit dieser „Christin“, die auf das 5. Gebot pfeift, oder ihre herausgehobene Position an der Regierungsspitze, daß sie tatsächlich mehr ist als ein gut funktionierendes Instrument der eigentlichen Machthaber?

Doch auch das sei gesagt: Uns, die wir in der DDR zwischen 1949 und 1989 dem Kapital erfolgreich die politische Macht und das ausbeuterische Eigentum entzogen, hat die Konterrevolution mit dem sozialen Gestern konfrontiert. Nun ohne die Macht, sind wir indes nicht ohnmächtig. Auch unsere Zeit wird wieder kommen. Der Geschichtsverlauf ist oft irregulär. Jähe Wendungen gehören dazu. Nehmen wir nur ein Beispiel: Mitte der 20er Jahre war die KPD – nach der verlorenen Novemberrevolution und den niedergeschlagenen Arbeiteraufständen in Mitteldeutschland und Hamburg – keine sehr einflußreiche Kraft. Aber nur kurze Zeit später – zu Beginn des dritten Jahrzehnts – galt sie unter Thälmann als die weltweit stärkste kommunistische Partei neben der KPdSU.

Natürlich wiederholt sich die Geschichte niemals in derselben Form. Aber man sollte aus ihr Lehren ziehen und Kraft schöpfen. Kraft und Mut für kommende Kämpfe.

Nr. 162, Juli 2011

Als sie an ihre Grenzen stießen

Bis zum 13. August 1961 standen allen Bürgern der DDR angesichts einer zwar markierten, aber nicht verschlossenen Grenze zu Westberlin zwei symbolische Türen offen. Die Wege dahinter führten zu diametral entgegengesetzten Zielen. Alle vor diese Wahl Gestellten konnten sich zwischen einer ausbeutungsfreien, aber noch von den Narben des Alten gezeichneten und mit den sich türmenden Schwierigkeiten des Anfangs ringenden sozialistischen Gesellschaftsordnung und dem wie Phönix aus der Asche der Niederlage gestiegenen deutschen Kapitalismus entscheiden. Diesen hatten üppige Marshallplan-Spritzen aus den USA zu unwirklicher Scheingröße aufgeblasen.

Der östliche Teil Deutschlands war der ärmere, was nicht ohne Sogwirkung zugunsten des reicheren Westens bleiben konnte. Wer sich für das sozialpolitische Gestern entschied, mußte lediglich die nächste S- oder U-Bahn nach Westberlin nehmen. Auch die durch Bonner Politiker irreführenderweise als „innerdeutsche Grenze“ bezeichnete Trennlinie zwischen DDR und BRD war noch lange durchlässig.

Eingefleischte Faschisten und von antikommunistischem Haß inspirierte Reaktionäre anderer Machart hatten ihre Entscheidung für den „goldenen Westen“ schon vor der DDR-Staatsgründung oder nur kurz danach getroffen. Jene aber, welche im Osten geblieben waren, standen nun vor der Alternative, sich entweder am Wegräumen der Hindernisse auf dem vorerst noch holprigen Weg zum Sozialismus zu beteiligen und dabei die „Mühen der Ebene“ in Kauf zu nehmen oder dem von Bourgeois und Junkern befreiten Teil Deutschlands den Rücken zu kehren. Viele wollten nicht auf das Reifen der sich erst im Ansatz zeigenden Früchte warten und waren des Irrglaubens, „auf der anderen Seite“ würden ihnen diese prall und saftig in den Schoß fallen. Hinzu kam die Vorstellung nicht weniger Abtrünniger, bei ihrem Schritt handle es sich ja gar nicht um einen Frontenwechsel, da sie doch nur „von Deutschland nach Deutschland“ gegangen seien.

Abgesehen von Menschen, die aus familiären oder anderen privaten Motiven, aber auch aus Verdrossenheit über unsensible Entscheidungen von Staatsorganen und einzelnen Funktionären die DDR verließen, erfolgte die „Abstimmung mit den Füßen“ ganz überwiegend aus materiellen Beweggründen. Das verhielt sich übrigens nach 1989/90 nicht anders, als zwei Millionen Deutsche vom durch die Treuhand ausgepowerten Osten in den Westen übersiedelten.

Ein hoher Prozentsatz jener Fachleute, welche sich schon bald nach dem Krieg absetzten, wurde durch im Osten enteignete, im Westen aber weiterbestehende Konzerne, denen komplette Listen ihrer früheren „Mitarbeiter“ vorlagen, gezielt abgeworben. Unter denen, die sich in die Büsche schlugen, waren nicht wenige Bauern. Sie wollten sich den seit Anfang 1960 flächendeckend bestehenden Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften entziehen, trafen diese Entscheidung in erster Linie aber deshalb, weil ihnen die BRD-Behörden bei Verlassen der DDR hohe Abfindungen für ihr „durch die Kommunisten entrissenes Hab und Gut“ in Aussicht stellten.

Ich melde mich hier als Zeitzeuge zu Wort. Ab August 1956 war ich Staatsanwalt im mecklenburgischen Güstrow. Jeden Morgen lag der neueste Rapport des Volkspolizeikreisamtes auf meinem Tisch. Seit dem Frühjahr 1961 gab es in diesem Bericht eine besondere Rubrik: Dort wurden die Namen und Tätigkeiten sämtlicher Personen aufgeführt, die sich in den vorangegangenen 24 Stunden in den Westen abgesetzt hatten. Daraus war zu ersehen, daß sich die Lage bedrohlich zuzuspitzen begann. Die Medien der BRD – allen voran der RIAS und der SFB, die bereits den konterrevolutionären Putschversuch vom 17. Juni 1953 „publizistisch begleitet“ hatten – übernahmen wiederum den entscheidenden Part. Abermals ging es um das Schüren einer Massenpsychose. Und einmal mehr wurde die Destabilisierungskampagne geheimdienstlich gesteuert. Nicht weniger gefährlich als der „Brain-Drain“ – das systematische Abziehen hochqualifizierter und dringend benötigter Spezialisten – waren die Bestrebungen, ein ökonomisches Ausbluten der DDR herbeizuführen. Dazu diente vor allem der willkürlich in die Höhe getriebene Wechselkurs von D-Mark zu Mark der DDR. Enorme Beträge bei Westberliner Wechselstuben für einen Bruchteil ihres tatsächlichen Wertes erworbener DDR-Zahlungsmittel gelangten auf diese Weise in die Hände von Spekulanten, die am Kalten Krieg Unsummen verdienten. Überdies kam es zu einem beispiellosen Ansturm auf die „spottbilligen“ Waren und Dienstleistungen im Osten, was die Wirtschaft der DDR spürbar belastete.

Die Untergrabung der politischen und ökonomischen Stabilität des im Warschauer Vertrag verankerten sozialistischen deutschen Staates, bei der eine Eskalation bis zum heißen Krieg nicht mehr ausgeschlossen werden konnte, war von der sich immer mehr zuspitzenden Konfrontation der beiden Weltsysteme nicht zu trennen. Die imperialistische Strategie, die Westberlin als „Pfahl im Fleische der DDR“ (Ernst Reuter) eine besondere Rolle zugeordnet hatte, zielte auf eine radikale Veränderung des Kräfteverhältnisses zuungunsten des Sozialismus ab.

Was 1989/90 geschah, wurde erstmals 1953 erprobt und sollte schon 1961 zur Durchbrechung der westlichsten Verteidigungslinie der sozialistischen Staatengemeinschaft führen. Dabei preschte der deutsche Imperialismus am weitesten vor, während sich Präsident John F. Kennedy einen gewissen Realitätssinn bewahrte, als er die dann vom Warschauer Pakt ergriffenen Maßnahmen nüchtern zur Kenntnis nahm und auf zunächst angedrohte militärische Aktivitäten der Vereinigten Staaten verzichtete. Offenbar stellte der Chef der US-Administration dabei die Tatsache in Rechnung, daß die Vabanque-Spieler in Bonn und Westberlin im Ergebnis der buchstäblich über Nacht vollzogenen Abriegelung der Frontstadt und der nachfolgenden Errichtung einer „Mauer“, mit der das bis dahin bestehende Leck abgedichtet wurde, an ihre Grenzen gestoßen waren.

Nicht ohne Grund sprach die DDR vom antifaschistischen Schutzwall, gegen den fortan die schwarz-braune Flut brandete. Die „Mauer“ – das zweifellos häßlichste, zugleich aber wichtigste Bauwerk in der Geschichte der DDR – trug bei allen Belastungen für die von der plötzlichen Trennung betroffenen Menschen ganz wesentlich

zur Entspannung der Lage in und um Berlin sowie zur Stabilisierung des europäischen Friedens bei. Zugleich entstanden mit der Schließung der eingangs erwähnten „zweiten Tür“, die fortan eine prokapitalistische Option ihrer Bürger unterband, günstigere Bedingungen für eine erfolgreiche Fortsetzung des sozialistischen Aufbaus in der DDR. Dabei sollen negative Aspekte, die sich aus der nun eingetretenen Situation ergaben, keineswegs in Abrede gestellt werden.

Nachdem die Tore der zuvor für uneinnehmbar gehaltenen Festung Sowjetunion unter Gorbatschow von innen entriegelt worden waren, um „Trojanische Pferde“ in beliebiger Zahl einzulassen, konnte auch der DDR-Abschnitt der Front sozialistischer Staaten Europas nicht auf Dauer gehalten werden. In letzter Minute zur Entlastung der äußerst angespannten Situation geöffnete Ventile wie das zwar beschlossene, aber zur Fiktion verurteilte Reisegesetz vom November 1989 blieben wirkungslos, zumal es ja auch in Ostberlin einen angeblichen Zufallstäter gab, der von einer dubiosen Pressekonferenz aus – gewissermaßen

per Knopfdruck – die Integrität der DDR zum Spielball ihrer Gegner gemacht hatte.

Fünfzig Jahre nach der antifaschistischen, Frieden und Sozialismus beschirmenden Großtat vom 13. August 1961, die ohne den rabiatischen Ansturm des BRD-Imperialismus nicht notwendig gewesen wäre, schwelgen die antikomunistischen Mauerspechte, einstigen Maulwürfe und journalistischen Kanalaratten im Taumel ihres Triumphes über das vor 21 Jahren durch die Konterrevolution zu Fall gebrachte sozialistische Deutschland. Inbrünstig stimmen sie ihre zur Siegeshymne erklärte Kakophonie an. Geschenk! Uns Kommunisten und Sozialisten können die „Jubiläums“-Tiraden des Klassenfeindes nicht aus dem politisch-ideologischen Gleichgewicht bringen. So grüßen wir am 50. Jahrestag des historischen Geschehens alle standhaft gebliebenen Angehörigen der DDR-Grenztruppen, vor allem aber jene Genossen, welche sich – durch die Rachejustiz der BRD verurteilt – weder ihren Eid noch ihren Schneid abkaufen ließen.

Nr. 163, August 2011

Marx contra Rothschild

Karl Marx und Baron Rothschild waren Juden. Der eine entdeckte mit dem Mehrwert das Wesen des Kapitalverhältnisses und die Grundlage der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Der Clan des anderen, der bis 1901 in Deutschland operierte und dann von London und Paris aus die koloniale Expansion Englands und Frankreichs vorantrieb, war und ist das Kapital selbst. Schon daraus wird ersichtlich, daß es die Juden ebensowenig gibt wie die Deutschen, die Japaner, die Brasilianer oder die Sudanesen. Zwischen Marx und Rothschild klafft ein Abgrund. Sie stehen sich auf der sozialen Barrikade als Feinde gegenüber. Für Kommunisten und Sozialisten gibt es keine nationale Frage ohne Klasseninhalt. Unser Internationalismus beruht nicht auf „allgemein menschlichen Werten“ oder dem spontanen Bedürfnis, „die ganze Welt zu umarmen“. Er ist eindeutig klassenkonturiert. Nicht ohne Grund spricht man seit den Tagen des kommunistischen Manifests vom proletarischen Internationalismus. Im übertragenen Sinne „umarmen“ wir die Arbeiter und andere Ausgebeutete aller Länder, streben wir deren Vereinigung über Sprachbarrieren und nationale Schranken, Hautfarben- und Rassenunterschiede hinweg an, wollen aber mit der Bourgeoisie und den übrigen Ausbeutern weder im eigenen Land noch anderswo etwas zu tun haben. Unser Kampf, der immer Klassenkampf ist, richtet sich weltweit gegen die Feinde des Proletariats.

Dabei ist eines klar: Wir verabscheuen jede Form von Chauvinismus und Rassismus, von nationaler Ignoranz und Arroganz.

Deshalb stehen wir in der vordersten Reihe des Widerstandes gegen faschistoide Ideologien wie Antisemitismus und Antiislamismus, die sogar Kreise erfaßt haben, welche sich selbst als „rot“ bezeichnen. Warum duldet die SPD den Protagonisten des Ausländer- und Rassenhasses Thilo Sarrazin in ihren Reihen, ganz

abgesehen von den „Wertkonservativen“, unter denen Leute dieses Schlages Legion sind?

Bei der Benennung von Schuldigen an Völkermordverbrechen kommt es stets auf Exaktheit an. Auschwitz war kein „deutscher Genozid“, sondern eine Ausgeburt der faschistischen Herrschaftsform des Kapitalismus in Deutschland, das Massaker im südvietnamesischen My Lai keine isolierte Untat „der Amerikaner“, sondern der Amoklauf vertierter Söldner im Dienste des Monopolkapitals der Vereinigten Staaten.

Andererseits retteten deutsche Kommunisten und andere Antifaschisten das jüdische Buchenwald-Kind, das sich „nackt unter Wölfen“ befand, vor der physischen Vernichtung. Niemand von uns bestreitet – nach all dem, was geschehen ist – das gleichberechtigte Existenzrecht des Staates Israel und eines Palästinenserstaates, dessen auch von „westlicher Seite“ heuchlerisch befürwortetes Entstehen bisher durch diese verhindert worden ist. Eine Gesundung der politischen Lage in der Region erfordert die entschiedene Zurückweisung der rassistischen Ideologie des zeitgenössischen Zionismus.

Wer stellt eigentlich die gravierende Tatsache in Rechnung, daß Araber – also auch die durch Israel drangsalieren und in Gaza ghettoisierten Palästinenser – wie die Juden Semiten sind? Das, was in und um Gaza geschieht, ist daher ein antisemitisches Verbrechen, für das Israels Staatsführung die Verantwortung trägt. Anders ausgedrückt: Die fanatischsten Antisemiten findet man derzeit im Kabinett Netanjahu, das wir in keiner Weise mit dem jüdischen Teil der Bevölkerung Israels gleichsetzen. Dabei gilt unser solidarischer Gruß den Juden und Arabern in den Reihen der KP Israels sowie allen Antirassisten im Lande. Angesichts dieses Sachverhalts muß gefragt werden, was es mit der sogenannten Antisemitismus-Entschließung der PDL-Bundestagsfraktion, die einer starken Minderheit oktroyiert wurde, auf sich hat. Offensichtlich erfolgte dieser Beschluß unter massivem Druck einer in der Linkspartei

inzwischen einflußreichen und keineswegs auf BAK Shalom beschränkten prozionistischen Israel-Lobby. Deren Wortführer versuchen in zunehmendem Maße die PDL von ihrem bewährten Friedenskurs abzubringen. Die von der Parteibasis überwiegend zurückgewiesene und daher bereits taktisch veränderte „Antisemitismus-Resolution“, zu der es wegen der klaren Haltung der PDL in dieser Frage keinerlei Veranlassung gab, war nichts anderes als ein Ausdruck prinzipienlosen Zurückweichens vor der aggressiven Unverfrorenheit mit ultradeutschen Leitkultur-Anhängern gespickter anderer Fraktionen des Hauses. Als besonders schmachvoll erwies sich dabei das Einknicken in Sachen „Gaza-Flottille“, die 2010 unter Beteiligung

beherzter Abgeordneter der Linksfraktion dringend benötigte Hilfsgüter nach Palästina gebracht hatte und das auch 2011 tun wollte. Manche fragen sich, ob der Berliner US-Botschafter hier seine Hand im Spiel gehabt haben könnte. Das Internetportal Wikileaks hatte vor geraumer Zeit eine durch ihn nach Washington gesandte Notiz über ein Gespräch des Diplomaten mit dem PDL-Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi ins Netz gestellt.

Kehren wir zum Ausgangspunkt zurück: Den Antisemitismus als eine auf dem Boden des Kapitalismus wuchernde Ideologie im Marxschen Sinne wirksam schlagen zu wollen, hat die entschlossene Attacke auf die Rothschilds zur Voraussetzung.
Nr. 164, September 2011

Zwei unter einem Dach

In diesem Monat stellt die Partei Die Linke (PDL) auf der Beratung ihres obersten Gremiums in Erfurt – dort tagte im Oktober 1891 auch die deutsche Sozialdemokratie zu August Bebels und Wilhelm Liebknechts Zeiten – wichtige programmatische Weichen. Als von Parteien unabhängige marxistische Zeitschrift mischen wir uns bekanntlich aus Prinzip nicht in die Angelegenheiten anderer Linker ein, stellen aber die Tatsache in Rechnung, daß die PDL derzeit die einflußreichste antifaschistisch-demokratische Kraft und die größte Friedenspartei des Landes ist. Obwohl sie keine systemverändernde Rolle spielt, besitzt ihr Handeln durchaus Gewicht, auch wenn sie sich bereits vor Jahren in SPD-geführte Landesregierungen hat einbinden lassen. Die PDL verfügt über eine zahlenmäßig starke Bundestagsfraktion und spielt derzeit – in einer hinteren Reihe – im Bundesrat mit. All das dürfte Grund genug sein, sich für ihre weitere Entwicklung und ihr politisches Profil zu interessieren, zumal ein bedeutender Teil sowohl unserer Leser als auch der Mitglieder des RF-Fördervereins zum engeren oder erweiterten Spektrum der PDL gehört.

Die Partei Die Linke hat ihre Programmdebatte mit einem Kompromißpapier eingeleitet und dürfte sie wohl auch mit einem Kompromiß zwischen ihren konträren Tendenzen zum Abschluß bringen.

Wir haben wiederholt antikapitalistische Formulierungen dieses Dokuments, dessen Entwurf von Vertretern divergierender PDL-Strömungen ausgearbeitet wurde, den RF-Lesern nahegebracht, uns aber zugleich von anderen Passagen distanziert und das Fehlen unverzichtbarer Aussagen oder Wertungen bedauert.

Ein dem RF verbundener namhafter Leipziger PDL-Genosse machte uns mit der Ansicht vertraut, seine Partei bestehe ja eigentlich aus zwei Parteien. Dabei hatte er nicht ihre Verschmelzung aus PDS und WASG im Auge, sondern ließ sich bei dieser Lageeinschätzung von der Überzeugung leiten, daß die PDL in eine linkssozialistische und eine in rechtssozialdemokratischen Gewässern navigierende Gruppierung zerfalle. Bei deren unverkennbarer Hinwendung zur SPD spiele das Forum Demokratischer Sozialismus (fds) die Rolle des Registers. Doch die einen wie die anderen befänden sich

derzeit „unter einem Dach“. Dieses Urteil eines Insiders scheint den Nagel auf den Kopf zu treffen. Tatsächlich begegnet man in der PDL und ihrem Umfeld Verfechtern von Standpunkten, die sich wie Feuer und Wasser voneinander unterscheiden. Dabei muß man natürlich die Tatsache in Betracht ziehen, daß Mitglieder wie Anhänger der Partei – ihre Kommunistische Plattform, der parteinahe Jugendverband solid, die Studentenorganisation SDS und eine Anzahl aktiver Zirkel sind hier ausgenommen – Marx und Engels, von Lenin ganz zu schweigen, seit vielen Jahren nicht mehr zu Rate gezogen haben. Das führte auch bei erfahrenen Mitstreitern zu ideologischen Substanzeinbußen.

Um so aner kennenswerter ist es, daß sich nicht wenige Genossen ihren klaren Blick und eine eindeutige Klassenoption zu bewahren vermochten. Offenbar wollte Oskar Lafontaine gerade auf die geschilderten Defizite aufmerksam machen, als er sich in die Rednerliste einer Konferenz unter dem Motto „Marx-is-muss“ eintragen ließ.

Manche schrillen Töne aus höheren PDL-Etagen auf Länder- wie auf Bundesebene haben bei vielen der Sache treuen Genossen und Stammwählern ein zunehmendes Gefühl der Beklommenheit hervorgerufen. Immer öfter wird die Frage gestellt, was wohl werden soll, wenn die „alte Garde“ im Osten, die den Sozialismus in der vom Feind umlauerten und keineswegs fehlerlos geführten DDR allen Stürmen zum Trotz jahrzehntelang aufgebaut, gestaltet und verteidigt hat, in absehbarer Zeit nicht mehr zur Verfügung steht. Denn stromlinienförmige Anpasser und karrierebewußte Aufsteiger haben bereits etliche Schlüsselpositionen in ihren Besitz gebracht oder befinden sich in den Startlöchern, um weitere lukrative Posten zu ergattern. Scheinsozialisten dieses Schlages verhehlen nicht, daß sie auf eine „biologische Lösung“ warten, um die „linkssozialistische Partei“, von der unser Leipziger Freund sprach, loswerden zu können. Leuten vom fds-Kaliber steht augenscheinlich der Sinn nach einer Liaison mit der SPD auf antikommunistischer Grundlage. Mit anderen Worten: nach einem „Vereinigungsparteitag“ unter umgekehrten Vorzeichen. Allerdings ist das insofern eine Rechnung ohne den Wirt, als es auch unter jüngeren PDL-Mitgliedern in

West wie Ost weiterhin zum Kampf für sozialistische Ziele Entschlossene gibt, die sich wohl kaum widerstandslos an die Wand drücken lassen.

Zwei Parteien unter einem Dach? Die These unseres Leipziger Professors scheint zu stimmen. Ein Grund mehr für alle standhaft gebliebenen Sozialisten und Kommunisten in der PDL, die Augen offenzuhalten. Ihnen

wünschen wir die erfolgreiche Verteidigung des auch durch sie repräsentierten reichen Erbes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung auf dem Erfurter Parteitag und in aller Zukunft. Möge das Vermächtnis von August Bebel und Wilhelm Liebknecht in ihnen weiterleben!
Nr. 165, Oktober 2011

Über die „Gags“ der Gacks

Ein Erlebnis aus Kindertagen – damals war ich neun – hat sich mir besonders tief eingeprägt: Im Mai 1942 ließ der faschistische Propagandachef Joseph Goebbels im Berliner Lustgarten eine antikommunistische Horrorshow abziehen, bei der selbst für NS-Verhältnisse ungewöhnlich dick aufgetragen wurde. Es handelte sich um die durch ins Auge springende Plakate landesweit beworbene Ausstellung „Das Sowjetparadies“. Das dort gezeigte „Beweismaterial“ war vor allem durch Experten der NS-Propagandakompanien (PK) aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten der Sowjetunion herangeschleppt worden. Die Gruselstory ging den durch Nazi-Wochenschauen und unablässige Sondermeldungen der Reichssender abgerichteten Durchschnittsdeutschen gehörig unter die Haut. Eine so hohe Dosis antikommunistischer Injektionen schien kaum noch überbietbar zu sein!

Doch gemacht! Inzwischen stehen Leute wie der sich ständig am eigenen Geifer verschluckende ZDF-Kriegsberichterstatler Ulrich Gack, der mal von der afghanischen, mal von der libyschen „Front“ der NATO im Goebbels-Stil zu „informieren“ weiß, den entsprechenden Spezialisten des „Dritten Reiches“ kaum nach. Solche mit Schaum vor dem Mund agierenden Profi-Hetzer gewisser BRD-Medien stellen diese fast noch in den Schatten.

Jenen Ausstellungsmachern, welche einst „Das Sowjetparadies“ kreierten, wurde übrigens eine gebührende Antwort erteilt. Ganze Abschnitte des „antibolschewistischen“ Lügentempels gingen in Flammen auf. Zehn Mitglieder der Widerstandsgruppe des Jungkommunisten Herbert Baum setzten den Komplex bei Tageslicht an sieben Stellen in Brand. Das war ein Fanal mit weltweitem Widerhall!

28 Männer und Frauen – durch Verrat in die Hände der Gestapo gefallen – starben unter dem Fallbeil, Herbert Baum „wählte“ den „Freitod“. Die Großtat im Lustgarten ging für immer in die Geschichte des Antifaschismus und der deutschen Arbeiterbewegung ein. Heute bricht sich die neue Welle dieser trüben Flut hierzulande in einem ebenso pathologischen wie grotesken Antikommunismus Bahn. Dabei besteht ihr schmutziger Schaum vor allem in rüden Verunglimpfungen der DDR. Offensichtlich verfolgt die 1989/90 erdrosselte Republik der Arbeiter und Bauern deren kapitalistische Klassenfeinde noch immer in ihren Wach- und Alpträumen.

Mit der Bewältigung der damals erlittenen schweren Niederlage und der Neuformierung kommunistisch-sozialistischer

Kräfte befaßt, sollten wir uns des Löwenmuts solcher Kämpfer wie Herbert Baum und seiner Mitstreiter erinnern und daraus Kraft schöpfen.

Doch nicht allein wir stützen uns auf Leitbilder aus der eigenen Geschichte. Auch die Antikommunisten besitzen solche und können sich auf diese berufen. Schon 1852 – nur vier Jahre nach dem Erscheinen des Manifests von Marx und Engels – begann mit dem Kölner Kommunistenprozeß die heilige Hetzjagd auf ein außer Kontrolle geratenes „Gespenst“. Gut ein Jahrhundert später – im August 1956 – folgte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe dem Kölner Beispiel, indem es dem Antrag des mit Altfaschisten wie dem antisemitischen Schreibtischmörder Globke durchsetzten Adenauer-Kabinetts entsprach, die KPD zu verbieten. Die Partei der antifaschistischen Helden und Märtyrer wurde erneut in die Illegalität gezwungen. Durch die Verfolgung und Einkerkelung Tausender und aber Tausender Kommunisten im zwölften Jahr nach dem Sieg der Alliierten über Hitlers Schreckensregiment outete sich die BRD als ein in brauner Wolle gefärbter Staat des deutschen Imperialismus. Er kann es sich zur Unehre anrechnen, daß das infame Urteil gegen die KPD bis heute fortbesteht.

Unter dem SPD-Kanzler Brandt folgte ihm eine Welle von Berufsverboten, die dafür sorgten, daß Kommunisten weder als Lehrer noch als Lokführer, noch als Briefträger tätig sein durften. So sieht die vielgepriesene „politische Kultur“ im kapitalistischen Deutschland tatsächlich aus! Während rot in den meisten Ländern Westeuropas als ganz normale Farbe gilt, werden Rotgebliebene im Rechtsstaat BRD diskreditiert, diskriminiert und den Gacks der Medien zum Fraß vorgeworfen. Wenn etliche Zeitgenossen den derzeitigen Faschisierungsprozeß in der BRD noch nicht hinreichend durchschauen, dann liegt das vor allem daran, daß traditionelle Attribute der Nazi-Diktatur wie Hakenkreuz, SA, SS, Konzentrationslager und Holocaust im modifizierten Erscheinungsbild fehlen. Gewiß gibt es nach wie vor die ungeschminkten Faschisten der NPD und die Schlägerkolonnen stupider Stiefelnazis, die zur Einschüchterung linker und demokratischer Kräfte sowie „für alle Fälle“ in Bereitschaft gehalten werden. Doch das derzeitige Kräfteverhältnis zwingt die kapitalistischen Magnaten und deren politische Marionetten vorerst nicht dazu, die von ihnen bevorzugten „Glacéhandschuhe“ auszuziehen. Die momentane Schwäche und Zersplitterung der Linken, die für das System nicht einmal im Augenblick seiner schwersten Existenzkrise

eine Bedrohung darstellen, besonders aber das mangelnde Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft gestatten es ihm, einstweilen auf härtere Bandagen zu verzichten und das scheidemokratische Mäntelchen anzubehalten, während die radikale Rechte zugleich ihren „Marsch durch die Institutionen“ ungehindert fortsetzen kann.

Die in großen Teilen Europas und ganz besonders in der von ihrem Nazi-Erbe belasteten BRD weiter vorschreitende Faschisierung ist in erster Linie an der Virulenz des Antikommunismus meß- und erkennbar. Es ist hohe Zeit, zur Gegenoffensive anzutreten und den „Gags“ der Gacks den Boden zu entziehen!

Nr. 166, November 2011

Wer stranguliert die Griechen?

Während meiner Tätigkeit als die portugiesische Revolution begleitender ND-Korrespondent mußte ich erleben, daß unser Lissabonner Quartier nicht nur von Wohlmeinenden angesteuert wurde. So instruierten wir die Kinder, in unserer Abwesenheit keine Unbekannten einzulassen. Doch als wir eines Tages nach Hause kamen, umringten sie in der „Sala“ freudig einen Fremden. „Das ist ein alter Krieger aus Athen“, verkündete die knapp sechsjährige Susanne. Thanassis Georgiu hatte sich auf die durch einen Türschlitz an ihn gerichtete Frage, wer er denn sei, als „alter Grieche aus Athen“ vorgestellt. Da er sich bereit erklärte, den Kindern ein Märchen zu erzählen, wurde ihm die Tür geöffnet.

Der seit über sechs Jahrzehnten in Berlin lebende heute 97jährige symbolisiert die besten Traditionen seiner hellenischen Heimat: Ein Veteran der Griechischen Demokratischen Armee, hatte Thanassis nach deren Niederlage Ende der 40er Jahre politisches Asyl in der DDR erhalten. Zunächst Journalist der Nachrichtenagentur ADN, ist er seit „einer Ewigkeit“ Berliner Korrespondent der Athener Tageszeitung „Rizospastis“ – des Organs der KKE. Die drei Buchstaben stehen für eine besonders gestählte Abteilung der internationalen kommunistischen Bewegung: die über beachtlichen Masseneinfluß verfügende und der Gewerkschaftszentrale PAME starke Impulse verleihende KP Griechenlands. Nach der Niederlage der Volksarmee im Grammos-Massiv nahm die DDR auch viele hundert Kinder von Genossen auf. Sie waren vor dem konterrevolutionären Terror in Sicherheit gebracht worden. Ich erinnere mich noch genau daran, mit welcher Wärme und Herzlichkeit wir sie in unsere Arme schlossen.

Hellas – das war für uns zunächst der Widerstandsheld Manolis Glezos, der die Hakenkreuzfahne der Nazi-Okkupanten von der Akropolis heruntergerissen hatte. Zur Zeit des griechischen Monarcho-Faschismus erfuhren wir Schreckliches über Makronissos und andere KZ-Inseln in der Ägäis. Verzweifelt und erfolglos kämpften wir um das Leben des zum Tode verurteilten ZK-Mitglieds der KKE Nikos Belojannis. Damals waren die kommunistischen Parteien nur in vier Ländern Europas verboten: in Hellas, in Franco-Spanien, im Portugal Salazars und in der „freiheitlich-demokratischen“ BRD.

In jenen Jahren ging der Name eines einzigartigen Künstlers um die Welt: Mikis Theodorakis. Seine eingängigen Lieder wurden sofort zur Folklore, die Vertonung von Pablo Nerudas Großem Gesang war eine Kampfansage des Griechen an Chiles Pinochet-Faschisten. Als im April 1967 über Athen die sieben Jahre wütende

Schreckensherrschaft der Schwarzen Obristen hereinbrach, begann eine neue Periode besonders grausamer Verfolgung aller Demokraten. Zu jenen aber, welche schon zuvor auf Makronissos Schwerstes hatten erdulden müssen, gehörte KKE-Generalsekretär Harilaos Florakis. Als ich Mitte der 80er Jahre DDR-Volkskammerpräsident Horst Sindermann nach Athen begleiten durfte, saß ich dem legendären Arbeiterführer im Parlamentsgebäude gegenüber. Absolvent eines humanistischen Gymnasiums, wo Homers Ilias und Odyssee im Originaltext gelesen wurden, ließ ich die imposante Geschichte der Griechen vor meinem geistigen Auge Revue passieren. Ich dachte an Sokrates, Aristoteles, Plato, Aischylos und Heraklit, dessen berühmtes Wort „Alles fließt“ zum Grundstein der Dialektik wurde.

Hellas – das Land des zur Sonne strebenden Prometheus – ist heute Spielball finsterner Mächte des Kapitals, reaktionärer Politiker und profaner Politikaster. Beim Inszenieren der modernen griechischen Tragödie sind selbst die Merkels und Sarkozys nicht mehr als Regieassistenten, während der den Euro „beschirmende“ Finanzmagnat Jean-Claude Juncker aus dem territorial zwerghaften Luxemburg in diesem Orchester den Taktstock schwingt. Eine willige Athener Kollaboranten-Truppe unter dem Großbankier Papadimos soll den Hellenen, die unter Brüssels „Rettungsschirm“ im Regen stehen, jetzt die Würgeschlinge noch fester um den Hals ziehen.

Wie der antike Brandstifter Herostratos einst den Diana-Tempel auf der Akropolis ansteckte, um wenigstens so in die Geschichte einzugehen, bereiten sich auch Brüssels Bankrotteure auf neue Herostratentaten vor. Sie erwägen ungeniert, in das Boot der Euro-Zone hineingeretzte schwächere Nationalstaaten im Falle weiteren „Versagens“ wieder über Bord zu werfen.

Das Elend Athens ist zugleich ein Offenbarungseid der EU. Denn nicht den Griechen angedichtetes eigenes Unvermögen, sondern das ihnen übergestülpte Euro- und Europa-Projekt der tonangebenden imperialistischen Mächte hat die Nachfahren der größten Kulturnation der Antike in derartige Bedrängnis gebracht. Ohne Brüssel gäbe es heute in und um Hellas kein solches Gezeter. Manolis Glezos und Mikis Theodorakis haben das in ihrem dringlichen Appell an die Völker der Welt unterstrichen. Doch die Augen jener, welche Griechenland auf ihre Speisekarte gesetzt haben, sind größer als deren Mägen. So wird aus Triumphgebrüll am Ende Katzenjammer. Immerhin: Die Banken haben ihr Schäfchen ins trockene gebracht.

Man sollte indes nicht verkennen, daß mit der Verschärfung der innenpolitischen Konfrontation zwischen sich wehrenden Massen und staatlichen Repressionsorganen ein neuer Rückgriff auch auf „Schwarze Obristen“ nicht ausgeschlossen werden kann. ährend andere sich darauf kaprizieren, weitere „Tranchen“

ihrer „Rettungspakete“ lockerzumachen oder festzusetzen, setzen wir auf die Kraft der griechischen Werktätigen: Ihre Generalstreiks haben gezeigt, daß der kämpferische Geist unseres „alten Kriegers aus Athen“ in dessen Heimat nicht erloschen ist.

Nr. 167, Dezember 2011

Von Condor zu Kundus

Als ich 1941 die 3. Klasse der Volksschule in Berlin-Dahlem besuchte, kursierte in Nazi-Deutschland ein „Bestseller“. Er wurde vom Goebbelschen Reichspropagandaministerium zu einem „Muß für jeden Deutschen“ erklärt. Im Mittelpunkt des als Augenzeugenbericht aufgemachten Buches eines gewissen Fritz von Forell stand Werner Mölders, das As der für ihren Beitrag zum Sieg der falangistischen Mörderbanden Francos über die Spanische Republik gefeierten Legion Condor. Das Elaborat trug den Titel „Mölders und seine Männer“. Dem später höchstdekorierten Jagdflieger der Göringschen Luftwaffe – sie hatte nicht nur die Auslöschung des baskischen Städtchens Guernica und seiner Einwohner auf dem Gewissen – stand noch ein anderer „Meister der Feder“ zur Seite: Hitlers Starliterat Werner Beumelburg, der beflissene Chronist des zur „Niederwerfung der Roten“ auf die iberische Halbinsel entsandten braunen Expeditionskorps. In seinem Spanien-Report nennt Beumelburg aufschlußreiche Zahlen über die für Franco fliegenden faschistischen Banditen: „Die nationale Luftwaffe bestand aus 98 Maschinen der Legion Condor, 134 Maschinen der Italiener und 146 Maschinen der Spanier ... Die Kampfgruppe der Legion Condor umfaßte 40 He 111, die Sturzkampf-kette drei Ju 87, die Jagdgruppe 45 Me 109 ...“

Zu jenen, welche damals dem Bombenhagel der Legion Condor ausgesetzt waren, gehörte auch unser Autor, Freund und Genosse Fritz Teppich. Der heute 93jährige diente zunächst in einer baskischen Einheit und war dann ein blutjunger Stabsoffizier der republikanischen Armee. Das Zeugnis des wohl einzigen noch lebenden deutschen Spanienkämpfers ist von historischem Wert. Wie Fritz Teppich begaben sich ab November 1936 – vor nunmehr 75 Jahren – Zehntausende Kommunisten, Sozialisten und andere Humanisten aus aller Welt, darunter ein großes Kontingent den Naziverfolgern entronnener deutscher Antifaschisten, in die vorderste Verteidigungslinie der Demokratie und des Friedens auf europäischem Boden. Die meisten von ihnen ahnten wohl bereits, daß die Schlachten am Ebro und am Jarama nur Vorgefechte des großen, am Ende von der Roten Armee der Sowjetunion und den anderen Mächten der Antihitlerkoalition gelöschten Weltbrandes waren.

Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus setzten die einen wie die anderen im nun geteilten Deutschland ihren Weg konsequent fort. Während im antifaschistisch-demokratischen und später sozialistischen Osten – der DDR – mutige Verteidiger der Spanischen Republik wie Ludwig Renn, Willi Bredel und Eduard Claudius auch zu literarischem Ruhm gelangten, übernahm mit Heinz

Hoffmann der einstige Kommandeur des legendären Thälmann-Bataillons die Leitung des Verteidigungsministeriums. Andere Interbrigadisten wie Richard Stahlmann trugen beim Aufbau der Schutz- und Sicherheitsorgane des guten Deutschland hohe Verantwortung.

Auch der kapitalistische Westen – die BRD – setzte auf „erfahrenes Personal“. So stellte die Bundesluftwaffe notorische Killer aus der Legion Condor ohne Skrupel an ihre Spitze. Zu ihnen zählte General Johannes Trautloft. Einst Jagdflieger in Spanien, brachte er es bis zum Stabschef seiner Waffengattung. Überdies benannte die Bundeswehr eine Kaserne nach Mölders.

Beumelburg verkündete nach dem Abzug der Intervention vom Territorium der durch deutsche und italienische Faschisten vor der Kulisse westlicher „Nichteinmischung“ erschlagenen Spanischen Republik: „Aber die Legion Condor wird niemals aufhören zu leben, wo immer Deutsche ihr Vaterland lieben und bereit sind, dafür zu kämpfen und zu sterben: Ihre Gefallenen sind eingegangen in die heilige Halle, in der Deutschland seine Söhne versammelt, die für seine Größe und seinen Bestand starben.“ Könnten diese in gespreiztem Herrenmenschendeutsch formulierten Phrasen – so oder ähnlich – nicht auch beim Begräbnis in Afghanistan verheizter Angehöriger der Legion Kundus gesprochen worden sein? Spielen dort nicht als „Einsatzkräfte“ bezeichnete Legionäre – zwar unter US-Ägide, aber durchaus auch im Sinne eigener „Wertvorstellungen“ – erneut mit „Condor“-Karten? Beumelburg wußte genau, was kommen würde: „Die Zeit war nicht mehr fern, in welcher das Vaterland sie zu noch größeren Taten aufrufen würde.“

Inzwischen bereitet man sich auch in Berlin auf „noch größere Taten“ vor. „Die Frage nach dem Einsatz unserer Streitkräfte dürfte in Zukunft wohl häufiger gestellt werden“, erklärte Merkels Kriegsminister Thomas de Maizière gegenüber der Zeitschrift „Internationale Politik“, die gerne für Ankündigungen dieser Art benutzt wird. Zu den „kleinen Kriegen“ rechnet ein dort ebenfalls publizierender Oberstleutnant im Generalstab der Bundeswehr die „Bekämpfung von Aufständischen“. Um was es sich dabei handelt, hat der seinerzeitige Kommandeur der Legion Kundus unter Beweis gestellt. Pardon wird nicht gegeben! De Maizières jüngste Parole lautet übrigens: „Militärische Mittel sind äußerstes, nicht aber letztes Mittel.“

Auf das Erscheinen des neuen Bestsellers „Klein und seine Männer“ darf man gespannt sein.

Nr. 168, Januar 2012

Hans Heinz Holz lebt in uns weiter

Bedeutender Philosoph, klassenkämpferischer Kommunist und warmherziger Mensch

Das Jahr 2011 war für uns nicht nur unter dem Aspekt großer oder kleiner Politik, sondern auch in menschlich-persönlicher Hinsicht kein gutes Jahr. Es hat der großen „RotFuchs“-Familie herbe und unersetzbare Verluste gebracht. Einige unserer Besten sind für immer von uns gegangen, auch wenn sie über den Tod hinaus – im übertragenen Sinne – auf ewig bei uns bleiben. Vor kurzem erst haben wir Walter Ruge in Potsdam zu Grabe getragen und in der Feierhalle des Alten Friedhofs noch einmal die so herrlich jung klingende Stimme des 96jährig Gestorbenen vernommen – er hatte seine letzten Worte selbst auf Band gesprochen.

Nur drei Tage später erreichte uns eine andere Hiobsbotschaft. Sie kam aus San Abbondio im Tessin – der italienischen Schweiz. Silvia Holz-Markun wollte ihren Schmerz mit uns teilen. Sie ließ uns wissen, daß ihr Mann, unser geliebter und verehrter Hans Heinz, tags zuvor, am 11. Dezember, von seinem schweren Leiden erlöst worden ist.

Der Verlust ist besonders bitter, haben wir dadurch doch nicht nur einen marxistischen Philosophen von internationalem Rang und einen exemplarischen Kommunisten, sondern auch einen überaus warmherzigen Menschen verloren. Sein Tod reißt eine große Lücke in unsere Reihen.

Führen wir uns einige Kapitel aus dem Leben und Werk unseres Genossen vor Augen.

Der 1927 Geborene wurde 1933, als sich die braunen Banditen Deutschlands bemächtigt hatten, in Frankfurt am Main eingeschult. „So standen meine frühen Kindheitsjahre unter dem Eindruck der pathetischen Inszenierung nationalen Großmachtgehaves“, schilderte Hans Heinz vor Jahren eine Situation, die uns aus der Gegenwart nicht unbekannt ist. Nach dem Pogrom vom 9. November 1938, bei dem ein der Familie verbundener jüdischer Arzt totgeschlagen wurde, begann der Heranwachsende immer offener Haß auf das Nazi-Regime zu empfinden.

1943 schloß er sich einer Gruppe junger Hitlergegner an. Bei der Gestapo denunziert, wurde er festgenommen und für einige Monate in Untersuchungshaft gehalten. Doch Hans Heinz hatte Glück im Unglück. Sein Zellen-genosse, ein nur wenig älterer, aber bereits mit marxistischem Wissen ausgerüsteter Kommunist, vermittelte ihm erste Einsichten.

Schon als 15jähriger las Hans Heinz Werke der klassischen deutschen Philosophie. Von Kant über Hegel kam er zu Marx. Während des Philosophiestudiums zunächst in Frankfurt, dann in Mainz bewährte er sich auch als Initiator der ersten Studentenvertretung (AStA) und Mitbegründer einer KPD-Hochschulgruppe. Zugleich begann er als Journalist für linke Blätter zu schreiben. Im Laufe der Jahre wurde er ein angesehener Kunst- und Theaterkritiker. Seine Entwicklung zum Hochschullehrer fiel in die Zeit des enormen Aufschwungs der Studentenbewegung in der BRD. Damals, Ende der 60er

Jahre, wurde die Forderung „Marx an die Uni!“ erhoben – und der Marxist Hans Heinz Holz geriet dabei in die engere Wahl. Nach einer Gastprofessur an der Berliner Freien Universität lehrte er, der dem zunächst in Leipzig tätigen Philosophen Ernst Bloch besonders verbunden gewesen war, acht Jahre in Marburg, wo er an der Seite Wolfgang Abendroths, Helmut Ridders und anderer fortschrittlicher Gelehrter gegen die Notstandsgesetze in den Kampf zog. 1979 folgte er dem Ruf an die niederländische Reichsuniversität Groningen. Auch nach der Emeritierung führte er seine wissenschaftlich-publizistische Tätigkeit uneingeschränkt fort, wobei er sich stets als Kommunist zu erkennen gab. Mehr als das: Er setzte Zeichen, als andere die rote Fahne sinken ließen und ins ideologische Niemandsland flüchteten. Seine in den 90er Jahren im Neue-Impulse-Verlag der DKP erschienenen Schriften „Kommunisten heute“, „Niederlage und Zukunft des Sozialismus“ und „Sozialismus statt Barbarei“ waren Leuchtfeuer für eine zwar geschwächte, sich aber allmählich wieder sammelnde Bewegung. Hans Heinz reiste durch das Land, um die Genossen zu ermutigen. Er hielt Vorträge, schrieb für die „Marxistischen Blätter“, gründete die besonders unter Philosophen geschätzte Zeitschrift „Topos“, äußerte den Wunsch, in den Autorenkreis des „RotFuchs“ aufgenommen zu werden, veröffentlichte grandiose Artikel in der „jungen Welt“, initiierte die Herausgabe der Zeitschrift „Theorie & Praxis“ (T & P), um die sich heute Marxisten-Leninisten, vor allem aus der DKP, sammeln und erwarb auch als Mitglied der Leibniz-Sozietät – sie steht in der Nachfolge der Akademie der Wissenschaften der DDR – hohes Ansehen. Zu Ehren seines 80. Geburtstages veranstaltete diese im Senatssaal der Berliner Humboldt-Universität ein hochkarätig besetztes Kolloquium. Dort sah man so enge Freunde des Jubilars wie den Italiener Domenico Losurdo und den Portugiesen José Barata Moura – zwei Koryphäen der marxistischen Philosophie.

Hans Heinz, der zuvor fünf Bände „Dialektik. Problemgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart“ veröffentlicht hatte, setzte am Ende seines Lebens noch eins drauf. Er veröffentlichte das dreibändige Monumentalwerk „Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie“. Jeder einzelne Titel spricht Bände: „Von Hegel zu Marx“; „Die Klassiker der III. Internationale“ und „Aurora und die Eule der Minerva“.

Zum Schluß dieses trotz aller Trauer optimistischen Nekrologs möchte ich als jemand, der das Privileg genoß, ein persönlicher Freund des großen Mannes und Silvias, die als renommierte Journalistin nicht minder mit der Sprache umzugehen weiß, gewesen zu sein, eine private Reminiszenz hinzufügen: Als wir vor Jahren Hans Heinz und Silvia in San Abbondio besuchten, drehten sich unsere Gespräche im hoch über dem Lago Maggiore gelegenen Haus der beiden um die Frage: Wie geht es mit den Kommunisten in Deutschland und aller Welt

weiter? Noch brannten die Wunden der Niederlage des Sozialismus in Europa, doch die Flut der Konterrevolution – dessen waren wir gewiß – würde die Fundamente unserer Weltanschauung niemals hinwegspülen

können. Dafür hat Hans Heinz Holz – der Philosoph und Klassenkämpfer – mit seinem fast 85jährigen Leben beispielgebend Tag für Tag gebürgt.

Nr. 168, Januar 2012

Ausgefuchst und eingefuchst

Ausdauer und Beharrungsvermögen sind auch im linken Journalismus eine elementare Voraussetzung für Durchsetzungskraft und Erfolg. Wer schnell die Flinte wieder ins Korn wirft, gerät rasch in Vergessenheit. Der „RotFuchs“ tritt mit dieser Ausgabe in das 15. Jahr seines Erscheinens ein. Die Weimarer Republik bestand vergleichsweise nicht mehr als 14 Jahre. Da neuere „Generationen“ von RF-Lesern kaum etwas über unsere Anfänge wissen dürften, wollen wir ihnen die Geschichte kurz erzählen:

Als wir auf den Gedanken kamen, eine solche Zeitschrift herauszugeben, suchten wir natürlich zunächst nach einem Titel, der zündend, aber nicht abgegriffen sein sollte. Uns gefiel die Verbindung von füchsischer Schlaueit und roter Färbung. Der unvergessene DDR-Grafiker Arno Fleischer begab sich daraufhin in den Berliner Tierpark, um ein geeignetes „Wappentier“ für den Kopf des RF an Ort und Stelle zu porträtieren.

Die Nr. 1 der damals noch um etliche Seiten schwächeren, auf einem giftigen Dunst erzeugenden Kopiergerät hergestellten, schon bald in der Wohnung von Kurt und Lena Andrä per Hand gehefteten und dort auch zum Versand vorbereiteten Zeitschrift erschien Anfang Februar 1998. Die Startauflage betrug nicht mehr als 200 Exemplare. Das schmale Blättchen wurde zunächst durch die DKP-Gruppe Berlin Nordost, die in stürmischen innerparteilichen Zeiten für klare marxistisch-leninistische Positionen stand, herausgegeben. Damals spendierten uns engagierte Genossen aus Ratingen in NRW für den schweren Anfang benötigte Mittel. Um die Zeitschrift begannen sich schon bald Aufrechte zu sammeln.

Zu ihren ersten Autoren gehörten der nicht nur vom Klassenfeind angefallene Fernsehpublizist Karl-Eduard von Schnitzler – unser „Kled“ – und „Topas“, der einstige DDR-Kundschafter im Brüsseler NATO-Hauptquartier Rainer Rupp, der seine Korrespondenzen aus einer Saarbrückener Gefängniszelle übermitteln mußte. Zum „Team des Aufbruchs“ zählten auch die marxistischen Professoren Ulrich Huar, Erich Buchholz, Eike Kopf und Werner Roß sowie Dr. Kurt Gossweiler. Uns auf das engste verbunden waren der Dichter und Dramatiker Peter Hacks, der Maler Walter Womacka, die Schriftsteller Dieter Noll, Günter Görlich und Gerhard Bengsch sowie der Schauspieler Eberhard Esche. Dieser notierte in seinem Buch „Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen“, er rechne nach dem (leider allzu früh eingetretenen) Ableben fest mit einem Nachruf des „RotFuchs“. Der RF ist froh, mit Erik Neutsch seine eigene „Spur der Steine“ ziehen und der Solidarität Armin Stolpers gewiß sein zu können. Zweieinhalb Jahre waren vergangen, als 2001 eine Abkopplung des RF von der DKP, deren damalige

Führungsmehrheit das in ihren Augen zu linkslastige Blatt nicht länger unter ihrem Dach behalten wollte, erfolgen mußte. Der nunmehr parteipolitisch ungebundene RF, der Mitstreiter aus mehreren linken Formationen sowie Nichtorganisierte dieses Spektrums vereinte, wurde somit auf eine breitere Grundlage gestellt. Er wählte bereits damals die anspruchsvolle Unterzeile „Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland“.

Herausgeber der Zeitschrift war nun der von einer Handvoll Enthusiasten im Karower Garten von Annemarie und Frank Mühlefeldt gegründete und heute etwa 1550 Mitglieder zählende RF-Förderverein. Nach Überwindung eigener sektiererischer Schwächen, die ihren Gegnern und Feinden in die Hände spielten, sowie der Abwehr von Versuchen, die Zeitschrift politisch-ideologisch ins „Ghetto“ zu sperren und damit schmalbrüstiger zu machen, wurde der RF auch für neue Leserschichten attraktiv. Als Richtschnur redaktionellen Handelns betrachteten wir zunächst das Ziel, Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Grundlage zusammenzuführen. Dieser Rahmen erwies sich aber bald als zu eng. Heute besteht unsere Leserschaft nicht nur aus zahlreichen weiterhin standhaften Genossinnen und Genossen, die in der DDR an verschiedenen Abschnitten Verantwortung trugen, dem Sozialismus treu gebliebenen Basisaktivisten und Funktionären der Linkspartei sowie Mitstreitern aus DKP und KPD. Auch Gewerkschafter, Studenten und andere junge Leute unter den etwa 35 000 Downloadern unserer Internet-Ausgabe sowie einstige Angehörige aller fünf DDR-Blockparteien und Kampfgefährten aus dem antifaschistisch-demokratischen Lager gehören dazu. Der Anruf eines Hamburger Genossen, der sich unlängst als „Urgestein der hanseatischen SPD“ vorstellte und gleich mehrere RF-Exemplare für seinen Freundeskreis orderte, bildet inzwischen ebensowenig eine Ausnahme wie jene Protestantin aus Sachsen, welche unser Blatt vor allem auch deshalb in ihr Herz geschlossen hat, weil man – in ihren Worten – „Jesus nur lieben kann, wenn man zugleich Kommunist ist“.

Das beachtliche Feld bereits profilierter und immer neuer Autoren sowie die ständig wachsende Zahl den RF mit wertvollen Informationen, Meinungsäußerungen, Anregungen und kritischen Bemerkungen versorgender Leserbriefschreiber hat unserer Zeitschrift Profil und Prestige verliehen. Nicht wenige Bezieher lassen uns wissen, daß sie das Blatt stets mit Sehnsucht erwarten und von vorne bis hinten lesen, wobei sie auf der letzten Seite nun schon seit vielen Jahren die ausdrucksvollen Grafiken Klaus Parches betrachten können. Außer

solchen sehr früh zum RF gestoßenen Autoren wie Wolfgang Clausner, einst stellvertretender Chefredakteur des „horizont“, dem bereits verstorbenen Journalisten Walter Florath und der ebenfalls von uns gegangenen Isolda Bohler, dem profunden Italienkenner Dr. Gerhard Feldbauer, dem Hamburger Antifaschisten Werner Hoppe, dem evangelisch-lutherischen Theologen Peter Franz, unserem „Dekan der Historiker“ Prof. Horst Schneider, den beiden „Porträtmalern“ Günter Freyer und Dieter Fechner, dem großartigen Filmemacher Rudi Kurz, dem ebenso leisen wie aussagekräftigen Prof. Georg Grasnack, dem draufgängerischen Dr. Bernhard Majorow, dem ideenreichen Hans Horn und Archie-Erfinder Manfred Hocke veröffentlichten inzwischen auch viele andere Sachkundige, darunter Träger bekannter Namen, Artikel im RF. Genannt seien hier nur die Kommunisten Herbert Mies und Willi Gerns sowie die prominenten PDL-Politiker Oskar Lafontaine, Christine Buchholz, Ulla Jelpke und Sahra Wagenknecht. Wir sind stolz darauf, daß sich der unlängst verstorbene herausragende marxistische Philosoph Prof. Hans Heinz Holz mit unserer Zeitschrift auf das engste verbunden hat. In unserem Gedächtnis lebt auch der standhafte Kommunist und RF-Autor Walter Ruge weiter, den wir am 9. Dezember in Potsdam zu Grabe getragen haben. Unsere langjährige Australien-Korrespondentin Dr. Vera Butler, der afghanische Universitätsdozent Dr. Matin Baraki, die in Frankreich lebende Literaturwissenschaftlerin Prof. Heidi Urbahn de Jauregui und unser lieber polnischer Freund Prof. Zbigniew Wiktor stehen – um nur einige zu erwähnen – fest an unserer Seite.

Hier verdienen auch unsere Poeten und künstlerischen Mitarbeiter mit ihren dem Dienstalder nach als deren „Doyens“ zu bezeichnenden Wegbereitern E. Rasmus und Heinz Herresbach anerkennende Erwähnung. Sie und nicht zuletzt die Internetverantwortliche, die beiden Genossinnen des Redaktionssekretariats, der Korrektor, der Gestalter, die über 40 in Vertrieb und Versand wirkenden „RotFüchse“, von denen wir nur Sonja Brendel als deren Urgestein hervorheben wollen, und unser leider erkrankter früherer Vertriebsleiter Armin Neumann sind ebenfalls zu würdigen. Seit 2001 stellt die bewährte Mannschaft der Druckerei Bunter Hund

unser kleines und zugleich großes Blatt, das derzeit rund 30 000 ständige Leser in der BRD sowie Bezieher in 39 anderen Staaten erreicht, verlässlich her. Alle Beteiligten – so auch unsere 32 Regionalgruppen – haben dafür gesorgt, daß man den RF inzwischen ebenfalls als weithin bekannten „bunten Hund“ bezeichnen kann. Noch ein Wort zu unserer Position: Wir lassen uns weder in das seichte Gewässer politischer Beliebigkeit ziehen, noch sind wir von dem Gedanken „Viel Feind, viel Ehr“ beseelt, sondern halten unser Pulver für jene trocken, die auf der gegnerischen Seite der Klassenbarrikade stehen. Wenn wir uns bisweilen gezwungen sehen, auch anderen den Kopf zu waschen, dann bedeutet das keineswegs, daß der eigene Kopf von kritischer und selbstkritischer Wäsche verschont bleiben sollte.

Als der RF ganz am Beginn seiner Entwicklung stand, gaben unser damaliger Vertriebsleiter Kurt André und dessen Frau ihre Privatschrift als Redaktionsadresse an. Nach einem Umzug teilten sie ihren veränderten Wohnsitz der Leserschaft auf dem Versandkuvert mit, woraufhin bei ihnen folgende Gratulation einging: „Herzlichen Glückwunsch zum neuen Redaktionsgebäude.“ So weit haben wir es allerdings auch nach 14 Jahren noch nicht gebracht. Doch unser Arbeitsplatz in der Berliner Rheinstraße befindet sich nur wenige hundert Meter von jener zum Karlshorster Museum umgestalteten einstigen Heerespionierschule der Nazi-Wehrmacht entfernt, in deren Räumen Anfang Mai 1945 Hitlers später in Nürnberg gehenkter Generalfeldmarschall Keitel vor dem sowjetischen Marschall Shukow bedingungslos kapitulieren mußte. Kein schlechter Ort für ein rotes Blatt bei starkem Gegenwind, will uns scheinen.

Zum Abschluß noch ein Vorschlag für das 15. Jahr des RF: Wenn jeder Bezieher der Print-Ausgabe 2012 auch nur einen neuen Interessenten für den „RotFuchs“ – heute bereits die meistverbreitete marxistische Monatsschrift in Deutschland – gewinnen würde, wäre das eine gewaltige Stärkung unseres Potentials, zu der sicher auch manche Internet-Leser beitragen könnten.

Eine ausgefuchste Idee Eingefuchster? Mag sie jene, welche uns im Visier haben, fuchsteufelswild machen!

Nr. 169, Februar 2012

Plädoyer für 365 Frauentage

Nach einem vierjährigen Jurastudium an der Berliner Humboldt-Universität wurde ich im Spätsommer 1956 – noch nicht 24 – Staatsanwalt in Güstrow. Da es damals allenthalben an Hochschulabsolventen fehlte – man hatte ja die im Westen weiterhin den Ton angegebenden Nazi-Juristen bei uns samt und sonders abserviert –, wurden wir sehr früh ins „kalte Wasser“ geworfen. In dieser bewegten Zeit mußte ich fast jeden Tag nach Abschluß der Beweisaufnahme ein Plädoyer halten. Viele hundert solcher kurzen oder auch längeren Vorträge mögen es insgesamt gewesen sein. Seit über 50 Jahren dieser Tätigkeit entwöhnt, will ich hier

ausnahmsweise noch einmal den Versuch eines Plädoyers wagen. Dabei geht es nicht um das Erwirken eines Schuld- oder Freispruchs. Ich plädiere dafür, daß man bei uns statt nur eines Internationalen Frauentages 365 – in Schaltjahren sogar 366 – Tage des Kampfes für die Gleichberechtigung der Frau einführen sollte. Auf der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz, die im August 1910 in Kopenhagen zusammentrat, engagierten sich die deutschen Sozialistinnen Clara Zetkin und Käthe Duncker für einen weltweiten Frauentag, der erstmals am 19. März 1911 in vier Staaten – Dänemark, Deutschland, der Schweiz und Österreich-Ungarn –

begangen wurde. Später entschied man sich für den 8. März. Auf der 2. Internationalen Konferenz kommunistischer Frauen, die 1921 in Moskau stattfand, war von der bulgarischen Delegation ein entsprechender Vorschlag unterbreitet worden. Nach einer anderen Version soll Lenin dem Wunsch Alexandra Kollontais und ihrer Mitstreiterinnen Rechnung getragen und den 8. März zum Internationalen Frauentag auserkoren haben. So viel zur Vorgeschichte.

Wie verhielt es sich nun mit der Gleichstellung beider Geschlechter im Alltag der zwei sich wie Feuer und Wasser voneinander unterscheidenden deutschen Republiken? In der DDR wurde der 8. März offiziell feierlich begangen und inoffiziell nicht nur von Frauen auch entsprechend begossen. Als kleinen Abstecher in die Grotteske empfanden es vor allem Außenstehende, wenn sich für einen Tag weißbeschrzte Chefs als Kellner betätigten und den Frauen ihres jeweiligen Umfeldes jeden Wunsch von den Lippen abzulesen bemüht waren. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern war in der DDR nämlich nicht nur proklamiert und in der Verfassung wie in speziellen Gesetzen verankert worden, sondern erwies sich auch zunehmend als Normalität. Vom besonderen Dekor am 8. März einmal abgesehen, gab es tatsächlich 365 Tage im Jahr, die staatlicherseits vom Geist der Gleichberechtigung erfüllt waren. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß alte Denk- und Verhaltensmuster vielfach noch fortbestanden. Für die Gesellschaft als Ganzes galt indes: An jedem Tag des Jahres konnte die dem Sozialismus wesenseigene Frauenbefreiung aufs neue erlebt und verinnerlicht werden.

Manche qualifizierten Berufe befanden sich sogar mehr oder weniger fest in femininer Hand. Tausende und aber Tausende Leiter kleiner, mittlerer und großer Kollektive wie ungezählte Helden der Produktion trugen keine Männernamen. In Frauen-Sonderklassen wurde – neben der Universitäts- und Hochschulausbildung – dafür gesorgt, daß es an befähigten und kenntnisreichen weiblichen Fachleuten nicht mangelte.

So bedurfte es in der DDR weder einer Frauenquote, die eigentlich nur als Hilfsinstrument unter Bedingungen nicht abgesicherter Gleichberechtigung dient, noch einer der Sprache von Goethe, Schiller, Heine und Marx abträglichen „Feminisierung“. Neuerdings hier und dort übliche groteske Zungenverrenkungen wie „die beiden deutschen RevolutionärInnen und InternationalistInnen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg“ waren daher nicht in Mode.

Die DDR hatte alle einst nur im Westen und heute in der „erweiterten“ BRD fortbestehenden Ursachen auf sozialer und materieller Ungleichheit beruhender Frauendiskriminierung beseitigt. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ war ehernes Gesetz. Während auf der unteren und mittleren Leitungsebene beide Geschlechter quantitativ wie qualitativ etwa gleich stark vertreten waren, gab es „weiter oben“ neben einer Tendenz zur Vergreisung auch offenkundige Schwierigkeiten mit einer Einschränkung des dort bestehenden Männerübergewichts. Das galt insbesondere für das SED-Politbüro und den Ministerrat, wo man sich bisweilen auf Vorzeigefrauen beschränkte.

In der BRD, die mit ihrer kapitalistischen Vielfalt farbenfroher Fassaden und dadurch verdeckter düsterer

Realitäten vor mehr als zwei Jahrzehnten auch über frühere DDR-Bürger hereingebrochen ist, gäbe es ebenfalls gute Gründe für 365 Frauentage im Jahr. Allerdings handelt es sich hier um einen täglich zu führenden Kampf gegen die nach wie vor alle Bereiche der Gesellschaft durchdringende Frauenbenachteiligung. Darüber kann auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß an der Spitze des imperialistischen deutschen Staates in Person der Pastorentochter Angela Merkel eine inzwischen mit etlicher Routine ausgestattete Politikerin steht. Vom Abitur über das Physikstudium, die Zusatzausbildung in der UdSSR und die nicht auf Guttenbergsche Art erlangte Doktorwürde bis zu einer viele Perspektiven eröffnenden Tätigkeit bei der Akademie der Wissenschaften hat sie – heute eine machtbesessene BRD-Karrierefrau – ihre Aufstiegschancen im wesentlichen der vielgeschmähten DDR zu verdanken.

Auch wenn es Finsterlinge beiderlei Geschlechts gibt, sollte man sich lieber die Lichtgestalten unter den Frauen ins Gedächtnis rufen. Da denkt man zuerst an Clara und Rosa, aber auch an die von den deutschen Faschisten hingerichtete sowjetische Partisanin Soja Kosmodemjanskaja, an die 1947 von der Tschiang-Kai-schek-Soldateska niedergemähte chinesische Jungkommunistin Liu Hulan, an die in Bernburg der „Euthanasie“ zum Opfer gefallene Olga Benario-Prestes, an die in Ravensbrück ermordete Katja Niederkirchner, an die von Gendarmen erschossene junge portugiesische Streikführerin Catarina Eufémia, an die tapfere Französin Raimonde Dien, die sich auf die Schienen legte, um einen für Indochina bestimmten Waffentransport zu blockieren, an Angela Davis, die Heldin des „anderen Amerika“, und an Chiles unvergessene Gladys Marin. Viele andere Frauen verdienen es, in dieser Reihe ebenfalls genannt zu werden. Ich möchte mein Plädoyer mit der Darstellung eines sehr persönlichen Erlebnisses aus dem Kriegsjahr 1942 abschließen. Damals wurde – bei strenger Rationierung – in deutschen Geschäften an meist vom Hunger gezeichnete Zwangsarbeiter aus Polen und der Sowjetunion nichts Eßbares abgegeben.

Als Zehnjähriger begleitete ich meine Mutter beim Einkauf in eine Berliner Bäckerei, als ein junger Mann mit dem aufgenähten Erkennungszeichen „Ost“ das Steglitzer Geschäft betrat, Geld auf den Tisch legte und um Brot bat. Die Bäckerfrau warf ihn unter wüsten Beschimpfungen hinaus. Da kaufte meine Mutter rasch ein Weizenbrot, suchte den Abgewiesenen im Eilschritt einzuholen und steckte ihm blitzschnell das gerade Erworbene zu. Für mich war das eines der prägendsten Erlebnisse meiner Kindheit und die wohl tiefste Erinnerung an die dann 1948 selbst der Hunger-Tbc zum Opfer Gefallene. Vielleicht paßt auch die zuletzt geschilderte Episode zum Frauentag, für dessen überall in der kapitalistischen Welt mit Füßen getretene Ideale wir 365 Tage im Jahr Stunde um Stunde in den Kampf ziehen sollten.

Nr. 170, März 2012

Wulff unter Wölfen

Von meinen Prinzipien abweichend möchte ich mich ausnahmsweise einmal für einen politischen Gegner „ins Zeug legen“. Er wurde nämlich unfairerweise vom eigenen Wolfsrudel angefallen, obwohl er sich völlig artgerecht verhalten hat. Denn Vorteilsnahme gilt unter Bourgeois als Routine. Auch Vertuschung, wenn man sich durch besonderes Ungeschick bei der Spurenverwischung eine Blöße gegeben hat.

Ich finde es einfach unanständig, wie der gestürzte BRD-Präsident von den eigenen Artgenossen zum allgemeinen Fußabtreter erklärt wurde, obwohl er sich doch ganz im Sinne der Moralvorstellungen seiner Klasse bewegt hat. So ein „Häuschen“ wie jenes, bei dessen Errichtung reiche Kreditgeber dem Bauherrn mal rasch mit einer halben Million aus der Klemme halfen, besaßen in der DDR – zu weitaus günstigeren Konditionen – die meisten Handwerksmeister und viele LPG-Bauern.

Weitaus gravierender scheinen mir – wenn schon von Missetaten die Rede ist – Wulffs „Engagement“ am Afghanistan-„Theater“, wie die Amerikaner Kriegsschauplätze zu bezeichnen pflegen, und seine diffamierenden Äußerungen zur DDR. Die hat der Expräsident, den die niedersächsische Justiz eines Verstoßes gegen die Strafgesetze bezichtigt, nämlich „verbrecherisch“ genannt. Die vom SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel zur Schau gestellte Empörung – in seiner Pauschalkritik an der Kanzlerpartei sparte er Angela Merkel auffälligerweise aus – ist nicht mehr als eine schlecht in Szene gesetzte Schmierkomödie. Der vom Exbundeskanzler und heutigen Konzernmagnaten Gerhard Schröder protegierte Schulmeister aus Wulffs Niedersachsen träumt doch lediglich davon, bei möglichst vorgezogenen Bundestagswahlen mit der CDU ins Koalitionsbett zu steigen und dann mit Merkel unter einer Decke zu stecken.

Daß Wulff von der eigenen Partei nach seiner gewisse Einblicke gewährenden Lindauer Rede vom 24. August 2011 den Wölfen zum Fraß vorgeworfen und trotz des ebenso hohen wie hohlen Amtes, das er bekleidete, zum Spucknapf bourgeoiser Medien wurde, ist ein sicheres Indiz: Offensichtlich gibt es in der CDU weiter rechts stehende Kräfte mit erheblichem Einfluß, die den Präsidenten ausbooten wollten. Oder sagte man Wulff und meinte in Wahrheit Merkel, die ihn erfunden und damit einen Konkurrenten aufs tote Gleis geschoben hatte? Denn auch die derzeit „mächtigste Frau Europas“ besitzt kompromißlose Widersacher im eigenen Lager. Leute wie Abrißminister Ramsauer, der das Berliner Marx-Engels-Denkmal schleifen oder zumindest verstecken möchte, der forsche Generalssohn und Kriegsminister de Maizière sowie der faschistoide CSU-Hexenjägermeister Dobrindt, der unverhohlen auf ein Verbot der Partei Die Linke drängt, konnten sich gewiß ein wenig blasses und zaghaftes Staatsoberhaupt als den vergleichsweise zahm-zivilen Amtsinhaber a. D. vorstellen.

Zu den Einpeitschern der Anti-Wulff-Kampagne gehörte neben der „Bild“-Zeitung, deren auf Schlammschlachten spezialisierter Chefredakteur

den ersten Mann im Staate wie seinen Volontär behandelte, auch das von Beginn an CDU-gesteuerte ZDF. Dessen Macher und Moderatoren ließen keine Gelegenheit aus, den bisherigen Hausherrn im Schloß Bellevue Tag für Tag mehr vorzuführen.

So weiß jetzt alle Welt, daß die Monopolmedien nicht – wie immer behauptet – nach Legislative, Exekutive und Gerichtsbarkeit die vierte, sondern vielmehr die erste Gewalt im „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat“ BRD sind.

Durch die jedes Maß sprengende Treibjagd auf den Präsidenten sollten zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Erstens ging es darum, den bereits abgewrackten antikommunistischen Großinquisitor Gauck wieder aus der Versenkung zu holen und als von „Bild“ gestylten „Präsidenten der Herzen“ auf den Schild zu heben. Zweitens wurde ein gigantisches Ablenkungsmanöver angeschoben, um die zu jener Zeit alles überlagernde Verquickung der bundesdeutschen Nazi-Szene mit dem rechtsäugig blinden Verfassungsschutz aus Schlagzeilen und von Bildschirmen zu verdrängen. Da kam die vergleichsweise harmlose „Affäre Wulff“ gerade recht. So blies man bourgeoises Normalverhalten zum Riesenskandal auf und gab das Staatsoberhaupt für den Abschluß frei.

Und einen weiteren Aspekt sollte man im Auge behalten: In aller Stille beginnt sich – nach dem Aus für die Dilettanten- und Wichtigtuerpartei FDP – eine neue politische Kraft zu formieren, bei der die wirklich Mächtigen Regie führen. Ex-Unternehmerverbandspräsident Hans-Olaf Henkel, der von ihm selbst in die Welt gesetzte Gerüchte eifrig dementiert, ist wohl mehr als der Träger des Namens einer bekannten Waschmittelmarke. Er weiß so „verlässliche Leute“ wie den früheren BDI-Geschäftsführer Merz sowie die „Sozialdemokraten“ Clement und Sarrazin in seiner Nähe. Auch aus der Ecke des Herrn Koch dürfte es nicht an Komplizen und Komparsen fehlen. Jene aber, die jetzt eine neue Platte auflegen, steuern noch weit schrillere und schlimmere Töne zur antikommunistischen Kakophonie bei, als wir sie bisher gehört haben.

Nr. 171, April 2012



Über die Gründung der Zeitschrift „RotFuchs“, deren erstaunliche Entwicklung seither und die Ursachen ihres Erfolges

Unsere Isolation gehört der Vergangenheit an

Interview mit Dr. Klaus Steiniger in der „jungen Welt“ vom 18./19. Februar 2012

Klaus Steiniger (geb. 1932), studierte Jura, arbeitete als Staatsanwalt, Bürgermeister und im Außenministerium der DDR. Von 1967 bis 1992 war er Redakteur des „Neuen Deutschland“ und Auslandskorrespondent. 1972 war er beim Prozeß gegen Angela Davis, von 1974 bis 1979 in Portugal. Er ist Buchautor und seit der Gründung der nicht-parteilichen, linken Monatszeitschrift „RotFuchs“ 1998 deren Chefredakteur.

„junge Welt“: Als der RotFuchs im Februar 1998 das erste Mal erschien, muß dem ja einiges vorausgegangen sein, z.B. die Überlegung, was man mit einer solchen Zeitung will und an wen sie sich richten kann.

Die Welt sah in Teilen noch etwas anders aus als heute: Die Bundesrepublik hatte noch nicht die Horrorregierung von SPD und Grünen mit „Neuer Mitte“, Angriffskriegen gegen Jugoslawien und Afghanistan und schließlich „Agenda 2010“ einschließlich Hartz IV. Die Berliner S-Bahn fuhr noch verhältnismäßig regelmäßig, die PDS hieß noch PDS, die Arbeitslosenstatistiken wurden zwar schon gefälscht, aber nicht derart unverschämt wie heute, von Krise keine Spur. Gut acht Jahre nach dem Ende der DDR fand sich der Kapitalismus weitgehend in Ordnung, Marx und Lenin waren nicht nur von Norbert Blüm für endgültig tot erklärt. Wer kommt da auf die Idee, eine linke Monatszeitung zu gründen?

Ganz einfach: Wir hatten nicht eine solche Zeitung im Auge, wie sie sich später entwickelt hat. Die ursprüngliche Idee war, für die inzwischen innerparteilich recht bekannte Parteigruppe Berlin-Nordost der DKP ein Blatt zu schaffen. Es gab ja schon damals einen Richtungsstreit unter Kommunisten. Unsere Gruppe setzte sich zum Ziel, marxistisch-leninistische Positionen und das positive Erbe der DDR zu verteidigen. Wir konzipierten den RotFuchs mit einer sehr niedrigen Startauflage von etwa 200 Exemplaren. Er wurde in unserer Wohnung mit einer Technik hergestellt, die nicht heutigen Maßstäben entsprach. Andere Genossen hefteten die Zeitung dann bei sich zu Hause und verschickten sie.

Die Gruppe Berlin-Nordost hatte etwa 30 Mitglieder, doch zu ihren Veranstaltungen kamen manchmal 200 Interessierte. Es ging um eine Kampfposition gegen Auffassungen, die von zentristischen Kräften in der Führung der PDS sowie von ähnlich Denkenden in der DKP vertreten wurden. Die Zeitung war eine Antwort auf bestimmte rechte Positionen im Rahmen der Linken.

Wir hatten die Vorstellung, innerhalb der DKP einiges bewirken zu können, traten zum Beispiel auf Pressefesten der DKP-Wochenzeitung „Unsere Zeit“ auf, manchmal in recht stürmischer Atmosphäre, aber wir erhielten

zunehmend Unterstützung. Wir hatten von Beginn an sehr interessante Autoren: Einer war der langjährige DDR-Fernsehkommentator Karl-Eduard von Schnitzler, der nicht nur von Rechten angegriffen wurde. Der Dichter Peter Hacks, der Schauspieler Eberhard Esche, später der Maler Walter Womacka, die Schriftsteller Erik Neutsch, Armin Stolper, Dieter Noll, Günter Görlich und Gerhard Bengsch, der Regisseur Rudi Kurz sowie viele andere namhafte Persönlichkeiten ergriffen für uns Partei. Zu den ersten Autoren zählte Rainer Rupp, der frühere Kundschafter bei der NATO. Er schrieb aus der Gefängniszelle in Saarbrücken. Wir waren sehr froh, daß er uns mit seinem Wissen und seiner Erfahrung half.

Dann haben wir plötzlich gehört, man wolle die Zeitung schließen und mich als den verantwortlichen Redakteur politisch kaltstellen. Daraufhin wurde in einer DKP-Versammlung gegen zwei oder drei Stimmen beschlossen, den RotFuchs fortan als parteiunabhängige Publikation erscheinen zu lassen. Das führte dazu, daß die Zeitung auf eine breitere Grundlage gestellt werden konnte, das war 2001.

In dem Jahr, in dem auch der RotFuchs-Förderverein gegründet wurde?

Wir brauchten ein neues Dach und sind dann Schritt für Schritt von einer – heute würde ich es so sehen – in manchen Fragen etwas linkssektiererischen Position weggekommen.

Inwiefern linkssektiererisch?

Wir hatten inzwischen erkannt, daß es nicht nur auf Kommunisten, sondern auch auf Sozialisten ankommt, auf die Zusammenarbeit beider.

Daher der Untertitel des RotFuchs „Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland“?

Der kam mit der Gründung des Fördervereins, vorher stand dort „Zeitung der DKP Berlin-Nordost“. Sie fand übrigens im Garten von Annemarie und Frank Mühlefeldt in Berlin-Karow mit kaum 20 Leuten statt, heute hat der Förderverein 1550 Mitglieder. Er hat eine sehr solide Struktur von 32 Regionalgruppen, zu denen mittlerweile auch etliche Lesergruppen kommen. Sie entstehen überall, diskutieren über die Zeitung oder laden sich Gesprächspartner ein. Ich war z. B. vor kurzem im nordthüringischen Sollstedt, wo großer Andrang herrschte. Dorthin kamen Leser aus einem weiten Umkreis. Es gibt Regionalgruppen, die Monat für Monat Veranstaltungen auf hohem Niveau ausrichten, andere müssen das noch lernen. Wir beschäftigen uns damit, die wissenschaftliche Weltanschauung, den Marxismus, zu verbreiten – mit möglichst sachkundigen

oder bekannten Referenten. Jüngst sprach z. B. die Vorsitzende der DKP, Bettina Jürgensen, in unserer Rostocker Regionalgruppe.

Seit 2001 wird der RotFuchs in der Berliner Druckerei „Bunter Hund“, wo wir gute Freunde besitzen, hergestellt. Dort begannen wir nach drei Jahren mit einer Auflage von 1100 Exemplaren. Jetzt liegt sie zwischen 11 000 und 12 000. Nach dem gebräuchlichen Umrechnungsschlüssel für Presseerzeugnisse gehen wir von 30 000 Lesern aus, obwohl es in Wirklichkeit wesentlich mehr sein dürften. Der RotFuchs wandert nämlich in Gruppen der PDL von Hand zu Hand. Das schließen wir aus der Post, die uns aus diesen erreicht. So wird mitgeteilt, die Zeitung sei gerade auf einer Basisgruppenversammlung diskutiert worden. Die Auflage erhöht sich weiter, obwohl wir viele Leser aus biologischen Gründen verloren haben. Zunächst orientierten sich vor allem alte Genossen, die eng mit der DDR verbunden waren, auf den RotFuchs. Inzwischen lesen ihn auch Angehörige anderer Generationen, z. B. im Internet.

Am 1. Januar hatten wir dort 38 000 Zugriffe, das war der bisherige Tagesrekord. Die Wirkung des Internet spüren wir auch in der Leserpost. Im Monat gehen bis zu 200 Wortmeldungen ein, von denen wir jeweils etwa 35 verkürzt bringen. Das ist etwas kompliziert. Übrigens: In Redaktion und Vertrieb geschieht so gut wie alles ehrenamtlich, allein mit dem Verschicken beschäftigen sich 40 Genossinnen und Genossen. Was zu bezahlen ist, finanzieren wir durch Spenden – zum größten Teil kleinere Beträge, doch insgesamt beachtliche Summen. Wir verschicken den RotFuchs an Leser in 39 Ländern. Von dort kommen interessante Rückmeldungen. Die spektakulärste erreichte uns vom stellvertretenden Innenminister Namibias, der uns wissen ließ, er habe in der DDR studiert, seine Schwester im Heim für Kinder von Kämpfern der namibischen Befreiungsorganisation SWAPO im Kreis Güstrow gearbeitet. Überdies habe ihm der frühere DDR-Botschafter in Simbabwe die RotFuchs-Lektüre empfohlen. In unserer Postmappe befinden sich ständig Briefe aus Ländern aller Kontinente.

Der RotFuchs wird von einigen linken Zeitgenossen mit Geringschätzung betrachtet – klein, schwach, DDR-versessen, dogmatisch etc. Wie sehen Sie das Profil der Zeitung?

Der RotFuchs ist heute eine Zeitschrift, die sich im linken Spektrum etabliert hat. Wir haben uns aus dem Ghetto, in dem wir uns – auch durch eigene Schuld – befanden, befreit. Sektiererische Fehler gehören der Vergangenheit an. Wir verfahren nicht nach der Parole „Viel Feind, viel Ehr“, sondern haben ein sehr breites Leserspektrum weit über Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch hinaus. Da sind linke Christen, auch Pfarrer, namhafte Theologen wie Gerd Wendelborn oder Peter Franz gehören zu unseren Autoren. Wir erhalten Post und Anrufe auch von linken Sozialdemokraten, vor allem aus den westlichen Bundesländern. Erst jüngst sprach ich mit einem Telefonpartner aus Hamburg, der sich als hanseatisches sozialdemokratisches Urgestein vorstellte und darum bat, die Zeitung auch seinem Freundeskreis zugänglich zu machen. Die Zeiten, in denen wir isoliert waren, isoliert wurden oder uns selbst isoliert haben, gehören der Vergangenheit an.

Im Herbst 2011 hatten wir in Rostock eine wissenschaftlich-theoretische Tagung des Fördervereins mit 350 Teilnehmern zur Thematik der linken Einheit. Dort bekannten wir uns zum Händedruck von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl im April 1946. Wir stehen für das Zusammengehen der linken Kräfte auf marxistischer Grundlage, unser Ideal ist eine Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ohne die Fehler der SED. Diese Defizite sehen wir unter anderem darin, daß aus einer Vorhutpartei der Arbeiterklasse, die sie ursprünglich war, eine Art Massenorganisation mit 2,3 Millionen Mitgliedern geworden ist. Unter ihnen befanden sich Hunderttausende Karrieristen, die sich – wie bei solchen üblich – in der Stunde der Niederlage des Sozialismus sofort den nächsten andienten. Einen weiteren gravierenden Mangel erblicken wir darin, daß aus der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten mehr und mehr eine Herrschaft des Parteiapparats, des ZK und des Politbüros wurde. Während in der Frühzeit der DDR und der SED die politischen Entscheidungen von den Massen getragen wurden, waren es am Ende recht einsame Beschlüsse weniger Leute. Wir verteidigen also die DDR und haben erklärt, daß wir sie als größte Errungenschaft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung betrachten – trotz ihrer Defizite und trotz des Debakels am Ende. Sie hat 40 Jahre lang in einem Drittel Deutschlands dem Kapital die Macht und das ausbeuterische Eigentum entzogen.

Also kein Abfeiern, sondern Analyse?

So würde ich das sehen. Und noch eine zweite, inzwischen für Marxisten zum Allgemeingut gewordene These ging zuerst vom RotFuchs aus. Sie lautet: Die Zerschlagung der DDR, die Wiederherstellung kapitalistischer Macht- und Eigentumsverhältnisse in Ostdeutschland war Ergebnis eines konterrevolutionären Prozesses. Denn die Ablösung einer historisch fortgeschritteneren Gesellschaftsordnung durch eine bereits überwundene ist im geschichtlichen und politischen Sinn eine Konterrevolution. Unsere Gegner und diejenigen, die ihnen nachlaufen, sprechen von einer »friedlichen Revolution«, wir nicht.

Die PDS und die heutige Linkspartei formulieren das wesentlich anders. Wie sehen Sie Ihr Verhältnis zu der Partei?

Ich habe die Geschichte der SED und der PDS von Anfang an miterlebt. An meinem 16. Geburtstag im Dezember 1948 bin ich in Westberlin Mitglied der SED geworden. Ich gehörte kurze Zeit der PDS an und trat dann in die DKP ein. Anders ausgedrückt: Ich war und blieb Kommunist.

1989 sah ich keinen Anlaß, meine Weltanschauung auszutauschen. Die kann nicht davon abhängig gemacht werden, ob man oben oder unten liegt, siegt oder verliert. Ich wußte, was auf uns im Osten zukommen würde, da ich viele Jahre als Korrespondent des „Neuen Deutschland“ in kapitalistischen Ländern tätig war. Am sogenannten Sonderparteitag der SED im Dezember 1989 nahm ich als Berichterstatter der Zeitung teil, erlebte den großen Besen Gregor Gysis, das Auftreten von Wolfgang Berghofer und vielen anderen, die irgendwo verschwunden sind. Mir war klar, daß dort nicht – wie behauptet wurde – die

Partei gerettet wurde. Die marxistisch-leninistische Partei wurde dort beerdigt.

Sie haben von einem „weißen Schimmel“ gesprochen, der dort hereingeführt wurde...

Das war der demokratische Sozialismus – eine Tautologie, doppelt gemoppelt. Denn entweder ist der Sozialismus demokratisch. Dann verdient er diese Bezeichnung, oder er ist es nicht, dann ist es auch kein Sozialismus. Ich habe großen Respekt vor den Genossen in der heutigen PDL, von denen Tausende unsere Leser sind. Doch eine Rettung fand nicht statt. Die PDS war von Beginn an eine Partei mit linken und rechten Kräften sowie jenen, die sich selbst als zentristisch bezeichnen. Was darunter zu verstehen ist, hat Lenin in seiner Arbeit über den „Renegaten Kautsky“ deutlich dargelegt: Marxisten bzw. Sozialisten in Worten, Antimarxisten oder Antisozialisten in der Tat.

Ich blicke mit großer Sympathie auf alles, was im positiven Sinne vor allem an der Basis geschieht, auch auf viele Funktionäre, die versuchen, solide sozialistische Positionen zu wahren, bis hin zu mutigen Abgeordneten des Bundestages. Merkwürdigerweise tauchen jedoch jene in der Fraktion, welche besonders couragiert den Imperialismus und dessen Kriege bekämpfen, in der jüngsten Überwachungsliste des Verfassungsschutzes kaum auf.

Zurück zu den Anfängen. Die Geschichte des RotFuchs gehört in jene Kategorie von der man sagt, „daß nicht sein kann, was nicht sein darf“: Eine kleine, winzige kommunistische Zeitung wird in dieser durch und durch antikommunistischen Bundesrepublik nun schon im 15. Jahr größer und größer, schart Leute um sich, die sich völlig selbständig in einem Unterstützungsverein organisieren. Was sind die Gründe für diese erfolgreiche Entwicklung?

Wir haben damals gesehen, daß es viele Kommunisten gibt, die gar keiner Partei mehr angehörten, und sozusagen heimatlos waren. Ihnen wollten wir eine politische Heimat bieten. Das ist geglückt, und nun geht es weit über diesen Ausgangspunkt hinaus.

Dabei helfen, wenn man das so sagen darf, auch andere. An der Universität Rostock wird z. B. im Vorlesungsverzeichnis für das laufende Semester ein Seminar angekündigt, das sich mit dem RotFuchs befaßt. Es wird von einem Doktoranden geleitet, der sich schon längere Zeit mit dieser Thematik befaßt haben soll. Es geht um »Ultralinke«, übriggebliebene DDR-Eliten und den RotFuchs. Ich denke, das wird ein echtes Selbsttor. Lange Zeit hat man die Zeitung einfach totgeschwiegen, mal erwähnte man sie in einem Verfassungsschutzbericht, mal nicht. In Rostock traf man eine entgegengesetzte Entscheidung, wofür wir den dortigen Politikwissenschaftlern sehr verbunden sind.

Die Kombination von „Ultralinken“ und „Resteliten“ sichert etwas Grusel und gleichzeitig die staaterhaltende Gewißheit, daß sich der RotFuchs von selbst erledigt – alte Herrschaften, die noch ein bißchen rumspinnen. Generell gilt hierzulande seit über 60 Jahren: Wer Marxist ist, ist von gestern. Eine andere Schublade

wurde noch nicht gefunden, auch nicht für die „junge Welt“. Das hat ja in erster Linie mit der Weigerung zu tun, die Zeitungen selbst zu lesen. Beim RotFuchs denke ich an die Vielzahl der Themen und Autoren, z. B. Oskar Lafontaine.

Kürzlich erst erhielt ich einen Anruf von Hans Modrow, der sich beim polnischen Staatspräsidenten für Wojciech Jaruzelski und Zbigniew Wiktor eingesetzt hat, einen Politikwissenschaftler aus Wrocław, dem man auf abgefeimte Art den Professorentitel nehmen will. Den Brief Modrows und die Antwort werden wir dokumentieren. Übrigens hat es sich inzwischen eingebürgert, daß Persönlichkeiten der DKP wie Herbert Mies und Willi Gerns oder Bundestagsabgeordnete der „Linken“ im RotFuchs publizieren. Ich denke dabei an Christine Buchholz, Ulla Jelpke oder Sahra Wagenknecht. Wir waren sehr froh über den im Dezember 2010 veröffentlichten Text von Oskar Lafontaine, weil wir den Saarländer für den bedeutendsten unter den Politikern seiner Partei halten. Er ist ein Mann linkssozialdemokratischer Prägung, das respektieren wir.

Insgesamt: Ich bekomme an manchen Tagen etwa zehn Artikel zugeschickt und habe Probleme, allen gerecht zu werden. Das war schon mal völlig anders, besonders in den Sommermonaten mußte ich vieles selbst schreiben. Heute konzentriere ich mich auf außenpolitische Fragen, verfolge „Solidaire“ aus Belgien, den „Guardian“ aus Australien und ähnliche Zeitschriften aus vielen anderen Ländern.

Bei Gründung des RotFuchs 1998 konnte niemand ahnen, daß ein Jahr später der erste NATO-Angriffskrieg mit deutscher Beteiligung stattfinden würde, die derzeitige Krise von Euro und EU war für die meisten unvorstellbar. Spielte das auch eine Rolle bei der Entwicklung des RotFuchs?

Als Monatszeitschrift können wir auf solche Prozesse nicht so operativ wie eine Tageszeitung reagieren. Aber unsere prinzipiellen Positionen haben wir sehr oft bestätigt gefunden. Das betrifft besonders den Prozeß der Germanisierung Europas durch den deutschen Imperialismus. Viele sprechen davon, daß er den Zweiten Weltkrieg letztendlich doch noch zu gewinnen scheint – wenn auch nicht mit militärischen Mitteln. Man sehe sich die Situation in der EU oder das Trauerspiel in Griechenland an. Der Euro wird dazu benutzt, wirtschaftlich schwächere Staaten zu erdrosseln, Nationen mit einer großen Geschichte. Viele Linke beurteilen die EU anders, aber für uns gilt Lenins Satz: Die Vereinigten Staaten von Europa sind entweder reaktionär oder unter kapitalistischen Vorzeichen unmöglich. Ich halte den deutschen Imperialismus neben dem der USA für den gefährlichsten der Welt.

Das Gespräch führte Arnold Schölzel

Nr. 171, April 2012 (Beilage)

Über Wolkenkuckucksheime

Denke ich über „linken“ Radikalismus nach, den Lenin als „Kinderkrankheit im Kommunismus“ charakterisierte, dann steht mir ein bizarres Erlebnis vor Augen. Im Dezember 1989 gehörte ich dem ND-Reporterteam an, das aus der Berliner Dynamohalle vom Sonderparteitag der SED/PDS berichtete. Damals zeichneten sich bereits die Konturen jener Konterrevolution ab, die zum Untergang des Sozialismus in Europa führte und auch das Schicksal der DDR besiegelte. Diese düstere Situation lastete auf Delegierten und Gästen. Während Gregor Gysi mit dem symbolträchtigen „großen Besen“ den Marxismus-Leninismus aus der Partei hinausfegte, standen an den Saaltüren junge Leute, die ihre Zeitung „Spartakist“ anboten. Deren Hauptschlagzeile lautete: „Für ein rotes Sowjetdeutschland in einem roten Sowjeteuropa!“ Ein älterer Genosse meinte sarkastisch: „Die errichten den Kommunismus auch noch auf dem Mond – ohne Rücksicht auf die dort fehlende Atmosphäre.“

Als Marxisten haben wir den Bau von Wolkenkuckucksheimen, in die andere dann ihre Kuckuckseier legen, stets zurückgewiesen. Subjektives Wollen – so redlich die Motive der Akteure auch sein mögen – führt ohne nüchterne Analyse der realen Situation in die Irre. Lenin behielt bei konsequenter Ausnutzung jeder sich im Klassenkampf bietenden Chance stets das jeweils Erreichbare im Auge. Eindringlich warnte er vor „kommunistischem Hochmut“ und forderte dazu auf, niemals im Überschwang der Gefühle die Bodenhaftung zu verlieren. Während er jene verspottete, welche die Kraft der Kommunisten mikroskopisch zu verkleinern suchten, warnte er seine Kampfgefährten zugleich vor der Gefahr, den Gegner zu unterschätzen und die eigene Potenz durch ein Vergrößerungsglas zu betrachten.

„Linke“ Phrasendrescherei und die Ausgabe lebensfremder Parolen sind nicht minder schädlich als rechter Opportunismus. Andererseits schließen Prinzipienfestigkeit und Toleranz gegenüber fairen Andersdenkenden einander nicht aus. Ich erinnere mich an die Bemerkung eines in derlei Dingen erfahrenen Genossen, der mir vor einem Einsatz als ND-Auslandskorrespondent ans Herz legte: „Wenn Du Leuten begegnest, die unseren Standpunkt nicht teilen – und das ist die Mehrheit –, dann höre sie an, laß sie aussprechen, falle ihnen nicht ins Wort und sage erst danach das Deine. Aus marxistischer Sicht, versteht sich.“ Natürlich hatte er nicht jene notorischen Brunnenvergifter im Auge, denen man von Beginn an Paroli bieten muß. Seine Bemerkung richtete sich gegen Intoleranz und Rechthaberei um jeden Preis. Denn Prinzipienlosigkeit ist ebenso schädlich wie besserwisserische Prinzipienreiterei jener,

die sich für besonders avantgardistisch halten, wenn sie Revolution mit drei R schreiben. Dialogbereitschaft und die Fähigkeit, sich einer auch anderen zugänglichen Sprache zu bedienen, sollte nicht durch flachen Jargon und rhetorische Höhenflüge verdrängt werden. Marxisten müssen keinerlei Ikonen vor sich hertragen. Jene, die ihr Handwerk verstehen, werden auch ohne Pomp und Gloria wahrgenommen und anerkannt. Es gibt im Deutschen zwar das Wort Personenkult, nicht aber den Begriff Persönlichkeitskult. Mit anderen Worten: Nur kleine Bahnhöfe werden groß ausgerufen.

Einst erzählte man in Berlin eine humorige Geschichte mit erstem Hintergrund. Sie handelte von sechs miteinander konkurrierenden Textilgeschäften in der Jerusalemer Straße: Der erste Kaufmann gab seinen Laden als größten der Stadtmitte aus, der zweite nannte ihn den größten Berlins, der dritte nahm schon ganz Deutschland in Anspruch, der vierte verstieg sich zu Europa, und der fünfte glaubte mit der Benennung „größtes Geschäft der Welt“ alle anderen ausgestochen zu haben. Doch erst der Trumpf des sechsten stach: größtes Geschäft in dieser Straße.

Übertragen wir die Satire ins Politische: Niemand tut sich einen Gefallen, wenn er aufs hohe Roß eines Alleinvertretungsanspruchs innerhalb der Linken steigt, andere ignoriert und die reale Existenz mehrerer unterschiedlich profilierter kommunistischer Parteien von verschiedener Größe außer Betracht läßt.

Wir stehen unverändert für die Zusammenführung von Kommunisten, Sozialisten und anderen engagierten Linken mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Grundlage. Im Bemühen um deren Einheit lassen wir uns jedoch nicht von der Vorstellung leiten, kurzfristig etwas übers Knie brechen zu können. Es geht nicht um eine Erweiterung des linken Parteienfächers, sondern darum, die Sammlung kommunistisch-sozialistischer Kräfte fortzusetzen und dabei die Basis wesentlich zu verbreitern. Eine Vorhut ohne Massen ist wie ein Brunnen ohne Wasser.

Die Zurückweisung des „linken“ Radikalismus als einer zur eigenen Isolierung führenden Ideologie bedeutet indes keineswegs die generelle Ablehnung von Radikalität besonders junger Antifaschisten mit wachem Klasseninstinkt. Sie haben alles Recht der Welt, am Anfang ihres politischen Weges gewissermaßen „links von sich selbst“ zu stehen. Während wir dem Dogmatismus den Kampf ansagen, weisen wir zugleich das revisionistische Süßholzraspeln jener zurück, die den Kern der Lehre von Marx, Engels und Lenin als dogmatisch-nostalgisch herabzusetzen bestrebt sind. *Nr. 172, Mai 2012*

Alle ihre Kriege

Kriege fallen nicht vom Himmel. Sie sind nicht „Gottes Werk“, sondern werden von Menschen gemacht, die dabei handfeste Interessen verfolgen. Vorgespiegelte Ideale oder angeblich hehre patriotische Ziele sollen nur vom großen Raubzug ablenken.

Auf einem ganz anderen Blatt stehen die Wahrnehmung des Rechts Angegriffener auf Verteidigung – ein Beispiel hierfür lieferte die Antihitlerkoalition – oder der Anspruch unterdrückter Klassen und Völker auf Befreiung von ihren Ausbeutern und Drangsaliern. Deren Sache ist aller

Ehren wert. Doch weder Sklavenhalter noch Feudalherren, von Kapitalisten ganz zu schweigen, haben wohl niemals gerechte Kriege geführt. Auch wenn sie sich ohne Unterlaß auf die Moral berufen, war und ist ihr Handeln von höchster Amoralität. Das gilt besonders für den Imperialismus und dessen Spitzenpersonal. Es trägt die Verantwortung für unzählige Massaker – von Verdun über Orléans bis Kundus.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat das kapitalistische System Millionen Menschen in seinen überall auf der Welt angezettelten Kriegen abschlachten lassen. Deshalb besitzen dessen Wortführer auch keinerlei moralische Legitimation, sich als Menschenrechtsapostel aufzuspielen. Andererseits sicherte allein die Existenz des in die Form einer Staatengemeinschaft gegossenen sozialistischen Systems Europa die längste Friedensperiode seiner Geschichte. Nach dem Wegfall dieses Korrektivs war die Atempause auch für unseren Kontinent beendet. Alle seit Trumans atomarem Massenmord an der Bevölkerung Hiroshimas und Nagasakis vom Imperialismus entfesselten Kriege – offene wie verdeckte, unmaskiert antikommunistische wie im Zeichen des Kreuzes geführte – verfolgten immer dasselbe Ziel: Es ging trotz mal dichter, mal durchsichtigerer Rauchvorhänge bei der Inbesitznahme ressourcenreicher oder strategisch bedeutsamer Territorien wie beim Verpulvern von Waffen und Munition, deren drittgrößter Exporteur inzwischen die BRD ist, einzig und allein um Profit.

Als die Trümmer des Zweiten Weltkrieges noch rauchten, unternahmen die britischen Kolonialisten ihre Strafexpeditionen in Malaya und Burma, die holländischen in Indonesien und die aus den USA auf den Philippinen. Französische Unterdrücker traten in Indochina wieder an die Stelle der verjagten Japaner. In Griechenland zerschlugen die Monarcho-Faschisten im Auftrag Eisenhowers die Befreiungsarmee ELAS. Mit der Landung von Söldnern in Kubas Schweinebucht sollte schon im April 1961 eine der großartigsten Revolutionen der Menschheitsgeschichte ausgelöscht werden. Zwei furchtbare Vernichtungskriege des Imperialismus tobten in Asien. Opfer waren die Völker Koreas und Vietnams. Dabei setzten die Aggressoren im ersten Falle mörderische bakteriologische Waffen, im zweiten die „Entlaubungschemikalie“ Agent Orange ein, die unzählige Menschen tötete oder verkrüppelte. My Lai

wurde zum Lidice der USA. Frankreichs Kolonialsoldateska wütete jahrelang in Algerien, Portugals in Moçambique und Angola.

Nachdem die britisch-französische Luftwaffe Nassers Ägypten als Antwort auf die Verstaatlichung des Suezkanals bereits 1956 bombardiert hatte, führte Israels berüchtigter 6-Tage-Krieg 1967 zur völkerrechtswidrigen Annexion arabischer Territorien. Erinnerung sei auch an den Angriff von Söldnern der United Fruit Company auf das freie Guatemala unter Präsident Arbenz, die blutige Invasion der USA in Santo Domingo, die gegen das sandinistische Nicaragua von Honduras aus in Marsch gesetzten Banden der Contras und den 1973 erfolgten Putsch Pinochets gegen das Chile der Unidad Popular. Im Gedächtnis der Völker haften der brutale USA-Überfall auf den kleinen Karibikstaat Grenada im Oktober 1983 und der nicht minder infame Anschlag des Pentagons auf Panamas Souveränität im Dezember 1989.

Ströme von Blut flossen nach dem Sieg der Konterrevolution in der UdSSR und den sozialistischen Staaten Europas. In Jugoslawien zettelten die Imperialisten zunächst eine ganze Serie regionaler Sezessionskriege an – von Bosnien-Herzegowina bis Kosovo. Als 1999 dann der eigentliche NATO-Schlag gegen Belgrad geführt wurde, war Schröders und Fischers BRD-Regierung erstmals direkt mit im Boot. Zwei barbarische Golfkriege der USA gegen Irak, der 2001 begonnene und bis heute anhaltende Mordfeldzug der ISAF-Okkupanten in Afghanistan sowie der 2011 vom Zaun gebrochene Ölkrieg gegen Libyen wurden als „Befreiungsakte“ deklariert. Die Operation zum Sturz Gaddafis gilt inzwischen ebenso als Teil eines dubiosen „arabischen Frühlings“ wie die derzeitige Einmischung der NATO in Syriens innere Angelegenheiten. Unverhohlen zielt der nächste Hauptschlag der westlichen Friedensfeinde und ihrer Erfüllungsgehilfen in Tel Aviv auf Iran und dessen Öl.

„Keine Option wird ausgeschlossen“, verkündete Obamas Kriegsminister Leon Panetta. Mit anderen Worten: Die Armeen des Imperialismus – darunter die Bundeswehr – stehen Gewehr bei Fuß, den Erdball jederzeit mit neuen Kriegen zu überziehen. Dieses System ist – und zwar im Sinne des Nürnberger Urteilsspruches von 1946, der explizit auch „Verbrechen gegen den Frieden“ ahndete – durch und durch kriminell.

Nr. 173, Juni 2012

Damals in Panmunjom

Was zwei DDR-Journalisten vor 41 Jahren am 38. Breitengrad erlebten

Im Juni 1950 begann in Korea einer der blutigsten Kriege der Neuzeit. Den Imperialisten ging es dabei um die Niederwerfung einer kämpferischen Massenbewegung des sozialen Protests im Süden und die Zerschlagung des auf den Sozialismus Kurs nehmenden volksdemokratischen Staates im Norden der Halbinsel. Die Truman-Administration griff in einen innerkoreanischen Konflikt zugunsten feudaler Kräfte und der

Kompradorenbourgeoisie ein, die mit dem japanischen Kolonialregime auf das engste verfilzt gewesen waren. Die USA und andere beteiligte Staaten tarnten ihre Aggression mit der Flagge der Vereinten Nationen, da der UN-Sicherheitsrat in Abwesenheit des Vertreters der UdSSR und bei völkerrechtswidriger Inanspruchnahme des Mandats der VR China durch Taiwan entsprechenden Forderungen Washingtons gefolgt war.

Millionen Menschen starben in einem drei Jahre währenden Krieg, in dessen Verlauf die Interventen bis an die Grenzen Chinas vordrangen und schwere Verwüstungen anrichteten. Doch der Kampfesmut der weder durch Bombenhagel noch durch bakteriologische Waffen oder atomare Drohung zu demoralisierenden Koreanischen Volksarmee war nicht zu brechen. Das Volk Nordkoreas scharte sich nur noch fester um die Partei der Arbeit und deren Führer Kim Il-Sung, der sich als Partisanenkommandeur im antijapanischen Widerstandskampf und nicht zuletzt auch aufgrund seiner volkstümlichen Art im Umgang mit der Bevölkerung ein solches Prestige erworben hatte, daß er aus – dann durch die UNO verhinderten – gesamt-koreanischen freien Wahlen als Sieger hätte hervorgehen können.

Die Tatsache, daß die Koreanische Volksarmee im Bunde mit den ihr zur Hilfe eilenden zwei Millionen chinesischen Volksfreiwilligen die imperialistischen Eindringlinge unter großen Opfern auf beiden Seiten an den Ausgangspunkt ihrer Aggression – den 38. Breitengrad – zurückzuwerfen vermochte, war ein ebenso heroisches Kapitel im Befreiungskampf der Völker wie der am 1. Mai 1975 errungene Sieg des vietnamesischen Volkes über die zweite große USA-Aggression in Asien.

Damals – während des Krieges – wurden die Männer und Frauen der Koreanischen Volksarmee überall als Helden gefeiert. Ich erinnere mich noch gut an die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1951 in Berlin. Wie 22 Jahre später Angela Davis und Chiles Gladys Marin beim X. Festival, das gleichfalls in Berlin stattfand, alle Herzen zuflogen, schlug den direkt aus der Kampflinie kommenden Soldaten und Offizieren der DVRK damals eine Woge der Sympathie und Herzlichkeit entgegen. Gemeinsam mit der französischen Kommunistin Raymonde Dien, die sich auf die Schienen gelegt hatte, um einen Waffentransport für de Gaulles schmutzigen Krieg in Indochina zu blockieren, standen die Koreaner im Zentrum der Bewunderung. Auf den Schultern von FDJlern wurden sie in das Stadion der Weltjugend getragen. Mit außerordentlicher Wärme umgab die DDR dann jene koreanischen Waisenkinder, die in Moritzburg Aufnahme fanden und dort liebevoll betreut wurden.

Während des Studiums in den 50er Jahren unterhielt ich freundschaftliche Beziehungen zu jungen Koreanern, die an der seinerzeitigen TH Dresden und anderen DDR-Hochschulen ausgebildet wurden. Auch sie hatten im Krieg ihr Leben eingesetzt, waren oft selbst verwundet worden oder betrauert den Verlust naher Angehöriger. Besonders gefiel mir der Genosse Sin Dze-Gun, dem ich etliche Jahre später bei einem Botschaftsempfang in Berlin wiederbegegnete, wo er mir nun als Handelsrat vorgestellt wurde.

Als ich 1955 – während der V. Weltfestspiele – mit dem Schriftsteller Peter Edel und der Grafikerin Elizabeth Shaw im selben D-Zug-Abteil von Warschau nach Auschwitz fuhr, um der Opfer des deutsch-faschistischen Völkermordes zu gedenken, schloß ich auch dort Freundschaft mit Festival-Delegierten aus der DVRK. Trotz unterschiedlicher Idiome fanden wir sehr schnell eine gemeinsame Sprache. Jahre darauf erzählten mir Hans und Mädi Grotewohl bei einem gemeinsamen Abendessen in ihrer Turmhauswohnung am Frankfurter Tor davon, wie die beiden Architekten nach dem Koreakrieg im Auftrag der DDR-Regierung

beim Wiederaufbau der weitgehend zerstörten koreanischen Hafenstadt Hamhung maßgeblich mitgewirkt hatten. Während ich Hans – den Sohn Otto Grotewohls – leider nicht mehr wiedersehen sollte, traf ich Mädi vor einigen Jahren bei einer Veranstaltung in Dresden – als „RotFuchs“-Leserin.

An das Gespräch im Eßzimmer der Grotewohls mußte ich zurückdenken, als ich mich 1971 selbst in Hamhung befand, wo mir Einwohner vom Wunder der Rekonstruktion ihrer Stadt berichteten. Gemeinsam mit dem Fotoreporter Klaus Morgenstern von der „Neuen Berliner Illustrierten“ war ich als Vertreter des DDR-Journalistenverbandes in die DVRK eingeladen worden. Freundschaftliche Begegnungen mit dem Chefredakteur des Parteiorgans, Rodong Sinmun, dem Generaldirektor der staatlichen Nachrichtenagentur KCNA und dem Vorsitzenden des Journalistenverbandes haben sich mir besonders eingeprägt.

Am Sitz der Partei der Arbeit Koreas empfing uns einer der Sekretäre des ZK im Beisein von DDR-Botschafter Georg Henke zu einem längeren Informationsgespräch. Dabei sagte ich unserem Gastgeber, daß die Solidarität mit dem koreanischen Volk – bei anhaltender Bedrohung durch dessen imperialistische Gegner – für die Bürger der DDR niemals eine leere Worthülse sein werde.

Um das Bild des damals Erlebten abzurufen, will ich hier noch eine Episode schildern, die mir auch heute noch lebhaft vor Augen steht. Nach Absolvierung eines sehr abwechslungsreichen Programms für ausländische Gäste – es reichte vom Besuch des hauptstädtischen Pionierpalastes und mehrerer gut ausgestatteter Kindergärten über eine Theateraufführung in Pjöngjang und die Besichtigung industrieller Anlagen bis zu einem Blick in landwirtschaftliche Musterbetriebe – ging die Fahrt gen Süden. Ziel war Panmunjom am 38. Breitengrad – jener Ort, dessen kleines Baracken-Ensemble den in regelmäßigen Abständen stattfindenden Treffen der Waffenstillstandskommission vorbehalten war. Als wir dort eintrafen, fanden überdies von der internationalen Öffentlichkeit sehr aufmerksam verfolgte Gespräche der Rot-Kreuz-Gesellschaften beider Hälften Koreas statt. So hatten sich hier weitaus mehr Journalisten als gewöhnlich eingefunden. Nach freundlicher Begrüßung im Gebäude der DVRK-Kräfte begaben wir uns in jenen kargen Raum, wo die Kommission zusammentreten pflegte. In der Nachbarbaracke trafen sich erstmals die Rot-Kreuz-Abordnungen aus dem Norden und dem Süden. Wir begaben uns zu dem Tisch mit den Flaggen der DVRK und – irreführenderweise – der UNO.

Unser Auftauchen löste bei amerikanischen und südkoreanischen Militärs hektische Betriebsamkeit aus. Während die uniformierten Begleiter gut auf uns achteten und der Dolmetscher – ein das Englische perfekt beherrschender junger Offizier – kurz die Chronik Panmunjoms erläuterte, drückten sich an den Fensterscheiben der Baracke amerikanische GIs und andere Beobachter der Szene buchstäblich die Nasen platt.

Wie sollte man sich in einer solchen Situation verhalten? Ich hatte das Empfinden, daß unsere Freunde aus der Koreanischen Volksarmee ein paar Worte von mir erwarteten. So sprach ich – mich des Englischen bedienend – ebenfalls von der bereits historischen Lokalität, um die Bemerkung anzuschließen: Hätten gewisse Leute aus Übersee und deren Verbündete damals darauf verzichtet,

mit dem Feuer zu spielen, wäre es mit Gewißheit nicht zum großen Brand gekommen. Mag sein, daß ich auch noch etwas deutlichere Formulierungen wählte, um die Verbrechen der Aggressoren zu geißeln.

Als wir die Baracke verließen – Klaus Morgenstern hatte den bizarren Vorgang auf Zelluloid festgehalten – sah ich mich plötzlich von DVRK-Journalisten umringt. Etliche Reporter stellten Fragen und erwarteten Auskünfte. Ich blieb ihnen die Antwort natürlich nicht schuldig.

Wir hatten noch eine Reihe weiterer Höhepunkte erlebt – darunter ein sehr aufschlußreiches Gespräch mit den handfesten Kommandeuren jener Einheit der DVRK-See-streitkräfte, die das US-Spionageschiff „Pueblo“ unter Kapitän Bucher in nordkoreanischen Hoheitsgewässern aufgebracht hatten – als westliche Agenturen meldeten,

die regulären Verhandlungen in Panmunjom seien vorerst unterbrochen worden, da „ein nicht näher identifiziertes Individuum aus Osteuropa“ am Ort der Gespräche „anti-amerikanische Reden“ gehalten habe.

41 Jahre danach enthülle ich das vermeintliche Geheimnis und bekenne mich heute wie damals zu der zwingenden Pflicht der Friedensbewahrung am 38. Breitengrad. Aber auch das sei noch einmal unterstrichen: Angesichts fortgesetzter Provokationen – damit meine ich vor allem die Jahr für Jahr abgehaltenen gemeinsamen Manöver der US-Besatzer und südkoreanischer Einheiten mit nördlicher Stoßrichtung – bleibt die Solidarität mit den Bürgern der DVRK auch heute ein internationalistisches Anliegen aller Kämpfer gegen den Imperialismus.

Nr. 173, Juni 2012

Dem deutschen Gockel schwillt der Kamm

Im September 1997 folgte ich einer Einladung nach Kiew, das ich oft und gerne besucht hatte, als die Metropole am Dnjepr noch Hauptstadt einer sowjetischen Unionsrepublik war. An drei erlebnisreichen Tagen saß ich als Vertreter der DKP gemeinsam mit Hans Modrow, den die PDS entsandt hatte, im Präsidium des Parteitags der KP der Ukraine. Damals vermochten sich wohl nur wenige unter den 800 Delegierten auszumalen, wie schnell und radikal die als orangefarbene „Revolutionäre“ getarnten Nachfolger der Weißgardisten mit ihrer Galionsfigur Julia Timoschenko – der reichsten Frau der Ukraine – die Konterrevolution weiter vorantreiben würden.

An diesen Kiewer Aufenthalt mußte ich denken, als die ebenso hysterischen wie heuchlerischen „Hilfsappelle“ und Boykottandrohungen der BRD-Politikerrige und ihrer auf rabiates Zubeißen getrimmten Medienmeute zur „Solidarität“ mit der angeblich in höchster Lebensgefahr schwebenden Komplizin Washingtons und Berlins alle Dimensionen sprengten. Während die CDU-Berufsrevanchistin Erika Steinbach die „Patenschaft“ für Timoschenko übernahm, durchbrach die über Nacht dann wieder abgeblasene Kampagne alle Dämme diplomatischer Zurückhaltung. Mit der Ukraine wurde im wörtlichen Sinne „deutsch gesprochen“.

Jene berüchtigte Ideologie, nach der am deutschen Wesen die Welt genesen solle, erlebt seit geraumer Zeit in der BRD eine erschreckende Renaissance. Die chauvinistische Unverfrorenheit jener, die das schwer belastete Deutschlandlied zu ihrer Staatshymne auserkoren, kennt inzwischen keine Grenzen mehr. Der Name Angela Merkel ist zum Synonym für deutsche Arroganz und Negierung völkerrechtlicher Grundprinzipien geworden.

Das hemmungslose Herumtrampeln auf der Souveränität Griechenlands – der ältesten europäischen Kulturnation – und die gegenüber Athen angewandten „Treuhand“-Würgegriffe sind in ihrer Perfidität nicht zu überbieten. Wie in jenen Tagen, als Manolis Glezos die Hakenkreuzfahne von der Akropolis herunterriß, ist Hellas zum Objekt expansionistischer Gelüste des deutschen Imperialismus geworden. Das völlig ungenierte

Rühren in fremden Töpfen gilt als Maxime der Berliner Außenpolitik.

Zu den ersten Objekten der Begierde einer auf neuerliche Expansion setzenden bundesdeutschen Strategie gehörte Jugoslawien. Dessen Provinz Kosovo wurde Belgrad von der NATO im Bunde mit den faschistoiden UÇK-Separatisten entrissen. Seit mehr als einem Jahrzehnt tobt sich dort uniformiertes deutsches Herrenmenschentum aus, nachdem sich die Bundesluftwaffe schon 1999 an NATO-Terrorangriffen auf serbische Zivilisten beteiligt hatte. Das Einmischungsstreben des deutschen Imperialismus, der neben dem der USA heute als der gefährlichste in der Welt zu betrachten ist, kennt keine Grenzen mehr. Nachdem die Friedrich-Naumann-Stiftung der FDP, deren abgehalfterter Parteivorsitzender Guido Westerwelle heute Berlins „Top-Diplomat“ ist, erst vor wenigen Jahren den Sturz des rechtmäßigen Präsidenten von Honduras und dessen Ersetzung durch eine willfährige Marionette des „Westens“ mit inszeniert hatte, spielt der sich wie ein Ochsenfrosch aufblasende Berliner Außenamtchef derzeit eine ähnlich üble Rolle bei Bemühungen um einen Regimewechsel im südostasiatischen Myanmar. Hier geht es den Imperialisten darum, Chinas ressourcenreichen Nachbarstaat, das frühere Burma, von seinem bisher neutralen Kurs abzudrängen und gegen die Volksrepublik in Stellung zu bringen. In Rangun heißt die Favoritin der Einmischungsstrategen nicht Julia Timoschenko, sondern Suu Kyi.

Seit Beginn der USA-Aggression gegen Afghanistan ist die BRD als selbsterklärte Rechtsnachfolgerin des Hitler-Staates und seiner Wehrmacht in dieses sieg- und ruhmlose Abenteuer tief verstrickt, wobei sie durchaus eigenständige Ziele des deutschen Imperialismus in der zentralasiatischen Region verfolgt.

Die Merkel-Administration, die nicht einmal davor zurückschreckte, sich offen zugunsten des unterdessen an den Urnen geschlagenen rechtskonservativen Expräsidenten Sarkozy in den französischen Wahlkampf einzumischen, ist auf politische, ideologische und ökonomische Diversion in allen Teilen der Welt bedacht. So setzt sie auf von

ihr ausgehaltene Kräfte in den unweit Irans gelegenen Kaukasusrepubliken. Zugleich treibt die BRD nicht wenig Aufwand, in Belarus Gegner des Präsidenten Lukaschenko zu staatsfeindlichen Aktivitäten anzustacheln, um Minsk von seiner eigenständigen Linie abzubringen. Zweifellos verbirgt sich dahinter das alte Konzept einer Einkreisung Rußlands. Die tendenziösen, äußerst aggressiven Kommentare von ZDF und ARD lassen keinen Zweifel daran aufkommen, daß die BRD-Führung nahtlos von antisowjetischen auf antirussische Positionen übergegangen ist, wobei der von Putin verfolgte Kurs des größten Landes der Welt die Berliner Vorherrschaftspolitik konterkariert. Während man sich in Merkels Umgebung darüber im klaren sein dürfte, daß sich die von der Kommunistischen Partei zielklar und kraftvoll vorgebrachte politische und wirtschaftliche Großmacht China mit ihrer 1,3-Milliarden-Bevölkerung nicht an der Nase herumführen läßt, fehlt es auch hier nicht an Bestrebungen, sich aufs hohe Roß deutscher Anmaßung zu schwingen. Wenn Angela Merkel in Beijing ihre brühwarmen Ratschläge zum Umgang mit vom „Westen“ erfundenen oder installierten

„Menschenrechtsaktivisten“ erteilt, während nebenan gerade ein Mega-Vertrag mit VW unter Dach und Fach gebracht worden ist, dann erinnert ein solches Gebaren an einen Mops, der den Mond anbellt.

Um was es dem deutschen Kapital und seinen Berliner Prokuristen tatsächlich geht, verdeutlichte jüngst die BRD-Zeitschrift „Internationale Politik“. Das außenpolitische Sprachrohr der auf globale Expansion setzenden deutschen Imperialisten verzichtete auf jegliche Umwege und kam direkt zur Sache. „Deutschlands weltpolitische Mission“ bestehe „in einer Neukonstituierung des Westens auf gleicher Augenhöhe mit den USA“, hieß es dort. Als „wichtigster Aktionär der EU“ und „wirtschaftliches Machtzentrum“ habe die BRD die Aufgabe, „dabei in Führung zu gehen“.

Eine solche Hegemonialpolitik, die ohne Skrupel von Berlin erhobene Weltherrschaftsansprüche proklamiert, ist aus der Vergangenheit sattsam bekannt. Dem deutschen Gockel schwillt der Kamm. Es ist hohe Zeit, Alarm zu schlagen!

Nr. 174, Juli 2012

Den Rechten Paroli bieten!

Unmittelbar nach den Göttinger Beratungen der Partei Die Linke (PDL), bei denen sich die schlimmen Befürchtungen vieler Tag für Tag an der Basis redlich rackern-der Genossen glücklicherweise nicht bestätigten, geschah folgendes: Der „Seeheimer Kreis“, in dem sich die Rechtesten unter den Rechten der SPD ein Stelldichein geben, lud Dietmar Bartsch kurz entschlossen zum Mitmachen bei sich ein. Schließlich gehöre er ja ohnehin in die SPD. Der so Angesprochene, in dem nicht nur Gabriels Umfeld heute bereits einen künftigen Führer der SPD vermutet, wies die „verlockende Offerte“ zurück. Sie war ihm einfach zu früh ins Haus geflattert und widersprach deshalb auch der taktischen Konzeption des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, seine sozialdemokratische Politik vorerst innerhalb der Linkspartei fortsetzen zu wollen. Da die SPD-Nahen mit PDL-Parteibuch in Göttingen unterlagen, weil sich die Mehrheit der Delegierten ihren wachen politischen Instinkt zu bewahren vermocht hatte, sahen sie sich zu einer „Verschnaufpause“ gezwungen. Dabei verloren sie ihr Ziel – die Umwandlung der demokratisch-sozialistischen in eine klassisch-reformistische Partei – keinen Moment aus den Augen. Sie können sich dabei auf den von ihnen weithin kontrollierten hauptamtlichen Apparat, das finanzielle Hinterland der Rosa-Luxemburg-Stiftung und die ihnen dienstbare innenpolitische ND-Redaktion verlassen.

In Göttingen setzte sich die strategische Klugheit derer durch, die sich ihrer Verantwortung für das Weiterbestehen der PDL als einer parlamentarisch wie außerparlamentarisch über Masseneinfluß verfügenden Partei des Friedens, des Antifaschismus, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit bewußt waren. Obwohl heftig angefeindet, verteidigten sie deren auf dem Wirken engagierter linker Kräfte aus Ost und West beruhende Einheit, wobei sie den Vorstoß geheuchelte Sorge um den

Zusammenhalt vortäuschender Möchtegern-Liquidatoren der Partei abwehrten. Gregor Gysi, der die „Vorzüge“ einer Trennung beider Parteiflügel anklingen ließ, ging offenbar von der Überlegung aus, mit seiner Rede eine Delegiertenmehrheit für den später unterlegenen Dietmar Bartsch aus dem Feuer zu reißen. Daher bezeichnete ihn die „Süddeutsche Zeitung“ als „Hauptverlierer des Parteitags“. Wenn es auch zutrifft, daß sich unter dem Dach der PDL „mindestens zwei Parteien“ versammelt haben, zielten die in Göttingen erteilten „Scheidungsempfehlungen“ vor allem auf eine Abkopplung von der westdeutschen Anhängerschaft Oskar Lafontaines. Dafür machten sich besonders die Protagonisten des rechtslastigen „Forums Demokratischer Sozialismus“ (fds) aus diversen ostdeutschen Landesvorständen stark. Bei den innerparteilichen Divergenzen handelt es sich weder um bloße Personalquerelen, obwohl diese im Gerangel konkurrierender Postenjäger natürlich stets eine Rolle spielen, noch um einen Ost-West-Konflikt innerhalb der aus zwei Quellparteien gespeisten PDL, sondern um den Zusammenprall völlig konträrer Konzeptionen.

Auf der einen Seite befinden sich jene Sozialisten und ehrlichen linken Sozialdemokraten, die nicht davor zurückschrecken, die Macht- und Eigentumsfrage aufzuwerfen, ohne damit bereits eine revolutionäre Überwindung des Systems mehrheitlich auf ihre Fahnen geschrieben zu haben. Auf der anderen Seite operieren und taktieren Pseudosozialisten, welche im bundesdeutschen Kapitalismus angekommen sind. Ihr „politischer Gestaltungswille“ beschränkt sich auf „Schönheitsoperationen“ an dessen häßlicher Visage. Wer die Tiefe der Kluft zwischen den zwar unter einem Dach koexistierenden, aber diametral entgegengesetzte Ziele verfolgenden Tendenzen auf wechselseitigen „Haß“ zu reduzieren sucht, blendet den Inhalt der Kontroverse bewußt aus.

Zur positiven Bilanz von Göttingen gehört neben der Abwehr des Frontalangriffs des rechten Flügels und der damit erkämpften Bewahrung der Aktionsfähigkeit der Partei auch die gut überlegte Personalentscheidung der Mehrheit, eine der beiden Spitzenpositionen mit einem erfahrenen Gewerkschafter zu besetzen.

Obwohl bestimmte Favoriten des „Seeheimer Kreises“ der gewolltermaßen heterogenen PDL-Führung weiterhin angehören, ist die Rechnung derer nicht aufgegangen, die sich ein völlig anderes Bild der Partei „nach Göttingen“ ausgemalt oder sogar behauptet hatten, diese sei „nicht mehr zu retten“. Ihre auf einer Verkennung des innerparteilichen Kräfteverhältnisses und des strategisch-taktischen Formats maßgeblicher Politiker der Parteilinken beruhende Fehleinschätzung ließ manche Blütenträume platzen.

Nicht nur für die PDL, sondern auch für alle in Deutschland, welche die bürgerliche Demokratie gegen den Ansturm rechtskonservativer und faschistoider Kräfte verteidigen, dürfte 2013 ein Schicksalsjahr werden. Der abermalige Einzug einer PDL-Fraktion in den Bundestag – an die Traumzahl von derzeit 76 Mandaten wagt wohl niemand zu denken – liegt im Interesse aller Antifaschisten. Man vermag sich auszumalen, was geschehen würde, wenn die großdeutschen Peitschenschwinger in der EU, von denen manche sogar nach Weltherrschaftssternen greifen möchten, wieder ganz unter sich wären.

Um dieser Gefahr zu begegnen, wird die Aktionseinheit aller linken und demokratischen Kräfte – mit Sozialisten und Kommunisten im Zentrum – zu einem Gebot der Stunde.

Nr. 175, August 2012

„Europa“ – Fanal, Falle oder Farce?

Um es gleich vorwegzunehmen: Für jene, welche die Falle „Europa“ aufgestellt und den Köder darin ausgelegt haben, ist die EU natürlich alles andere als eine Farce oder ein Flop. Aus der Sicht der Monopole ist sie keine Fiktion, sondern die Gans, welche die goldenen Eier legt. Für jene aber, die in die Falle gehen sollen oder bereits in ihr gefangen sind, steht die nackte Existenz auf dem Spiel. Unlängst wurde in Brüssel, das wegen des dort stationierten Apparats aus hochdotierten Schranzen und Wanzen fälschlicherweise als Hauptstadt der EU gilt, obwohl sich die eigentliche Kommandozentrale wohl eher an der Spree befindet, ein neuer Leiter des dortigen Büros der Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung vorgestellt. Mit Klaus Sühl nehme „ein ausgewiesener Europäer“ diesen Platz ein, urteilte das ND. Stammte seine Vorgängerin etwa aus Afrika? „Es gibt heute kein faszinierenderes Thema als Europa“, verkündete der promovierte Philosoph – bisher Direktor des Europäischen Informationszentrums mit „Erfahrungen im Regierungsdienst von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg“ – sein Credo.

Ähnlich Euphorisches zum „Fanal Europa“ und dessen Rang ist schon seit langem vom stellvertretenden DKP-Vorsitzenden Leo Mayer aus München zu vernehmen, auch wenn die Formulierungen natürlich im Detail voneinander abweichen. Er hat – offenbar gegen erhebliche Widerstände in den eigenen Reihen – seine Genossen per „Beobachterstatus“ in die äußerst umstrittene Europäische Linkspartei geführt.

Als Marxisten machen wir kein Hehl daraus, daß wir das in allen Fugen krachende und keineswegs als Erfolgsmodell verkäufliche Europa-Projekt der Kapitalisten und ihrer Weggefährten ohne Wenn und Aber zurückweisen. Während nicht wenige Roßtäuscher und von diesen hinter das Licht Geführte die trübe Brüsseler Brühe noch immer als kristallklares Erfrischungsgetränk ausgeben und davon schwadronieren, die europäischen Nationalstaaten hätten sich historisch überlebt, weshalb sie der Abschaffung bedürften, vertreten wir in Übereinstimmung mit Marx und Lenin eine ganz andere Position. Dieses „vereinigte Europa“ ist doch lediglich die Einheit der Schafe im Magen des Wolfes. Das EU-Projekt stellt die

bisher höchste Eskalationsstufe der Aushebelung des auf den Beziehungen zwischen Nationalstaaten beruhenden Völkerrechts dar. Wäre es denkbar, daß z. B. Venezuela, Brasilien, Chile, Argentinien, Uruguay, Ekuador, Bolivien oder gar Kuba – bei aller notwendigen Zusammenarbeit im lateinamerikanischen Raum – auf ihre Nationalstaatlichkeit zugunsten eines Sammelbeckens unter Vorherrschaft der USA verzichten würden?

Die EU öffnet keineswegs die Tür zu mehr Gleichheit und Gleichberechtigung bei Wahrung der nationalen Souveränität historisch gewachsener Staaten, sondern führt zur Dominanz von imperialistischen Peitschenschwingern hinter dem Rauchvorhang vermeintlicher Partnerschaft. In Brüssel gibt es keine echte Kooperation, sondern nur die erzwungene Koexistenz von Fallenstellern und deren potentiellen Opfern. Selbst hochrangige Strohleute wie der Top-Lobbyist José Manuel Barroso, der 1974 noch in Portugal als Ultralinkler posierte, hängen an den Strippen der eigentlich Mächtigen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Italiens erfahrener Banker-Premier Mario Monti und andere der Geschäftsführerin des Staates der deutschen Monopole gelegentlich in die Parade zu fahren vermochten. Solches Tauziehen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Brüssel vor allem das Deutschlandlied intoniert wird.

Unverkennbar ist es das Ziel derer, die diesen Hymnus der Chauvinisten schon vor 70 Jahren sangen, den Zweiten Weltkrieg mit Hilfe der EU und möglichst ohne militärische Mittel nachträglich doch noch zu gewinnen. Die BRD will – im kontinentalen Maßstab – das sein, was die USA seit der Verkündung des „Amerikanischen Jahrhunderts“ weltweit anstreben, wobei deren Trauben – vor allem angesichts des unaufhaltsamen Aufstiegs der Volksrepublik China – inzwischen immer höher hängen.

Längst gibt es in der EU Sieger und Besiegte. Der Euro gehört dabei zu den Verlierern. Seine Schwäche ist – neben dem Absturz des Dollars – ein wesentlicher Faktor der Weltwährungskrise. Auch wenn der Gedanke an ein Ausbrechen aus seiner Phalanx derzeit kaum realistisch erscheinen dürfte, bedauern einige EU-Mitgliedsländer unterdessen vermutlich ihren Beitritt zur Eurozone. Da es keine soziale

Harmonie zwischen den Klassen innerhalb eines Landes geben kann, widerspricht es auch marxistischer Betrachtungsweise, völlig indifferent von „den Europäern“ oder „Europa“ zu reden, ohne deren dominierende Kräfte klar zu benennen. Auch in dieser Frage ist ein fester Klassenstandpunkt der einzig verlässliche Kompaß. Etliche Abgeordnete des kommunistisch-sozialistischen Spektrums im Europa-Parlament – darunter auch zwei couragierte Frauen mit PDL-Mandat – stochern da nicht im Nebel.

Als Orientierungshilfe sollte uns das Wissen darum dienen, daß sich so erfahrene marxistisch-leninistische Parteien des Kontinents wie die griechische KKE und die portugiesische PCP, die seinerzeit nicht auf den eurokommunistischen Leim gekrochen waren, heute einer aus Brüsseler Töpfen geförderten Europäischen Linkspartei mit

ebensogutem Grund versagen. Andere sehen leider davon ab, sich bei Lenin Rat zu holen, der schon vor 100 Jahren, als erstmals über das Für und Wider „Vereinigter Staaten von Europa“ gestritten wurde, Roß und Reiter genannt hat. Unter kapitalistischen Vorzeichen komme eine solche Integration entweder nicht zustande, oder sie sei reaktionär, zerstörte er bereits damals das Kartenhaus aus Illusionen, denen leider nicht wenige redliche Linke bis heute anhängen. Der langen Rede kurzer Sinn: Die EU ist Flop, Farce, Falle und Fiktion, aber keineswegs ein Fanal. So waren jene Athener Genossen gut beraten, die im Frühsommer auf ein erneut von der Akropolis heruntergelassenes Spruchband der KKE die Worte schrieben: Nieder mit der Diktatur der Europäischen Union der Monopole!

Nr. 176, September 2012

Nägel mit Köpfen

Unlängst übte ein Genosse, der sich über den derzeitigen Zustand der kommunistischen Bewegung hierzulande aus gutem Grund Gedanken macht, am „RotFuchs“ diskrete Kritik „von links“: Dessen auf die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch gerichteter Kurs behindere die Formierung einer marxistisch-leninistischen Vorhut in Deutschland, deutete er an. Der „RotFuchs“, dessen generelle Positionen er durchaus teile, wolle die längst fällige Gründung einer einheitlichen Partei aller deutschen Kommunisten auf den Sankt-Nimmerleins-Tag oder zumindest in eine „fernere Zukunft“ verschoben sehen. Was soll man diesem redlichen Kampfgefährten, der keine Zeit verlieren möchte, darauf antworten?

Der „RotFuchs“ stellt keine politische Partei dar. Er steht weiterhin für die Zusammenführung linker Kräfte, wobei er alle Varianten des Antikommunismus entschieden zurückweist. Wir lehnen zugleich jede Einengung unseres Spektrums nur auf Kommunisten ab. Unter den Lesern und Freunden des RF befinden sich auch Tausende Basisaktivisten, Sympathisanten und Wähler der Linkspartei, zu denen wir ein enges Vertrauensverhältnis aufgebaut haben. Trotz aller Bestrebungen einflußreicher Reformisten, ideologische Verwirrung zu stiften, nehmen Marxisten in der Partei die Linke Positionen ein, die sich mit unseren Auffassungen nahezu decken. Auch linke Sozialdemokraten, wissen – anders als die beflissenen Erfüllungsgehilfen des Kapitals an der SPD-Spitze – den „RotFuchs“ ebenso zu schätzen wie einstige Mitglieder aller DDR-Blockparteien, progressive Christen und Anhänger anderer Konfessionen.

Als Marxisten lehnen wir politische Beliebigkeit entschieden ab. Wer nach Bernsteins Devise, die Bewegung sei alles, das Ziel aber nichts, verfährt, strandet unweigerlich im politischen Abseits. Gemeinsame Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, Schritt für Schritt jene Kraft zu entwickeln, welche die Arbeiterklasse und andere Ausgebeutete eines Tages in den entscheidenden Kampf zu ihrer politischen und sozialen Befreiung zu führen vermag. Diese Kraft kann nur eine Partei sein, die mit der von Marx, Engels, Lenin und anderen

Vordenkern geprägten Weltanschauung ausgerüstet ist und entsprechenden Organisationsprinzipien folgt. Eine solche strategische Konzeption ist mit „revolutionärer Hast“ unvereinbar.

Im NATO-Staat BRD bestehen außer einer Reihe durchaus ernstzunehmender marxistischer Gruppen und Zirkel sowie pseudokommunistischer Zusammenschlüsse vom Charakter der MLPD, die sich im Alleinbesitz der „reinen Lehre“ wähnen, derzeit zwei authentisch kommunistische Parteien: die 1968 – zwölf Jahre nach dem Verbot der KPD Max Reimanns durch das Adenauer-Regime – neukonstituierte Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die im Januar 1990 in Ost-Berlin gegründete und daher nach dem „Einigungsvertrag“ legale Kommunistische Partei Deutschlands (KPD).

Die von Kurt Bachmann, Herbert Mies, Jupp Angenfort und anderen bewährten Arbeiterführern geprägte DKP war – obwohl im Bundestag nicht vertreten und trotz der Berufsverbote – eine relativ einflußreiche politische Kraft der Alt-BRD. Die Verankerung der Partei in Betrieben, Kommunalparlamenten und Gewerkschaften sowie unter Studenten und jungen Arbeitern gehörte zu ihren Markenzeichen. Die Konterrevolution, welche die DDR zerstörte, riß auch die durch den Gorbatschowismus bereits geschwächte DKP in den Strudel der Niederlage. Die einstmals rund 50 000 Mitglieder umfassende Partei, zu deren UZ-Pressefesten stets Hunderttausende Besucher strömten, setzt ihren Kampf inzwischen in wesentlich bescheideneren Dimensionen mutig fort.

Die Reichweite der KPD, die das Erbe der DDR ehrenhaft gegen Schmähungen verteidigt und von klassenkämpferischen Positionen ausgeht, ist leider noch deutlich geringer als die der DKP. Dennoch sind in jüngster Zeit gerade von ihr durchaus anerkennenswerte Initiativen zur Vereinigung aller deutschen Kommunisten, derer es dringend bedürfte, ausgegangen. Doch was ist eine Vorhut ohne Klasse und Masse? Um dem deutschen Imperialismus bisweilen die rote Karte zeigen zu können, wäre ein ganz anderes Potential erforderlich. Wir haben es mit einer nichtrevolutionären Situation zu tun, in der die Mehrheit der Bevölkerung bei Verelendung unterer

Schichten ruhiggestellt werden kann, wobei das entscheidende Kriterium – das Klassenbewußtsein der Arbeiter – in alarmierendem Maße fehlt.

Die Herausbildung einer einflußreichen, massengestützten, in der Klasse verankerten marxistischen Partei läßt sich weder herbeireden noch über das Knie brechen. Als Marxisten dürfen wir uns nicht von der Geschichte treiben lassen, aber auch keinesfalls die Vorstellung hegen, sie überlisten oder antreiben zu können.

Gut Ding will Weile haben, sagt der Volksmund. Dem hat Ernst Thälmann entsprochen, als er erst 1920 zur VKPD ging und dabei Tausende Hamburger USPD-Genossen mitbrachte.

Der „RotFuchs“ darf weder historische Chancen verschlafen noch den Prozeß der Formierung neuer Kräfte vom Straßenrand aus „begleiten“. Auf Nägel mit Köpfen kommt es an.
Nr. 177, Oktober 2012

Rat eines erfahrenen Genossen

Wenn man die 70 überschritten hat oder gar kurz vor der Vollendung des 80. Lebensjahres steht, bilanziert man noch bewußter als zuvor den zurückgelegten Weg. Dabei denkt man an Erfolge und Niederlagen, Geglücktes und Mißlungenes. Vor allem aber trennt man Wichtiges von eher Nebensächlichem. Man bewahrt die Substanz und wirft Ballast über Bord.

Überdenke ich in diesem Sinne die fast 64 Jahre meiner Zugehörigkeit zur kommunistischen Bewegung – ich schloß mich ihr 1948 mit 16 in Westberlin an –, dann erscheinen mir zwei Dinge unverzichtbar: Erstens sollten Menschen aus unserem Holz einen festen Klassenstandpunkt besitzen. Ihm entspringen die Liebe zu den Arbeitenden oder an den sozialen Rand Gedrängten und der Haß auf deren Ausbeuter. Diese Position ist der einzig verlässliche Kompaß für Kommunisten und Sozialisten. Zweitens gehört der proletarische Internationalismus seit den Tagen von Marx und Engels zu den unveräußerlichen Wesenszügen einer revolutionären Arbeiterpartei.

Ich erinnere mich an ein vor langer Zeit – noch in der Aufstiegsphase der DDR – geführtes Gespräch mit einem erfahrenen alten Genossen, der sich mit Fug und Recht als Patriot seines sozialistischen Vaterlandes bezeichnen durfte. Unter Zurückweisung des kosmopolitischen Begriffs eines nirgendwo und überall verwurzelten Weltbürgertums wie des pseudopatriotischen Bekenntnisses zum Staat der Klassenfeinde, mit dem uns Marxisten auch nicht die Zugehörigkeit zur gleichen Nation verbinden kann, erteilte er mir einen wichtigen Rat: „Vergiß niemals, daß wir zu 50 Prozent der DDR und zu 50 Prozent der ganzen Welt verpflichtet sind.“ Während die Profitjäger des Kapitals im Zuge der Kriege nicht ausschließenden Globalisierung ihrer Geschäfte anderen Völkern die Luft abschnüren, hatte dieser im antifaschistischen Widerstand bewährte Kommunist natürlich die internationale Solidarität – den frischen Atemzug unserer Bewegung – im Auge.

Ich bin im Laufe meiner fast 25jährigen Tätigkeit als außenpolitischer Redakteur des ND, das ja inzwischen auf den Leitspruch „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ verzichtet hat, sich im Untertitel aber weiterhin mit fremden sozialistischen Federn schmückt, viel in der Welt herumgekommen. Dabei stand ich auf vier Kontinenten Freund und Feind gegenüber – bisweilen auch in der „Höhle des Löwen“. Ich erlebte Standhafte und

Einknickende, Redliche und Heuchler. Vor allem aber begegnete ich großartigen Menschen. In Paris lud mich Marxens Urenkel Robert-Jean Longuet in sein Gartenhaus ein, das einst Balzac bewohnt hatte. Unvergesslich bleiben mir Portugals herausragender kommunistischer Stratege und Taktiker Álvaro Cunhal und der in der Haft erblindete Vorsitzende der KP der USA Henry Winston, den ich auch beim Prozeß gegen Angela Davis in Kalifornien traf. Voller Wärme denke ich an Harilaos Florakis, den im Insel-KZ Makronissos gemarterten griechischen KKE-Führer, und an Uruguays bedeutenden marxistischen Theoretiker Rodney Arismendi, mit dem ich in Montevideo und Buenos Aires sprechen konnte. Hochachtung empfinde ich vor Denis Goldberg von der KP Südafrikas, der über 20 Jahre in Apartheid-Kerkern gequält wurde, und vor der Witwe des 1944 von den Hitlerfaschisten ermordeten Begründers der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) Paweł Finder, die ich 1955 in Warschau kennenlernte. In Rom stand ich im Juni 1984 mit Marcello Mastroianni am Sarg Enrico Berlinguers, des Generalsekretärs der damals einflußreichen Italienischen KP. 1987 sprach ich in Madrid mit der greisen Dolores Ibarruri – der „Pasionaria“. Nachdem ich bereits 1964 mit Brasiliens legendärem Luis Carlos Prestes ein halbstündiges Fernsehinterview führen konnte, lernte ich später auch die meisten anderen KP-Führer Lateinamerikas kennen, darunter El Salvadors gestählten FMLN-Comandante Schafik Handal und Chiles Volksheldin Gladys Marin. Imponierenden Kampfgefährten begegnete ich in der UdSSR, in China und in Kuba. In Tokio empfing mich Tetsuzo Fuwa, damals Vorsitzender der KP Japans, zu einem Gedankenaustausch. Tief bewegte mich ein mehrwöchiger Aufenthalt in Vietnam, wo ich im Herbst 1964 – kurz nach den ersten US-Luftüberfällen auf die DRV – eintraf.

Ohne Zweifel könnten auch etliche andere Genossen aus unseren Reihen sehr Wesentliches zu dieser Thematik beisteuern. Dabei geht es nicht um bestandene Abenteuer, sondern um den Sinn und Inhalt unseres Lebens. Denn niemand kann von sich sagen, er sei Marxist oder Marxist-Leninist, ohne die reiche Gefühls- und Gedankenwelt des proletarischen Internationalismus ganz in sich aufgenommen zu haben.

Wir halten uns an Goethe, der „Wahlverwandtschaften“ gegenüber „Blutsbanden“ den Vorzug gab. Mit den

Gaucks und Merkels wollen wir deren „Deutschtum“ nicht teilen. Afrikanische oder asiatische Proletarier stehen uns tausendmal näher als deutsche Bourgeois. Zugleich lehnen wir die würdelose Preisgabe echter nationaler Werte ab. Weder liberales Weltbürgertum noch der vom Kapital betriebene globale Mißbrauch

der historisch herangereiften internationalen Verzahnung haben mit unserer Welt- und Lebenssicht irgend etwas gemein.

Wir waren, sind und bleiben in allen heraufziehenden Stürmen proletarische Internationalisten!

Nr. 178, November 2012

Über Bekennermut

Das Foto auf dieser Seite schickte uns der 1928 geborene Hans Schroeder. Es zeigt ihn mit zwei „Reineckes“. Auf unseren „RotFuchs“, den er am Tag des Entstehens dieser Aufnahme erstmals in Händen hielt, hat er sein Bekenntnis zum Weitermachen geschrieben. Der Absolvent beider Berliner Kunsthochschulen entwarf nicht nur – wie viele unserer Leser bereits wissen – in den 50er Jahren die ganze Generationen kleiner Zuschauer begleitenden „Märchenwald“-Figuren des DDR-Kinderfernsehens, sondern hauchte ihnen als Puppenspieler und Sprecher auch Leben ein. Seine populärsten Geschöpfe waren wohl „Herr Fuchs“ und „Frau Elster“.

Der immer parteilose, zugleich aber parteiliche Künstler bewies, indem er Liebknecchts in der „Roten Fahne“ gedruckte letzte Worte als Motto wählte, eine gehörige Portion Bekennermut. Ihn haben unzählige Frauen und

Männer in der deutschen Geschichte unter Beweis gestellt: Thomas Müntzer, die März-Gefallenen der Jahre 1848 und 1919, die von den Faschisten gemeuchelten Genossen Thälmanns und Breitscheids, die Christen Hans und Sophie Scholl von der „Weißen Rose“, Bekannte und Unbekannte. Während von jenen, die stets die Geßler-Hüte grüßten oder ihren Judaslohn bei gestrigen Feinden holten, nichts bleiben wird, leben der Devise „Trotz alledem!“ Verpflichtete durch die Jahrhunderte fort. In die Liste derer, die vor der Weltgeschichte bestanden, sind Namen wie Patrice Lumumba, Ho Chi Minh, Nelson Mandela und Fidel Castro eingetragen.

Doch wir müssen nicht in die Ferne schweifen, um jene zu suchen, welche sich auf solche Weise hervorgetan haben. Wir finden sie auch in unserer Mitte. Mit gutem Grund kann man sagen, daß Kommunisten, Sozialisten und andere wahre Humanisten, die dem wiedererstarkten Deutschland der Banken und Monopole sowie seinen den Vormarsch faschistoider Kräfte beschirmenden Machtorganen Paroli bieten, zu den Bekennern gehören. Das gilt auch für die große Familie derer, die im „RotFuchs“ ihre politische Heimat gefunden haben. Es ist ein gutes Gefühl, den Ballast karrieresüchtiger

Glücksritter losgeworden und mit Menschen verbunden zu sein, die sich allein der Sache verpflichtet fühlen. In unserer Vergangenheit wie im heutigen gesellschaftlichen Umfeld fehlt es nicht an Vorbildern.

Unvergesslich bleibt mir die würdige Haltung des christdemokratischen Politikers und Staatsmannes Otto Nuschke, der – in den Stunden des konterrevolutionären Angriffs am 17. Juni 1953 auf Westberliner Gebiet abgedrängt – vor RIAS-Mikrofonen entschieden auf sein Amt als stellvertretender Ministerpräsident der DDR verwies und seine unverzügliche Rückführung auf deren Hoheitsgebiet verlangte. Vor Augen steht mir auch der Bekennermut des Kommunisten Heinz Keßler, den ich 1947 als Vorsitzenden der Freien Deutschen Jugend von Berlin, wie sie zunächst in der Stadt hieß, kennenlernte, und den ich viele Jahre später in den Gefängnissen



Moabit und Hakenfelde besuchen mußte. Wie der durch die Faschisten zehn Jahre eingekerkerte Erich Honecker bot auch der zum Armeegeneral der DDR aufgestiegene Proletariersohn, den ein Nazi-Tribunal in Abwesenheit zum Tode verurteilt hatte, der Rachejustiz seiner Klassenfeinde mutig die Stirn.

Dem Vermächtnis des 1944 vom kaiserlich-japanischen Regime hingerichteten antifaschistischen Kundschafters Richard Sorge getreu handelte der in das Brüsseler NATO-Hauptquartier vorgedrungene DDR-Aufklärer Rainer Rupp. Er bewies in langjähriger Haft ein hohes Maß an Bekennermut. Übrigens stieß Rainer – heute ein profiliertes Journalist der Tageszeitung „junge Welt“ – schon Ende der 90er Jahre zum „RotFuchs“. In seiner Saarbrückener Gefängniszelle verfaßte er wertvolle Beiträge für unser Blatt.

Auch der „Lieblingsfeind“ des Klassegegners Karl-Eduard von Schnitzler ließ sich nicht von dessen Journalle ins Bockshorn jagen, als er bei der Debatte in einem Berliner TV-Studio durch den berühmten CDU-Mann Lummer und dessen antikommunistische Kläffer angefallen wurde. „Kled“ – wie ihn seine Freunde nannten – zählte zwei Jahre lang zu den frühen Autoren des RF.

Ehrende Erwähnung verdient hier der Spanienkämpfer und Shoa-Überlebende Fritz Teppich, dessen Name bis zu seinem Tode in unserem Impressum stand. Unmittelbar nach Schabowskis wohl nicht gerade spontaner „Anregung“ zur sofortigen „Maueröffnung“ trat dieser Westberliner Kommunist – Jude und Antizionist zugleich – dem Mob professioneller DDR-Hasser vor Mikrofonen und Kameras kaltblütig entgegen.

Das Bild wäre unvollständig, verzichteten wir auf einen ganz wesentlichen Aspekt: Bekennermut gilt es nicht nur im Angesicht des Klassenfeindes oder seines staatlichen Repressionsapparates zu beweisen, sondern auch gegenüber echten, vermuteten oder falschen Freunden.

Kaum ein anderer hat das wohl so eindringlich unter Beweis gestellt wie unser im November 2011 im Alter von 96 Jahren verstorbener einzigartiger Autor, Freund und Genosse Walter Ruge, den schuldlos erlittene langandauernde Haft in einem sowjetischen Straflager keinen Millimeter von seiner marxistisch-leninistischen Weltanschauung abzubringen vermochte.

Der Dichter Peter Hacks, dessen reiches dramatisches Werk in sozialistischen Tagen nicht immer die Zustimmung der „Obrigkeit“ gefunden hatte, stellte seinen Freunden vom „RotFuchs“ in einem Brief die inzwischen zur Parole gewordene rhetorische Frage: „Wessen sollten wir uns rühmen, wenn nicht der DDR?“

Es ist keine Kunst, sich mit der sozialistischen Staatsmacht im Rücken zum Sozialismus zu bekennen. Frühere DDR-Bürger wissen das ja aus eigener Erfahrung. Nicht wenige einhundertfünfzigprozentige Abnicker und Jasager vergangener Tage haben 1989 – als der Wind umschlug – eiligst die Flinte ins Korn geworfen oder die Fronten gewechselt. Andererseits bewiesen etliche SED-Mitglieder, die aufgrund nicht überall erwünschten selbständigen Denkens oder ihrer oftmals als Nörgelei empfundenen Neigung zu häufiger Kritik in Ungnade

gefallen waren, nach der konterrevolutionären Rückwärtswende ein hohes Maß an Standhaftigkeit.

Den einen wie den anderen – Löwen, feigen Hunden und Chamäleons – bin ich begegnet.

Im August 1961 wurde ich nach fünfjähriger Tätigkeit als Staatsanwalt des Kreises Güstrow meiner Funktion enthoben und erhielt wegen „Zurückweichens vor dem Klassenfeind“ die höchste Parteistrafe vor dem Ausschluß. Nachdem ich die Verfahren gegen zwei zwar aufmüpfige, aber keineswegs der DDR feindlich gesonnene junge Arbeiter, die der Staatsverleumdung angeklagt werden sollten, wegen Geringfügigkeit eingestellt hatte, erteilte mir ein hoher Vorgesetzter die Weisung, beide sofort festzunehmen und gegen sie eine Freiheitsstrafe zu erwirken. Ich weigerte mich, dem nachzukommen und verwies darauf, daß ein solches Vorgehen erkennbar gegen die Interessen der Deutschen Demokratischen Republik gerichtet sei. Daraufhin erhielt ich zwar die Entlassungspapiere, kam aber keineswegs nach „Sibirien“, sondern wurde zunächst Bürgermeister einer Zentralgemeinde, später Mitarbeiter im DDR-Außenministerium und einige Jahre danach außenpolitischer Redakteur des ND.

Weit interessanter als dieser Teil meiner Vita aber ist: Der „hohe Vorgesetzte“ leitete im Herbst 1989 aus faden-scheinigen Gründen ein Ermittlungsverfahren gegen den Bezirksratsvorsitzenden und den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung ein. Als drei Jahre nach dem Anschluß der DDR an die BRD gegen beide Funktionäre wegen angeblicher Untreue verhandelt wurde, stand unser „Klassenkämpfer“ von einst als Belastungszeuge parat, während ein Richter aus dem Westen die Haltlosigkeit der erhobenen Vorwürfe konstatierte.

Was den „RotFuchs“ betrifft, so ist mit seinem Bekennermut auch in Zukunft zu rechnen. Trotz alledem!

Klaus Steiniger

BERTOLT BRECHT

DAS LIED VOM KLASSENFEIND

Als ich klein war, ging ich zur Schule
Und ich lernte, was mein und was dein
Und als da alles gelernt war
Schien es mir nicht alles zu sein.
Und ich hatte kein Frühstück zu essen
Und andre, die hatten eins:
Und so lernte ich doch noch alles
Vom Wesen des Klassenfeinds.
*Und ich lernte, wieso und weswegen
Da ein Riß ist durch die Welt!
Und der bleibt zwischen uns, weil der Regen
Von oben nach unten fällt.*

Und sie sagten mir: wenn ich brav bin
Dann werd ich dasselbe wie sie.
Doch ich dachte: wenn ich ihr Schaf bin
Dann werd ich ein Metzger nie.
Und manchen von uns sah ich
Der ging ihnen auf den Strich

Und geschah ihm, was dir und was mir geschah
Dann wunderte er sich.
*Mich aber, mich nahm es nicht wunder
Ich kam ihnen frühzeitig drauf:
Der Regen fließt eben herunter
Und fließt eben nicht hinauf.*

Da hört ich die Trommel rühren
Und alle sprachen davon:
Wir müßten jetzt Kriege führen
Um ein Plätzlein an der Sonn.
Und heisere Stimmen versprachen
Uns das Blaue vom Himmel herab
Und herausgefressene Bonzen
Schrien: macht jetzt nicht schlapp!
*Und wir glaubten: jetzt sind's nur mehr Stunden
Dann haben wir dies und das.
Doch der Regen floß wieder nach unten
Und wir fraßen vier Jahre lang Gras.*

Und einmal, da hieß es auf einmal:
Jetzt machen wir Republik!
Und der eine Mensch ist da dem andern gleich
Ob er mager ist oder dick.
Und was vom Hungern matt war
War so voll Hoffnung nie.
Doch was vom Essen satt war
War hoffnungsvoll wie sie.
*Und ich sagte: da kann was nicht stimmen
Und war trüber Zweifel voll:
Das stimmt doch nicht, wenn der Regen
Nach aufwärts fließen soll.*

Sie gaben uns Zettel zum Wählen
Wir gaben die Waffen her
Sie gaben uns ein Versprechen
Und wir gaben unser Gewehr.
Und wir hörten: die es verstehen
Die würden uns helfen nun
Wir sollten an die Arbeit gehen
Sie würden das übrige tun.
*Da ließ ich mich wieder bewegen
Und hielt, wie's verlangt wurd, still
Und dachte: das ist schön von dem Regen
Daß er aufwärts fließen will.*

Und bald darauf hörte ich sagen:
Jetzt sei alles schon eingerenkt
Wenn wir das kleinere Übel tragen
Dann wird uns das größere geschenkt.
Und wir schluckten den Pfaffen Brüning
Damit's nicht der Papen sei
Und wir schluckten den Junker Papen
Denn sonst war am Schleicher die Reih.
*Und der Pfaffe gab es dem Junker
Und der Junker gab's dem General
Und der Regen floß nach unten
Und er floß ganz kolossal.*

Während wir mit Stimmzetteln liefen
Sperrten sie die Fabriken zu
Wenn wir vor Stempelstellen schliefen
Hatten sie vor uns Ruh.
Wir hörten Sprüche wie diese:
Immer ruhig! Wartet doch nur!
Nach einer größeren Krise
Kommt eine größere Konjunktur!
Und ich sagte meinen Kollegen:
So spricht der Klassenfeind!
Wenn der von guter Zeit spricht
Ist seine Zeit gemeint.
*Der Regen kann nicht nach aufwärts
Weil er's plötzlich gut mit uns meint
Was er kann, das ist: er kann aufhören
Nämlich dann, wenn die Sonne scheidt.*

Eines Tags sah ich sie marschieren
Hinter neuen Fahnen her
Und viele der Unsrigen sagten:
Es gibt keinen Klassenfeind mehr.
Da sah ich an ihrer Spitze Fressen,
die kannte ich schon
Und ich hörte Stimmen brüllen
In dem alten Feldweibelton.
*Und still durch die Fahnen und Feste
Floß der Regen Nacht und Tag
Und jeder konnte ihn spüren
Der auf der Straße lag.*

Sie übten sich fleißig im Schießen
Und sprachen laut vom Feind
Und zeigten wild über die Grenze
Und uns haben sie gemeint.
Denn wir und sie, wir sind Feinde
In einem Krieg, den nur einer gewinnt
Denn sie leben von uns und verrecken
Wenn wir nicht mehr die Kulis sind.
*Und das ist es auch, weswegen
Ihr euch nicht wundern dürft
Wenn sie sich werfen auf uns, wie der Regen
Sich auf den Boden wirft.*

Und wer von uns verhungert ist
Der fiel in einer Schlacht
Und wer von uns gestorben ist
Der wurde umgebracht.
Den sie holten mit ihren Soldaten
Dem hat Hungern nicht behagt
Dem sie den Kiefer eintraten
Der hatte nach Brot gefragt.
Dem sie das Brot versprochen
Auf den machen sie jetzt Jagd
Und den sie im Zinksarg bringen
Der hat die Wahrheit gesagt.
*Und wer ihnen da geglaubt hat
Daß sie seine Freunde sind
Der hat eben dann erwartet
Daß der Regen nach oben rinnt.*

Denn wir sind Klassenfeinde
Was man uns auch immer sagt:
Wer von uns nicht zu kämpfen wagte
Der hat zu verhungern gewagt.
Wir sind Klassenfeinde, Trommler!
Das deckt dein Getrommel nicht zu!
Fabrikant, General und Junker
Unser Feind, das bist du!
*Davon wird nichts verschoben
Da wird nichts eingerenkt!
Der Regen fließt nicht nach oben
Und das sei ihm auch geschenkt!*

Da mag dein Anstreicher streichen
Den Riß streicht er uns nicht zu!
Einer bleibt und einer muß weichen
Entweder ich oder du.
Und was immer ich auch noch lerne
Das bleibt das Einmaleins:
Nichts habe ich jemals gemeinsam
Mit der Sache des Klassenfeinds.
*Das Wort wird nicht gefunden
Das uns beide jemals vereint:
Der Regen fließt von oben nach unten
Und du bist mein Klassenfeind.*

(1933)



Kurzbiographie Dr. Klaus Steiniger

Am 28. Dezember 1932 in Berlin als Sohn des späteren Universitätsprofessors (Völkerrechtlers) Peter Alfons Steiniger geboren. 1952 Abitur, Jurastudium an der Humboldt-Universität, nach dem Staatsexamen Staatsanwalt des Kreises Güstrow, später Bürgermeister, 1963 Rückkehr nach Berlin, als Fernsehjournalist in der außenpolitischen Redaktion der „Aktuellen Kamera“ und als Mitarbeiter der USA-Abteilung des Außenministeriums tätig, 1966 Promotion zum Dr. rer. am Institut für Internationale Beziehungen der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in Potsdam-Babelsberg, seit 1967 außenpolitischer Mitarbeiter des damaligen SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“, seit 1968 als Leiter der Sektion Kapitalistische Länder, 1972 Sonderkorrespondent beim Angela-Davis-Prozeß, 1974 bis 1979 Auslandskorrespondent in Portugal. 1998 Gründung des „RotFuchs“.

Als selbständige Veröffentlichungen erschienen bisher:

- Angela Davis – Heldin des anderen Amerikas (Nationalrat der Nationalen Front, 1972)
- Nord- und Mittelamerika (Vorwort und Bildanteil, F. A. Brockhaus, 1973)
- Portugal – Traum und Tag. Aus der Chronik einer Revolution (F. A. Brockhaus, 1982)
- Schauprozeß in San Jose. Aussage eines Zeugen (Neues Leben, 1983)
- Die Brut des Al Capone. Gangstersyndikate in den USA (Neues Leben, 1986)
- Tops und Flops. Die Geschäfte der US-Geheimdienste (Elefanten Press, 1998)
- Bei Winston und Cunhal. Reporter auf vier Kontinenten (Edition Ost, 2004)
- „RotFuchs“-Leitartikel 1998 bis 2007 („RotFuchs“-Förderverein, 2007)
- CIA FBI & Co. Das Kartell der US-Geheimdienste (Das Neue Berlin, 2008)
- Angela Davis. Eine Frau schreibt Geschichte (Neues Leben, 2010)
- Portugal im April. Chronist der Nelkenrevolution (Wiljo Heinen, 2010)

Impressum

RotFuchs

c/o Dr. Klaus Steiniger (V. i. S. d. P.)
Rheinsteinstraße 10
10318 Berlin

Druck: Druckerei Bunter Hund
Saarbrücker Straße 24 • 10405 Berlin
Layout: R. Metzler, W. Metzger

Wir haben in diesen Sammelband außer den in den vergangenen fünf Jahren erschienenen RF-Leitartikeln und den Portugal-Fotos (S. 39 bis 44) einige weitere Artikel des Autors aus dem genannten Zeitraum sowie ein im Februar 2012 mit der „jungen Welt“ geführtes Interview aufgenommen.